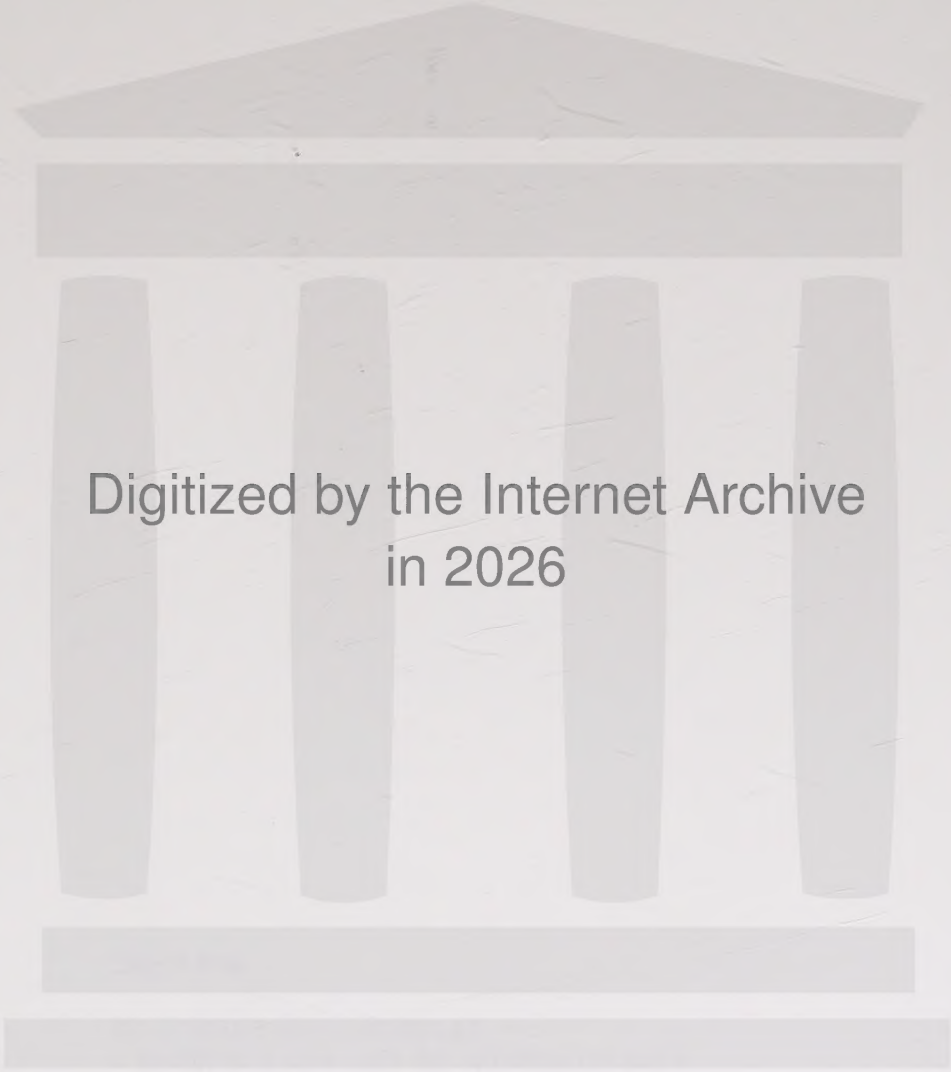
I. Krau.
Berlin 1973


Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547615_0005

Ingrid Krau

DER GEGENSATZ VON STADT UND LAND
- BESONDERHEIT ODER ZWANG DER INDUSTRIALISIERUNG ?

DER GEGENSATZ VON STADT UND LAND
- BESONDERHEIT ODER ZWANG DER INDUSTRIALISIERUNG ?

Inaugural - Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
des Fachbereichs 11 der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl. Ing. Ingrid Krau
aus Berlin

Berlin 1973
(Abschluß der Überarbeitung: Februar 1974)

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

der Vorsitzende des Fachbereichrats: Prof. Dr. Sebastian Herkommer

1. Gutachter: Prof. Dr. Claessens

2. Gutachter: Prof. Dr. Altvater

Tag der mündlichen Prüfung: 17. 3. 1973

Inhalt

Einleitung I

I. Die vorkapitalistische räumliche Organisation der Produktion 1

1. Die asiatische Produktionsweise 5

1.1 Die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion und die Form des Eigentums 8

1.2 Die innere gesellschaftliche Organisation und die räumlichen Auswirkungen 15

1.2.1 Das Gemeinwesen - 15 -

1.2.2 Staatliche Organisation und Arbeitsteilung - 16 -

1.2.3 Die Entstehung der Stadt - 19 -

1.3 Die Auflösungserscheinungen in der räumlichen Struktur mit der Entwicklung der Produktivkraft 22

Zusammenfassung - 26 -

2. Der Übergang von der asiatischen in die antike Produktionsweise 28

2.1 Gesellschaftliche Produktion und Form des Eigentums 3o

2.2 Gesellschaftliche Produktion und räumlich-strukturelle Organisation 33

2.3 Die innere Entwicklungsunfähigkeit der räumlich-strukturellen Organisation 36

Schlußfolgerungen für die räumliche Organisation - 39 -

3. Die feudale Produktionsweise 42

3.1 Die ländlich-dezentrale Organisation der frühfeudalen Phase (ca. 5oo - 11oo) 43

3.1.1 Produktionsbasis und -verhältnisse - 43 -

3.1.2 Die Herausbildung der feudalen Stadt - 5o -

3.1.3 Die Ansätze zur Warenproduktion in der frühfeudalen Stadt - 53 -

3.2 Die Blüte der Städte in der 2. Phase der feudalen Produktionsweise (ca.1100 - 1450) 55

3.2.1 Produktionsbasis und -verhältnisse auf dem Lande - 55 -

3.2.2 Die innere Entwicklung der Stadt - 59 -

3.2.3 Die Beziehungen der Stadt zum Land - 64 -

3.2.4 Der Niedergang der feudalen Stadt im Kampf mit der ländlichen Organisation der gesellschaftlichen Produktion 67

3.3 Die Verländlichung der Organisation der gesellschaftlichen Produktion im Spätfeudalismus (ca. 1500 - 1750) 72

3.3.1 Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in Stadt und Land zu Beginn der spätfeudalen Periode - 72 -

3.3.2 Die Entwicklung der ländlichen Produktionsbasis im 16. und 17. Jahrhundert und der Kampf zwischen städtischer Oligarchie und Territorialfürsten um ihre Beherrschung - 76 -

3.3.3 Die Lage im 18. Jahrhundert - 83 -

3.3.4 Die Herausbildung der territorialen Autarkie - 85

Das Verhältnis von Stadt und Land in der Verteilung der Produktivkräfte - 88 -

Die Behinderung der Weiterentwicklung durch die kleinen Territorialstaaten - 91 -

Zusammenfassung - 92 -

II. Der Gegensatz von Stadt und Land als räumliche Organisationsform der kapitalistischen Produktionsweise 95

1. Das Verhältnis von Stadt und Land unter kapitalistischen Akkumulationsbedingungen 1oo

1.1 Kapital als Produktionsverhältnis 1oo

1.1.1 Wertbildung und Akkumulationsvorgang - 1o1 -

1.1.2 Die mengenmäßige Proportionierung der Produktion - 1o6 -

1.1.3 Das Preisverhältnis von landwirtschaftlichen und industriellen Waren - 112 -

2. Die räumlich-strukturellen Bedingungen in der Periode der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise 115

2.1 Allgemein historischer Aspekt 115

2.1.1 Der bürgerlich - "amerikanische Weg" der Industrialisierung der Landwirtschaft - 118 -

2.1.2 Der "preußische Weg" der Industrialisierung der Landwirtschaft - 122 -

2.2 Die Bedeutung des Inneren Markts für die räumlich-strukturelle Entwicklung 126

2.3 Das Verhältnis von Stadt und Land mit der Herausbildung der beiden Typen der kapitalistischen Agrarentwicklung in den preußischen Teilen Deutschlands 183o - 187o 13o

2.3.1 Die bürgerliche Agrarentwicklung - 131 -

2.3.2 Die halbfeudale Agrarentwicklung - 132 -

2.3.3 Charakteristika des Stadiums der ökonomischen Entwicklung und des eingeschlagenen Industrialisierungsweges - 134 -

2.3.4 Räumlich-strukturelle Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung - 146 -

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen - 155 -

Exkurs 162

Die städtische Konzentration der industriellen Produktion

1. Die Ökonomie der innerbetrieblichen Konzentration und die Bedeutung "Interner Effekte" für das Wachstum der Städte und die Auflösung der dezentralen Produktionsstruktur - 162 -

2. Die Ökonomie der überbetrieblichen Konzentration und die Bedeutung "Externer Effekte" für das Wachstum der Städte und die Auflösung der dezentralen Produktionsstruktur - 167 -

2.4 Die Herausbildung des Stadt-Land-Gegensatzes mit der kapitalistischen Durchdringung des gesamten Wirtschaftsprozesses am Beispiel der preußischen Teile Deutschlands 187o - 1914 178

2.4.1 Von der kapitalistischen Industrialisierung bestimmte Merkmale des ökonomischen Entwicklungsstadiums - 18o -

2.4.2 Hauptzüge der industriellen Entwicklung - 19o -

Besondere Merkmale der Industrieproduktion im imperialistischen Stadium ab circa 189o - 2o4 -

2.4.3 Hauptzüge der Entwicklung der ländlichen Produktionen mit der endgültigen kapitalistischen Emanzipation vom Agrarstatus - 2o6 -

Die Landwirtschaft um 1873 - 2o6 -

Die relative Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie - 2o8 -

Die Folgen des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie auf die innere Struktur der Landwirtschaft - 21? -

2.4.4 Die Veränderung der ländlichen Produktionsbasis - 23o -

der Stand der ländlichen Gewerbe in der Rheinprovinz 1892 - 242 -

der Stand der ländlichen Gewerbe in den ostelbischen Gebieten um 1888 - 244 -

Zusammenfassende Beurteilung der Veränderungen im ländlichen Gewerbe - 246 -

2.4.5 Zusammenfassende Beurteilung der Funktion der ländlichen Gebiete bei der Kapitalakkumulation - 248 -

statistische Tabellen

im Text:

Die Ablösung der Feudallasten in Preußen 1816 - 65	133
Angleichung der räumlich und zeitlichen Preisunterschiede in Preußen 1816 - 1905	149
Bevölkerungsverteilung in Stadt und Land in Preußen 1819 - 67	151 153
Wachstum der Gewerbe in Stadt und Land in Preußen 1849 - 58	152 154 155
Landwirtschaftliche Bevölkerung, Betriebe und Nutzfläche im Deutschen Reich 1880 - 1910	183 225
Industrie- Betriebsgrößen im Deutschen Reich 1882 - 1907	192 193
Verhältnis von Pm-zu Km - Industrien im Deutschen Reich 1861 - 1913	195 197 198
Struktur der Verwendung des Nettosozialprodukts 1870 - 1913	201
Bevölkerungsverteilung in Stadt und Land in Preußen 1867 - 1910	226
Entwicklung der älteren Hausindustrien im Deutschen Reich 1882 - 1907	234
Entwicklung der ländlichen Handwerke im Deutschen Reich 1882 - 1907	235
Lokale Lohnunterschiede in der Landwirtschaft in der Rheinprovinz 1892	244

Tab. 1	Die Entwicklung des Kapitals in Landwirtschaft und Gewerbe im Deutschen Reich 185o - 69	136
Tab. 2a-c	Daten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Preußen und im Deutschen Reich 18oo - 7o	137-9
Tab. 3	Nettofinanzierung der Investitionen im Deutschen Reich 1852 - 67	14o
Tab. 4a-d	Daten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im Deutschen Reich 1871 - 1913	185-8
Tab. 5	Die Entwicklung des Kapitals in Landwirtschaft und Gewerbe im Deutschen Reich 1871 - 1913	189
Tab. 6-8	Regionale Vergleichsdaten für die Regierungsbezirke Gumbinnen, Posen, Münster, Düsseldorf 1875 und 19oo	237-24o

Schaubilder

1	Bodenproduktion je haLNFL und je Einwohner und Bewegung der Roggen- und Weizenpreise im Deutschen Reich 1817 - 1913	21o
2	Bewegung von Roggen-, Weizen- und Grundstoffpreisen im Deutschen Reich 187o - 19o6	211

Einleitung

Es muß vorweg gesagt werden, daß dieser Arbeit das Interesse zugrunde liegt, dem Erklärungszusammenhang der heutigen räumlichen Organisation der kapitalistischen Produktion näher zu kommen. Warum dann eine historische Arbeit, die mit dem Beginn des 1. Weltkriegs endet und bis in die frühgeschichtliche Zeit zurückgreift?

Der Hauptgrund liegt in Folgendem:
Was angesichts der neuerdings zu beobachtender Veränderungen in der Raumstruktur der BRD interessiert, ist nicht nur das quantitative Erfassen dieser räumlichen Veränderungen in der Verteilung des gesellschaftlichen Produktivvermögens. Es geht auch und nicht zuletzt um jene politisch-ökonomische Analyse der Q u a l i t ä t der Veränderung, der eine klare Definition r ä u m l i c h e r D i s p r o p o r t i o n e n - nicht im eingeschränkten Sinn der ökonomischen Rationalität der Kapitalverwertung, sondern im umfassenden Sinn der Entfaltung der Lebensbedingungen - zugrunde liegt, was mit einer ideologischen Bewertung identisch ist.

Der Ideologie des 'räumlichen Gleichgewichts' liegt der Begriff der m e n s c h l i c h e n G l e i c h h e i t als Postulat zugrunde; ein Begriff, der das Aufkommen der kapitalistischen Warenproduktion zur materiellen Voraussetzung hat. Und diese bedeutet die Reduktion aller Einzelarbeiten auf die allgemeine, die abstrakt menschliche Arbeit, die sich historisch zum ersten Mal im Kapitalismus vollzieht und jeden Tag neu real stattfindet. Diese Reduktion hat dazu geführt, daß der Begriff der menschlichen Gleichheit seither "die Festigkeit eines Volks-

vorurteils" besitzt. * Gleichzeitig ist die abstrakt menschliche Arbeit aber auch die Grundlage der ungleichen Entlohnung der Arbeitskraft und der lokal unterschiedlichen Lebensbedingungen. So bleibt das Postulat genauso unerreichbar, wie das "Volksvorurteil" nicht auszuräumen ist. Damit ist es auch fest integrierter Bestandteil der Regierungsprogramme, die die Aufgabe haben, jene "Gleichheit" zu verwirklichen, gerade dadurch, daß sie die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals durch Maßnahmen der räumlichen Ordnung sichern und verbessern:

"Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Bundesgebiets läßt sich nur erreichen, wenn in den Verdichtungsräumen Maßnahmen unterbleiben, die die Verwirklichung der speziellen Entwicklungsziele zugunsten des ländlichen Raumes beeinträchtigen könnten." **

Mag diese Zielvorstellung auch mit einer fiktiv bleibenden gesamtkapitalistischen ökonomischen Rationalität deckungsgleich sein:

"Schon aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung kann die Bundesregierung nicht einem Konzept zustimmen, in dem vorgesehen ist, etwa ein Drittel der Fläche des Bundesgebiets passiv zu sanieren"; ***

mit dem herrschenden ökonomischen Interesse steht sie in Widerspruch:

"Demgegenüber hat sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1968 (...) für eine Konzentration der Infrastrukturinvestitionen in den Verdichtungsräumen ausgesprochen ... Hier seien trotz großer sozialer Kosten hohe volkswirtschaftliche Erträge zu erwarten ... Eine Durchführung der Vorschläge des Sachverständigenrates würde eine großräumige passive Sanierung ländlicher Räume, d. h. Abwanderung

---

* Marx, K. - Das Kapital. 1. Band. S. 74

** Bundesregierung. Raumordnungsbericht 1972. S. 80

*** Bundesregierung. Raumordnungsbericht 1970. S. 32
Zu den Folgen der passiven Sanierung heißt es:
"Für die verbleibenden Einwohner ergibt sich ... eine schlechtere Infrastrukturausstattung in Kauf zu nehmen"(a.a.O. - S. 39). Im Grunde geht es aber um die gesamte Existenzgrundlage.

von Einwohnern und Kapital, und damit letztlich erhebliche volkswirtschaftliche Verluste zur Folge haben." *

Im weiteren versucht die Bundesregierung in den Bundesraumordnungsberichten glaubhaft zu machen, daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Postulat und herrschender ökonomischer Rationalität durch die Umformung der ländlichen Gebiete in "aktiver Sanierung" zu überwinden sei. Darunter wird die Konzentration von Bevölkerung, produktiven und reproduktiven Investitionen in zentralen ländlichen Orten verstanden, also ein realer Vorgang, der sich grundlegend ökonomisch durchsetzt, wenn er auch staatliche Unterstützung nach sich zieht. Im Grunde schließt die "aktive Sanierung" die "passive" ein, womit wieder die Frage nach der Bewertung gestellt ist: die real faßbaren Reaktivierungstendenzen im ländlichen Raum (wie auch das Schrumpfen des ländlichen Raumes durch die Ausweitung der Agglomerationsräume) sind nur auf dem Boden seiner seit mehr als 1oo Jahren andauernden fortgesetzten Entleerung von Produktivvermögen zu verstehen. Die ganze Begrifflichkeit "aktive/passive Sanierung" setzt also eine bestimmte historische Klärung voraus, soll sie in ihrem Wesen verstanden werden.

Die Beschäftigung mit der Geschichte kann hier zweierlei lehren:

1. Daß die Frage der Veränderung des ländlichen Produktivvermögens sehr viel komplexer ist und die Möglichkeiten der Nutzung der ländlichen Ressourcen weit umfassender sind, als sie in der heutigen Entwicklung der BRD bei erstem Augenschein sichtbar wird. Gerade dies enthüllt sich, wenn die kapitalistische Entfaltung der materiellen Basis des gesellschaftlichen Lebens, die Scheidung von Landwirtschaft und Industrie, die Unterordnung der ländlichen Produktion unter die städtische, nachvollzogen werden.

---

* Bundesregierung. Raumordnungsbericht 197o. S. 32

2. Daß unser Weltbild, wenn es die Begriffe "Stadt", "Land" und "Stadt und Land" als Kategorien im bürgerlichen Sinne versteht und sie zugleich als allgemein gültige Form der räumlichen Organisation gesellschaftlichen Lebens festgeschrieben hat, auf der Fixierung unserer Gedanken an die uns bekannte Welt beruht. Hierin liegt denn auch das Zurückgehen bis auf jene frühgeschichtliche Zeit begründet, die die ersten Formen auf engem Raum organisierter Menschenmassen hervorgebracht hat, die wir voreingenommen und unbeholfen mit dem gleichen Begriff "Stadt" versehen, mit den wir heute kapitalistische Agglomerationen bezeichnen. Voreingenommen - weil wir nicht mehr gewahr werden, daß die Kategorie 'kapitalistische Agglomeration' eine Form gesellschaftlicher Organisation bezeichnet, die im w e s e n t l i c h e n U n t e r s c h i e d zur alten Stadt besteht. Und unbeholfen - weil wir nicht verstehen, in der heutigen Stadt (wie im heutigen Land) zugleich mit der wesentlichen Unterschiedenheit auch jene hochentwickelte Form historischer Organisation der Produktion zu sehen, die eine tatsächliche W e i t e r e n t w i c k l u n g ist und, "unüberwundene Reste" mit sich fortschleppend, sich wie der Mensch zum Affen verhält. *

Es zeigte sich denn auch während der Arbeit, wie schwierig jene Unvoreingenommenheit ist: beim Überlesen zeigt sich immer noch (und wieviel erst verhüllt sich noch), daß die bürgerliche Abschleifung der Sprache und des Denkens weit größer ist, als ich beim Abstecken von Aufgabe und Ziel annahm. Am stärksten fiel mir dies auf bei der Verwendung des Begriffs "Entwicklung", was sich mir jetzt an mehreren Stellen als Flucht in den Begriff darstellt. Die unkonkrete Verwendung verführt leicht dazu, die logische Schlüssigkeit einer nicht nachgewiesenen

---

* Marx, K. - Grundrisse. S. 26

Veränderung zu suggerieren, ohne sich des fehlenden Nachweises gewahr zu werden. Einzig und allein, weil man sich "grundsätzlich klar gemacht hat", daß unter "Entwicklung" nicht eine quantitative Fortführung einer Bewegung in gleicher Richtung verstanden werden soll, sondern vielmehr eine unwiederbringliche kumulative mit qualitativen Sprüngen begleitete Veränderung der historischen Realität zu verstehen ist.

Vielleicht erscheint der Umweg über die Menschheitsgeschichte, um zur Freilegung der Phantasie für eine letzten Endes aufbauende Kritik an der räumlichen Organisation der BRD (und auch der DDR) zu kommen, als zu umständlich. Dann kann es daneben nur einen weiteren Weg der Fundierung der Kritik an den räumlichen Disproportionen geben: dieser Weg scheint mir im aufmerksamen Studium der tatsächlichen Veränderungen in der (auch räumlich zu begreifenden) Organisation der gesellschaftlichen Produktion und des gesellschaftlichen Lebens in jenen Ländern mit noch niedrigem allgemeinen Stand der Produktivkraft zu liegen, die die Durchsetzung der kapitalistischen ökonomischen Rationalität rigoros außer Kraft gesetzt haben. Dazu gehört auch das Studium der von dieser gesellschaftlichen Praxis aus entwickelten Theorie. Hier sind vor allem Veröffentlichungen der VR China gemeint, die die Verteilung der gesellschaftlichen Produktivkraft zwischen "Stadt" und "Land" theoretisch behandeln. Vielleicht liegt es auch in der scheinbaren Einfachheit der Aussagen, weil Einfachheit der Worte, daß darin bisher von uns kaum wichtige Aussagen zur Marxschen Theorie und Methode gesehen werden. Dies obwohl oder weil wir uns gerade erst vom falschen Verständnis der Marxschen Theorie und Methode zu befreien beginnen.

Der Stand der marxistischen Theorie ist ein Problem, das nicht aus der Unentwickeltheit der Theorie an sich zu erklären ist, sondern aus dem historischen

Zusammenhang, in dem wir uns ihrer bedienen: wir stehen vor einem Neuanfang nach einem Kontinuitätsbruch , der sich sowohl aus dem Erstarren der offiziellen marxistischen Theorie bis zum Kern in der SU und den osteuropäischen Volksdemokratien wie aus der weitgehenden Anpassung der Intelligenz an die Restauration in den kapitalistischen Ländern, insbesondere der BRD, nach dem 2. Weltkrieg erklärt. Die politisch-ökonomischen Veränderungen - zumindest seit dem 2. Weltkrieg - sind nur noch mit ihren Erscheinungen an der Oberfläche verarbeitet worden. Die allenthalben in Angriff genommene Aufarbeitung dieser Jahre stellt aber keine nahtlose Wiederaufnahme ideologischer Auseinandersetzung dar: die Fähigkeiten müssen neu herausgebildet werden - und dies ist nicht nur durch Fleiß und Ehrgeiz zu bewältigen. Die Widersprüche der Gesellschaft spiegeln sich in unserem Denken und unseren Diskussionen wider. Die Schule des Denkens, durch die die meisten von uns gegangen sind, die den Anspruch stellen, die Welt, in der wir leben, materialistisch zu erklären, ist schwer abzustreifen. Das gilt genauso für den hier vorliegenden historischen Ansatz. Je weiter die Arbeit vorwärts kam, desto klarer zeigte sich erst, daß die Marxsche Theorie und Methode ein Problem darstellt. Dies ist aber nur zu bewältigen, indem man es in Angriff nimmt.

Oberhausen, Februar 1974

I. Die vorkapitalistische räumliche Organisation der Produktion

Die drei vorkapitalistischen, auf Klassenteilung beruhenden Gesellschaftsformationen sind die a s i a t i s c h e, a n t i k e und die f e u d a l e. Sie haben mit der nachfolgenden kapitalistischen gemeinsam, daß die Verteilung der Produkte nicht nach dem Maß der Beteiligung am Produktionsprozeß erfolgt. Weitere grundlegende Gemeinsamkeiten der vorkapitalistischen Gesellschaften sind dagegen im Unterschied zur nachfolgenden zu sehen:

In der Aneignung der Natur verhalten sich die Menschen zu den Arbeitsinstrumenten als den e i g e n e n (Marx, K. - 1 - S. 395). D. h., die Produzenten sind Eigentümer ihrer Produktionsmittel und der Bedingungen der Produktion. Die Produktion hat den u n m i t t e l b a r e n Zweck, den Produzenten zu ernähren. Diese Form des Eigentums beruht zugleich auf der Zugehörigkeit zu einem sozialen Gemeinwesen, das als Garant des Eigentums und der Ernährung des einzelnen berechtigt ist, von der Produktion Tribut zu verlangen. Dieser Tribut dient der Durchführung nur gemeinschaftlich zu bewältigender Aufgaben. Genau hierin ist auch der Ausgangspunkt der Klassenteilung zu sehen: die Verwaltung des Tributs trägt den Keim der Bereicherung einzelner in sich. Da aber die Produzenten ihren Arbeitsbedingungen unmittelbar verbunden sind, ist außerökonomischer Zwang - Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis - dazu notwendig. Diese antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist es, die den Gesellschaften trotz (unterschiedlich) niedriger Technik und Stand der Naturalwirtschaft ihre ökonomische und soziale Entwicklungsfähigkeit im vorweg beschriebenen Sinne von Entwicklung gibt.

Im Zusammenhang dieses irreversiblen Gangs der Geschichte haben wir die Herausbildung von S t a d t und L a n d als besonderer Form der räumlichen

Organisation gesellschaftlichen Lebens zu sehen. Eine darauf ausgerichtete Betrachtung verbietet, Stadt und Land a priori als statische, den heutigen Bedingungen entliehene Begriffe zu verwenden; dies ohne bezweifeln zu wollen, daß die Analyse dieser gesellschaftlichen Bedingungen von den historisch wie individuell gesetzten Erkenntnismöglichkeiten bestimmt und begrenzt ist.

So wie die Klassenteilung selbst verschiedene Entwicklungsphasen hin zur kapitalistischen Gesellschaft durchläuft, müssen die städtische Konzentration gesellschaftlichen Lebens wie die Trennung in Stadt und Land verschiedene Stufen der Entwicklung durchmachen. Sie können auch nicht als von vornherein existierende Organisationsform angesehen werden.

Zur Erläuterung der inneren Bewegungsgesetze, die S t a d t bilden und die n i c h t S t a d t bilden, ist es unerläßlich, die drei verschiedenen Formen der Produktion und mithin des Eigentums der vorkapitalistischen Periode, die asiatische, antike und feudale, in ihrer Entwicklung zu sehen. Die vorkapitalistische Periode steht in dialektischer Beziehung mit der vorangegangenen urgesellschaftlichen und der nachfolgenden kapitalistischen; die Entwicklung der in bestimmten Eigentumsformen manifestierten Produktionsweisen gehorcht dem Prinzip der dialektischen Negation; das anfängliche S t a m m e s e i g e n t u m verkehrt sich unter veränderten Produktionsbedingungen in sein Gegenteil, das P r i v a t e i g e n t u m d e r P r o d u z e n t e n, das selbst erneut in sein Gegenteil, die kapitalistische E i g e n t u m s l o s i g k e i t d e r P r o d u z e n t e n, übergehen muß.

Auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkraft fällt der absolute Zwang zur gemeinsamen Produktion fort, die individuelle wird möglich. Dieser Übergang darf aber nicht allein aus der Verbesserung der Arbeitsmittel

erklärt werden. Die Produktion ist von anbeginn eine gesellschaftliche Tätigkeit, in der sich Individuen auf eine bestimmte Art und Weise vereinen und das Produkt unter sich verteilen; das Produktionsverhältnis wird zum Eigentumsverhältnis im juristischen Sinne. Die Individualisierung der Produktion ist daher nicht nur Ursache, sondern auch Folge der Möglichkeit zur individuellen Aneignung. In diesem dialektischen Zusammenhang zwischen Produktion und Produktionsverhältnis vollzieht sich die völlige Umkehrung der Eigentumsverhältnisse in der vorkapitalistischen Periode: um zum feudalen Privateigentum zu gelangen, muß die Negation des Gemeineigentums in der Form des antiken Privateigentums stattfinden. *

Am Anfang steht die a s i a t i s c h e P r o d u k t i o n s w e i s e - noch viele Elemente des Gemeineigentums mit sich schleppend, ist sie Trägerin einer schwach entwickelten Klassengesellschaft und Übergangsform zwischen klassenloser Urgemeinschaft und entfalteter Klassengesellschaft. Sie ist für uns von besonderem Interesse, weil sie besonders gut Einblick gewährt, wie die räumliche Einheit von Landwirtschaft und Gewerbe von ertragssteigernden Fortschritten in der Produktion, der Herausbildung neuer Produktionsformen und dem damit verbundenen Kampf um die Eigentumsformen beeinflußt ist.

Trotz aller Gemeinsamkeiten der drei vorkapitalistischen Formationen führt die widersprüchliche Entwicklung des Eigentums zu beachtenswerten Unterschieden in der räumlichen Organisation des gesamten Lebens:

"Die klassische alte Geschichte ist S t a d t g e s c h i c h t e, aber von Städten, gegründet auf Grundeigentum und Agrikultur; die asiatische Geschichte

---

* Diese triadische Form dialektisch-logischer Beziehung der Gesellschaftsformationen aufeinander wird ausgehend von den vorkapitalistischen Produktionsweisen anschaulich von Tökei (,F. - 1 - S. 59, 62, 119) entwickelt.

ist eine Art indifferenter Einheit von Stadt und Land; (die eigentlich großen Städte sind bloß als fürstliche Lager hier zu betrachten, als Superfötation über die eigentlich ökonomische Konstruktion); das Mittelalter (germanische Zeit) geht vom Land als Sitz der Geschichte aus, deren Fortentwicklung dann im Gegensatz von Stadt und Land vor sich geht; die moderne (Geschichte) ist Verstädtischung des Landes, nicht wie bei den Antiken Verländlichung der Stadt." (Marx, K. - 1 - S. 382) (Hervorhebungen von mir - IK.)

Will man diesem Phänomen so gänzlich verschiedener räumlicher Organisationsformen in der vorkapitalistischen Gesellschaft näherkommen, sind vor allem die strukturellen Beziehungen zwischen aufkommenden und vergehenden Produktions- und Eigentumsformen innerhalb einer Gesellschaftsformation zu untersuchen.

1. Die asiatische Produktionsweise

Eine notwendige Vorbemerkung:
Da die asiatische Produktionsweise in der historisch-materialistischen Forschung vielfach für nicht existent gehalten wird, will ich sie nicht unreflektiert hier einführen.

Der Stand der Dinge ist so, daß eine Reihe von Wissenschaftlern in Ost und West heute die Meinung vertritt, daß die 1930/1 in der Sowjetunion gezogenen Schlüsse zur N i c h t e x i s t e n z der asiatischen Produktionsweise falsch sind und im Widerspruch zur Realität und zu den Aussagen von Karl Marx und Friedrich Engels stehen - so C. Suret-Canale, F. Tökei, M. Godelier, J. Chesneaux, B. Töpfer und E. Varga (kurz vor seinem Tod).

Das breite Interesse an der Wiederaufnahme der Diskussion seit den 1960er Jahren ist wohl weitgehend in Zusammenhang mit der Entwicklung des Kampfes um Unabhängigkeit der abhängig gehaltenen Völker erwacht. Die aufgezwungene Unterentwicklung kann eigenständige, mit der kapitalistischen Entwicklung nicht identische Entwicklungsansätze nicht überdecken. So ergibt sich die Einsicht, daß nicht in erster Linie das Fortbestehen früher Produktions- und Eigentumsformen Ursache der heutigen Unterentwicklung ist, sondern die tiefgreifende Abhängigkeit von den kapitalistisch entwickelten Ländern; damit verbindet sich die Frage, ob vielfache Relikte des Gemeineigentums nicht auch in Verbindung mit dem antiimperialistischen Kampf, der die Negation des Privateigentums in letzter Konsequenz beinhaltet, progressiven Charakter annehmen können und sich fortschrittlichen Produktionsmethoden verbinden lassen. So wurden auch die theoretischen Schlüsse von 1930/1 zu dieser Frage von den neueren historischen Untersuchungen der Entwicklungsmöglichkeiten des Gemeineigentums wie von

der tatsächlichen heutigen Entwicklung in Frage gestellt. *

Mir erscheinen die Arbeiten von Suret-Canale ** und Tökei zur selbständigen Existenz der asiatischen Produktionsweise von zwingender Logik zu sein - nicht zuletzt, weil sie von politischen Barrieren unabhängig sind und konsequent zu Ende denkend ihre beim Studium der älteren Geschichte gewonnenen Erkenntnisse auf die Gegenwart anwenden.

Ohne daß im Rahmen dieser Arbeit auf die dort dargelegten Zusammenhänge näher eingegangen werden kann, muß festgehalten werden, daß sie auf das Bild der älteren und neueren Geschichte in drei Punkten verändernd wirken:

1. Wenn die asiatische Produktionsweise den Beweis liefert, daß bei fortbestehendem Gemeineigentum und geringen Klassengegensätzen ein dem europäischen Feudalismus ähnliches Niveau der Produktivkräfte erreicht wurde, dann kann das Durchlaufen der drei Formationen der Klassengesellschaft (Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus) nicht mehr in dem engen Sinne als historische Zwangsläufigkeit gesehen werden, als daß sich dieses Schema für alle unentwickelten Gesellschaften zu jeder Zeit wiederholen müsse - nicht einmal in abgekürzter Form.

---

* Eine Zusammenfassung der diesbezüglichen aktuellen Untersuchungen auf der Welt, die sich alle mehr oder weniger an der Frage der asiatischen Produktionsweise festmachen und auf eine Überprüfung des bisherigen Geschichtsbildes abzielen, liefert Jean Chesneaux in "Où en est la discussion sur le mode de production asiatique?" in "La Pensée" Nr. 122/1965, S. 4o - 59 und Nr. 129/1966, S. 33 - 46. Eine weitere Zusammenfassung der Diskussion bis 1967 gibt Thea Büttner (1 - S. 287 - 312). Neuerdings auch Sofri (6. - 1 -).

** Suret-Canale geht so weit, die Struktur der asiatischen Produktionsweise als universalhistorische im Übergang von der Gentilordnung zur Klassengesellschaft zu sehen.

2. Dann kann auch angenommen werden, daß das Gemeineigentum einer modernen Industrialisierung als Grundlage dienen kann.

3. Wenn die Asiatische Produktionsweise als Trägerin einer sich entfaltenden Klassengesellschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums nachgewiesen ist, muß man auch anerkennen, daß bei sozialistischem staatlichen Eigentum das Fortbestehen von Klassen möglich ist. *

---

* An welch wunde Punkte unvoreingenommen suchende Wissenschaft stoßen kann, zeigt sich an der Aufnahme dieser Diskussion in der SU: die Diskussion zur asiatischen Produktionsweise wurde meines Wissens in der SU 1964 mit der Veröffentlichung eines ca. 1960 von E. Varga zum Thema geschriebenen Artikels eröffnet und von den Veröffentlichungen der französischen Zeitschrift "La Pensée" vorangetrieben. Bei der 1965 am Institut der Völker Asiens durchgeführten Konferenz war der Block, der sich der Überprüfung des Geschichtsbildes widersetzte, schon sehr stark. Später wurde die Diskussion auf Eis gelegt.

1.1 Die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion und die Form des Eigentums

Das Eigentümliche der gesellschaftlichen Organisation der Produktion mit dem Übergang zum systematisch und seßhaft betriebenen Ackerbau wurde von Marx beim Studium der frühen Ackerbaugesellschaften in den weiten kontinentalen Landflächen Zentralasiens entdeckt. Der Bezug auf Asien kommt nicht von ungefähr: die dort herrschenden Naturbedingungen führen zur besonders deutlichen Ausformung des g e s e l l s c h a f t l i c h e n Charakters der Produktion, was die Erfassung ihrer logischen Struktur vereinfacht.

Die clan- und stammesmäßige Organisation ist den frühen Ackerbaugesellschaften vorausgesetzt und ist damit auch die Organisationsform, unter der man beginnt, dem Boden systematisch die Existenzgrundlage abzuringen. Nun ist es aber wohl fast überall (und in Zentralasien besonders) so, daß der Boden diese Existenzgrundlage nur in Abhängigkeit von der Beherrschung von Naturbedingungen gewährt, für die die primitive urgesellschaftliche Organisationsform nicht mehr ausreicht. Eine solche Erschwernis der Natur ist die örtliche und zeitliche Verteilung der Niederschlagsmengen auf weiten Flächen Zentralasiens: künstliche Bewässerung ist die erste Voraussetzung jeden Ackerbaus. Die dazu notwendigen Bauten setzen eine über Clan und Stamm hinausgehende Organisation der Produzenten voraus. Ein überlegtes und planvolles Zusammenwirken ist zu organisieren. Die Aussonderung besonderer an Personen gebundener "öffentlicher"Funktionen ist notwendig. Diese natürliche Ungleichheit wird zur Grundlage, auf der sich die asiatische Produktionsweise entwickelt.*

---

* Eine weitere Erschwernis der Natur, die sehr weit verbreitet zur Aussonderung besonderer gesellschaftlicher Funktionen führt, ist z.B. die Begrenzung der Bodenproduktion auf eine kurze Zeit im Jahr und das Abwechseln "magerer" und "fetter" Jahre, was die überlegte und überwachte Vorratshaltung erzwingt.

Die neuen Bedingungen der Produktion führen zu einer neuen Form der Aneignung des gemeinsam erwirtschafteten Produkts. Neben die gleichmäßige Zuteilung der Lebensmittel tritt ein Teil, der in der Verfügung jenes besonderen, mit der Organisation betrauten, Funktionsträgers für jene allgemeinen Arbeiten reserviert ist, ohne die die Gesellschaft sich nicht reproduzieren kann. Der Boden als wichtigstes Produktionsmittel steht allgemein und im asiatischen Fall im Überfluß zur Verfügung. Durch die Bewässerung und Bebauung ist er gesellschaftlich angeeignet. Nur mit Vorbehalt und aller Vorsicht kann in diesem Zusammenhang eine Zuordnung zu einer Form des E i g e n t u m s als juristischer Kategorie erfolgen. Der Begriff "Eigentum" entstammt einer Denkstruktur, die die materiellen Bedingungen der Produktion nur noch im auf wenige Personen (oder eine Person) begrenzten Zugriff vorstellen kann. Vielleicht ist daher die Bemerkung von Engels: "Die Abwesenheit des Grundeigentums ist in der Tat der Schlüssel zum Orient." * nicht nur in dem Sinne zu verstehen, daß kein Privatgrundeigentum bestand, sondern im Sinne von überhaupt kein Eigentum. Wäre dies richtig, so fällt es allerdings schwer, einen Begriff für jene Form der Aneignung zu finden, in der erste Interessengegensätze zwischen der Gemeinschaft der Produzenten und dem obersten Funktionsträger auftreten. Es ist daher besser, dieser asiatischen Form der "Abwesenheit des Grundeigentums" den Begriff G e m e i n e i g e n t u m in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes als "gemein Angeeignetes" zuzuordnen und die Ansätze jeder individuellen Aneignung von Produktionsmitteln im Gegensatz dazu zu sehen - vorausgesetzt, es bleibt im Hinterkopf, daß entsprechend fixierte Rechtsverhältnisse zunächst nicht bestanden.

---

* Engels an Marx. 6. Juni 1853. Zit. nach: Tökei - 1 - 1o.

Spricht man von einem urgemeinschaftlichen Gemeineigentum, so ist das asiatische dessen modifizierte Form. Seine Grundlage ist das kleine isolierte Gemeinwesen, das die Produzenten in zur Produktion notwendiger Zahl kollektiv zusammenschließt und das nur über den Zusammenhang der Bewässerungsbauwerke in einem übergeordneten gesellschaftlichen Rahmen steht.

"... es widerspricht ihr (dieser Form der Aneignung - IK.) durchaus nicht, daß... die z u s a m m e n f a s s e n d e E i n h e i t, die über allen diesen kleinen Gemeinwesen steht, als der höhere E i g e n t ü m e r oder als der e i n z i g e E i g e n t ü m e r erscheint, die wirklichen Gemeinden daher nur als e r b l i c h e Besitzer. Da die E i n h e i t der wirkliche Eigentümer ist und die wirkliche Voraussetzung des gemeinschaftlichen Eigentums - so kann diese selbst als ein B e s o n d r e s über den vielen wirklichen besondren Gemeinwesen erscheinen, wo der einzelne dann in fact eigentumslos ist, oder das Eigentum - i. e. das Verhalten des einzelnen zu den n a t ü r l i c h e n Bedingungen der Arbeit und Reproduktion als ihm gehörigen; ... für ihn vermittelt erscheint durch das Ablassen der Gesamteinheit - die im Despoten realisiert ist ... an den einzelnen durch die Vermittlung der besondren Gemeinde. Das Surplusprodukt - ... - gehört damit von selbst dieser höchsten Einheit." (Marx, K. - 1 - S. 376/7)

Die Aussonderung besonderer an Personen gebundener "öffentlicher" Funktionen verändert also das ganze gesellschaftliche Gefüge der Aneignung.

"Diese Organe, die schon als Vertreter der gemeinsamen Interessen der ganzen Gruppe, jedem einzelnen Gemeinwesen gegenüber eine besondre, unter Umständen sogar gegensätzliche Stellung haben, verselbständigen sich bald noch mehr, teils durch die ... fast selbstverständlich eintretende Erblichkeit der Amtsführung, teils durch ihre mit der Vermehrung der Konflikte mit anderen Gruppen wachsende Unentbehrlichkeit." (Engels, F. - 1 - S. 166).

Der Funktionär, der für die gesellschaftlichen Bewässerungs- und Wasserregulierungssysteme zu sorgen hat, wird zum Despoten. Aus ihm und seinen Staatsbeamten wird bei äußerlich scheinbar unveränderten Produktionsverhältnissen die sich

bereichernde "Klasse", sobald sie mehr aneignen, als zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Voraussetzung dazu ist die Steigerung der Produktion über das Existenzminimum hinaus, wie es mit den Wasserbauwerken eintritt. Der Begriff "Klasse" muß im beschriebenen Sinn der gesellschaftlichen Gegensätze verstanden werden. Zunehmende Gegensätze entwickeln sich im übrigen auch zwischen den Gemeindemitgliedern in Form von Kastenunterschieden und Sklaverei innerhalb der Gemeinwesen. Dadurch aber, daß der Despot Eigner des Mehrprodukts geworden ist, ist er der t a t s ä c h l i c h e E i g e n t ü m e r des hauptsächlichen Produktionsmittels, des Bodens, geworden. Die Gemeindemitglieder sind nur noch dessen B e s i t z e r, unmittelbare Nutznießer; dafür haben sie Tribut, Grundrente, zu bezahlen. Die in ihren Reihen vor sich gehende Aussonderung von Funktionsträgern - wie Schmied, Astrologe, Lehrer usw. , die von der Gemeinschaft ernährt werden, findet ihre Grenze an der übergreifenden, sich bereichernden Staatsgewalt.

Ein besonders anschauliches Beispiel ist Ägypten, wo uns die Bereicherung des "Staates mit seiner herrschenden Klasse", der die Nilregulierung gewährleistet, deutlich vor Augen steht. Die scharfe Form der despotischen Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage eines entwickelten Systems organisierter Gewalt führt direkt zur Anwendung des Griffes "Staat", der hier allerdings nicht weiter fundiert werden kann. Wir können nur das Phänomen der Herausbildung von einer Art Klassenherrschaft und Staatsgewalt bei fortbestehenden gemeinschaftlichen Eigentumsverhältnissen konstatieren. *

---

* Hier läßt sich die Frage der Analogie zur auf Gemeineigentum beruhenden s o z i a l i s t i s c h e n P r o d u k t i o n s w e i s e nicht übergehen, wie auch Tökei betont:
"Aus der historisch untersuchten Tatsache z. B., daß in Asien die Schicht der öffentlichen Funktionäre zu dem Zeitpunkt wahrhaftige öffentliche Funktionen auszuüben aufgehört und sich zur herrschenden Klasse erhoben hat, als die

Gemeinwesen, deren Vertreter diese Familienoberhäupter und Beamten waren, sich auflösten, kann man zweifellos darauf schließen, daß das öffentliche Vertretungssystem des Sozialismus unbedingt auf wirkliche, nicht aber auf fiktive Kommunen aufgebaut werden muß ..." (Tökei, F. - 1 - S. 84).

Die Zerstörung der direkten gesellschaftlichen Aneignung fällt nicht von ungefähr mit der Aushöhlung der ökonomischen und politischen Autonomie der Gemeinwesen zusammen. Es dürfte aber hier bereits einsichtig sein, welche Implikationen sich für die räumliche Verteilung des Mehrprodukts als materielle Wiederherstellung oder Aushöhlung der Gemeinwesen, damit für die ländliche oder städtische (dezentralisierte oder zentralisierte) Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. Wie dies das kulturelle Niveau in Stadt und Land berührt, ist am ägyptischen Beispiel abzulesen.

Zurück zur Frage der Progressivität: es ist also eine Veränderung der Produktionsformen innerhalb der asiatischen Produktionsweise anzunehmen. Tökei betont, daß man keinesfalls aufgrund der besonderen Langsamkeit ihrer Entwicklung in den Fehler verfallen darf, den Klassenwiderspruch über die Existenz der urgesellschaftlichen Relikte aus dem Auge zu verlieren und von permanenter Stagnation auszugehen (Tökei, F. - 1 - S. 119 - 121). Sie trägt alle Dispositionen in sich, um bei entsprechend stimulierenden Einflüssen von außen, den Boden für eine beschleunigende Entwicklung zu legen. Wie in der ganzen Geschichte die Gewalt eine feste Rolle spielt (Varga, E. - 1 - S. 194), so sind es auch gewaltsame äußere Einflüsse gewesen, die die Disposition der asiatischen Produktionsweise zur Entwicklung freigesetzt und über sie hinausgeführt haben. Die Gewalt kann dabei sehr unterschiedliche Wirkung erzielen. Die Berührung des germanischen Gemeineigentums mit dem antiken privaten wurde z. B. Grundlage einer sehr viel höheren Entwicklung der germanischen Völker (Übergang zum Feudalismus), als sie in der Antike bestanden hatte (Töpfer, B. - 1 - S. 275-285). In Japan konnte sogar aus der (im Inneren sehr weit entwickelten) asiatischen Produktionsweise heraus der Kapitalismus Fuß fassen, indem er gerade von bestimmten Relikten der asiatischen Produktionsweise profitierte (Tökei, F. - 1 - S. 117-123).

EXKURS: *

Im vorkapitalistischen "asiatischen" Japan gibt es im Gegensatz zum vorkapitalistischen Europa keine Städte außer der Hauptstadt Kyoto. Vermutlich läßt sich die umfassende dezentrale Industrialisierung, die hier in der kapitalistischen Phase erfolgte, auf die starke Bindung der ländlichen Arbeitskraft an die dörflichen Gemeinwesen, wie auch auf die dort vorhandenen handwerklichen Fähigkeiten zurückführen. Da diese Industrialisierung nur aus der Entwicklung des Kapitalismus, der erst später behandelt werden soll, erklärbar ist, können an dieser Stelle nur einige Phänomene aufgezeigt werden, die allerdings erstaunlich genug sind:

Zwergenhafte Größen kleiner Konsumgüter produzierender Fabriken auf dem Lande bilden geradezu eine nationale Besonderheit. Die Vergroßstädterung bleibt im Vergleich zu Europa hinter dem Industrialisierungsgrad zurück. Es kann vermutet werden, daß die Struktur der asiatischen Produktionsweise unter dem Kapitalismus zur Grundlage schärfsten Elends wird, da der hauptsächliche Nutzen der alten Gemeinwesenorganisation auf dem Dorfe für den Kapitalismus in der besonderen Ausbeutbarkeit der Arbeitskraft liegt, die durch den alten gesellschaftlichen Überbau an Dorf und Boden gefesselt bleibt. Es ist diese Struktur der Gemeinwesen, die dem japanischen Kapital zu schnellem Wachstum verhilft, und die Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie von 1930 an fördert, was schließlich zu explosionsartigem Städtewachstum führt. Die 6 Millionenstädte Japans vereinigen 1948 12,5 Mill. Einwohner = 17 % der Gesamtbevölkerung, während mittelgroße Städte völlig fehlen. Das Wachsen geht auf Kosten des Landes: um Osaka und Tokaido sind bis dahin 7o % der ländlichen Bevölkerung abgewandert. Die Klein-

* nach Mecking, L. - 1 -
1949 geschrieben, also ohne Berücksichtigung der Weiterentwicklung bis heute!

heit der Bodenparzellen, die Höhe der Verschuldung suchen ihresgleichen in der Welt. Der starke staatlich gelenkte (auch dies ein Relikt aus der asiatischen Produktionsweise) Aufstieg vollzieht sich auf Kosten der ländlichen Entwicklung (Hecking, L. - 1 - S. 72-8o).

Auch in China wurde nach Tökei eine dem Frühkapitalismus vergleichbare Stufe der asiatischen Produktionsweise erreicht. Sie konnte aber - genauso wie in Japan - nicht ohne äußeren Anstoß in die kapitalistische Entwicklung einmünden, da die grundlegende Voraussetzung, das Herausbilden von Privateigentum (Parzelleneigentum an Grund und Boden) in der Gemeinwesenorganisation gefangen blieb. In dem Maße wie die langsame Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der asiatischen Produktionsweise die zunehmende Bereicherung der Despoten möglich machte, während die Gemeinwesen sich auf fast immer gleicher Stufe reproduzierten, mußte auch ihr politisches Gewicht relativ abnehmen. Es konnte eine quasi-feudale Herrenschicht entstehen, der es aber versagt blieb, sich an eigenverantwortlich wirtschaftenden Parzellenbauern zu bereichern. Die Isoliertheit der dörflichen Gemeinwesen mit ihrer Naturalwirtschaft erlaubte zwar die Herausbildung einiger reicher Handelsstädte als Versorgungszentren der dünnen herrschenden Klasse, versetzte die Städte aber nicht in die Lage, die autarke Gemeinwirtschaft umzukrempeln, die gewerbliche Produktion herauszulösen und an sich zu reißen. (Tökei - 1 - S. 1o7-9).

Anders als in Japan, erfolgte der äußere Anstoß zur Überwindung dieser Verhältnisse in China nicht (Lewin, G. - 1 - S. 242).

In Indien, wo die innere Entwicklung der asiatischen Produktionsweise weit weniger vorangeschritten war, brachte die Berührung mit dem Kapitalismus den vollständigen Zerfall der alten ökonomischen Ordnung (Varga, E. - 1 - S. 194).

Aber die Frage, ob Weiterentwicklung, Stagnation oder Zerfall, hängt eben nicht allein von der inneren Disposition ab. Die ökonomische und politische Stärke der heutigen imperialistischen Länder läßt auch bei entsprechender Disposition keine derartige Entwicklung mehr zu.

1.2 Die innere gesellschaftliche Organisation und die räumlichen Auswirkungen *

Die oben entwickelten Gedanken werden unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Organisation noch einmal aufgegriffen.

1.2.1 Das Gemeinwesen

Das kleine Gemeinwesen, das "alle Bedingungen der Reproduktion und Mehrproduktion in sich selbst enthält" (Marx, K. - 1 - S. 377), entsteht auf der untersten Stufe des (seßhaft betriebenen) Ackerbaus. Der niedrige Stand der Produktivkräfte wie die Nähe zur vorangegangenen Stammesgemeinschaft erklären das kollektive Wirtschaften. Die kollektive Arbeitsweise und Aneignung, der gemeinsame Vorrat für unberechenbare Naturereignisse, unerläßliche, aber für sich genommen unproduktive Arbeiten wie Wetterbeobachtung, Grenzbewachung, Kindererziehung ... sind Voraussetzung zur Reproduktion aller; daher erscheint das Gemeinwesen selbst "als die erste große Produktivkraft" (Marx, K. - 1 - S. 395), daher

---

* In dieser Darstellung handelt es sich wie im Vorhergehenden mehr um ein allgemeines Schema, das mögliche Besonderheiten ausläßt. Wie der Name "asiatische Produktionsweise" sagt, ist die Organisation autarker Gemeinwesen zuerst für Asien und hier Zentralasien nachgewiesen worden. Das klassische asiatische Beispiel zeichnet sich aus durch "die kollektive Ausbeutung von bäuerlichen Gemeinden durch den Staat und seinen, meist sehr umfangreichen 'Apparat' von Beamten bzw. Würdenträgern" (Töpfer, B. - 1 - S. 263). Es muß aber betont werden, daß Formen der asiatischen Produktionsweise wohl in allen Erdteilen nachweisbar sind.

gibt es eine Arbeitsteilung nach Plan, die autoritätsmäßig durchgesetzt wird. Der einzelne kann sich daher nur als Mitglied dieser Gemeinde als Eigentümer zu den objektiven Bedingungen seiner Arbeit verhalten; er besitzt sie nicht persönlich. Für die sich selbst versorgende Gemeinde gibt es keine materiell notwendigen Beziehungen zu einer anderen Gemeinde. Höchstens dort, wo natürliche Unterschiede in Rohstoffen und Lebensmitteln bestehen, kann sich ein wechselseitiger Austausch von Überschußprodukten z w i s c h e n den Gemeinwesen ergeben.

1.2.2 Staatliche Organisation und Arbeitsteilung

Wenn die beschriebenen Gemeinwesen auch in i n d i f f e r e n t e r E i n h e i t nebeneinander "vegetieren", so ist doch die asiatische Produktionsweise keineswegs als bloße Summierung dieser autarken Produktionseinheiten zu verstehen. Sie sind Bestandteil eines - je nach der Größe der öffentlichen Aufgaben (Infrastruktur, Konflikte mit anderen Staaten) verschieden starken - Staatsgebildes.

Gerade die Ungunst der Natur erweist sich als Entwicklungsfaktor - sowohl was die Produktivkräfte, wie was die Klassen und den Staatsapparat betrifft. Nicht dort, wo es von allein wächst, sondern dort, wo der Natur nur unter Aufbietung großer menschlicher Anstrengungen Reichtümer abzuringen sind, setzt diese Entwicklung ein. "Die Notwendigkeit, eine Naturkraft gesellschaftlich zu kontrollieren, damit hauszuhalten, sie durch Werke von Menschenhand auf großem Maßstab erst anzueignen oder zu zähmen, spielt die entscheidende Rolle in der Geschichte der Industrie". (Marx, K. - 2 - S. 537).

Damit steigen auch die Vollmachten der öffentlichen Funktionsträger ins fast Unermeßliche - verglichen mit der Macht der dörflichen Gemeinschaften; die Möglichkeit zu deren Bereicherung zu eigenem Vorteil ist geschaffen. Die zentralisierte Macht muß höchst despotischen Charakter annehmen, um dem selbständig und mit eigenen Mitteln wirtschaftenden Dorfkollektiv den Tribut abzunehmen. "Sie tritt in Form des Staatsapparates auf, der scheinbar ü b e r der ganzen Gesellschaft, tatsächlich aber im Dienst der herrschenden Minderheit steht". (Suret-Canale, J. - 1 - S. 207).

Trotzdem aber berührt dieses Abschöpfen die Gemeinwesen weder in ihrer ökonomischen Existenz noch in ihrer politischen Selbständigkeit. Was der oberste über den Gemeinwesen stehende Grundherr abschöpft und an gesellschaftlicher Vorsorge leistet, erscheint als Naturgegebenheit. Es hat die Form von Naturalien, da zwischen den Gemeinwesen kein Tausch, damit kein Geld besteht. Austausch vollzieht sich überhaupt nur an den Grenzen des Staatswesens - soweit nämlich der Despot die eingenommenen Überschüsse gegen luxuriöse, weil nicht notwendige Güter andrer Staaten tauscht (Marx, K. - 1 - S. 138). Dieses zufällige und sporadische Miteinander-in-Kontakt-treten verschiedener Staaten, aus dem der A u s t a u s c h als ständige Einrichtung der Bewegung materieller Güter hervorgeht, ist etwas völlig anderes als die Güterbewegung im Inneren des Staates. Der A u s t a u s c h erzeugt n i c h t o r g a n i s i e r t e g e s e l l s c h a f t l i c h e A r b e i t s t e i l u n g; die a u t o r i t ä t s m ä ß i g f e s t g e l e g t e n A b g a b e n erzeugen eine p l a n m ä ß i g o r g a n i s i e r t e g e s e l l s c h a f t l i c h e A r b e i t s t e i l u n g; letzteres solange die Abgaben die Existenzfähigkeit der Gemeinwesen nicht gefährden. Es ist einsichtig, daß diese auf dem Gemeineigentum beruhende "Planwirtschaft" eine höchst unentwickelte ist:

die Autarkie macht die Bestimmung der Proportionen, innerhalb derer produziert werden soll, sehr einfach. Wichtig bleibt zu erkennen, daß es sich um eine Form g e s e l l s c h a f t l i c h e r A r b e i t s t e i l u n g handelt, die die Produkte nicht in Waren und nicht in abstrakte Wertform verwandelt, um sie austauschbar zu machen. Die berufliche Differenzierung kann auf der entwickelteren Stufe sogar recht weit gehen, immer bleibt es aber die d i r e k t g e m e i n s c h a f t l i c h e P r o d u k t i o n im Dorfverband, die die Teilung der Arbeit und die proportionale Menge der notwendigen Güter bestimmt.

Im "frühkapitalistischen" China, also der höchstentfalteten Stufe der asiatischen Produktionsweise, zählt man gut 2oo Berufe in einem Gemeinwesen, ein Grad der Arbeitsteilung also, der durchaus mit einer Kleinstadt Preußens um 18oo verglichen werden kann *; im Gegensatz zu dieser ergibt sie sich aber nicht aus dem spontanen Marktgeschehen, sondern wird noch immer planmäßig v o r der Aufnahme der Produktion festgelegt. Unverhoffte Nachfrage entsteht nicht, also braucht auch die Teilung der Arbeiten nicht nachträglich reguliert zu werden.

Die Reproduktion des gesamten Staatswesens beruht immerhin schon auf einem umfassenden arbeitsteiligen Kreislauf: die Naturalsteuer (Getreide, Reis) muß an Soldaten, Beamte und Handwerker des Despoten auf Gegenleistung verteilt werden oder geht den Arbeitern der Wasserbauwerke zu. Sie muß befördert werden und erzeugt Güterverkehr in e i n e r Richtung hin zu den Orten des Verzehrs - ist also kein Güteraustausch.

---

* siehe Schmoller, G. - 2 - S. 376, ff.

1.2.3. Die Entstehung der Stadt

Die asiatische Produktionsweise als erste Form der Klassengesellschaft ist auch die erste s t ä d t e b i l d e n d e Gesellschaft.

Solange der oberste Grundherr allein Funktionsträger öffentlicher Belange ist und nicht mehr einnimmt als er dazu braucht, hat er kaum Gelegenheit, anders zu leben als die übrigen Mitglieder der Gesellschaft. Für die Durchführung auch noch so großer öffentlicher Arbeiten werden als größte Siedlungsform nur zeitlich begrenzte Arbeitslager entstehen. Sobald er aber in der Lage ist, sich Mehrprodukt anzueignen, muß eine ganze Kettenreaktion von Forderungen an konzentrierte und dauerhafte Siedlungsform im großen Maßstab entstehen:

Es beginnt mit der Ausgabe eines Teils seiner ungebundenen Einnahmen zur Befriedigung eigener, bis dahin ihm unbekannter luxuriöser Bedürfnisse - wie der seines Schwanzes staatlicher Funktionäre; wobei es zu seinem grundlegendsten Bedürfnis gehört, diesen Schwanz über das Maß echter öffentlicher Belange hinaus zu verlängern. Er sieht sich gezwungen, seinerseits ein dem kleinen Gemeinwesen ähnliches zu gründen - das sich durch die Größe und fehlende Autarkie in der Lebensmittelproduktion unterscheidet. * Landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion dienen zum großen Teil einer dritten, höchst wichtigen: der Heereshaltung, die jetzt nicht mehr allein der Sicherung der Grenzen dient, sondern der Sicherung der Macht nach innen. Gerade die Ausrüstung des Heeres bringt eine differenzierte Spezialisierung innerhalb der asiatischen Stadt, die

---

* Da nur unverderbliche Lebensmittel wie Getreide im großen Maßstab als Naturalrente einzunehmen sind, bleibt die Gemüseproduktion etc. unerläßlich. Bücher beschreibt diese asiatischen Städte (wie Babylon, Ninive...) als weitläufige ummauerte Arreale, die unzusammenhängende Häusergruppen, zwischen denen landwirtschaftlich genutzte Flächen liegen, umfassen. (Bücher, K. - 1 - S. 367)

wiederum ohne Tausch und natürlich ohne Lohnarbeit vonstatten geht - es wird überhaupt nur direkt zu verteilender Gebrauchswert produziert. Im Grunde leben alle Handwerker, Soldaten und Funktionäre von der autoritätsmäßig verteilten Rente des Grundherrn. *

Im Laufe der Entwicklung ist in fast allen asiatischen Kulturen das unproduktive Mehrprodukt nicht nur mit Nahrung und Dienstleistungen verzehrbar - es wird zum gehorteten Schatz. Seine Größe gibt sowohl die Fähigkeit zur Mehrproduktion wie auch die Unfähigkeit zu ihrer produktiven Verwertung an. In den wahrhaft orientalischen Luxusgegenständen ist vor allem überschüssige Arbeit thesauriert. Diese Luxusgüterproduktion bringt den Städten eine doppelte Funktionserweiterung: neben die Fertigung tritt der auswärtige Handel mit seltenen Schätzen (Suret-Canale, J. - 1 - S. 1o6). Dieses aufgeblähte Gemeinwesen muß sich den übrigen gegenüber indifferent verhalten, "die eigentlich großen Städte sind bloß als fürstliche Lager hier zu betrachten, als Superfötation über die eigentlich ökonomische Konstruktion" (Marx, K. - 1 - S. 382).

Diese "eigentlich ökonomische Konstruktion", das ist die enge Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe in den Gemeinwesen und das ist in unserem Zusammenhang von großer Bedeutung: die Heerschar gewerblicher Arbeiter in der Stadt ist kein Symptom für die Trennung von Landwirtschaft und Gewerbe; zwar produzieren die kleinen Gemeinwesen einen Teil der Lebensmittel für die Stadt, aber diese keine gewerblichen Produkte für das Umland. Die grundlegende Selbstversorgung

---

* "Die Natural-Tribute der unterworfenen Stämme füllen die Vorratshäuser der Gewaltherren und nähren reichlich einen tausendköpfigen Hofstaat und zahlreiche abhängige kleine Leute ... ein rein konsumptives Gebilde, das zur Gütererzeugung der Nation kaum mehr beiträgt, als die Einwohner ihren Gärten, Feldern und Fruchtbäumen abgewinnen." (Bücher, K. - 1 - S. 371).

gesteht den Städten k e i n e produktive Funktion zu. Auch in der sehr langsamen Weiterentwicklung der Produktivkräfte haben nicht die Städte die entscheidende Funktion; die Produktivkräfte können nur im Rahmen des auf dem Lande verbleibenden Mehrprodukts wachsen. Die städtischen nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter bleiben unproduktive, denn ihre Produkte gehen nicht in die fortgesetzte Produktion materiellen Reichtums ein; währenddessen dient die gesteigerte landwirtschaftliche Produktion Schritt um Schritt der Vermehrung der Anzahl der Arbeitskräfte, der weiteren produktiven Spezialisierung im Gemeinwesen und selbstredend der Vergrößerung des Mehrprodukts zum unproduktiven Konsum. Diese fehlende direkte Verbundenheit der Städte mit ihrer ökonomischen Basis führt zur räumlichen Indifferenz; es ist schließlich egal, wo sie sich befinden:

"Die H a n d w e r k e r d e r S t ä d t e ... s i n d n i c h t a n e i n e Ö r t l i c h k e i t d u r c h i h r e A b h ä n g i g k e i t v o n M a s s e n f i x e n K a p i t a l s g e f e s s e l t ... (weil die - IK.) Arbeiter bloß a u f d i e d i r e k t e E m p f a n g n a h m e eines Teils der Revenuen der Leute angewiesen sind, die die von den Handwerkern produzierten Waren konsumieren ... Wenn ihre Kunden ihren Wohnsitz ... wechseln, müssen die nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter ihnen folgen oder verhungern ... Von Samarkand können wir südwärts ... die Ruinen untergegangener Hauptstädte verfolgen, deren Bevölkerung sie plötzlich verließ (...), s o b a l d n e u e Z e n t r e n d e r V e r t e i l u n g d e r k ö n i g l i c h e n R e v e n u e n, das ist die Gesamtheit des Mehrprodukts vom Boden, begründet waren" (Jones, R., An Inquiry into those principles ..., London 1821, S. 73-76; zit. in: Marx, K. - 4 - S. 428). *

* Ähnliche Beispiele nennen Bücher und Suret-Canale: in allen drei Reichen Ägyptens baut sich jeder Pharao s e i n e Residenzstadt, die den Tod des Gründers jeweils nur kurze Zeit überlebt. (Bücher, K. - 1 - S. 368/9). In den sudanesischen Fulbestaaten am Südrand der Sahara entstehen von 1725 an Großstädte, riesige Heerlager mit Befestigungen und ausgedehnten landwirtschaftlichen Flächen im Innern, die jeweils mit dem Tod des Königs verfallen (Bücher, K. - 1 - S. 37o/1). Suret-Canale führt dies allerdings im Gegensatz zu den ägyptischen Beispielen auf das Fehlen der starken Zentralgewalt zurück. Die sich befehdende Aristokratie, Hinweis auf starke feudale Züge in der herrschenden asiatischen Produktionsweise, erzwang immer wieder die territoriale Neuaufteilung. (S.-C., J. - 1 - S. 21o-13).

Die langsame Ausweitung der orientalischen Städte im Verlauf der historischen Entwicklung gewinnt letztendlich ungeachtet ihrer Parasitennatur eine progressive Funktion: auch mit der Aneignung von Mehrprodukt zu unproduktiven Zwecken macht die Geschichte einen qualitativen Sprung - Klassen entstehen, es folgt Klassenkampf, notwendig der Staat, das Heerwesen. Die Aufrechterhaltung der etablierten gesellschaftlichen Ordnung, die Beherrschung der antagonistischen Kräfte verlangt die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge, den beschleunigten Bau großer Verteidigungsanlagen. So wird die Steigerung des unproduktiven Verzehrs des Reichtums schließlich doch zur Produktivkraft. Die großen Städte sind steinerne Zeugen der innewohnenden aber nicht progressiv genutzten Kräfte dieses Gemeinwesens.

1.3. Die Auflösungserscheinungen in der räumlichen Struktur mit der Entwicklung der Produktivkraft

Der sich entfaltenden Klassengesellschaft kommen drei Momente bei der langsamen Steigerung der Produktivkraft entgegen:

a) Veränderungen in den Naturbedingungen,
b) die fortlaufende Vermehrung der Arbeitsmittel = Steigerung des gesellschaftlich nützlichen Reichtums,
c) die Vermehrung des menschlichen Arbeitsvermögens = Bevölkerungszunahme.

Wenn wir als Zweck des Gemeinwesens seine Selbsterhaltung voraussetzen, d. h. die Erhaltung der Mitglieder in genau der Weise, in der sie zuerst durch ihre Arbeit das Gemeinwesen gebildet haben, dann ist leicht zu verstehen, daß bloß **e i n e r** der drei Fälle einzutreten braucht, um das Verharren auf der alten Ebene unmöglich zu machen. Da aber jeder der drei Fälle weitere Veränderungen

zur Folge hat, müssen die alten Organisationsformen schließlich gesprengt werden:

zu a)
Veränderungen in den Naturbedingungen sind mit b) eng verbunden: Bodenschätze mögen von Anbeginn da sein; ihre g e s e l l s c h a f t l i c h e Existenz ist erst von dem Augenblick an, wo die zum Ausbau notwendigen Arbeitsinstrumente da sind, gegeben. Wasser wird zur Produktivkraft, wenn Schiffe zum Fahren vorhanden sind, etc.;

zu b)
wenn auch die Vermehrung der Produkte nicht mit der Vermehrung der Arbeitsmittel identisch ist, so führen sie doch auf indirektem Wege dazu; mehr Waffen und Nahrungsmittel für das Heer erfordern mehr Steuern,größeres Mehrprodukt = mehr Arbeitsmittel;

zu c)
die Entwicklung über a) und/oder b) vorausgesetzt, kann sich die Bevölkerung vermehren. Die "Zellteilung" der Gemeinwesen, um die an eine feste Personenzahl gebundenen Produktionsbedingungen zu erhalten, erfordert räumliche Expansion. Die damit verbundene Unterwerfung von Nachbarstämmen oder Gemeinwesen, deren Eingliederung oder Versklavung, vermehrt das menschliche Arbeitsvermögen wie das Mehrprodukt und liefert die Voraussetzung der weiteren Erschließung von Naturschätzen und der Verbesserung der Arbeitsinstrumente.

Diese Veränderungen stoßen in erster Linie bei den alten E i g e n t u m s v e r h ä l t n i s s e n auf Widerstand. Das zusätzliche Arbeitsvermögen befindet sich - sei es durch kriegerische Eroberungen, sei es durch Steuereinnahmen und Handel - in der Hand der herrschenden Minderheit. Wie sehr sich auch

die Dynastien darum streiten, das Mehrprodukt fließt ihnen nur stetig zu, solange die Gemeinwesen funktionsfähig bleiben. Auf der anderen Seite drängen die Produktivkräfte danach, diese Form zu zerstören: das Mehrprodukt macht Tausch zwischen den Gemeinwesen möglich; dieses schafft erstes Handelskapital; dieses möchte Boden als wichtigstes Produktionsmittel in seine Verfügungsgewalt bekommen; auch die Kriegsherren, die von den sich häufenden Auseinandersetzungen nur profitieren, beginnen das eroberte Land und die bei ihren "starken Häusern" Schutz suchenden Menschen als ihr Eigentum zu betrachten. * Diese individuelle Aneignung von Produktionsmitteln setzt der Form nach die erste Stufe der aus dem gemeinschaftlichen Produktionsverband herausgelösten Produktion. Diese neue Produktionsform schafft erstes Privateigentum, das allerdings noch nicht auf Warenproduktion beruht, sondern erst die Bedingungen dazu schafft. D e r K a m p f z w i s c h e n G e m e i n - u n d P r i v a t e i g e n t u m ist die unausweichliche Folge dieser fehlenden Übereinstimmung von Eigentumsverhältnissen und Stand der Produktivkräfte. Es bilden sich immer wieder Ansätze heraus, die die alte räumliche Struktur untergraben: die "starken Häuser" werden zu dezentralisierten Zentren der Akkumulation des Mehrprodukts. Das Abhängigkeitsverhältnis vom Grundherrn wird direkter; da aber die Gemeinwesenbindungen fortbe-

---

* Tökei nennt als Beispiel für die Entwicklung feudaler Elemente i n n e r h a l b der asiatischen Produktionsweise das China von der Mitte des 6. Jh.s. bis zur Mitte des 17. Jh.s. Die erstarkende Zentralmacht sucht die Steuerbasis zu erweitern, um den Preis der Zersetzung der Gemeinwesen. Feudalen Kräften gelingt es jeweils (oft an der Spitze spontaner Bauernaufstände) an die Macht zu gelangen. Aber auch sie sind an das Fortbestehen der Gemeinwesen gebunden. Die Feudalisierungsansätze der "starken Häuser", also die Bildung von Privateigentum, ist begrenzt. Letztendlich dient die Wiederherstellung der Gemeinwesen aber der Festigung des zentralen Staats. Aus diesem circulus vitiosus kann die asiatische Produktionsweise von innen her nicht herausführen; sie bedarf dazu aber nur des Anstoßes von außen:
(Tökei, F. - 1 - S. 1o2/3).

stehen, kann sich die d i r e k t e Abhängigkeit nicht zur Leibeigenschaft entwickeln, also auch nicht das individuelle Parzelleneigentum als Grundlage der weiteren Vermehrung der Produktivkräfte.

So gelingt es auch dem sich in den Städten entwickelnden Handelskapital nicht, das Band zwischen Landwirtschaft und Gewerbe zu zerreißen. Die auf einen kleinen Teil des Mehrprodukts beschränkte Geldwirtschaft erweist sich umgekehrt abhängig von der Existenz der Gemeinwesen.

Erst gewaltsam von außen eindringende Einflüsse führen dazu, daß das Privateigentum an Grund und Boden zu der Stärke gelangt, die den fortdauernden Kampf mit dem Gemeineigentum erlaubt. Dieser Doppelcharakter der Eigentumsverhältnisse kann sich über eine relativ lange Periode hin erhalten, so daß eine ganz eigene Produktionsweise mit spezifischer gesellschaftlicher Ordnung, die a n t i k e P r o d u k t i o n s w e i s e , entsteht, die uns als typisch s t ä d t i s c h e G e s e l l s c h a f t s o r d n u n g bekannt ist. Sind die antiken Produktivkräfte einmal etabliert, ergibt sich die weitere Möglichkeit der Auflösung des gemeinschaftlichen Eigentums: der direkte Übergang von der asiatischen Form des Eigentums in das feudale durch die gewaltsame Berührung mit der antiken Eigentumsform, was die völlig vereinzelnde l ä n d l i c h e O r g a n i s a t i o n d e r P r o d u k t i v k r ä f t e - eben auf der Basis des freien Parzelleneigentums - zur Folge hat. Beide möglichen Übergänge sollen im folgenden im Hinblick auf den aus den veränderten Produktionsformen resultierenden Kampf zwischen Gemein- und Privateigentum als Grundlage der Veränderungen der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte und das Verhältnis von Stadt und Land kurz gestreift werden.

Zusammenfassung

Wir haben die entscheidende Basis der asiatischen Produktionsweise in den vorausgesetzten Produktivkräften gesehen - in der ersten Stufe des Ackerbaus, die das gemeinschaftliche Bearbeiten der Felder, die gemeinsame Haushaltung mit den Produkten notwendig macht. Es ist grundlegend dieses Entwicklungsniveau, das die Natur der Produktionsverhältnisse bestimmt. Das Gemeinwesen als soziale Einheit wird zum Organisator der Produktivkräfte. Entsprechend der widersprüchlichen Natur der Aneignungsverhältnisse übt das Gemeinwesen diese Funktion widersprüchlich aus:

1. P o s i t i v auf die Entwicklung der Produktivkräfte wirken sein besonderes Vermögen, seine Produktionsmittel höchst ökonomisch einzusetzen - die Produktion planmäßig zu organisieren, Landwirtschaft und Gewerbe zu gegenseitigem Vorteil verbunden zu betreiben - wie die Übereinstimmung von Produktionseinheit und politischer Einheit als Auswirkung der auf Gemeineigentum basierenden Produktion.

2. N e g a t i v wirkt der Zwang zur Reproduktion im immer gleichen Maßstab entgegen der realen Steigerung der Produktivkräfte. Das Gemeinwesen ist zur S t a g n a t i o n verdammt, weil es Kontrolle und Verfügung über das aus ihm selbst heraus freigesetzte Mehrprodukt an die sich zur Klasse verselbständigenden Funktionsträger gemeinschaftlicher Belange (='Staat' asiatischen Typus) verliert. Die Stagnation ist als Folge des Übergangs vom g e s e l l s c h a f t l i c h a n g e e i g n e t e n G e m e i n e i g e n t u m zum n i c h t g e s e l l s c h a f t l i c h a n g e e i g n e t e n S t a a t s e i g e n t u m.

Dieses der ökonomischen Basis entzogene Staatseigentum kann sich erst produktiv verwerten, wenn es als Privateigentum in den Händen der Staatsfunktionäre eine neue ökonomische Basis abgibt, die sich von den Bindungen der asiatischen Gemeinwesenorganisation weitgehend befreit hat. Dazu allerdings bedarf es des äußeren Anstoßes.

Im Verlaufe der Geschichte werden die räumlich-strukturellen Beziehungen mit den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion verändert, so wie diese im Kampf zwischen Gemein- und Privateigentum von dem immer mächtigeren Übergewicht der Privateigentumsverhältnisse bestimmt werden.

Die Gemeinwesenorganisation der asiatischen Produktionsweise befindet sich von Grund auf in Widerspruch zur Stadt als produktivem Zentrum. Das, was als "Stadt" in den asiatischen produzierenden Gesellschaften erscheint, erweist sich als Ort konzentrierter Konsumtion des Mehrprodukts. Die grundlegende Selbstversorgung der Gemeinwesen, die Einheit von Landwirtschaft und Gewerbe gesteht den Städten keine produktive Funktion zu.

2. Der Übergang von der asiatischen in die antike Produktionsweise

Die antike Produktionsweise hat sich als eigenständige in einem einmaligen historischen Akt in der griechischen und römischen Antike herausgebildet.

Es muß gleich vorweg gesagt werden, daß die folgenden Überlegungen zum Verhältnis von Stadt und Land noch weitaus fragmentarischer sind als die vorausgegangenen: während bei der asiatischen Produktionsweise der Zusammenhang von Produktivkraft, Arbeitsorganisation und Aneignungsverhältnis relativ einfach ist und die "Eigentumsform" als besondere Betrachtungsebene davon abzulösen ist, ist dies bei Betrachtung der antiken Produktionsweise nicht gelungen. Beim Quellenstudium schiebt sich immer wieder die Ebene des Eigentums in den Vordergrund und ergreift von vornherein Besitz von der logischen Konstruktion des Geschehens. Es wird im folgenden daher nicht klar, was eigentlich die entscheidenden Veränderungen an der Produktionsbasis sind, die zu diesem so benannten "Widerspruch zwischen Gemein- und Privateigentum" führen. Ohne diese Klärung bleiben aber die aufgebauten logischen Zusammenhänge willkürlich. Diese grundlegende Schwäche der Aussage wäre nur durch eine gezielte Beschäftigung mit den historischen Quellen dieser Epoche zu überwinden, um die Momente, die in der benutzten Literatur nur noch in der Verkürzung der Veränderung der Eigentumsformen erscheinen, herauszuarbeiten.

Ein wesentlicher Unterschied der antiken gegenüber der asiatischen Produktionsweise scheint bereits durch die naturgegebenen Voraussetzungen gegeben zu sein: die asiatische findet, in der beschriebenen Form, auf unbeschränkt verfügbarem Boden statt, die antike auf beschränkt verfügbarem. Die frühen Ackerbaukulturen sind mit der langsamen Entwicklung der Produktivkraft im Küstenbereich des Mittelmeers mit seinem beschränkten Territorium eben schneller gezwungen,

Eigentum geltend zu machen. Dies mag ein wesentlicher Punkt sein, der nun die r e c h t l i c h e Aneignung der Produktionsmittel über deren unmittelbare Aneignung in der Produktion hinaus notwendig macht. Dies kann allerdings nur e i n Erklärungsmoment sein (und keine Rechtfertigung der folgenden Vorgehensweise), denn auch in den entwickelteren asiatischen Gesellschaften, die den knappen Boden im Zweistromland und am Nil verteilen mußten, gab es bereits die rechtliche Form des Eigentums.

Trotz aller Vorbehalte sind die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Begriffe "Stadt" und "Land" in der Antike hier festgehalten, weil m. E. immerhin aufgezeigt werden konnte, wie wenig diese Begriffe in der heutigen Bedeutung verstanden werden dürfen. In anderer Hinsicht erscheinen sie mir jetzt jedoch als zu gewagt. Die Überlegungen beziehen sich im übrigen nur auf die römische Antike.

Der Übergang in die antike Produktionsweise muß als spezifische Sonderentwicklung gesehen werden, die durch äußeren Anstoß zur beschleunigten Transformation der asiatischen Produktionsweise führt und die Grundlagen für die moderne Zivilisation legt, während die typische Entwicklung, die den meisten Gesellschaften eigene, das Verharren auf der asiatischen Stufe mit sehr langsamer Weiterentwicklung für lange Zeit bleibt. *

---

* Die typische Entwicklung verläuft zunächst ohne bedeutenden äußeren Anstoß und bewahrt so viele Relikte des Gemeineigentums, daß das Privateigentum weder in seiner antiken noch in seiner feudalen Form entstehen kann, da sich die Produktion selbst nicht verändern kann.

Ausgehend vom Ackerbau als bestimmender Produktionsbasis ist das antike Gemeinwesen als G e m e i n d e v o n A c k e r b ü r g e r n anzusehen; Handwerk und Handel bleiben noch vom Ackerbau beherrscht. "Die klassische alte Geschichte ist Stadtgeschichte, aber von Städten, gegründet auf Grundeigentum und Agrikultur" (Marx, K. - 1 - S. 382).

Die den Boden besitzenden Ackerbauern sind selbständig und privat Wirtschaftschaftende nur als Mitglieder des Gemeinwesens, das ihre Interessen vereint und nach außen schützt.

2.1 gesellschaftliche Produktion und Form des Eigentums

Durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte ist das kollektive Wirtschaften kein absoluter Zwang mehr; die Produzenten können sich ihre Produktionsmittel privat aneignen und sich als freie und gleiche Privateigentümer gegenübertreten, sobald sie die dem individuellen Wirtschaften hinderlichen Fesseln der alten auf Gemeineigentum beruhenden Gemeinwesenorganisation sprengen. *

Auf dieser Grundlage wird aus dem G e m e i n e i g e n t u m einerseits das G e m e i n d e e i g e n t u m , das zugleich Staatseigentum ist,

---

* "Je weniger faktisch das Eigentum des einzelnen nur verwertet werden kann durch gemeinsame Arbeit - also z. B. wie die Wasserleitungen im Orient -, je mehr der rein naturwüchsige Charakter des Stammes durch historische Bewegung, Wandrung gebrochen; je mehr ferner der Stamm ... in wesentlich neue Arbeitsbedingungen tritt und die Energie des einzelnen mehr entwickelt ist - sein gemeinsamer Charakter mehr als negative Einheit nach außen erscheint und so erscheinen muß -, um so mehr die Bedingungen gegeben, daß der einzelne P r i v a t e i g e n t ü m e r von Grund und Boden - besonderer Parzelle - wird, deren besondere Bearbeitung ihm und seiner Familie anheimfällt." (Marx, K. - 1 - S. 378/9).

andererseits das davon getrennte P r i v a t e i g e n t u m. In der g e g e n s ä t z l i c h e n F o r m v o n S t a a t s g r u n d e i g e n t u m u n d P r i v a t e i g e n t u m setzt sich der alte Kampf um die Loslösung vom urgesellschaftlichen Gemeinwesen fort. Der Boden ist weiterhin Eigentum der Gemeinde; aber nur ein kleiner Teil, der "ager publicus" bleibt in gemeindlicher = staatlicher Verfügung; der größere Teil wird parzellenweise zur privaten Bewirtschaftung von den Gemeindemitgliedern in Besitz genommen. In Rom ist ein Gemeindemitglied "aber auch nur Römer, insofern er dies souveräne Recht über einen Teil der römischen Erde besitzt" (Marx, K. - 1 - S. 381).

Die kleine Gemeinschaft der Besitzer - gebunden an das nicht vermehrbare Ackerland der ursprünglichen Gemeinde - wird durch die Beschränktheit schnell gesprengt; in Rom sind es die in das römische Gemeinwesen gewaltsam eingegliederten Plebejer, die, nicht das Privileg der Zugehörigkeit zum ursprünglichen Besitzerkreis genießend, sich das Recht auf Privateigentum als Grundlage der politischen Zugehörigkeit zum Gemeinwesen erkämpfen.

Dies ist zugleich Kampf um die Stärkung des Privateigentums und die weitere Zurückdrängung des Gemeineigentums, das Grundlage des Privilegs des beschränkten Kreises der ursprünglichen Besitzer ist: war zuerst die Mitgliederschaft in dem römischen Gemeinwesen (als Stammeszugehörigkeit) ausschlaggebend, um Eigentümer zu werden, so ist nach dem Sieg der Plebejer das Eigentum Voraussetzung, um zum römischen Gemeinwesen zu gehören (Tökei, F. - 1 - S. 68). Das Privateigentum hat eine neue Bedeutungsaufwertung erfahren. Zugleich wird es Mittel zur Klassendifferenzierung: die ursprüngliche Zugehörigkeit zum Gemeinwesen grenzt die herrschende Klasse (Patrizier) ab; die nicht Boden Besitzenden werden zum Zubehör des Grundeigentums (Sklaven) und die später hinzugekommenen kleinbäuerlichen Grundeigentümer (Plebejer) stehen dazwischen. Sie sind Eigentümer mit geringeren

Rechten. Sie werden immer mehr tributpflichtig, bis sie ihren Boden Schritt um Schritt an die Patrizier verlieren. Die städtische Gemeinde als Staat der freien und gleichen Privateigentümer - konstituierendes Element der antiken Produktion - hat sich damit sehr schnell überlebt. Geschichtlich gesehen ist hier das Ende der Identität von Eigentümer und Arbeitendem erreicht. Ein fester und notwendiger Bestandteil der Gemeindemitglieder verliert als Nichteigentümer von Grund und Boden die Rechte, die den römischen Bürgern zustehen; dies sind die S k l a v e n, L o h n a r b e i t e r und H a n d w e r k e r.

Die Patrizier, die als Grundeigentümer mit besonderen Rechten nund auch faktisch über das Staatsgrundeigentum privat verfügen, überlassen dessen Bearbeitung den ihnen untergeordneten Besitzern. Diese veränderte Organisationsform der Produktion trägt den Keim der Ausweitung in sich: das umliegende ländliche Territorium wird zum annektierbaren Objekt; die Erhaltung des städtischen Gemeinwesens beruht von jetzt an auf der Ausweitung der territorialen Macht der Patrizier. Die beschriebene Klassenteilung wird so zur Grundlage der territorialen Expansion eines Staatswesens, das mit der ursprünglichen, sich selbstversorgenden Stadt mit Land nicht mehr identisch ist.

"Der Krieg ist daher die große Gesamtaufgabe, die große gemeinschaftliche Arbeit, die erheischt ist, sei es um die objektiven Bedingungen des lebendigen Daseins zu okkupieren, sei es um die Okkupation derselben zu beschützen und zu verewigen. Die aus Familien bestehende Gemeinde daher zunächst kriegerisch organisiert - als Kriegs- und Heerwesen, und dies eine der Bedingungen ihres Daseins als Eigentümerin. D i e K o n z e n t r a t i o n d e r W o h n s i t z e i n d e r S t a d t G r u n d l a g e d i e s e r k r i e g e r i s c h e n O r g a n i s a t i o n." (Marx, K. - 1 - S. 378)

Diese Form der Ausweitung des Privateigentums schafft nicht nur neue Möglichkeiten der Aneignung von Mehrprodukt, sondern bringt auch, da alles angegliederte

Grundeigentum von niederer, nicht ursprünglicher Form ist, die Beschränkung der Herrschaft auf eine kleine Minderheit. Ihr Sitz ist die Stadt - alles zugehörige Land befindet sich in ihrer Abhängigkeit. Die beschleunigte S t a d t b i l d u n g beruht auf der Erwirtschaftung von Mehrprodukt durch die reiche Klasse von Ackerbürgern, die immer mehr Sklavenarbeit zu diesem Zweck auf ihrem Boden einsetzt bzw. die Bewohner der Landgemeinden versklavt und sich den Boden aneignet.

2.2 gesellschaftliche Produktion und räumlich-strukturelle Organisation

Die Existenz der Gemeinde als Stadt ist ihre Voraussetzung, um als S t a a t zu existieren. Stadt und Land bilden eine untrennbare ö k o n o m i s c h e E i n h e i t; darauf aufbauend sind sie p o l i t i s c h e E i n h e i t. Der städtische Verein von privilegierten Eigentümern ländlichen Grund und Bodens, ist Träger der politischen Macht und der politischen Einheit.

Die antike Kultur ist S t a d t k u l t u r. Daß sie eine typische Erscheinung für den Mittelmeerraum ist, erläutert Marx kurz an folgendem einleuchtenden Gedankengang: "in den Poren" der alten asiatischen Gesellschaften entwickeln sich Handelsbeziehungen und mit ihnen handeltreibende Völker. Das Mittelmeer als die damalige Welt verbindendes Transportmedium kann Gesellschaften hervorbringen, die von den Ware-Geld-Beziehungen am Rande der asiatischen Produktionsweise profitieren und diese in den Randgebieten des Mittelmeers zersetzen.

"Und wohin dieser Prozeß der Auflösung ausläuft, d. h. welche neue Produktionsweise an Stelle der alten tritt, hängt nicht vom Handel ab, sondern vom Charakter der alten Produktionsweise selbst. In der antiken Welt resultiert die Wirkung des Handels und die Entwicklung des Kaufmannskapitals stets in Sklavenwirtschaft; je nach dem Ausgangspunkt auch nur in Verwandlung eines patriarchalischen, auf Produktion unmittelbarer Subsistenzmittel gerichteten Sklavensystems in ein auf Produktion von Mehrwert gerichtetes." (Marx, K. - 5 - 344)

Dieser Schritt ist nicht ohne vorausgesetzte antagonistische Klassengesellschaften vorzustellen: dem Lande muß so großes Mehrprodukt entzogen sein, daß stetiger weit verzweigter Fernhandel möglich ist.

Daher wird die antike Produktionsweise oft als S k l a v e n h a l t e r g e s e l l s c h a f t bezeichnet. Mag der Begriff auch nicht ganz korrekt sein, da, wie zu sehen war, die Sklaverei nicht am Anfang der antiken Produktionsweise steht und es andere Formen der Sklaverei gibt, so macht er doch anschaulich, daß das Voranschreiten der Ware-Geld-Beziehungen, der gewerblichen Produktion und der Stadtentwicklung den massenhaften Einsatz von Arbeitskraft zur systematischen Produktion von Mehrprodukt zur Grundlage haben (Töpfer, B. - 1 - S. 274), und daß Rom also erst mit der großmaßstäblichen Sklavenarbeit zu jener über ein weites Imperium herrschenden Stadt wird.

Da die Beschränktheit des direkt zum Umkreis der Stadt gehörenden Bodens sehr früh zu K o n k u r r e n z k a m p f u n d K o n z e n t r a t i o n* in den Händen der wenigen führt, erhalten sie die Möglichkeit, die durch die Aufspaltung des Gemeingrundeigentums zu kleinen Parzellen verursachte Stagnation der Produktivität zu überwinden. Auf dem neu konzentrierten Boden entstehen größere landwirtschaftliche Betriebe, auf denen vermehrt Sklavenarbeit einsetzbar ist (villae). Der zur Erweiterung des Territoriums unerläßliche Krieg führt neue Sklaven zu, so daß auch im eroberten Land große Güter (lati fundi) angelegt werden können (Schtajerman, E.M. - 1 - S. 25). Grundlage der ausgeweiteten Sklavenwirtschaft bleibt die feste staatliche Organisation der städtischen Eigentümer,

---

* Die Patrizier ruinieren die Plebejer auf dem Wege der Verschuldung. Mit deren Ruinierung ist die Möglichkeit, sie als Kleinbauern auszubeuten, vorbei - es folgt die reine Sklavenwirtschaft.

also die S t a d t a l s p o l i t i s c h e s Z e n t r u m, das direkt außerökonomischen Zwang ausüben kann. Die Landgemeinden verschwinden überall mit der Eingliederung in das Römische Imperium. "Eine öffentlich rechtliche Stellung haben nur die Städte, und das Land bildet ihr Gebiete. Wenn es den Römern gelungen ist, bis tief in die Barbarenländer hinein ihre Kultur und Sprache zu verbreiten, so verdanken sie es diesem System der V e r s t a d t l i c h u n g und der weitherzigen Verleihung des Bürgerrechts an Unterworfene." (Bücher, K. - 1 - S. 377). Darüber darf nicht vergessen werden, daß die für alle vorkapitalistischen Gesellschaften typische Naturalwirtschaft absolut beherrschend bleibt.

Das politische Vermögen der städtischen Herrschaft Roms findet an den Produktionsverhältnissen seine Grenze: Sowie die Grundlage Roms als städtischer Gemeinde der Ackerbauern die Produktion zur Befriedigung eigner Bedüfnisse ist, bleibt dies auch im Grunde die Grundlage für das ganze Römische Reich. Der Auflösung der Landgemeinden folgt nicht die systematische Auflösung der Naturalwirtschaft zugunsten der Warenproduktion. So wird die Landgemeinde als die das römische Gemeinwesen konstituierende ökonomische und politische Einheit zerstört, sobald ökonomisch selbständige ländliche Gebiete unterworfen werden, aber die Naturalwirtschaft wird nicht beseitigt. Da es keine ökonomische Integration zwischen der antiken städtischen Ökonomie und der der unterworfenen Gebiete gibt, bleibt nur die Gründung von Provinzstädten als Stützpunkten der direkten Gewaltanwendung übrig, um das Mehrprodukt zu steigern und anzueignen. *

---

* Alle Vergleiche des römischen Imperiums mit dem Imperialismus erweisen sich daher als Plattheit: das "kapitalistische"Rom und die Provinzhauptstädte haben weit mehr Gemeinsamkeiten mit der asiatischen Stadt als es Anschein erweckt; sie sind immer noch von der als Naturalsteuer eingezogenen vorkapitalistischen Grundrente lebende Konsumtionsgemeinschaften.

Die Versuche, Geldabgaben einzuführen, die mehrfach unternommen werden, scheitern daran, daß der Ware-Geld-Kreislauf nicht die Grundlage der gesellschaftlichen Produktion durchdrungen hat. Die enge Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe auf dem eroberten Lande kann nicht ökonomisch durchbrochen werden. Genausowenig ist das massenhaft angesammelte Kaufmannskapital in der Lage, die städtische gewerbliche Entwicklung vorwärtszutreiben. *

2.3 Die innere Entwicklungsunfähigkeit der räumlich-strukturellen Organisation

Die Entwicklungsunfähigkeit und der Beginn des Auflösungsprozesses der antiken Produktionsweise setzt im römischen Reich ein, als der Kampf beider Formen des Eigentums sichtlich steckenbleibt; als die auf dem gemeinen Staatsgrundeigentum begründete Herrschaft der städtischen Minderheit die weitere Entfaltung des Privatgrundeigentums behindert. Nach E. M. Schtajerman ist zunächst im 5. - 3. Jh. v. Chr., nach der Ruinierung der Plebejer, die landwirtschaftliche Großproduktion auf Sklavenbasis allgemein geworden. Sie verleiht die ökonomische Kraft, weite Landstriche um das Mittelmeer an die Hauptstadt Rom zu binden. Die weite "Verstadtlichung des Landes" beruht auf der Herrschaft der in städtischen Gemeinden organisierten Großbesitzer über die entferntesten Gegenden. Jede zusätzliche Landeroberung vermehrt das Arbeitsheer der Sklaven; die Anforderungen an die städtischen Gemeinden, staatlichen "Schutz" auszuüben, wachsen dementsprechend. Da aber die Eigentumsverhältnisse keine andere Produktionsform als die der privatbetriebenen Sklavenarbeit unter staatlich-gemeindlichem Schutz zulassen, also die Entwicklung der Produktivkräfte stagniert, stehen den wachsenden

---

* "Der Reichtum, den sie für Privatkonsumtion schafften, war daher relativ klein und erscheint nur groß, weil in wenigen Händen aufgehäuft, die übrigens nichts damit zu machen wußten." (Marx, K. - 3 - S. 529).

militärischen Ordnungsaufgaben im Inneren des Reiches keine entsprechenden Einnahmen gegenüber; im Gegenteil senkt das Fortfallen der Reservearmee neugewonnener Sklaven während der "pax romana" die produktive Leistung. Während sich also die alten herrschaftstragenden städtisch-staatlichen Eigentumsverhältnisse unfähig zeigen, die produktiven Möglichkeiten weiterzuentfalten und darüber hinaus jeden Fortschritt der Produktivkräfte zu verhindern suchen *, entgleitet ihnen unter der Hand die tatsächliche weitere Entwicklung. Da sich das exterritoriale Privatgrundeigentum verselbständigt, wird der Auflösungsprozeß der Eigentumsverhältnisse eingeleitet. Losgelöst vom städtischen Organisationszwang gehen die exterritorialen Großgrundbesitzer im 1. - 3. Jh. n. Chr. dazu über, ihre Güter in Pachtzellen aufzuteilen. Aus diesem scheinbar rückwärtsweisenden Schritt der Landzerstückelung kann sich die historisch höhere Stufe, die feudale Produktionsweise mit fortgeschrittenem Niveau der Produktivität entfalten. Gerade in den östlichen Gebieten des Mittelmeeres wird die jahrhunderte-, wenn nicht jahrtausendealte Tradition der fast unumschränkten Oberhoheit des obersten Grundherrn zur Voraussetzung, trotz Parzelleneigentums, bei der die Arbeitskraft an den Boden als an ihr eigenes Produktionsmittel gebunden bleibt, die Großflächenbewirtschaftung durchzuführen (Kreißig, H. - 1 - S. 2oo-6).

Wir haben hier im Grunde die Weiterentwicklung der asiatischen in die feudale Produktionsweise vor uns, an der allerdings die Existenz der antiken Produktionsweise nicht ganz unschuldig erscheint, denn sie ist die äußere Gewalt, die die Stagnation überwinden hilft.

---

* Die Vermehrung des Reichtums im Rom beruht im Grunde auf "organisiertem Raub" (so K. Marx), nicht aber auf der Steigerung der Produktivkräfte.

Zu diesem historischen Sprung vorwärts bleibt die antike Produktionsweise aus sich heraus unfähig - gehindert durch die s t ä d t i s c h e F o r m d e s G r o ß g r u n d b e s i t z e s : die stadtnahen villae können nur durch verschärfte Ausbeutung der Sklavenarbeit mit der östlichen Großproduktion zu konkurrieren suchen. Der Boden dieser villae läßt sich weder direkt konzentrieren, noch parzellieren, um unter einem obersten Grundherrn einheitlich bewirtschaftet zu werden, da er institutionell die Basis der oligarchischen städtischen Herrschaft ist; es sei denn, man hätte die Oligarchie der städtischen Grundbesitzer selbst beseitigen wollen. Der aus dem alten Gemeineigentum herrührende Herrschaftsanspruch der ersten Ackerbürger über das Land muß in der Tat vernichtet werden, das Römische Reich zerstört werden, um die volle Entfaltung des privaten Eigentums zu sichern.

Wir stehen vor einer ähnlichen Tatsache wie in der asiatischen Produktionsweise: die bestehende Form der Produktionsverhältnisse wird zur Fessel der Produktivkräfte, weil ihr die Entwicklungsmöglichkeiten genommen sind. In der asiatischen Produktionsweise liegt die Ursache darin, daß die autarken Gemeinwesen nicht zur Akkumulation i h r e s Mehrprodukts und die akkumulierenden Zentren nicht zu dessen produktiver Verwendung in der Lage sind, was eben Stagnation hervorruft. In der antiken Produktionsweise ist es die städtische, aus dem gemeinsamen Staatseigentum zur Herrschaft legitimierte Minderheit, die das angeeignete Mehrprodukt der Provinzen nicht produktiv verwenden kann: sie muß seine Vermehrung, die sie nicht mehr beherrscht, geradezu bekämpfen. *

---

* Ich beziehe mich hier auf E. M. Schtajerman, die besonders herausstellt, wie die Relikte des Gemeineigentums und das dahinterstehende städtische Kollektiv zur reaktionären Kraft werden und die Entstehung des privaten Großgrundeigentums mit aller Macht zu hindern suchen (- 1 - S. 28).

Schlußfolgerung für die räumliche Organisation

Es sollte gezeigt werden, daß weder die asiatische noch die antike Gesellschaft aus sich heraus in der Lage sind, die selbst geschaffenen materiellen Bedingungen zur weiteren Entfaltung der Produktivkraft zu nützen, da die Produktionsverhältnisse das Fortbestehen des Gemeineigentums, wenn auch in modifizierter Form, garantieren. Während dessen werden alle Produktionsformen, die aus Ansätzen von Privateigentum resultieren und dessen Entwicklung fördern, bekämpft.

In beiden Gesellschaftsformationen stehen noch Gemein- und Privateigentum miteinander in Widerspruch: letzteres kann sich nur auf Kosten des ersteren entwickeln, ersteres hemmt die Herausbildung des letzteren. In der Realität ist dieser Vorgang nichts anderes als der sinnfällige Ausdruck des Kampfes um die Durchsetzung neuer Formen der Produktion und der Aneignung des Mehrprodukts; sinnfällig, weil im Wandel der Rechtsnormen dingfest gemacht: Wird das Mehrprodukt gemeinschaftlich produziert und angeeignet, um der Verbesserung der gemeinschaftlichen Produktion zu dienen, so geht es der privaten Aneignung ab. In diesem Falle bleibt aber auch das Interesse an der Steigerung des Mehrprodukts beschränkt. Denn die Gemeinde trägt ja bereits alle Bedingungen der Selbsterhaltung in sich selbst.

Die antike Produktionsweise zeichnet sich dadurch aus, daß sie einerseits bereits vielfältige Ansätze zur zum eigenen Vorteil privat betriebener Produktion, mit Interesse an der Steigerung des Mehrprodukts als mächtigen Stimulus der Weiterentwicklung der Produktivkraft hervorbringt, andererseits dazu nicht die institutionellen Möglichkeiten bereithält.

Für die Städte der Antike heißt dies, daß sie mit dem Erstarken des Privateigentums zu Orten des Reagierens, der Reaktion werden, die mit institutionellen Zwangsmaßnahmen gewaltsam ihren eigenen Verfall aufzuhalten suchen müssen:

1. Der Gebrauch des von außen durch den Handel einfließenden Geldes wird verboten.
2. Wucher steht unter schwerer Strafe, da er die Eigentumsformen, auf denen die politische Macht ruht, zerstört. Damit wird die Zentralisation des Geldes, die die Weiterentwicklung der städtischen Gewerbe einleiten könnte, aufgehalten.
3. Die Förderung der Zünfte als Stützen der Reaktion verhindert die Weiterentwicklung des Handwerks.
4. Die Betätigung in Handel und Gewerbe wird als Sklavenarbeit diskriminiert.

Daher läßt sich m. E. folgende Hypothese aufstellen:
Fortschritt der Produktivkräfte kann hier also nur heißen, B e f r e i u n g v o m Z w a n g d e r s t ä d t i s c h e n O r g a n i s a t i o n. Solange wie die produktiven Potenzen auf dem Lande liegen und auch die hauptsächliche und produktiv wirksame gewerbliche Produktion noch in engster Verbindung mit der Landwirtschaft angesiedelt ist, kann die Ü b e r w i n d u n g d e r H e m m n i s s e, in denen die städtische Organisation der gesellschaftlichen Macht gefangen liegt, nur v o m L a n d e h e r erfolgen. Nur das Land kann mit der ökonomischen die politische Macht entwickeln, die die gesetzten produktiven Möglichkeiten nutzen kann.

Diese Rom überlegene ökonomische Potenz, die zur politischen Macht wird, bildet sich an der Peripherie des Römischen Imperiums, also auf dem im römischen Sinne unentwickelten Lande heraus. Bevor im folgenden die Hauptwesenszüge dieser land-

lichen Organisation der Macht, die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse wieder miteinander in Übereinstimmung setzt, nicht aufgezeigt sind, kann allerdings die Behauptung, daß die Niederlage der städtischen Grundbesitzer- und Sklavenhalterkreise als herrschender Klasse in gewissem Sinne als S i e g d e s L a n d e s ü b e r d i e S t a d t verstanden werden kann, nur im Vorgriff erwähnt werden. *

Als ebenso erst noch im folgenden zu belegende Hypothese läßt sich m. E. sagen, daß sich d i e V e r l ä n d l i c h u n g d e r g e s e l l s c h a f t l i c h e n O r g a n i s a t i o n s o m i t a l s V o r a u s s e t z u n g z u r E n t f a l t u n g d e r P r o d u k t i v k r ä f t e d e r i m m e r n o c h a l s a g r a r i s c h z u b e z e i c h n e n d e n v o r k a p i t a l i s t i s c h e n G e s e l l s c h a f t e r w e i s t. Ein solchermaßen d i f f e r e n z i e r t e s V e r h ä l t n i s v o n S t a d t u n d L a n d läßt sich daher m. E. genauso wenig wie in der vorangegangenen asiatischen Produktionsweise unter den Begriff "Stadt/Land - Gegensatz" subsumieren!

---

* Unter "Land" ist hier die ländliche Organisation der gesellschaftlichen Produktion und folgliche Verlagerung der politischen Superstruktur auf's Land gemeint, wie sie in der feudalen Produktionsweise bei den mitteleuropäischen Völkern entsteht.

3. Die feudale Produktionsweise

Wir haben die europäische Entwicklung des Feudalismus in den rund 1300 Jahren von ca. 500 - 1800 n. Chr. unter dem Aspekt der Freisetzung der produktiven Fähigkeiten der Menschheit, sich immer leichter und umfassender die Natur anzueignen, zu sehen. Diese in sich höchst unterschiedliche Epoche ist im ganzen gesehen eine Zeit unleugbar unaufhaltsamer Entfaltung der Produktivkräfte. Sie führt vom Stadium der primitiven Naturalwirtschaft hin zum Durchbruch der den gesamten Produktionsprozeß beherrschenden voll entfalteten Warenproduktion. Dieser Weg verläuft - das Ergebnis dieses Kapitels vorweg zum besseren Verständnis zusammenfassend - in t r i a d i s c h e r Form: in seiner ersten Phase führt der Feudalismus mit den sich aus dem Gemeinschaftsverband herauslösenden Einzelwirtschaften zu einer stürmischen Entfaltung der Naturalwirtschaft; in der zweiten Phase kommt es zur weitgehenden Individualisierung des Produktionsprozesses und Stärkung des individuellen Eigentums; dies muß zwangsläufig zur dritten Phase führen, in der die Produktivkräfte auf die unerläßliche, gesellschaftliche Bindung der Einzelproduktionen hindrängen und wo die Ware-Geld-Beziehungen letztendlich zum neuen Gemeinwesen werden. Wenn auch diese drei Stufen nach Ort und Zeit nicht haarscharf voneinander zu trennen und in reiner Existenz nicht nachzuweisen sind, so kann im folgenden doch nachgewiesen werden, daß diese triadische Dialektik in drei räumlich-strukturell verschiedenen Organisationsformen des gesellschaftlichen Überbaus ihren Ausdruck findet, die nicht ganz ohne Rückwirkung auf die ländliche Produktionsbasis bleiben: der l ä n d l i c h d e z e n t r a l e n Organisationsform der 1. Phase folgt die s t ä d t i s c h e des europäischen Mittelalters, die der erneuten V e r l ä n d l i c h u n g der gesellschaftlichen Organisation in der frühkapitalistisch-merkantilistischen Phase Platz macht. Auch hier gilt das von

Marx und Engels formulierte Gesetz der Negation der Negation (Engels, F. - 1 - 12o-2). Entsprechend der unaufhaltsamen Steigerung der Produktivkraft ist diese dialektische Entwicklung der räumlichen Beziehungen von einer ständig zunehmenden räumlichen Verflechtung (Vergesellschaftung) der Raumstruktur überlagert.

3.1 Die ländlich-dezentrale Organisation der frühfeudalen Phase (~5oo - 11oo)

3.1.1 Produktionsbasis und -verhältnisse

Aus der oben aufgetauchten Schwierigkeit, die Dialektik von materieller Basis und Überbau bei der Erklärung des Verhältnisses von Stadt und Land in der Antike in den Griff zu bekommen, ergibt sich die methodische Frage:

welchen Anteil hat der gesellschaftliche Überbau mit seinen Rechts- und Eigentumsverhältnissen an der Erklärung der Produktivitätsfortschritte?

Die allgemeine Erklärung ist zur Hand:

"Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten" (Marx - 6 - 13o) und:
"Um zu produzieren, treten sie (die Menschen - IK.) in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet die Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt" (Engels, F. zit. in: Philosophisches Wörterbuch - 1 - 442).

Im Konkreten ergibt sich folgender Ansatzpunkt: Das relativ hohe Niveau der Produktivkräfte, das die feudale Produktionsweise in Mitteleuropa in ihrer Frühphase erreicht, erklärt sich nicht allein aus dem relativ niedrigen Stand

der Produktivkräfte bei den germanischen Stämmen, sondern auch aus dem schon weitgehend klassenmäßig differenzierten gesellschaftlichen Überbau, der die schnelle Anwendung bestimmter römischer Errungenschaften der Produktion möglich macht.

M. E. sind es zwei Entwicklungslinien, aus denen die feudale Produktionsweise hervorgeht: eine kommt aus der römischen Antike, die andere und hauptsächliche aus der germanischen Gesellschaftsform, wie sie sich aus der Urgesellschaft weiterentwickelt hat. Beide haben, wenn auch auf sehr verschiedene Weise, Ansätze feudaler Produktionsformen herausgebildet. Es ist vor allem Töpfer, der entschieden auf die Eigenständigkeit der Entwicklung zum Feudalismus bei den Germanen hinweist und die kontinuierliche Entwicklung des Feudalismus aus der römischen Sklavenhaltergesellschaft ablehnt. *

---

* Töpfer schreibt: "Nicht zuletzt durch dieses Eindringen germanischer Stämme (in das weströmische Reiche - IK.) ist es hier zu einem so tiefen Bruch gekommen: Darin liegt die Ursache, daß die sich entwickelnde feudale Ordnung, insbes. der fränkische Feudalismus, in so hohem Maße durch Faktoren geprägt wurde, die aus dem inneren gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß bei den germanischen Völkern resultieren. Dieser Prozeß ist durch die Berührung mit der spätantiken Gesellschaft zwar entscheidend beschleunigt, aber nicht unmittelbar bestimmt worden." (- 2 - 788/9)

Damit wendet sich Töpfer entschieden gegen die Vorstellung marxistischer Historiker (wie sie unter dem bestimmenden Einfluß der Geschichtswissenschaften der SU bis heute vielfach anerkannt sind), daß zwangsläufig das Stadium der Sklavenhaltergesellschaft durchlaufen sein müsse, um zum Feudalismus zu kommen. Für den in Mitteleuropa bestimmenden fränkischen Feudalismus sieht er als Ausgangsbasis die zerfallende urgesellschaftliche Ordnung, die zu einer noch nicht voll ausgebildeten Klassengesellschaft primitiven Gepräges entwickelt sei (Töpfer, B. - 2 - 789, 799). Damit haben wir ein weiteres wichtiges Beispiel einer frühen, noch auf weitgehend gemeinschaftlich organisierter Produktion basierenden, Klassengesellschaft vor uns.

Dieser Weg muß kurz konkret aufgezeigt werden, um die Umgestaltung der Produktionsbasis zur feudalen in ihren bestimmenden Elementen zu erfassen.

Im Unterschied zur asiatischen Produktionsweise ist bei den Germanen der Ackerbau sehr unentwickelt. Die trotzdem entwickelte Klassendifferenzierung beruht wohl vor allem auf der historischen Besonderheit der Völkerwanderung mit ihren permanenten kriegerischen Auseinandersetzungen: der Heeresadel der Stämme hat feste Privilegien, wird aber von den gleichen und freien Volksgenossen gewählt; daneben gibt es die im Kriege erbeuteten Unfreien. Mit der Seßhaftmachung paßt sich der alte Überbau den Besonderheiten des Ackerbaus, der erst nach Jahren die hineingesteckte Mühe zurückzahlt, wie dem Bedürfnis nach individueller Aneignung an. Das alte System der periodischen Neuverteilung des jeweils besetzten Bodens unter alle Stammesmitglieder wird modifiziert. Mit den Markgenossenschaften bildet sich die Nachbarschaftsbindung der Produzenten (anstelle der alten Sippenbindung) heraus. Aus dem alten Prinzip der Gemeinheit und Gleichheit entsteht die seltsame Form der Gewannteilung: jeder Produzent erhält innerhalb größerer Areale, die sich durch ungleiche Bodengüte unterscheiden, schmale Feldstreifen zur eigenen Verfügung.*Die rationelle Bewirtschaftung ist überhaupt nur dadurch möglich, daß die Regelung der gleichzeitig auszuführenden Arbeiten kollektiv erfolgt. Der Ertrag wird dagegen individuell angeeignet. Alles Nichtackerland bleibt gemeinsames. An diesem Organisationsprinzip zeigt sich deutlich, daß das Herausschälen des individuellen Eigentums keineswegs als Übernahme einer in der Antike entstandenen Rechtsform zu verstehen ist; ihm liegt statt dessen eine eigene historisch entstandene Produktionsweise zugrunde, die Feudalisierungsansätze in sich birgt:

1. dadurch daß die Sippenältesten die Möglichkeit erhalten, sich ihr Amt durch mehr Bodenanteile und Dienstleistungen der Markgenossen honorieren zu lassen,

---

So besitzt jeder Genosse gleichmäßig guten und schlechten Boden.

2. dadurch daß die freien Markgenossen mit den Arbeitsanforderungen aus dem seßhaft betriebenen Ackerbau ihrer Heerespflicht nicht mehr nachkommen können und vom Heeresadel gegen Unterstellung des Bodens und gegen Naturalabgaben entbunden werden,

3. dadurch daß die Unfreien von Sklaven zu Leibeigenen mit Bodenbesitz geworden sind.

Die schnelle Durchsetzung dieser Feudalisierungsansätze muß jedoch als Folge der Berührung der germanischen Stämme mit der römischen Antike gesehen werden:

im römischen Besatzungsgebiet nördlich und westlich der Alpen hat sich nach dem Zerfall der Sklavenwirtschaft die Umformung des Großgrundbesitzes in das Kolonat (Pachtsystem auf Kleinbauernbasis) vollzogen. Töpfer geht davon aus, daß der Großgrundbesitz sich faktisch auflöst und die römischen Errungenschaften des Ackerbaus erst durch das Interesse der fränkischen Könige, die sich in der Rechtsnachfolge des römischen Kaisers verstehen, z. T. wieder aufgegriffen werden.*

Die Eroberung des römisch besetzten Bodens erlaubt den germanischen Stammesfürsten (vor allem dem fränkischen König), diesen als ihr striktes Eigentum unabhängig von jeder Volksabstimmung der Stämme zu verwalten. Das hierarchische Verwaltungssystem wird vom mit Großgrundbesitz belehnten Dienstadel getragen. Mit der z. T. gewaltsamen Eingliederung des alten germanischen Stammeslandes nördlich des Limes wird dieses Herrschaftssystem den Markgenossenschaften aufgezwungen. Der Widerspruch zwischen der neuen herrschenden Klasse und den freien Bauern wird teilweise gewaltsam durch Niederwerfung von Bauernaufständen ausgetragen und in

---

* anders die ältere sowjetische Geschichtsforschung und ihre Anhänger, die von der direkten Übernahme des Großgrundbesitzes durch den germanischen Stammesadel ausgehen (so Otto, K.H. - 1 - 155 ff.).

den Widerspruch zwischen Feudalherren und Leibeigenen überführt. Wo sich die alten Stammesfürsten freiwillig eingliedern, da gegen Privilegien, was das Hinüberwachsen des Beamtenadels in den Besitzadel beschleunigt. Damit entfernt sich das gesellschaftliche Organisationsprinzip noch mehr vom römischen mit zentralistischer Führung. Einmal bildet sich mit der Festigung der feudalen Produktionsweise konsequent das Prinzip der Partikularfürstentümer heraus; zum anderen können auch die Bauern einen Teil der alten Recht zunächst erfolgreich verteidigen:

"...das Hofrecht, das im herrschaftlichen Verband galt, band auch die Ansprüche des Herrn noch an den Spruch eines Hofgerichts, in dem die Bauern Sitz und Stimme hatten (freilich nur solange, als die altbäuerliche Freiheit noch nachwirkte." (Abel, W. - 1 - 25).

Die Bedeutung des römischen Einflusses macht sich jedoch deutlich in den landwirtschaftlichen Produktionsfortschritten bemerkbar (v. d. Goltz, Th. - 1 - 98 ff.). Sie werden wohl in erster Linie über die Domänenwirtschaften Kals d. Gr., die als Musterbetriebe Nachahmung finden, übertragen. Nach v. d. Goltz sind hier Gemüse-, Obst- und Weinbau wie Großvieh- und Geflügelzucht, alles den Germanen unbekannte Beschäftigungen, fest etabliert. Ebenso die Dreifelderwirtschaft, die allerdings als eigenständige Entwicklung angesehen wird.

Neben den Fronhöfen sind auch die kleinen Bauernwirtschaften an der Übernahme dieser Neuerungen materiell interessiert, denn letztere bleiben zunächst Eigner aller über die festgelegten Erträge hinaus erwirtschafteten. Von diesen Aneignungsverhältnissen ausgehend, schlußfolgert daher Marx (K. - 1 - 384):

"Das individuelle Grundeigentum erscheint hier nicht als gegensätzliche Form des Grundeigentums der Gemeinde, noch als durch sie vermittelt, sondern umgekehrt. Die Gemeinde existiert nur in der Beziehung dieser individuellen Grundeigentümer

als solcher aufeinander. Das Gemeindeeigentum als solches erscheint nur als gemeinschaftliches Zubehör zu den individuellen Stammsitzen und Bodenaneignungen."

Marx zieht hier also einen deutlichen Trennungsstrich zu den beiden historisch vorangegangenen Produktionsweisen: die Gemeinde ist nicht mehr das Arbeitskollektiv selbst, das mit dem gemeinsamen Arbeitsmittel Boden produziert, sie ist auch nicht mehr durch dessen Existenz vermittelt, sondern sie existiert jetzt gerade dadurch, daß individuell produziert wird. Dabei darf m. E. nicht übersehen werden, daß die von der Gemeinde vorgeschriebene Nutzung des individuellen Grundeigentums durch Flurzwang und Gewannteilung die Reproduktionsbedingungen der einzelnen regelt.

Wie großen Anteil Marx der vorangegangenen germanischen Entwicklung bei der Herausbildung des Individualeigentums beimißt, zeigt folgende Stelle (die sich wohl nur auf die vorfeudale Zeit beziehen kann):

"die isolierte, selbständige Familienwohnung, garantiert durch den Verband mit andren solchen Familienwohnungen vom selben Stamm und ihr gelegentliches, für Krieg, Religion, Rechtsschlichtung etc. Zusammenkommen für solche wechselseitige Bürgerschaft, ... " (Marx, K. - 1 - 384).

Marx hat, wie auch das folgende Zitat zeigt, vor allem die Streusiedlung mit Einzelgehöften im Kopf. Ihm erscheint daher die Gemeinde

"als V e r e i n i g u n g, nicht als V e r e i n, als Einigung, deren selbständige Subjekte die Landeigentümer bilden, nicht als Einheit. Die Gemeinde existiert daher in fact nicht als S t a a t, S t a a t s w e s e n wie bei den Antiken, weil sie nicht als S t a d t existiert. Damit die Gemeinde in wirkliche Existenz trete, müssen die freien Landeigentümer V e r s a m m l u n g halten, während sie in Rom z. B. e x i s t i e r t, außer diesen Versammlungen, in dem Dasein der S t a d t s e l b s t und der Beamten, die ihr vorgesetzt sind etc." (Marx, K. - 1 - 383).

Wenn die tatsächlich häufig existenten geschlossenen Dorfformen in Betracht gezogen werden, so wird diese Aussage wohl im räumlichen Bezug nichtig, wird aber nicht als Ganzes aufgehoben.

Die Zugehörigkeit der einzeln wirtschaftenden Kleinbauern zum dörflichen Genossenschaftsverband und das Leibeigenschaftsverhältnis zum darüberstehenden Eigentümer des Grund und Bodens sind die Voraussetzung der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte: einerseits ist die Weiterentwicklung des Dorfverbandes gewährleistet, andererseits fällt dem Feudalherrn Grundrente zu. In der Sicherung der Rechte der einzelnen Bauern, d. h. vor allem in der Sicherung ihrer individuellen Reproduktionsbedingungen, hat die Mark- bzw. Dorfgenossenschaft eine nicht zu unterschätzende Funktion. Sie kann sie nur haben, da die Gemeinde als Gemeinschaft der Produzenten noch unerläßliche Voraussetzung der Produktion ist. Diese Existenzform der Gemeinde wird erst am Ende der Feudalepoche mit den immer bestimmender werdenden Ware-Geld-Beziehungen außer Funktion gesetzt.

Nach dem bisher Herausgearbeiteten soll die feudale Produktionsweise folgendermaßen charakterisiert werden: sie ist die historische Weiterentwicklung der klassenmäßig organisierten frühen Ackerbaugesellschaft, in der einerseits individuell mit eigenen Produktionsmitteln gewirtschaftet wird und andererseits eine historisch vorgegebene Oberschicht mit Privilegien sich zwischen die unmittelbaren Produzenten und die Produktionsmittel gesetzt hat und nur gegen entsprechende Abschläge die Inbetriebnahme letzterer ermöglicht - und damit vollends zur ausbeutenden Klasse geworden ist. Soweit die allgemeine theoretische Konstruktion. In der Realität des fränkischen Feudalismus ist sie um wesentliche Punkte erweitert und damit modifiziert: das individuelle Wirtschaften ist durch die kollektive Arbeitsorganisation eingeschränkt. Daher ist dem individuellen Eigentum nicht nur

durch das feudale Obereigentum eine Grenze gesetzt, sondern auch die Gemeinwesenverfassung wirkt als Bindung auf die beiden Formen des Eigentums. (Für alle anderen feudalen Entwicklungsformen des Ackerbaus ist eine mindest ebenso große Eigenständigkeit wie bei der fränkischen anzunehmen.)

3.1.2 Die Herausbildung der feudalen Stadt

Sei es nun, daß das Mehrprodukt dem Fronhof als überschüssige Arbeitskraft in Form von Arbeitsrente oder von Naturalabgaben abgetreten wird, die Folge ist immer eine räumliche Konzentration von materiellem Reichtum. Diese steigert sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte und erlaubt die Ernährung weiterer Personen an einem Ort, die ihrerseits den materiellen Reichtum weiter vermehren können. So bietet der Sitz des Feudalherrn alle Voraussetzungen, mit der Grundrente

1. gewerbliche Produktion herauszubilden, die z. T. die Landwirtschaft unterstützt, z. T. deren Mehrprodukt für luxuriöse Zwecke verzehren hilft,
2. eine privilegierte Schicht von Menschen zu ernähren, die sich nicht produktiv betätigt,
3. die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten über die Beziehungen zum Umland zu regeln und die direkte Eigenproduktion zu beschränken.

Dies sind die Grundvoraussetzungen der Stadtbildung, wobei zu sehen ist, daß der qualitative Sprung vom Wirtschaftskomplex "F r o n h o f" zur "S t a d t" weiterer Erklärungsmomente bedarf.

Vor allem muß die gesellschaftliche Organisation ein fortdauerndes Abschöpfen von Mehrprodukt zur stetigen Versorgung der konzentrierten Bevölkerung erlauben. Noch unter Karl dem Großen wird das jährliche Mehrprodukt der Pfalzen in kurzer Zeit vom Hofstaat aufgezehrt; daher ist nur kurzfristiger Aufenthalt möglich. Voraussetzung zur Konzentration eines größeren Mehrprodukts ist aber nicht nur die Steigerung der Produktivkräfte, sondern auch das Zurückdrängen der Gemeinwesen bildenden Vereinigung der mit gleichen Grundbesitzerrechten ausgestatteten Bauern, die genauso das Interesse an der Aneignung des Mehrprodukts haben wie die Feudalherren. Die Schwächung der Gemeinwesen erfolgt durch die schon beschriebene Einengung der Verfügung über Grund und Boden durch den Adel. Zu ergänzen ist die bedeutende Rolle, die hierbei die Annektierung des gemeinen Stammeslandes durch die fränkischen Könige und durch die von ihnen belehnten Stammesfürsten spielt. Die sich mit der Bevölkerungsvermehrung neu gründenden Dorfgemeinschaften finden sich gerade in der Nutzung des gemeinen Bodens beschränkt (Mottek, H. - 1 - 8o ff.).

Ein wichtiger Faktor für die Steigerung der Produktivkraft ist in der Abschaffung des Beamtenadels zu sehen. Die kurzfristige und nicht erbliche Belehnung hat bis dahin größere Investitionen verhindert.

Die Umwandlung der Belehnung in voll erbliches Privateigentum zur privaten Nutznießung ist eine entscheidende Voraussetzung der Produktivitätssteigerung auf den Domänen, damit der zur Stadtbildung führenden Akkumulation.

Aus der "Aristokratie des öffentlichen Dienstes" wird die "Aristokratie des Besitzes" (Hüllmann, K.D. - 1 - 2o5). Ihr individuelles Interesse führt zur Aufgabe der extensiven und verschwenderischen Produktionsmethoden (Jagd, Viehwirtschaft) zugunsten der intensiveren (Getreide- und Gemüseanbau).

Der Anreiz, der für das große Privateigentum gilt, nämlich den eigenen Besitz zu erweitern, gilt auch für das kleine. Die Steigerung des eigenen Arbeitseinsatzes lohnt auch bei Leibeigenschaft, solange die Grundrente nicht das gesamte zusätzliche Produkt verschlingt. Wenn dem Grundherrn auch mit wachsender ökonomischer Macht mehr Mittel zu außerökonomischem Zwang zur Verfügung stehen, muß er doch an der Prosperität der Kleinbauernwirtschaften interessiert bleiben. Daher auch der Drang der Feudalherren, ihren Grund und Boden unter möglichst viele Untertanen aufzuteilen und die Zahl der Untertanen möglichst zu vermehren. Diese Selbstverantwortlichkeit der Leibeigenen wie das Anwachsen der ökonomischen und politischen Macht des Feudalherrn entbinden ihn von der ständigen Anwesenheit auf dem unterstellten Grund und Boden, sie wird durch ein Aufsichtssystem ersetzbar. Daraus ist zu schließen:

1. Die Fähigkeit zur räumlichen Trennung von Produktions- und Konsumtionsort des Mehrproduktes ist ein weiterer wesentlicher Faktor der Stadtbildung. Sie ist abhängig von der Zahl und Prosperität der selbständigen Kleinbauernwirtschaften auf dem Hoheitsgebiet des Feudalherrn.

2. Die vielzähligen und blühenden kleinen Bauernwirtschaften sind sowohl die Grundlage der Macht der Feudalherren wie der souveränen Städte des Mittelalters.

Diese Ansätze bilden sich überall heraus. Die schrittweise quantitative Veränderung in der bäuerlichen Produktion bis zum Ende des 11. Jahrhundert bereitet das folgende schwungartige Aufblühen der Städte vor; noch aber liegt die ökonomische wie politische Macht allein auf dem Lande. Bei allem zeigt sich bereits: auch in der Stadtbildung ist die Eigenständigkeit der germanischen feudalen Entwicklung offensichtlich. *

3.1.3 Die Ansätze zur Warenproduktion in der frühfeudalen Stadt

Die Selbstversorgung der Wirtschaftseinheiten setzt dem Güteraustausch auch in der feudalen Produktionsweise enge Grenzen. Zuerst entwickelt sich wieder der Fernhandel - im 9. und 1o. Jh. besteht schon ein ausgedehnter Handel zwischen dem Orient und Westeuropa. Er dient der Verfeinerung des Luxuskonsums der Feudalherren. Im allgemeinen muß daher Handel und Warenaustausch als Ursache der feudalen Stadtentwicklung ausgeschlossen werden. Die Stadt entsteht als der Ort, an dem ein Teil der Grundbesitzer

* Töpfer nimmt sogar an, daß die römischen Stadtgründungen auf deutschem Boden mit dem Zerfall des römischen Reiches zur Bedeutungslosigkeit herabsanken und die frühfeudalen "Städte" zunächst nicht viel mehr als befestigte Stützpunkte waren (- 2 - 768 ff.).

- freigesetzt von der Kontrollfunktion auf dem eigenen Lande - seine Grundrente konsumiert, meist aus kriegerischem Anlaß wohl. Erst daraus entsteht der Anlaß zu gewerblicher Produktion und Handel. Der Handelsprofit ist im Vergleich zum Umstand, den der Warenumschlag noch macht, klein, die Zahl der davon lebenden Personen folglich beschränkt. "Der einzige König von England ernährte im Jahre 11oo mit seinen Revenuen 1o- bis 3omal so viel Menschen als Lübecks oder Revals Handel im 14. Jahrhundert." (Sombart, W. - 1 - S. 146/7). Das hohe Risiko und der geringe Umfang des Handelskapitals beschleunigen den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Kaufleute. Das Handelskapital ist "bloß die vermittelnde Bewegung zwischen Extremen, die es nicht beherrscht, und Voraussetzungen, die es nicht schafft." (Marx, K. - 5 - 342).

3.2 Die Blüte der Städte in der 2. Phase der feudalen Produktionsweise (~1100 - 1450)

3.2.1 Produktionsbasis und -verhältnisse auf dem Lande

Die sich fortsetzenden Verbesserungen bei Ackerbau und Viehzucht lassen die Bevölkerungszahlen in den deutschen Gebieten wie in ganz Mitteleuropa auf das Dreifache (gleich 12 - 13 Millionen, Mottek, H. - 1 - 126) steigen. Durch Waldrodungen und Sumpfkultivierungen erschließen sich die Bauern neues Acker- und Weideland, das - schon selbstverständlich - feudalem Obereigentum unterliegt. Gleichzeitig werden mit der wachsenden Erfahrung in der Dreifelderwirtschaft die Ernteerträge pro Flächeneinheit größer. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Bauern einen beachtlichen Teil des angewachsenen Mehrprodukts erfolgreich gegen den Zugriff des Feudaladels verteidigen können. D. h. zur gleichen Zeit, wo auf den letzten deutschen Gebieten die freien Bauern in die feudale Abhängigkeit gebracht werden, verändert sich überhaupt das Kräfteverhältnis zugunsten der Bauern - Mottek (,H. - 1 - 121) spricht von der weitgehenden Auflösung der 1. Leibeigenschaft im 12. und 13. Jahrhundert.

Wo sind die Gründe zu suchen?

Den ersten Anlaß gibt in relativer Unabhängigkeit von der materiellen Basis die oberste Ebene des gesellschaftlichen Überbaus: das Streben der deutschen Könige, ihren Anspruch auf Führung des römischen Reiches als Kaiser durch die Unterwerfung der alten römischen Territorien in die Tat umzusetzen, führt zur Stärkung der großen Feudalherren auf Kosten der Könige. Durch den Interessenzusammenschluß der bedrohten Staatswesen und Feudalmächte mit deutschen Feudalherren zum antikaiserlichen Lager wird die zentralistische Staatsmacht für lange Zeit

schwer erschüttert und sogar vernichtet. Der Fortfall der obersten Ebene des Überbaus, der seine Existenz überhaupt der gesellschaftlichen Organisierung der Ausbeutung und Unterdrückung der Bauern verdankt, muß seine Rückwirkung auf die Lage der Bauern haben (Mottek, H. - 1 - 125). Da das königliche Land zusammengeschrumpft ist, ist die Wirkung indirekter Art: die Fehden zwischen den Feudalherren um die Herausbildung neuer übergreifender Machtzentren erlauben den Städten wie der Bauernschaft, sich von den feudalen Fesseln bis zu gewissem Grade zu befreien.

Das wachsende Geldbedürfnis der Feudalherren wird durch die Raubzüge bis zum Orient nur noch verstärkt. Da gleichzeitig die Furcht vor der Machtübernahme der die Fron der Bauern kontrollierenden Hausmeier einsetzt und wo die Meier schwach sind, die Bauern die Fron fallen lassen, liegt der Übergang zu neuen Formen der feudalen Ausbeutung nahe. Die Fronhofswirtschaft wird z. T. liquidiert, das Land aufgeteilt, Arbeits- und Naturalrente in eine Geldrente verwandelt (Mottek, H. - 1 - 136). Für den Bauern bringt dies Vorteile: je besser er auf eigenem Boden wirtschaftet, um so mehr kann er die Höhe der festgesetzten Geldabgabe übertreffen und seine eigenen Einkünfte erhöhen.

Zumindest in Höhe der Geldrente wird die Vermarktung der bäuerlichen Produktion notwendig. Kann man daraus nun schließen, wie Abel (W. - 1 -) das durchweg für die Zeit von 1200 an tut, daß sich die Höhe der Agrarpreise und der Geldrenten über den Markt festsetzt? M. E. sprechen mehrere Indizien dagegen:

Die Höhe der Geldrente bestimmt sich aus dem feudalen Kräfteverhältnis zwischen Grundherr und Bauer. Wegen der relativen Schwäche der Feudalmacht kann die periodische Anhebung entsprechend der Ertragssteigerung nicht durchgeführt werden. Der Grundherr kann nur versuchen, kraft seines Rechts als feudaler Obereigentümer

auf andere Weise zu seinem Teil zu kommen. Dazu gehört vor allem die Gerichtshoheit, über die kräftig kassiert wird; dazu gehören auch eine Reihe persönlicher Dienste, die bei Fortfall der Fron weiterhin bestehen bleiben. Es handelt sich also um eine Anpassung des Feudalsystems an die Schwäche des Überbaus und folglich um eine feudale Geldrente. Das über das Feudalsystem hinausweisende Gegenstück der feudalen Geldrente, die Zeitteilpacht, bleibt in Deutschland eine sehr seltene Erscheinung. Bei ihr wird der Zins als Anteil am Ertrag festgesetzt, wächst die Geldzahlung also mit dem Ertrag, während alle anderen feudalen Fesseln fortfallen. Sicher ist, daß der Übergang zur feudalen Geldrente seinerseits den Bauern eine Besserstellung einbringt - allerdings ist diese vorrübergehend, das Feudalsystem besteht fort, die Herausbildung eines neuen Machtzentrums alter Prägung ist damit unausweichlich

Bei allem kann nicht abgestritten werden, daß sich eine analoge Bewegung der Getreidepreise in ganz Mitteleuropa herausbildet, wie Abel nachweist (- 1 - 28/ 3o): von ca. 12oo bis 132o steigen die Getreidepreise und damit auch die Geldeinkünfte der Bauern. Falsch ist es aber, auf einen vollentwickelten Preismechanismus und eine eigendynamische Warenproduktion überhaupt und besonders im Bereich der Getreideproduktion zu schließen.

Bei Marx lesen wir zur vorkapitalistischen Warenzirkulation folgendes:

"Die Verwandlung der Produkte in Waren findet nur an einzelnen Punkten statt, erstreckt sich nur auf den Überschuß der Produktion etc. ... Die Produkte gehn weder dem ganzen Umfang nach als Handelsartikel in den Prozeß ein, noch kommen sie ihrer ganzen Breite nach als solche aus ihm heraus. Dennoch ist die Entwicklung des Produkts zur Ware, Warenzirkulation und daher Geldzirkulation in bestimmten Grenzen, ..., A u s g a n g s p u n k t der Kapitalbildung und der kapitalistischen Produktion" (- 4 - 1o8).

Das hauptsächliche Agrarprodukt ist das Getreide. Die Dreifelderwirtschaft findet im Wechsel von Winter-, Sommergetreide, Brache statt. Der Anteil von Flachs an der Feldwirtschaft ist minimal. Alle übrigen Bodenprodukte werden nur im Garten angebaut. Die Großviehzucht ist nur in den Küsten- und Gebirgsgegenden die Hauptbeschäftigung. Um zu klären, wie die Agrarpreise zustande kommen, reicht es, die Getreidepreise zu betrachten. Da der Preisanstieg nur als Erscheinungsform dahinterliegender Vorgänge verstanden werden kann, wenden wir uns diesen zu.

Die Versorgung mit Getreide findet auf dem Lande nur in Selbstversorgung statt. Wieviel vom Überschußgetreide vermarktbar ist, hängt vom Bedarf der Städte ab. Nach Mottek (H. - 1 - 121) wohnen in der betrachteten Periode 1o - 15 % der Bevölkerung "in der Stadt". Diese Städte sind z. T. so klein, daß ein Teil der Bewohner noch leicht selber Ackerbau vor den Toren betreiben kann. Die in der Stadt lebenden Feudalherren (der mächtigste ist oft die Kirche) beziehen das Getreide für sich, ihren Hof und den mitunter großen Stab zugehöriger Handwerker über Abgaben. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob für die Bauhütten von Domen überwiegend Marktgetreide bezogen wird - dies ist zu vermuten im Zusammenhang mit der Zunahme der Geldrente. Man wird wohl davon ausgehen müssen, daß der über den Markt zu versorgende Anteil der städtischen Bewohner nicht mehr als 1o % der Gesamtbevölkerung ausmacht und daß der Anteil in von den großen Handelsstraßen abgelegenen Gebieten noch geringer ist.

Die erwähnte schnelle Bevölkerungsvermehrung, die sich aus den Fortschritten der Landwirtschaft und der möglichen Bereicherung der Bauern erklärt, ist auf dem Lande noch größer als in der Stadt. Will man sie als Ursache der Getreidepreissteigerung ansehen, so gilt zuerst, daß überhaupt das Getreide (also auch das nicht vermarktete) knapper wird, wie daß die Inbetriebnahme neuer Böden durch Rodung etc. auch den Arbeitsaufwand größer macht. Es gibt zu dieser Zeit kaum ein Dorf,

das nicht neue Gewanne anlegt, kaum eine Region, wo nicht neue Dörfer entstehen (Abel, W. - 1 - 33 ff.). Nun ist gerade das Organisationsprinzip der Markgenossenschaft eines, das auf gleichen Arbeitsaufwand für alle Markgenossen angelegt ist, so unterschiedlich auch die Bodenqualitäten seien. Sie nimmt also innerhalb der Gemarkung die Verteilungsfunktion wahr, gleichen Erträgen einen durchschnittlichen Arbeitsaufwand zuzuordnen. Zwischen den Gemarkungen können allerdings die Unterschiede nur durch Aussiedelung bei zu hoher Personenzahl (was nach Abel häufig war) zum kleinen Teil nivelliert werden.

Es ist anzunehmen, daß die Getreidepreise für die Städte doch entsprechend der vorherrschenden regionalen Bodenqualität verschieden sind. Das würde heißen, daß sich in einer Stadt durchaus ein allgemeiner Preis einpendelt und daß die Bauern aus der schlechtesten Gemarkung ihren höheren Arbeitsaufwand nicht entlohnt bekommen. Aber wie im folgenden Abschnitt 3.2.3 noch genauer zu sehen ist, sind regionale Bodenqualität und Arbeitsaufwand nicht der Hauptangelpunkt in der Preisfestsetzung: die Städte haben ähnlich Grundherren feudale Rechte und außerökonomische Zwangsmittel gegenüber den Bauern; So können es überhaupt nur wenige große Handelsstädte sein, die Getreide über den Fernhandel zusätzlich beziehen. Ähnliche Preisbewegungen in Mitteleuropa lassen also nur den Schluß auf eine ähnliche Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung zu, was ja auch bewiesen ist.

3.2.2 Die innere Entwicklung der Stadt

Die Bedeutung der Gemeinwesenverfassung für das feudale Städtewesen

Die in der Grundproduktion, der Landwirtschaft, geltenden Produktionsverhältnisse wirken wegen ihrer überragenden Bedeutung in die Städte hinein.

a) Die Gemeinwesenverfassung auf dem Lande

Die Gemeinwesen- oder Genossenschaftsverfassung beruht auf der Miteigentümerschaft der Einzelbauern am Gemeindeland, die ihnen mit einer gewissen ökonomischen Unabhängigkeit auch eine gewisse politische gegenüber dem Feudalherrn sichert. Diese urdemokratische Einrichtung ist nicht herauslösbarer Bestandteil der feudalen Produktionsweise. *

b) Die Gemeinwesenverfassung in der Stadt

So wie die Arbeitsteilung auf dem Fronhof von der genossenschaftlichen Dorfverfassung geprägt ist, beruht auch die Arbeitsteilung der städtischen Produktion auf der gleichen Verfassung. Die ursprüngliche Form der städtischen Genossenschaft ist die Vereinigung der freien Grundbesitzer in der Stadt, die dort ihre Grundrente konsumieren (Mielcke, K. - 1 - 13). Die Genossenschaftsverfassung findet dann auch in die gewerbliche Produktion Eingang, wo sie sehr schnell in Widerspruch zu den feudalen Herrschaftsinteressen gerät: die Spezialisierung der Ge-

---

* "Man muß nie vergessen, daß selbst der Leibeigene nicht nur Eigentümer, wenn auch tributpflichtiger Eigentümer, der zu seinem Haus gehörigen Bodenparzellen war, sondern auch M i t e i g e n t ü m e r d e s G e m e i n d e l a n d e s " (Marx, K. - 2 - 745).
" ... die Gens verschwand in den Markgenossenschaften, in der allerdings noch oft genug Spuren des Ursprungs aus Verwandtschaft der Genossen sichtbar sind. So ging hier die Gentilverfassung, wenigstens in den Ländern, wo die Markgemeinschaft sich erhielt - Nordfrankreich, England, Deutschland und Skandinavien - unmerklich in eine Ortsverfassung über und erhielt damit die Fähigkeit der Einpassung in den Staat. Aber sie behielt dennoch den naturwüchsig demokratischen Charakter bei, der die ganze Gentilverfassung auszeichnet, und erhielt so selbst in der ihr später aufgezwungenen Ausartung ein Stück Gentilverfassung und damit eine Waffe in den Händen der Unterdrückten lebendig bis in die neueste Zeit" (Engels, Fr. - 2 - 17o).

werbe, die keimhaft in der Fronhoforganisation schon angelegt ist, führt in der Stadt mit ihren wachsenden Konsumbedürfnissen zur Stärkung der Produzenten. Sie erlangen trotz materieller Abhängigkeit von ihren feudalen Auftraggebern die Selbstverwaltung, zumal sie auch durch das sich entwickelnde freie Kaufmannskapital gestützt werden. Im Kampf um die städtische Macht werden die gewerblichen Produzenten im 13. Jh. von den städtischen Feudalherren als volle Bürger ohne Grundbesitz anerkannt. Die genossenschaftliche Zunftverfassung ist die Grundlage des Rechts auf Ratsmitgliedschaft und der Teilnahme an der politischen Macht (Schmoller, G. - 1 - 158). Auch die reich gewordene Kaufmannschaft schließt sich genossenschaftlich (in Gilden) zusammen. Die in der Stadt lebenden Grundbesitzer und ihre reichen Geldgeber aus der Kaufmannschaft, die "Geschlechter", finden sich vereint im Kampf für die feudalen Interessen gegen die Zünfte zusammen. Der größte Teil der Kaufleute bleibt Bestandteil der frühen städtischen Bürgerschaft. Deren erfolgreicher Kampf um die politische Macht in der Stadt führt zu einem neuen Verhältnis von Stadt und Land, zur Herauslösung der Städte als politisch selbständigen Einheiten aus dem agrarischen Umland. Das germanisch-urgesellschaftliche Relikt der Gemeinwesenverfassung trägt zur Selbstbehauptung und Entwicklung der Städte entscheidend bei. *

---

* Dieser Entwicklung auf germanischem Boden steht eine andere in Italien gegenüber: "In derselben Zeit, in der die italienischen Kommunen für die Zusammenballung vieler Rentenfonds in ihren Mauern durch das Inurbamento Sorge trugen, warfen die deutschen Städte den Adel zu den Toren hinaus ... " (Sombart, W. - 1 - 152). Rörig führt für Deutschland aus: " ... in den meisten deutschen Territorien hatte das Verhältnis der Städte zur territorialfürstlichen Macht ... bündnisartigen Charakter. Noch war die Landeshoheit weder räumlich noch ihrem Inhalte nach ein geschlossenes einheitliches Recht, das keine anderen staatsrechtlichen Beziehungen neben sich geduldet hätte ... schon die Anlage eines befestigten Wohnsitzes innerhalb 'seiner' Stadt wurde dem 'Herrn' verwehrt ... " (Rörig, F. - 1 - 32).

Die Übernahme des gesellschaftlichen Überbaus des Dorfes wäre sicher nicht in den Städten erfolgt, wenn es nicht aus dem städtischen Produktionsablauf selbst sinnvoll gewesen wäre. Die Produktionsverhältnisse müssen auf dem Dorfe wie in der Stadt diesen Ablauf so regeln, daß die erweiterte Reproduktion der alten Bedingungen möglich ist. Ich möchte diese Überlegungen unter den Begriffen "Proportionalität und Planmäßigkeit" zusammenfassen.

Im Dorf regelt die unmittelbare Aneignung der Produzenten die Reproduktion. Das Handwerk wird von den Bauern selbst besorgt. Die erforderliche Produktenmenge wird bei handwerklichen wie landwirtschaftlichen Produkten durch die kollektive Zeiteinteilung im Groben festgelegt. Auf dem Fronhof herrscht ebenso eine gewohnheitsmäßig genau festgelegte Arbeitsteilung und Reproduktion. Dieses System der vor dem Warenaustausch üblichen Planmäßigkeit der Produktion ist aber durch die Klassenstruktur bereits angegriffen: jede Erhöhung oder Senkung der bäuerlichen Abgaben wirkt auf die Reproduktionsmöglichkeiten des Fronhofs zurück.

Die innere Organisation des Fronhofs bleibt dennoch lange ein Muster der autoritätsmäßigen Planung:
als umfassend selbstversorgende Produktionseinheit wird er mit dem Anwachsen der einsetzbaren Arbeit zum ausgedehnten Produktionszentrum mit weitgehender Arbeitsteilung (siehe den St. Gallener Klosterplan von ca. 820, der eine Vielzahl füreinander produzierender Werkstätten ausweist). *

---

* V. Hohberg nennt in seinem Werk 'Georgica Curiosa' v. 1682 alle ländlichen Handwerke (Hufschmied, Müller, Weber,...) u. Ziegelhütten, Kalkbrennereien ... als Bestandteile der Fronhöfe (zit. nach Sombart, W. - 2 - 673).

Die Genossenschaftsverfassung in Form der Zunftverfassung kann sich im s t ä d t i s c h e n Gewerbe gerade deswegen so gut herausbilden, weil die Produktion für die Stadt als selbstversorgender Einheit auch von kalkulierbarem Bedarf ist. Die Zunft schreibt bis ins Detail vor, was in welcher Menge und mit welchem Aufwand produziert werden darf. Es wird nach den Erfahrungswerten der Wirtschaftseinheit "Stadt" ermittelt. Die Zunft ist sowohl Wächter über das Einhalten der Proportionen wie politisches Gremium. Selbst wenn die Zünfte zunächst von der Grundrente des Herrn leben, so hängt es doch von ihrem Disponieren ab, in welchen Teilen die verfügbare Arbeitszeit auf diesen oder jenen Zweig verteilt wird. Z. B. wachen sie streng darüber, daß nur solange ländliche Bevölkerung zuzieht, bis sich alle notwendigen Handwerkszweige mit der für richtig gehaltenen Zahl von Arbeitskräften gefüllt haben (Bücher, K. -1 - 455).

Hieraus ist ersichtlich, daß der Markt auch für die Stadt noch sehr eingegrenzte Bedeutung hat. Auf keinen Fall ist er bereits das Instrument, über das sich die notwendigen Proportionen der Warenproduktion regeln. Mögen auch die Handwerksprodukte erst über die vermittelnde Funktion des Geldes an ihren Bestimmungsort gelangen, so bleibt das meiste Auftragsproduktion. In der Stadt gilt ebenso: "Die Produkte gehen weder dem ganzen Umfang nach als Handelsartikel in den Prozeß ein, noch kommen sie ihrer ganzen Breite nach als solche aus ihm heraus" (Marx, K. - 4 - 108).

Darüber hinaus entwickelt sich der Fernhandel relativ autonom. Das aus ihm hervorgehende Kapital setzt in den Städten entlang den großen Handelsstraßen sogar selbsttätig und die Zünfte sprengend gewerbliche Produktion in Bewegung. Hier ist es, wo sich die Warenproduktion mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten herausbildet. Hier entstehen neue Ausgangspunkte der Kapitalbildung.

3.2.3 Die Beziehungen der Stadt zum Land

Auch mit der Herausbildung von Handelskapital im 13. Jh., der reifen Phase des Mittelalters, in der es zu einer bedeutenden Grundlage der autonomen politischen Macht der Städte wird, berührt es nicht die Wurzeln der ländlichen Ökonomie entgegen allen Eindringungsversuchen, die die Städte unternehmen. Im Kampf der feudalen Machtzentren steht und fällt die Autonomie der Städte mit der Einbeziehung ihrer landwirtschaftlichen Basis im Umland in die wirtschaftliche und politische Einheit "Stadt". Der Zustand, soziales Gemeinwesen ohne eigene landwirtschaftliche Basis zu sein, läßt sich nur solange aufrechterhalten, wie keine antagonistischen Widersprüche zwischen den ländlichen Feudalherren und den Städten bestehen. Mit dem Sieg des Bürgertums in den Städten ist dieser Widerspruch da. Jetzt müssen die Städte gewaltsam versuchen, ihr Umland auch politisch zu integrieren, sich zu territorialisieren.

Durch eine Vielfalt von Gesetzen wird die enge Bindung des Umlandes an die Stadt geregelt:

1. Die Stadt sichert sich das S t a p e l r e c h t (Zwangstransport allen verkäuflichen landwirtschaftlichen Mehrprodukts durch die Stadt mit zwangsweiser Ausbietung zum Kauf) und
2. das E i n s t a n d s r e c h t (die städtischen Bürger sind vor allen Händlern zum Kauf berechtigt).
3. In der Stadt herrscht Verbot des Wiederverkaufs von Lebensmitteln.
4. Im Umland herrscht Verbot der Gewerbetätigkeit zum Verkauf.
5. Handel und Geldgeschäfte sind für die Bürger außerhalb der Gilden verboten, das Gewinnstreben ist verpönt.

6. Die städtischen Bürger dürfen Grundbesitz, Renten und Gerichtsrechte auf dem Land erwerben (Rörig, F. - 1 - 113).

Die Ausweitung der städtischen Ware-Geld-Beziehungen in ihr Umland erfolgt also mehr oder weniger gewaltsam. Die Städte errichten eine typisch feudalherrschaftliche Macht über das Umland. Es ist noch keineswegs so, daß das ökonomische Interesse der mobilisierende Faktor ist. * Der Handel und das Handelskapital beherrschen diese Beziehungen nicht.

Rörig berichtet auch, daß es den Bauern, die in den Einflußbereich der Stadt geraten, z. T. schlechter geht als vorher. Macht und Glanz der Städte beruhen zu nicht kleinem Teil auf d i r e k t e r feudaler Ausbeutung des Landes. In diesem Sinne wurde eingangs von der 2. Phase des Feudalismus als der Phase der s t ä d t i s c h e n O r g a n i s a t i o n s f o r m des gesellschaftlichen Überbaus gesprochen. Natürlich gilt dies nicht absolut, sondern bezeichnet nur eine Tendenz.

Bis in das 14. Jahrhundert hinein ist das Aufblühen der Städte mit dem Aufschwung der Einzelbauernwirtschaften eng verbunden. Die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung, die Neugründung von Höfen und ganzen Dörfern, die Intensivierung der Bewirtschaftungsmethoden durch Bodenverknappung, die Urbarmachung von Neuland sind die eigentlichen Grundlagen der Stärkung der Macht sowohl der Feudalherren als der Städte. Entscheidend ist, daß das Aufblühen der vielen kleinen Bauernwirtschaften nicht angegriffen wird durch die fortdauernde Stärkung der herrschenden Klasse (zu der auch das städtische Bürgertum zählt). Die

* "Die komplizierte Wochenmarkts- und Verkaufsgesetzgebung ist in Summa nichts als ein raffiniertes System der Plünderung der verkaufenden Landleute." (Schmollers Jahrbuch - 1 - 19).

Erweiterung der Reproduktion kann sich in der gleichen Art und Weise fortsetzen. Ausdruck dieser Verhältnisse ist die relativ gleichmäßige und ausgewogene Verteilung des produktiven Reichtums über das Gesamtterritorium. Es ist wieder zu betonen, daß die ländliche soziale Ordnung auf der alten Gemeinwesenverfassung mit dafür ausschlaggebend ist; dazu kommt, daß die Aufsplitterung der Grundrente auf weltliche und geistliche Grundherren und auf reichsfreie Städte, die alle nur innerhalb ihres eng begrenzten Territoriums Reichtümer anhäufen können, von grosser Bedeutung ist. Das ist die eigentliche räumlich-strukturelle Grundlage, auf der sich später die ständige Erweiterung des Binnenmarktes vollziehen kann.

Aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse können sich die Wirtschaftseinheiten zugleich als politische Einheiten, die ihre Belange noch weitgehend selbst regeln, verhalten. Gehen wir noch einmal auf die Grundlagen dieser Entwicklung zurück, wie sie Töpfer (- 2 - 807/8) beschreibt:

" ... mit dem weitgehenden Kontinuitätsbruch (gemeint ist: völliger Zusammenbruch der antiken Sklavenhalterordnung - IK.) und dem dadurch mit bedingten primitiven Charakter des fränkischen Feudalismus hängt es in hohem Maße zusammen, daß sich hier ausgesprochen lockere Staatsformen entwickelten. Dadurch wurde es möglich, daß im gesellschaftlichen und politischen Leben dieser Völker in der Folgezeit neben dem herrschaftlichen Element auch das genossenschaftliche Element sich verhältnismäßig frei entfalten konnte. Nicht nur der Adel, sondern auch die Bauern und vor allem das Bürgertum konnten so eigene Organisationen entwickeln, die die politischen und wirtschaftlichen Interessen der betreffenden Schichten zu sichern und zu fördern vermochten. Das ist vor allem für die Entwicklung des Bürgertums von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung gewesen."

Es ist zu ergänzen: auch für die politische Behauptung der Wirtschaftseinheiten, für ihre umfassende Entwicklung von innen her, ist dies von Bedeutung. Der Grundwiderspruch der Feudalgesellschaft, der zwischen Feudalherren (ländlich oder städtisch) und leibeigenen Bauern, bringt dieses Selbstverwaltungssystem bereits in dieser Phase sichtbar ins Wanken.

3.2.4 Der Niedergang der feudalen Stadt im Kampf mit der ländlichen Organisation der gesellschaftlichen Produktion

Im 14. Jahrhundert beginnt die zünftlerische Genossenschaftsverfassung ihre im Frühfeudalismus fortschrittliche Rolle einzubüßen. Sie wird zu einem Zwangsinstrument, das die entwickelten Produktionsmittel in Schranken hält, in die sie längst nicht mehr passen. Unfähig, sich an die gehobene Nachfrage nach gewerblichen Produkten anzupassen, müssen die Zünfte allen Ansätzen nicht genossenschaftlich gebundener privater Produktion gewaltsam entgegentreten. Da die in den Zünften organisierten Produzenten in der städtischen Selbstverwaltung mehrheitlich vertreten sind, fällt es ihnen nicht schwer, ihre rückwärtsgerichteten Interessen durchzusetzen:
Kreditgeschäfte und Geldhandel werden untersagt, es gilt ein kanonisches Zinsverbot. Das Geld als gesellschaftliche Beziehung erweist sich in jeder Hinsicht in der Stadt als der Feind der autoritätsmäßigen Beziehungen innerhalb der Zünfte. Daher werden in den Zünften selbst noch einschneidendere Maßnahmen durchgesetzt:

1. Handwerker werden künstlich knapp gehalten;
2. die Teilung der Arbeitsprozesse wird zwangsweise verhindert, manufakturmäßige Fertigung und Kooperation bekämpft;
3. die Produkte werden plannäßig knapp gehalten, niedrige Fertigungszahlen den einzelnen Betrieben vorgeschrieben;
4. die Betriebserweiterung wird verboten;
5. den Kaufleuten wird untersagt, sich als Produzenten zu betätigen und Arbeitskräfte in Lohnarbeit zu beschäftigen.

Die Maßnahmen führen zu einer immer diffuseren Spezialisierung von Kleinstbetrieben auf unverwechselbar eigene Gegenstände, die von Anfang bis Ende in einem

Betrieb entstehen - eine völlig unproduktive Art der Arbeitsteilung. Die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln wird zwar verhindert, aber die Ungleichheit der Bezahlung innerhalb der Betriebe und Zünfte nimmt ständig zu. (Marx, K. - 1 - 742; - 2 - 38o, 778; Sombart, W. - 1 - 252, 26o)

In den Selbstverwaltungsorganen der Stadt führen egozentrische Kämpfe der einzelnen Zünfte gegeneinander zu einer äußerst labilen Situation. Unter dem Druck der herrschaftsgefährdenden progressiven Kräfte schließen sich die verfeindeten Parteien zusammen und retten sich (seit ca. 15oo) in die Herrschaft oligarchischer Cliquen (Schmoller, G. - 1 - 2o8, 225, 234). Allen Behinderungsversuchen zum Trotz geht die Bildung von Geldvermögen voran, entwickeln sich die Städte zunächst weiter, da das blühende Land alle Bedingungen der Stadtbildung in sich trägt. *

Von ca. 14oo an bewirken die quantitativen Veränderungen einen qualitativen Sprung: das Land erfährt schwere Eingriffe unter der neuen Macht der Städte. Diese Auswirkungen verlaufen keineswegs geradlinig, da die ökonomische Macht der Städte gespalten ist. Die oligarchische Cliquenherrschaft hat die produktive Anlage des stark angewachsenen Handelskapitals in den Städten verhindert. Diese Unfähigkeit der Städte, ihr Produktivvermögen zu entfalten, ist der eigentliche Grund, warum das Kapital sich eine Anlagemöglichkeit auf dem Lande suchen muß. Das Land ist allerdings auf diesen plötzlichen Rückfluß des vorher langsam und stetig abgeschöpften Reichtums nicht vorbereitet. Zumindest hält es keine produktiven Anlagemöglichkeiten offen. Allenfalls gelingt es dem Handelskapital,

---

* Mielcke, K. (- 1 - 4) gibt für Deutschland folgende Zahlen:
um 9oo n. Chr. - 4o Städte
um 12oo n. Chr. - 25o Städte
um 14oo n. Chr. - 3ooo Städte

in der Nähe der Städte Webereien mit ländlichen Lohnarbeitskräften in Gang zu setzen, sich dem Gewerbeverbot der Stadt entziehend. Im großen und ganzen bleiben aber nur zwei mögliche Wege offen:

1. Die "Investierung" in der Form des Landerwerbs, die im großen Maßstab und spekulativ betrieben wird (Suret-Canale - 1 - 193),
2. Die "Investierung" in der Form des Wuchergeschäfts; dankbare Adressaten sind die ländlichen Feudalherren, die sich, um ihre Luxusbedürfnisse zu befriedigen, immer aufs neue verschulden. Sie verstehen, ihre hohen Ausgaben durch das Ersetzen der Naturalabgaben durch Geldsteuern auf die Leibeigenen abzuwälzen. Letztendlich ist der eigentliche Nutznießer der Handelskapitalist, wenn auch der Feudalherr vermehrt Reichtümer anhäuft; der Durchschnittszins beträgt zu dieser Zeit 2o - 25 %, nicht selten aber auch 5o % (Mielcke, K. - 1 - 21).

Während zu Beginn der Städteblüte des Hochmittelalters die Stadt dem Lande in der produktiven Verwertung des Mehrprodukts voraus war, sind jetzt die Produktionsverhältnisse in der Stadt weit hinter das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zurückgefallen. Da gleichzeitig aber auch die Feudalverfassung des Landes der möglichen Entfaltung der Produktivkräfte nicht angemessen ist und der Landadel nach wie vor hauptsächlich die Grundrente konsumiert, gibt es jetzt kaum noch eine produktive Anlage für das Mehrprodukt; so wird der gesamte Rahmen gesellschaftlicher Organisation zu eng. Bevor sich die diesen Rahmen sprengenden sozialen Kräfte herausschälen, gibt es eine lange Phase allgemeiner Depression. Ursache und Wirkung sind schwer zu trennen: Sicher haben die aufeinanderfolgenden Pestepidemien nur durch den sich ausbreitenden ökonomischen Niedergang in der Schärfe wirken können. Sicher wäre aber ohne sie der Niedergang nicht so stark gewesen. Die Bevölkerung geht so sehr zurück, daß jedes 4. - 5.

Dorf aufgegeben wird; nach Abel soll die Bevölkerung Europas in dieser Zeit auf 35 % ihrer Stärke im Hochmittelalter abgesunken sein (- 1 - 36).

Das Geldkapital wird durch die F e u d a l v e r f a s s u n g a u f d e m L a n d e wie durch die Z u n f t v e r f a s s u n g i n d e n S t ä d t e n gehindert, sich in industrielles zu verwandeln. Dies heißt zugleich, daß die Entwicklung der Produktivkräfte immer weniger aus den inneren Bedingungen des Landes möglich ist. Ein entscheidender Teil des Produktivvermögens des Landes hat sich in ungebundenes, frei bewegliches Vermögen verwandelt, das den bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnissen entglitten ist. Es steht zunächst zwischen Stadt und Land. Solange es sich nicht einer der beiden Seiten verbinden und diese auf ein neues Niveau gesellschaftlicher Beziehungen heben kann, bleibt der Kampf zwischen den Städten und dem Landadel um die Macht und die gesellschaftliche Organisation der Produktion unentschieden. Diese Unfähigkeit zur ursprünglichen Akkumulation in Mitteleuropa im Spätmittelalter ist nur eine zeitlich beschränkte Behinderung in der Entwicklung der Produktivkräfte, in der sich schon der Sieg der Verländlichung der gesellschaftlichen Organisation abzeichnet:
das ausgewogene Verhältnis von landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion ist der wahre Reichtum des Landes. Eine in den Fähigkeiten breit variierte Quelle von Arbeitskräften steht zur Verfügung, die gemeinsam mit der gesteigerten Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe die Grundlage für manufakturmäßige Industrialisierungsansätze abgeben kann.

Höhepunkt der zunehmenden 'V e r s t a d t l i c h u n g' des gesellschaftlichen Überbaus ist ohne Zweifel die Gründung der S t ä d t e h a n s a in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. * Ihre materielle Basis liegt in der langsamen aber stetigen Ausdehnung des Fernhandels, der - nicht zu vergessen - vom zunehmenden Luxuskonsum der herrschenden Klasse in Stadt und Land und damit vom wachsenden agrarischen Surplusprodukt in ihren Händen lebt. Die deutsche Städtehansa fußt auf dem früher liegenden städteübergreifenden Zusammenschluß der mächtigsten auf Fernhandel orientierten Kaufleute in Hansen. Er erfolgt, als sich die Festigung zentralstaatlicher Machtzentren in den umliegenden Ländern als Bedrohung der bis dahin freien Handelstätigkeit erweist.

Da sich unter der ökonomischen Macht dieser großen Kaufmannsgeschlechter längst in den Städten eine oligarchische Herrschaft mit teilweise bürgerlichen Zügen herausgebildet hat, können die Städte sich nun als autonome Staatswesen zu jener Vorform eines sich vom Feudalismus emanzipierenden Staatswesens vorwärtsentwickeln, wie es die Städtehansa darstellt.

Aber so wenig, wie es dem städtischen Kapital in Deutschland gelingt, die feudalen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zu ersetzen, so wenig gelingt es den Städten und der Städtehansa, die Herrschaft über die ländliche Produktionsbasis, von deren Surplus sie letztlich mitleben, den Feudalherren streitig zu machen. Die Städtehansa ist defensiv gegründet gegen Mächte, die tatsächlich Herr ihrer ökonomischen Basis sind, und sie muß im Kräftemessen unterliegen.

---

* Mottek, H. - 1 - 218 ff.
Rörig, F. - 1 -

3.3 Die Verländlichung der Organisation der gesellschaftlichen Produktion im Spätfeudalismus (~1500 - 1750)

3.3.1 Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in Stadt und Land zu Beginn der spätfeudalen Periode

Vorweggeschickt sei kurz die Ausgangsbasis der Produktionsstruktur um 1500, wie sie sich aus der seit 1350 fortdauernden langen Phase des Niedergangs ergibt*:

Kultiviertes Land ist massenhaft wieder der Natur überlassen. Trotzdem herrscht im allgemeinen landwirtschaftliche Überproduktion. Eine ihrer Ursachen liegt in der starken Dezimierung der Bevölkerung, was den verbleibenden bäuerlichen Produzenten, die nun über mehr und besseren Boden verfügen, zu großeren Ernten verhilft. Dabei spielt allerdings auch die vermehrte Anwendung von Eisengerät eine große Rolle. Die wichtigere Ursache ist aber in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Bauern einerseits und sie ausbeutenden Feudalherren und Städten andererseits zu sehen: letztere sind mit geringerem Schaden aus der Phase des Niedergangs herausgekommen und ziehen die Steuerschraube an - und zwar weit über das Maß der höheren Erträge hinaus. Die Bauern müssen, wollen sie ihre Geldleistungen erfüllen, um nicht unter die direkte Gewalt zu geraten, ihren Eigenkonsum auf das Minimum zurückschneiden und möglichst große Mengen vermarkten. Trotz Verlagerung auf Viehzucht, Käsebereitung, Textilfaseranbau etc. steigt das Überangebot. Ein großer Teil Überschüsse bleibt unverkäuflich, der Bauer kommt mit seiner

---

* Engels, F. - 3 -
Deutsche Geschichte in Daten - 1 -
v.d.Goltz, Th. - 1 -
Mottek, H. - 1 -

Geldrente weiter in Verzug und ist bei zunehmender Verarmung immer stärker den Repressalien des Feudalherrn ausgeliefert. Die Städte profitieren davon, daß der Überfluß an Agrarprodukten, wie die erschütterte Stellung der Bauern sich für sie in niedrigen Preisen auszahlen. Die städtischen Gewerbe erleben wieder einen Aufschwung - sowohl in der alten Form der Zünfte, wo zaghaft Neuerungen Eingang finden, wie in der Form mit Kapital betriebener Manufakturen. Die Städte und die auf dem Land herrschenden Feudalherren übertreffen sich gegenseitig, den Bauern, die im 12. und 13. Jahrhundert rückeroberten Freiheiten und mehr abzunehmen. Wenn es letztlich die Feudalherren sind, die als Territorialfürsten den Sieg davontragen, dann hat dies den schon genannten Grund, daß es dem städtischen Kapital nicht gelingt, sich im ersten und wichtigsten Sektor der gesellschaftlichen Produktion, der Landwirtschaft, in Produktivvermögen zurückzuverwandeln.

Hinter dieser Aussage von hohem Abstraktionsgrad steht also die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Hauptklassen, den Bauern und den Feudalherren und das Verhalten der "bürgerlichen und plebejischen Fraktion" * in den Städten zu diesen.

Für den Ausgang im Kampf um die Macht zwischen städtischer Oligarchie und ländlicher Feudalmacht wird der Kampf der beiden großen Klassen, Bauern und Feudalherren, bis zum Ende des großen deutschen Bauernkriegs bestimmend. Dieser Krieg

---

* Engels (F. - 3 - 4o, 28-41) teilt die Stände des Reiches wie er selbst sagt, vereinfachend, in Fürsten, Adel, Prälaten, Patrizier, Bürger, Plebejer und Bauern ein. Die ersten vier rechnet er zur herrschenden Klasse, der die unterdrückten Bauern gegenüberstehen. Bürgerliche und plebejische Fraktion stehen dazwischen. Letztere umfaßt die Masse der vom Bürgerrecht ausgeschlossenen Städter, vor allem das Lumpenproletariat, das mit dem Zerfall der Feudalordnung entsteht. Erstere gerät nur soweit in Opposition zur herrschenden Klasse als sie gegen den Exzeß an Privilegien vorgeht.

besteht ja eigentlich nur aus einer Reihe nacheinander aufbrechender bewaffneter Aufstände der zu äußerster Not getriebenen Bauern, die innerhalb kurzer Zeit (1524 - 26) liegen. Der Entwurf der großen darüberstehenden Idee des Bündnisses der Bauern mit Bürgertum und städtischen Entrechteten (Plebejern) vereint im Ziel, die feudalen Fesseln zu sprengen und die ganze Territorialfürstlichkeit zugunsten der einenden kaiserlichen Macht zu beseitigen, bleibt unfertig in den fortschrittlichsten Köpfen der Zeit. Und er wird zu noch kleinerem Teil von den Bauern und Bündnispartnern wegen "der lokalen und provinziellen Borniertheit der ganzen Bewegung" (Engels, F. - 3 - 118) verstanden. *

Die Niederlage erscheint im großen und ganzen als eine totale: die Bauern geraten in ihre zweite und tiefergehende Leibeigenschaft, die Bürger bleiben durch oligarchische Machtpolitik und lokale Schranken in der Entfaltung der Warenproduktion und der Vermehrung des Kapitals behindert. Im einzelnen aber machen sich regional deutliche Unterschiede bemerkbar: wo die Position der Bauern am stärksten war, weil der Widerstand langfristig am erfolgreichsten, sind sie nicht zur völligen Selbstaufgabe ihres Menschseins und hinein in jenes Untertanendasein gezwungen, in das die Bauern in dieser Zeit in den ostelbischen Gebieten geraten.

---

* Bei allem darf nicht vergessen werden, daß die tradierten Erinnerungen der Bauern an ihre früheren Rechte durchaus zu eigenen politischen Ideen führen, die allerdings nur unvollkommen vorwärts weisen:
so sind die Forderungen der Bauern auch auf die Stärkung beziehungsweise die Wiederherstellung des alten Genossenschaftsrechts gerichtet und gehen von der Verteidigung der Selbstverwaltungsorganisation bis hin zu Vorstellungen eines einheitlichen, straff organisierten Reiches in Form der Bauernrepublik (Abel, W. - 1 - 84/5).

In diesen Gebieten, wo der Widerstand über den passiven nicht hinausgekommt, und in den südwestdeutschen Gebieten, wo die Aufstände am gründlichsten niedergeschlagen werden, konzentrieren sich die verschiedenen feudalen Herrschaftsformen in einer Hand und führen zum absoluten Willkürregime auf begrenztem Territorium: die Grundherrschaft wird identisch mit der Ortsherrschaft, zu der niedere und z. T. auch höhere Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt gehören.

Gegenüber der Zeit im 12. und 13. Jahrhundert tritt nun jene qualitative Veränderung ein, die zur beständigen Akkumulation in den Händen der ländlich organisierten Macht, der aus allen Kämpfen am meisten gestärkt hervorgegangenen Territorialfürsten, führt. Es beginnt jene lange Phase des Spätfeudalismus, die auf so ganz andere Art und Weise als in England, wo die fortschrittlichsten Kräfte den Sieg davontrugen, zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktionsbasis führt.

Vielleicht ist es nicht ganz falsch, in einer vereinfachenden Zusammenschau der historischen Bewegung, das Ende des großen Bauernkriegs mit dem Beginn jener tiefen Antagonisierung der gesellschaftlichen Kräfte gleichzusetzen, die - wenn auch auf Umwegen - alle notwendigen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise hervorbringen muß.

Da diese Umwege auf die räumliche Organisationsstruktur und auf das Verhältnis von Stadt und Land des sich herausbildenden Kapitalismus in Deutschland große Bedeutung haben, muß ihnen in einigen wichtigen Punkten nachgegangen werden.

3.3.2 Die Entwicklung der ländlichen Produktionsbasis im 16. und 17. Jahrhundert und der Kampf zwischen städtischer Oligarchie und Territorialfürsten um ihre Beherrschung

Mit der Festigung der neuen Machtverhältnisse zwischen Bauern und Adel nach 1525 steigen die Leistungen der Landwirtschaft an. Die Reaktivierung der im 14./15. Jahrhundert aufgegebenen Kulturflächen setzt ein. Die Feudalherren sind ihrer Macht sicher und am Fortkommen ihrer Wirtschaften in dem Maße interessiert, wie sie dem ständig wachsenden Luxuskonsum ihrer Territorialfürsten nacheifern. Sie beginnen die gegebenen Möglichkeiten der Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung besser auszunutzen: Anwendung von Dünger, Zwischenfruchtbau, Stallfütterung ...(Abel, W. - 2 - 104) Ja, sogar eine r ä u m l i c h e S p e z i a l i s i e r u n g beginnt sich in der Landwirtschaft durchzusetzen: Meiereiprodukte und Fettgräsung des Viehs in der Nähe der größeren Städte, Tieraufzucht in den weiter entfernt liegenden Gebieten und Getreidebau in den am weitest abgelegenen (Abel, W. - 2 - 111 ff.).Als Gebiet des Getreidebaus entwickelt sich an erster Stelle Ostelbien, wo durch die auf Kosten der Bauern erweiterten Gutswirtschaften große zusammenhängende Flächen zur Verfügung stehen und wo die Ostsee die Belieferung des europäischen Markts begünstigt. V.d.Goltz (Th. - 1 - 247 ff.) betont jedoch zurecht, daß diesen Fortschritten enge Grenzen gesetzt bleiben. So wird die Dreifelderwirtschaft nur zaghaft durch die Bestellung der Brache mit Hülsenfrüchten verbessert, aber noch keine systematische Ertragssteigerung durch Übergang zum Fruchtwechsel mit Hackfruchtbau betrieben. Dieser Zusammenhang ist zwar nicht unbekannt, aber die etablierten Produktionsverhältnisse verhindern die Anwendung: zwischen Feudalherr und Bauer ist es die feste Regelung der Abgaben, Dienste und Felderteilung, innerhalb der Dorfgenossenschaft ist es der Flurzwang.

Diese Verhältnisse werden nur langsam durch d a s E i n d r i n g e n d e r G e l d w i r t s c h a f t i n d i e L a n d w i r t s c h a f t von innen her ausgehöhlt. Dieses Eindringen findet aber dennoch so kontinuierlich von verschiedenen Seiten her statt, daß es schwer fällt, den Grad der Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse ohne spezielle Untersuchung dieser Frage zu ermitteln. Im vorliegenden Rahmen können nur einige Zusammenhänge grob skizziert werden:

An erster Stelle steht die Weiterentwicklung der Feudalherrschaft selbst, die immer weiter in die Geldwirtschaft führt. Auch in den Gebieten, wo die Bauern mehr persönliche Freiheit behalten, lastet auf ihnen "der ganze Schichtenbau der Gesellschaft" (Engels, F. - 3 - 39). Diesem Schichtenbau vom unmittelbar übergeordneten Grundherrn bis zum Landesherrn und zur Kirche entspricht ein ganzes System direkter und indirekter Steuern, das immer mehr zur Aufgabe der Naturalwirtschaft führt. Obwohl dieser ganze Schichtenbau ohne den Bauern nicht bestehen kann, droht die Rivalität der einzelnen Ebenen um das Mehrprodukt den Bauern zu ruinieren. Es sind schließlich die obersten Landesherren, die das Interesse entwickeln, den Bauernstand zu schützen und zu fördern, weil sie in der Lage sind, die Anarchie der lokalen Feudalherren zu eigenem Vorteil zu lösen. Der Erfolg des obrigkeitlichen Bauernschutzes zahlt sich daher auch in erster Linie in der Stetigkeit des Geldzuflusses an die Landeskasse aus. Immerhin fallen für die Bauern in einer Reihe von Gebieten westlich der Elbe die erniedrigendsten feudalen Übergriffe fort.

An zweiter Stelle des Eindringens der Geldwirtschaft steht die Wirkung, die das Kapital bereits selbst ausübt. In der Nähe der Städte und Distrikte, wo sich erste kapitalistische Gewerbe herausbilden und wo der Handel blüht, entwickelt sich eine Kausalkette: mehr landwirtschaftliche Produkte werden nachgefragt, höhere Geldein-

nahmen der Bauern erzielt, ihr Bedarf an städtischen Waren entwickelt sich, gleichzeitig wird die Kapitalanlage in der Landwirtschaft lukrativ, die Güterspekulation entsteht. Dies alles hat ein Zersetzen der feudalen Bindungen zur Folge, was wiederum zur Voraussetzung wird für die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den städtischen Bedarf. Der Güterspekulation voraus geht das wachsende Interesse der Grundherren am Gelde. Sei es, daß sie sich mit ihrem Besitz an das Kaufmannskapital verschulden, sei es, daß sie die grundherrliche Wirtschaft verpachten, sie lernen ihre Grundrente "wert" zu schätzen. Es kommt dem Grundherrn darauf an, sich eine möglichst gleichmäßig hohe Grundrente als Geldeinnahme zu sichern. Mit der Verpachtung seiner Gutswirtschaft in Teilen hört die einheitliche Bewirtschaftung auf, wenn auch ihre ökonomische Existenz durch die Grundrente gewahrt bleibt (Nabholz, H. - 1 - 87, 135).

Eine weitere, wohl bereits weit verbreitete, Form des Eindringens des Kapitals ist der Wucher. Die ständigen Geldabgaben halten die Bauern in einer latenten Geldnot. Ihre Unerfahrenheit und ökonomische Zersplitterung macht das Geldleihen zum profitablen Geschäft. Der Wucher faßt folglich zuerst in der Umgebung der Städte Fuß, wo der enge Zusammenhalt der Dorfgenossen durch die Geldwirtschaft schon geschwächt ist.

Wir haben also seit dem 16. Jahrhundert eine Übergangsphase vor uns. Ob man sie noch zum Feudalismus rechnen kann, ist nur bei exakter Analyse des Widerspruchs zwischen feudalen und kapitalistischen Elementen der Produktion zu entscheiden. Diese kann hier nicht durchgeführt werden, daher bleibt es auch unmöglich, die Erscheinungsformen der Preisgestaltung zwischen landwirtschaftlichen und städtischen gewerblichen Produkten auf ihr Wesen zurückzuführen:

Von 1500 - 1600 steigen die Getreidepreise auf mehr als das Dreifache, die

Preise der gewerblichen Produkte dagegen kaum. Die Lebensmittel für die gewerblichen Arbeitskräfte verteuern sich, die Reallöhne sinken zum Teil. Es kann nicht genau bestimmt werden, wie sehr sich in diesen Verschiebungen im Preisgefüge nur die Stärkung der ländlich organisierten Feudalmacht gegenüber den Städten ausdrückt oder wie sehr es bereits der Mechanismus der Warenproduktion ist. Immerhin sind die Folgen klar ablesbar:

Die Gewinne wandern in die Taschen der Grundeigentümer, die sie zum großen Teil weiterhin konsumieren, immer häufiger diese aber auch, um vom Aufschwung zu profitieren, zur Rodung, Neuanlage von Feldern und Weiden, Eindeichung, Trockenlegung und zur Förderung des intensiven Feldbaus anlegen (Abel, W. - 1 - 4o-51). Die neuen Ländereien werden vielfach als Erblehen vergeben und bringen neue Einkünfte.

Durch den 3ojährigen Krieg erfährt der Fortgang einen tiefen Einschnitt. Aber selbst der hohe Bevölkerungsverlust und die Verwüstung des Bodens und der Dörfer kann die Entwicklung nur unterbrechen; so sehr sind die Grundherren an der Wiederherstellung der alten Verhältnisse interessiert, daß sie vielfach Aufbauhilfe geben.

Wie in der Zeit nach der großen Pest im 14. Jahrhundert ist der Bevölkerungsverlust in den Städten geringer als auf dem Lande (minus 3o % : 5o %), werden die schlechtesten Böden wieder aufgegeben und wird der geringeren Zahl von Bauern wieder so viel abgepreßt, daß Überproduktion herrscht (Abel, W. - 2 - 177). Aber zumindest eine entscheidende Veränderung bringt der Krieg mit sich: die Territorialstaaten erhalten ihre volle unantastbare Souveränität gegenüber dem Kaiser und damit freie Hand für die innere Konsolidierung. Die Macht der ländlichen Feudalherren festigt sich zusehends, sie werden zu Territorialherren, die sich alle

Rechte auf ihrem Territorium sichern. Glasfabriken, Papiermühlen, Eisenwerke, Salinen, Bergbau und Hüttenwesen entwickeln sich, gefördert durch die Vermehrung nicht zunftgebundener Arbeitskräfte.

Für die Städte, insbesondere die freien Reichsstädte, ist der Kriegsausgang eine Niederlage: vom Umland politisch getrennt, ist der Versuch, den F l ä c h e n - s t a a t e n abgerundete S t a d t s t a a t e n mit landwirtschaftlichem Einzugsgebiet entgegenzustellen, endgültig gescheitert. Die Nichtübereinstimmung von politischen und ökonomischen Grenzen behindert die Entfaltung ihrer Produktivkraft. Die sich abschließenden Territorien unterbrechen die Hauptader wirtschaftlicher Selbständigkeit der Städte, den Fernhandel. Die neuen Partikularfürstentümer mit ihrer immer noch bestehenden landwirtschaftlichen Selbstversorgung erweisen sich für einen eigenen ausgedehnten Handel, der die städtische Wirtschaftskraft entfalten könnte, unfähig. So gelingt es den neuen Territorialherren, die geschwächten Städte schrittweise der eigenen Gesetzgebung zu unterwerfen. Die großen reichsfreien und Hansestädte, wo der Fernhandel ein solches Gewicht hat, daß ihn auch die Territorialherren nicht antasten können, können sich behaupten (z. B. Wismar, Rostock, Augsburg und Nürnberg). Im Gegenteil zählen sie die größten Feudalherren weiterhin zu ihren Schuldnern und betreiben für diese umfangreiche Kapitalgeschäfte. In den übrigen Städten sind es die Landesherren, die durch neue Gewerbeordnungen das Wirtschaftsleben der Städte von oben zu revolutionieren suchen *: sie heben die alte Grund- und Vermögenssteuer zugunsten der A k z i s e (Steuer auf Güterbewegungen) auf, eine staatliche Steuerkommission kontrolliert die Erhebungen, so daß ein schrittweiser Übergang

---

* "Das Fürstentum rückte seit 14oo angreifend vor ... repräsentierte den wirtschaftlichen Fortschritt, die Städte die Reaktion, wenigstens seit 155o ..." (Schmoller, G. - 1 - 1o2).

von der städtischen zur staatlichen Steuer erfolgt; die Zünfte werden zwangsweise geöffnet.

Die Versuche des Landes wie der Stadt, sich das eng verflochtene ökonomische System der städtischen und ländlichen Produktivkräfte politisch unterzuordnen, entsprechen einer absoluten gesellschaftlichen Notwendigkeit entsprechend den historischen Gegebenheiten. Das städtische Kapital muß in die Landwirtschaft eindringen können, das ländliche bedarf des städtischen Handelsapparates, um die gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte, damit die Produktivität schlechthin, vorwärts zu bringen. Daß diese Entwicklung real als Kampf um das Mehrprodukt stattfindet, steht nicht im Widerspruch dazu. Landwirtschaft und städtisches Gewerbe bedürfen der einheitlichen gesellschaftlichen Organisation, um das proportionale Wachstum beider zu gewährleisten. Dieser Zusammenschluß wird naturgemäß von der gesellschaftlich stärksten Kraft hergestellt. In Mitteleuropa ist das zu dieser Zeit die auf dem Lande herrschende Klasse. Nur an den wenigen Stellen konzentrierten Fernhandels, wo das angehäufte Handelskapital manufakturmäßige Produktion in größerem Maßstab ins Leben ruft, kann auch die Stadt mit ihrer herrschenden Klasse diese vereinende Kraft werden, wie es in den oberitalienischen Stadtstaaten der Fall ist.

Die einheitliche Entwicklung von Stadt und Land ist in Deutschland vom Prinzip der autonomen und autarken Kleinstaaten getragen. Für die Entfaltung der Warenproduktion, die ja zur Grundlage der gesamten Entwicklungsfähigkeit geworden ist, bedeutet dies eine Verlangsamung - man denke nur an die Vielfalt der Zölle. *

---

* Für diese von den Engländern "furiosa Teutonicorum insania" (rasender Wahnsinn der Deutschen) bezeichneten Zustand ein Beispiel: "Es wird berichtet, daß von 60 Brettern, die von Sachsen nach Hamburg gingen, allein 54 für Zölle (1685) benötigt wurden - im wesentlichen in Natura -; statt einer Zeit von 8 Tagen ... durch die Zollaufenthalte ... etwa 4 Wochen. Dazu waren die Zollsätze vielfach nicht bekannt ... " (Rath, K.W. - 1 - 112).

Auf der anderen Seite erfährt Deutschland eine England und Frankreich bei weitem übertreffende Vielseitigkeit und Gleichmäßigkeit der Entwicklung, die sich in der Zukunft auszahlen kann: die nach der Vereinheitlichung der Zollgebiete einsetzende Entfaltung des Binnenmarktes kann mit ungeahnter Schnelligkeit den Rückstand aufholen. Diese Zersplitterung der Macht in Deutschland setzt aber auch der Unterordnung der Städte unter ein territoriales Gesamtinteresse enge Grenzen.

3.3.3 Die Lage im 18. Jahrhundert

Die Veränderung entsteht im Grunde allein daraus, daß sich die Entwicklung im alten Sinne fortsetzt: Zunahme der kleinen Warenproduktion, Stärkung der Handelskapitalisten, zunehmende Abhängigkeit der kleinen zersplitterten Warenproduzenten vom städtischen Handelskapital, erhöhte Arbeitsproduktivität im gewerblichen Sektor durch einfache kapitalistische Kooperation auf der einen Seite - auf der anderen Seite weiteres Durchsetzen neuer Anbaumethoden in der Landwirtschaft, Vermarktung größerer Mengen, weiteres Zersetzen der feudalen und dorfgenossenschaftlichen Bindungen.

Die nur durch den 3ojährigen Krieg unterbrochene Bewegung setzt sich fort: die Agrar- ganz besonders die Getreidepreise steigen in Relation zu Löhnen wie zu gewerblichen Produkten. Ursache ist das Aufblühen der Gewerbe in Stadt und Land und die damit verbundene rasche Bevölkerungszunahme. Die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion folgt nach, der ihr immer voraneilende Bedarf stimuliert die rasche Ertragssteigerung. Sie erfolgt auf zwei verschiedene Weisen:

1. über die Ausnutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die nur geringen Kapitalaufwand verursachen. Nachdem der Nährstoffmangel als Ursache sinkender Erträge längst erkannt wurde, setzen von 175o an Fruchtwechselwirtschaft wie systematische Verbindung von Ackerbau und Viehhaltung ein (Deutsch, U. - 1 - 73,99).
2. über den Einsatz von Kapital, mit dem Landgewinnungen und Meliorationen großen Stils betrieben werden.

Damit sind nur einige wenige Punkte erwähnt; der Fortschritt setzt aber auf allen Gebieten der Landwirtschaft ein. Deutsch (U. - 1 - 1oo ff.) macht allerdings eine

entscheidende Einschränkung: wenn auch der Fortschritt in allen landwirtschaftlichen Sparten um sich greift, so konzentriert er sich doch vollständig auf die Gutsbesitzer, Großbauern und einen Teil der größeren Mittelbauern. Dabei bilden sich sowohl regional wie örtlich die größten Unterschiede zwischen den Bauern heraus. Der kleine Bauer, das Fundament, auf dem die Gesellschaft ruht, ist aus mehreren Gründen von der Teilhabe ausgeschlossen:

1. sind die Steuern weiter gestiegen,
2. erfährt er durch die Bevölkerungsvermehrung wie durch die Besitzvermehrung der Feudalherren Besitzverkleinerung.

Deutsch (U. - 1 - 23o) stellt fest, daß auch in den Gebieten westlich der Elbe durch verschiedenartige obrigkeitliche Zugriffe am Ende des Spätfeudalismus keine einheitliche Bauernklasse mehr besteht. So kommt es, daß viele der mittleren, zuvor relativ saturierten und zu bescheidenem Wohlstand gelangten Bauernwirtschaften schon Ende des 18. Jahrhunderts, das wegen des Aufblühens der Landwirtschaft "Jahrhundert der Landwirtschaft" genannt wird (so Abel, W.), von ihrer Substanz zehren, also ständiges Defizit produzieren. Das, obwohl die gesamte Familie inklusive der Kinder und Alten am Arbeitseinsatz beteiligt ist. *

---

* Das Phänomen der erneut fallenden Agrarpreise, wie es von A b e l konstatiert wird, erklärt M a r x so: "Als absolute Schranke für ihn (den Parzellenbauern - IK.) als kleinen Kapitalisten erscheint nichts als der Arbeitslohn, den er sich selbst zahlt, nach Abzug der eigentlichen Kosten. Solange der Preis des Produkts ihm diesen deckt, wird er sein Land bebauen, und dies oft herab bis zu einem physischen Minimum des Arbeitslohns ... Dieser niedrige Preis ist also ein Resultat der Armut der Produzenten und keineswegs der Produktivität ihrer Arbeit." (Marx, K. - 5 - 814/5)

3.3.4 Die Herausbildung der territorialen Autarkie

Auch der größte Gutsbetrieb mit der schärfsten Ausbeutung kann nur den kleineren Teil der Produktion vermarkten, der größere wird immer noch an Ort und Stelle verzehrt. Auf diesem Hintergrund haben wir uns die Möglichkeiten einer sprunghaften Steigerung der gewerblichen Entwicklung vorzustellen. Sie kann nur sein, wenn die landwirtschaftliche Produktivität diesen Sprung auch macht, was diese wiederum nur kann, wenn sie die entsprechende gewerbliche Basis, die die nötigen Arbeitsinstrumente schafft, vorfindet. D. h. nichts anderes, als daß die proportionale Entwicklung von Landwirtschaft und Gewerbe der Entwicklung der Produktivkraft vorausgesetzt ist. Solange Landwirtschaft und Gewerbe noch eng verbunden sind, kommt auch der geringe landwirtschaftliche Überschuß der kleinmaßstäblichen, dezentralen gewerblichen Entwicklung zugute. T e r r i t o r i a l e A u t a r k i e und planmäßige Förderung der proportionalen Entwicklung im Innern des Landes mit enger Verzahnung von Landwirtschaft und Gewerbe muß das oberste Anliegen der Landesherren sein - weniger um der leiblichen Wohlfahrt aller Untertanen willen, als um die Grundlage zu schaffen, auf der alle m e r k a n t i l i s t i s c h - f r ü h k a p i t a l i s t i s c h e W i r t s c h a f t s p o l i t i k fußt: eine hohe Überschußproduktion in diesen oder jenen arbeitsintensiven Zweig zu ermöglichen, der dem Außenhandel zu eigenem Vorteil dient und zusätzlichen Profit ins Land fließen läßt. Die schrittweise Verwirklichung der produktiven Möglichkeiten im Lande ist also dem vorteilhaften Außenhandel vorausgesetzt.

Ist die Staatenbildung Voraussetzung, auf diese Weise die Produktivkräfte zu entfalten, so wirkt auch die Konkurrenzsituation der Klein- und Nationalstaaten untereinander beschleunigend auf die Entwicklung der Produktivkraft, da nur die im voraus durchdachte, zentral geförderte Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität

das politische Überleben sichert. Für diese innere Entfaltung der Produktivkräfte * ist daher ein fester, zentral durchzusetzender Maßnahmenkatalog von Bedeutung, der folgende wesentlichen Punkte enthält:

1. Die Landwirtschaft gilt als grundlegender Produktionssektor, der umfassende Förderung (Steigerung der Bodenproduktivität) erfährt.
2. Die umfassende territoriale Entwicklung wird gesichert durch
   2.1 Ausfuhrverbot für alle wichtigen Produktionsfaktoren,
   2.2. Ausdehnung der Produktion auf möglichst viele inländische Ressourcen (Besiedlung, Bewässerung, Trockenlegung, örtliche Ausbeutung mineralischer und pflanzlicher Rohstoffe),
   2.3 Ausdehnung der Produktion auf alle arbeitsfähigen Untertanen (incl. Zwangsarbeit von Vagabunden, Frauen, Kindern) und Vermehrung der Bevölkerung,
   2.4 Ausdehnung der Produktion durch längere und intensivere Arbeitstage,
   2.5 systematische Förderung der produktiven Fähigkeiten der Bewohner in allen Landesteilen.
3. Die Steigerung der räumlichen Spezialisation nach Produktionsgebieten wird im Sinne der weiteren Intensivierung der Produktion gefördert.
4. Die Verbesserung des Transportwesens im Inneren dient der ökonomischen Einheit des Territoriums.

---

* Bei Leibniz lesen wir: "Sich innerlich stärcken ist, theils seines landes kräfte vermehren, theils deren gebrauch verbessern. Kräfte sind fruchtbarkeit, volck und Geld. Der gebrauch stehet in guter erziehung der leute und fruchtbarkeit der wahren zu manufacturen, der wahren und gelds zu commercien." Leibniz, Bedencken von der Securität des deutschen Reiches (167o). IX. 3o.

Sombart vermerkt zu dieser Außenhandelspolitik der Landesherren: "Ein Handel, der zu nichts anderem da war als Äquivalente auszutauschen, bei dem 'beide Teile' Nutzen hatten, interessiert sie nicht. Sie verlangten vom Handel, daß er den Reichtum ihres Landes ... mehre ... der zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität beitrug." (- 2 - 936).

Entsprechend der weit entwickelten Antagonisierung der Klassengesellschaft, kann die t e r r i t o r i a l e A u t a r k i e nur befristetes Durchgangsstadium sein; vom Impuls der Produktion um des Profits willen getragen, ist sie nicht mehr mit der Autarkie der asiatischen Produktionsweise und der frühfeudalen Produktionsweise identisch - in ihrer Herausbildung ist ihre schnelle Auflösung inbegriffen.

Das Verhältnis von Stadt und Land in der Verteilung der Produktivkräfte

Folge der Wirtschaftspolitik ist, 1. daß auch geringe Profite abwerfende Unternehmen in Gang gesetzt werden, soweit es der Zentralmacht im innerstaatlichen Zusammenhang sinnvoll erscheint; 2. daß das Interesse an der "Landeswohlfahrt" zur relativ gleichmäßigen, wenn auch vielfach spezialisierten räumlichen Verteilung der Produktivkräfte innerhalb des Territoriums führt. Ganze Gewerbezweige wandern v o n d e r S t a d t a u f s L a n d - so die Weberei, Textilfertigung und Waffenindustrie. Sie entziehen sich einmal den Auflagen der Zünfte, zum anderen nutzen sie die handwerklich vorgebildeten ländlichen Arbeitskräfte wie die Nähe zu den Rohstoffen und das Vorhandensein der Wasserkraft. * Dies heißt aber keineswegs, daß die von den Städten bereits akkumulierten produktiven Fähigkeiten geschmäht würden. Das in den Städten akkumulierte Kapital profitiert von der landesherrlichen Wirtschaftslenkung in jeder Hinsicht; vom städti-

---

* Von besonderer Bedeutung scheint mir in Deutschland das Bemühen zu sein, aus der Not der Provinzen, Marken und Herzogtümer eine Tugend zu machen, und, wenn auch noch so bescheiden, Industrialisierungsansätzen ü b e r a l l zum Durchbruch zu verhelfen. Höck gibt in seiner "statistischen Darstellung des deutschen Fabrik- und Handelswesens" 1822 folgende Angaben über die Verteilung k l e i n e r H o c h ö f e n u n d H ä m m e r: Ende des 18. Jh. gibt es:

in	Hochöfen	Hämmer
Böhmen	44	15o
Oberschlesien	9	-
Steiermark	39	9o
Königreich Sachsen	-	69
Königreich Bayern	15	92
Großherzogtum Nassau	16	37
usw.		

Es gibt kein einziges unter den aufgezählten Wirtschaftsgebieten, das keine Industrialisierungsansätze hätte. (zit. nach: Sombart, W. - 2 - 8o7/8)

schen Mittelpunkt aus beherrscht es ökonomisch das abhängige Umland. Hier wird ein bedeutender Unterschied zur bisherigen räumlich-strukturellen Organisation des Feudalismus klar: die leitende Zentrale sitzt nicht mehr auf dem Lande und lenkt nicht mehr eine in sich geschlossene, Landwirtschaft und Gewerbe verbindende Wirtschaft; Landwirtschaft und Gewerbe sind jetzt zumeist organisatorisch voneinander getrennt, wenn sie sich auch noch in räumlicher Nachbarschaft miteinander befinden. Dies heißt aber auch, daß sie miteinander hauptsächlich über Geldbeziehungen verbunden sind. Die eigentliche Wurzel dieser r ä u m l i c h e n H i e r a r c h i s i e r u n g ist ohne Zweifel die weitere Antagonisierung der Klassen, der Beginn der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Die zentralisierende und hierarchisierende Wirkung des Kapitals ist aber bei weitem keine umfassende. Es herrscht noch eine Vielfalt von Organisationsformen der Produktion, die alle nebeneinander bestehen können. Aus dem weiterexistierenden, der Landwirtschaft direkt verbundenen Landhandwerk bildet sich das reine Handwerk mit überörtlichem Absatz heraus (Webereien, Kleineisenindustrie ...). Daneben entsteht das neue, vom städtischen Kapital verlegte Handwerk und die ländliche, größere Industrie (Glashütten, Eisenhütten, Bergwerke ...).

Ganz besonders dort, wo die Landwirtschaft die Voraussetzungen gewährt, große Rohstoffmengen und/oder viele überschüssige Lebensmittel zu produzieren, kann sich die Spezialisierung der Industrie nach territorialen Produktionsgebieten herausbilden.

Vielfach ist der eigentliche Grund, der das Kapital dazu treibt, Gewerbe auf dem Lande zu begründen, der fortbestehende städtische Zunftzwang. Stadt und Land befinden sich also vielfach in einer Konkurrenzsituation, die erst,als sich die Städte dessen bewußt werden, zum Abbau der Schranken führt.

Wir sehen weiter, daß im großen und ganzen die Verbreiterung der Produktionsbasis in Landwirtschaft und Gewerbe parallel läuft. Daher ist es naheliegend hierin auch die Ursache für die Gestaltung des gesellschaftlichen Bedarfs zu suchen: Weberei und Textilfabrikation, die ja völlig auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe beruhen, müssen eine enge Verbindung nicht nur zu den Anbaugebieten, sondern auch zur bäuerlichen Nachfrage behalten. Dennoch kommt der entscheidende Wachstumsimpuls immer mehr von außerhalb der ländlichen Gebiete: die Ausstattung der sich herausbildenden Heere läuft dabei der Ausstattung des höfischen Beamtenapparats den Rang ab; auch das auf Anlage drängende Kapital kommt genauso wie das Warenbedürfnis aus der Stadt:

Die Stadt wird mehr und mehr zur Kommandobrücke des Wirtschaftsprozesses, während die Produktivkräfte, die sie unter Kontrolle nimmt, noch relativ gleichmäßig zwischen Stadt und Land verteilt sind.

Obwohl das einheitlich gelenkte Territorium sich die Stadt politisch unter- und ökonomisch eingegliedert hat, beginnt sich also bereits jetzt unter der Oberfläche jene Wirkung des Kapitals durchzusetzen, die die Trennung von Politik und Ökonomie vollzieht und den Primat der Ökonomie setzt. In der Raumstruktur bahnt sich damit die ökonomische, auf dem Kapitalverhältnis beruhende, Herrschaft der Stadt über das Land in ersten Zügen an.

Diese räumliche Hierarchie ist hier noch eingeordnet in das nationale, bzw. territorialstaatliche Interesse an der Reichtumsvermehrung. Die "Landeswohlfahrt" ist aber nicht mehr identisch mit der Bedürfnisbefriedigung der arbeitenden Bevölkerung, die als Produzent von der Substanz ihrer Produktionsmittel zehrt. Es

zeigt sich hier bereits, daß die zunehmende Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln auf das engste mit der zunehmenden räumlichen Hierarchisierung verbunden ist. * Dies gilt sowohl für das Herauslösen der Gewerbe aus der bäuerlichen Wirtschaft wie für das Einströmen von Kapital in die Landwirtschaft.

Die Behinderung der Weiterentwicklung durch die kleinen Territorialstaaten

Die beschriebenen Vorteile der umfassenden inneren Entwicklung der Kleinstaaten dürfen nicht gesehen werden ohne den begrenzten Rahmen, in den jene hineingezwängt ist. War die Unterbindung allen Handels Voraussetzung der Steigerung des volkswirtschaftlichen Reichtums, so ist das gestiegene Produktivvermögen aufgrund der antagonistischen Klassenverhältnisse Anlaß zu einer s y s t e m a t i s c h e n Überschußproduktion, die den Außenhandel mit zur festen Voraussetzung hat, sich also nicht mehr an die Territorialgrenzen hält. Der Außenhandel ist neben der Heeresausrüstung auch von großer Bedeutung für die Massenproduktion. Die Produktivkräfte sind über den begrenzten territorialen Rahmen hinausgewachsen und drängen auf entsprechende Umorganisation der gesamten Verhältnisse. Die in sich geschlossenen autonomen Wirtschaftseinheiten brauchen die übergeordnete gesellschaftliche Organisation, die ihren zwischengebietlichen Wirtschaftsbeziehungen entspricht. So wie diese Beziehungen in den gewachsenen historischen Beziehungen aber nur als Bewegungen des Kapitals vorkommen, ist auch die gesellschaftliche Organisation sein Produkt; der bürgerlich-kapitalistische Staat muß die Autonomie der Wirtschaftseinheiten zerstören.

---

* Es zeigt sich daran übrigens, wie wenig schon für diese Zeit die Christaller'sche Definition der "Zentralen Orte" den Kern der Entwicklung trifft. (Nach ihm ist es Aufgabe der Z.O., "typisch städtische Güter und Dienste" an das Land, dessen "Bewohner in der Hauptsache einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen" zu verteilen).

Zusammenfassung

1. Die Vergesellschaftung der Raumstruktur im Feudalismus trägt widersprüchlichen Charakter. Während einerseits mit der Individualisierung der Produktion und der individuellen Aneignung die d i r e k t e n gesellschaftlichen Beziehungen der Organisation der Produktion verlorengehen, ist andererseits die Zerstörung dieser Beziehungen Voraussetzung, um eine umfassendere räumliche Integration der Produktion auf ausgedehnterem Territorium herzustellen. Während zu Beginn der feudalen Produktionsweise im Inneren planmäßig organisierte Wirtschaftseinheiten indifferent nebeneinander bestehen, deren Grundlage noch die sich im Genossenschaftsrecht verwirklichende Herrschaft des Privateigentums ist, beruht am Ende der feudalen Produktionsweise die räumliche Organisation auf der gesellschaftlichen Integration der Wirtschaftseinheiten durch i n d i r e k t e gesellschaftliche Beziehungen (Ware-Geld) Über die Ware-Geld-Beziehung gesellschaftlich integrierte Produktionsstätten können nun in örtlicher Nachbarschaft indifferent nebeneinander bestehen.

2. Grundlage dieser Entwicklung ist die Herausbildung qualitativ völlig neuer Aneignungsverhältnisse im Verlauf der feudalen Epoche, für die hier im großen Bogen die Zeit von 500 - 1800 zugrunde gelegt wurde. Wohl nur für die frühfeudale Epoche gilt jenes Spannungsverhältnis zwischen individuellen und gemeinheitlichen Aneignungsverhältnissen als gesellschaftlich bewegende Kraft, das erlaubt, vom Widerspruch zwischen Privat- und Gemeineigentum als hauptsächlichem zu sprechen. Spätestens von der hochmittelalterlichen Zeit an tritt die herrschende Klasse direkt im Produktionsprozeß (und nicht bloß vermittelt über das Gemeinwesen = Staatswesen) den Produzenten als Eigentümer der Produktionsmittel gegenüber und wird der Widerspruch zwischen unmittel-

baren Produzenten und Eigentümern zum grundlegenden. Dabei stört es nicht, daß erstere Besitzer der Produktionsmittel bleiben. Die Gemeinwesenorganisation wird rückschrittlich, und ihre Vorteile schlagen in Nachteile um, weil sie der Möglichkeiten beraubt ist, die gesellschaftliche Aneignung des von ihren Mitgliedern produzierten Mehrprodukts zu sichern.

3. Die Herausbildung der Stadt und der Kampf zwischen Stadt und Land in der Vergesellschaftung der Raumstruktur ist das Produkt dieses Widerspruchs beider Klassen. Dies führt auf dem Lande zur Steigerung des Mehrprodukts, das sich, soweit es nicht gleich auf dem Lande verzehrt wird, in den Städten konzentriert. Die Städte sind also zunächst Produkte des Unvermögens der ländlichen Feudalordnung, das Mehrprodukt produktiv auf dem Lande anzulegen. Sobald sich in den Städten eine gegenüber ihrer ländlichen Existenzbasis verselbständigte politische Macht herausgebildet hat, kann die weitere Entwicklung der Produktivkräfte nur im G e g e n s a t z v o n S t a d t u n d L a n d , im Kampf um das ländliche Mehrprodukt, vor sich gehen. Diese Konkurrenzsituation beschleunigt die Entwicklung, da sie die alte auf der Gemeinwesenverfassung beruhende Feudalordnung stürzen hilft. Diese stimulierende Wechselbeziehung von Stadt und Land bleibt auch dann erhalten, als das Land den politischen Sieg in der gesellschaftlichen Organisation der Produktivkräfte davonträgt und entsprechend der grundlegenden Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion und des ländlichen Gewerbes zur vorwärtstreibenden Kraft wird; die ökonomisch organisierende Kraft des in der Stadt angesammelten Kapitals wird vom Land in Dienst gestellt. Die Unterordnung der städtischen Interessen unter die der nun mit politischer Macht ausgestatteten Territorien bringt die unerläßliche gesellschaftliche Zusammenfassung der Produktivkräfte. Da die Stadt vom Lande weitgehend abhängig bleibt

und nur eine kleine produktive Basis hat, über deren Mehrprodukt sie uneingeschränkt verfügt, fehlen ihr noch die Möglichkeiten zur systematischen Ausbeutung des Landes. Es läßt sich in jeder Hinsicht nur von einem u n e n t w i c k e l t e n G e g e n s a t z v o n S t a d t u n d L a n d sprechen.

4. Diese U n e n t w i c k e l t h e i t d e r t e r r i t o r i a l e n A n t a g o n i s i e r u n g ist aber auch die Grundlage der schrittweisen aber unaufhaltsamen Entwicklung der auf dem Lande angelegten produktiven Möglichkeiten. Sie beläßt der Landwirtschaft ihre gewerbliche Basis in dieser Phase. Gestützt wird dieser Weg dadurch, daß das Land mit seinen ökonomischen Potenzen auch die politische Macht behaupten kann. Die so geschaffene Übereinstimmung ökonomischer und politischer Grenzen ermöglicht vollends die Nutzung der produktiven Voraussetzungen.

II. Der Gegensatz von Stadt und Land als räumliche Organisationsform der kapitalistischen Produktionsweise

Was ist das Besondere an dem gesellschaftlichen Produktionsverhältnis "Kapital", dem wir nicht nur die Kraft zuschreiben, in ungeheuerlichem Drang die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und gleichzeitig alle politischen und sozialen Verhältnisse zu revolutionieren, sondern daß wir auch für die Ursache der Herausbildung einer drückenden Ungleichgewichtigkeit in der Entwicklung von Stadt und Land halten? Der übergeordnete Tatbestand, auf den der Widerspruch dieses gesellschaftlichen Verhältnisses, einerseits bestimmt durch die Kraft der radikalen Umwälzung von der ökonomischen Basis bis zum gesellschaftlichen Überbau und andererseits durch die Unfähigkeit, dies auf der ganzen Linie zu tun, zurückzuführen ist, ist der grundlegende Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital.

Aus welchen konkreten Bewegungen aber ist diese Reduktion auf das tiefste bewegende Moment abgeleitet? Wie erklärt man sich den historisch empirisch so sinnfälligen Tatbestand des Zurückbleibens der ländlichen Produktivkraft hinter der städtischen? Wie den Abbau der politischen und sozialen Repräsentationskraft der ländlichen Gebiete?

Es wird also davon ausgegangen, daß der "Stadt/Land-Gegensatz" als geflügelter Oberbegriff für die beobachteten vielfältigen heterogenen Erscheinungsformen des verborgen bleibenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnis "Kapital" nicht an weiteren Einzelbeispielen erst belegt werden muß, sondern daß es darauf ankommt, ihn zu erklären.

Selbst wenn klar ist, daß es sich dabei nicht um eine die kapitalistische Entwicklung zufällig begleitende Erscheinung handelt, bleibt die Frage, ob sie nur aus nun einmal der kapitalistischen Produktionsweise zwangsläufig vorausgehenden Umständen herrührt, oder ob sie im Gegenteil gerade das Produkt dieser Entwicklung ist. Eine historische Darstellung der Entwicklung der Raumstruktur eines kapitalistischen Landes kann hier keine Antwort geben, solange nicht die F o r m des auf dem Kapital begründeten gesellschaftlichen Akkumulationsvorgangs als der Standortverteilung der Produktivkraft zugrunde liegender Vorgang klar ist.

Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, weil alle Produkte, aus denen es besteht, Waren sind, die einen Tauschwert, eine gesellschaftliche Größe haben. Dies kann nur sein, weil Kapital ein gesellschaftliches P r o d u k t i o n s-verhältnis ist:

"Die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare lebendige Arbeit macht die aufgehäufte Arbeit erst zum Kapital", denn es ist diese unmittelbare lebendige Arbeit, die den Tauschwert der aufgehäuften Arbeit erhält, ja ihr "größeren Wert gibt, als sie vorher besaß". (Marx, K. - 3 - 82/3)

Wachstum des Kapitals heißt immer auch Wachstum der Macht der aufgehäuften Arbeit über die lebendige. Wenn also eine ungleichmäßige Herausbildung dieser Macht in Stadt und Land festzustellen ist, muß die Darstellung des systematischen Zusammenhangs der allgemeinen räumlichen Bedingungen der Kapitalakkumulation der Darstellung der historisch-räumlichen Entwicklungsbedingungen voranstehen. Nur dann kann klar werden, worin der Unterschied zu den vorangegangenen Produktionsweisen in der räumlichen Organisation liegt.

Ich fasse das, was sich dem Augenschein darbietet, vorweg kurz zusammen:

Mit der Herausbildung des Kapitalismus tut sich in der Entwicklung der Produktivkräfte wie der des gesellschaftlichen Überbaus eine Schere zwischen Stadt und Land auf, die sehr bald als wesenseigenes Moment erscheint, weil über einen langen Zeitraum keine gleichbedeutende Gegenbewegung zu beobachten ist, so daß in verschieden starker Ausprägung bis heute zu beobachten ist:

1. ein soziales Gefälle (überdurchschnittliche Arbeit bei unterdurchschnittlicher Entlohnung, sozialer und kultureller Versorgung auf dem Lande),
2. eine kumulative Unterentwicklung von Regionen,
3. die Landflucht (sichtlich Zeichen des Unvermögens der ländlichen Gebiete, ihre Bewohner entsprechend städtischem Standard zu versorgen wie Zeichen unentgeltlicher Leistung an die Stadt) -

um nur bei den sinnfälligsten Erscheinungen zu bleiben.

Die Frage ist, ist 1. diese strukturelle Disparität ein Vorgang, der aus der kapitalistischen Industrialisierung selbst herrührt oder müssen - und dann warum- im Gegenteil andere Erklärungsmomente gesucht werden? ist 2. diese strukturelle Disparität tatsächlich für die ganze Phase der kapitalistischen Industrialisierung typisch oder sind die zu beobachtende Nivellierung der krassen Einkommensunterschiede, wie die Vermehrung der industriellen Arbeitsplätze auf dem Lande Anzeichen für eine grundsätzliche Veränderung des Verhältnisses von Stadt und Land?

Um diesen Fragen nachzugehen, soll das erste Interesse den Quellen der kapitalistischen Akkumulation gelten. Ich greife, um dieses Zusammenhängen sinnfällig zu machen, der Bequemlichkeit halber auf die Planungsdebatte der 2oer Jahre in der SU zurück, wo die Klärung dieses theoretischen Zusammenhangs für die planmäßige sozialistische Akkumulation zwingend wurde. Preobrashenski u. a. formu-

lierten ein "Gesetz der Ausbeutung des Landes durch die Stadt", das nicht nur für den Kapitalismus im allgemeinen, sondern für jede Anfangsphase der Industrialisierung schlechthin gelte. Bevor wir uns für die Allgemeingültigkeit dieser Hypothese interessieren, haben wir uns zunächst zu fragen, ob der formulierte Zusammenhang (Stadt/Land-Gegensatz und Anfangsphase der Industrialisierung) - und wenn wodurch vermittelt - für den Kapitalismus gilt. Preobrashenski nennt als Quellen der ursprünglichen Akkumulation (also der der kapitalistischen Produktion vorausgehenden):

1. den relativen Mehrwert der industriellen Lohnarbeit in den industriellen Zentren,
2. die rücksichtslose Liquidierung älterer Produktionsweisen auf dem Lande,
3. die gewaltsame Ausbeutung der Produktionen der Kolonien.

(Preobrashenski - 1 -)

Anhand dieser knappen Aussagen läßt sich die in unserem Zusammenhang interessierende, oben aufgeworfene Frage detaillieren:

1. zu welchem Teil sind die Ursachen der genannten strukturellen Disparität in logischen Sätzen zu beschreibender Natur, die aus der Kapitalbewegung selbst zu erklären ist?
   - ergeben sich daraus folgerichtig die von Preobrashenski genannten drei Quellen als die wesentlichen und/oder einzigen?
   - welchen Erklärungsanteil haben jede einzelne und evtl. weitere Quellen?
   - erklären sich die unterstellte Rücksichtslosigkeit und Gewaltsamkeit des Vorgangs aus diesem Zusammenhang?
2. zu welchem Teil sind die Ursachen außerhalb der reinen Kapitalbewegung liegender historischer Natur?

- worauf beruht dann das Ausbeutungsverhältnis?

3. in welcher dialektischen Beziehung stehen beide Erklärungsanteile?
   - welche Form nehmen die Stadt-Land-Beziehungen an?
4. bestehen alle drei genannten Quellen im hochentwickelten Kapitalismus fort?

Hier taucht sofort die Frage auf, ist es überhaupt zulässig, in "reine Kapitalbewegung" und "historische Ursachen" zu unterteilen? Sicher nicht in dem Sinne, daß man das Kapital für eine außerhalb des historischen Geschehens stehende Kraft, eine Art Universalgesetz, hält und die historischen vorkapitalistischen Gegebenheiten als bloße der Kapitalbewegung entgegenstehende Störfaktoren ansieht. Vielmehr ist ja das Kapital selbst ein historisch bedingtes gesellschaftliches Verhältnis. Wenn die Kapitalbewegung von der historischen Entwicklung abgehoben wird, dann weil hier zunächst ein logisch-abstrahierter Erklärungsansatz der Kapitalbewegung für notwendig gehalten wird, um den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang in seinen Ursachen besser verstehbar zu machen. Dies erst ermöglicht, in der historisch-konkreten Betrachtung neue (kapitalistische) und alte (vorkapitalistische) Elemente, die sich ja in einem einheitlichen geschlossenen Produktionsprozeß repräsentieren, herauszufinden und ihren Anteil an der spezifischen räumlichen Entwicklung zu ermitteln. Nur das kann eine Vorstellung davon geben, ob es sich beim Stadt/Land-Gegensatz um eine fundamentale Ungleichmäßigkeit oder nur um ein Durchgangsstadium der Ungleichzeitigkeit handelt.

Damit ist der Weg der Betrachtung festgelegt: der Stadt/Land-Gegensatz als historisch-soziales Phänomen soll aus seinen politisch-ökonomischen Wurzeln verstanden werden, so wie eben der Vorgang der Industrialisierung als umfassender gesellschaftlicher Prozeß zu verstehen ist. So reproduziert sich das Dilemma, des vorangegangenen Teils dieser Arbeit verschärft: der Erklärungszusammenhang ist auf eine Vielfalt von Einzelwissenschaften aufgeteilt, von denen jede in einer schnellen

Entwicklung steckt. Eine materialistische Zusammenschau der Raumordnungsvorstellungen, -konzepte und -ideologien samt ihren zugrundeliegenden theoretischen Annahmen ist nicht zu schaffen. Um so größer ist die Herausforderung der Vielfalt unzulänglicher Hypothesen auf dem Gebiet der Raumforschung. Unzulänglich, weil der herausgelöste Detailaspekt an den bewegenden gesellschaftlichen Zusammenhängen vorbeigehend dennoch zumeist benutzt wird, um auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang bezogen zu argumentieren. Gerade darum hat hier Zusammenschau Vorrang gegenüber Detailanalyse.

1. Das Verhältnis von Stadt und Land unter kapitalistischen Akkumulationsbedingungen

1.1 Kapital als Produktionsverhältnis

Lebendige Arbeit, die vergegenständlichte Arbeit (Produktionsmittel) in Bewegung setzt, ist die einzige Quelle von Wert (= Gebrauchswert). Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist sie Lohnarbeit, die in bezahlte und unbezahlte Arbeit unterteilt ist. Entsprechend ist der Wert, den sie schafft, nicht nur Gebrauchwert, der in einen Teil unterteilt ist, der Produktionsmittel und Arbeitskraft ersetzt, und einen, der Produktionsmittel und Arbeitskraft vermehren hilft; sondern auch Tauschwert, der konstantes und variables Kapital ersetzt und akkumulierbaren Mehrwert schafft. Als Produkt der lebendigen Arbeit existiert der Mehrwert natürlich in der Form von Waren, denen jeweils ein bestimmter Wert zugemessen ist. Wird Akkumulation auf Kosten des Landes unterstellt, muß nach der Entstehung und dem Verbleib des auf dem Lande produzierten Mehrwerts gefragt werden. Dazu muß auf den allgemeinen Zusammenhang der Bestimmung des Wertes der Waren Bezug genommen werden. Die Existenz von Wert ist ein gesellschaftliches

Phänomen, das der kapitalistischen Produktionsweise zugehört, ja für diese konstitutiv ist. W e r t resultiert aus a b s t r a k t e r A r b e i t, jenem allen Produkten 'Gemeinsamen Dritten' das sie universell austauschbar macht, zu Waren macht. Wert existiert also nur dort, wo der soziale Zusammenhang einer Gesellschaft auf 'indirekter Vergesellschaftung' beruht; wo der Beitrag des einzelnen, um seine Existenz zu sichern, die Form abstrakter Arbeit annimmt. (Eberle, F. - 1 - 378 ff.)

1.1.1 Wertbildung und Akkumulationsvorgang

In der kapitalistischen Warenproduktion bestimmt nicht die individuell aufgewendete Arbeitszeit den Wert einer Ware, sondern die gesellschaftlich notwendige. G e s e l l s c h a f t l i c h n o t w e n d i g ist die Arbeitszeit die 1. weitaus überwiegend zur Herstellung eines Produkts aufgewendet wird und die 2. aufgrund der bestehenden Produktionsstruktur aufgewendet werden muß, um Produkte in der nötigen Qualität und Quantität herzustellen.

Diese Bestimmung ergibt sich zwangsläufig aus der entfalteten Warenproduktion, wo die Produkte Waren, Gebrauchswerte sind, "die einen Tauschwert und zwar einen realisierbaren, in Geld verwandelbaren Tauschwert besitzen nur in dem Umfang, worin andre Waren ein Äquivalent für sie bilden, andre Produkte ihnen als Waren und als Werte gegenübertreten" (Marx, Kap. III, S. 650).

Daher gehört einer bestimmten Ware ein bestimmter Wert zu, der aus der Menge der zur Herstellung notwendigen Arbeit (so wie sie als gesellschaftlich notwendig anerkannt ist) resultiert. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß eine Ware nun auch zu ihrem Wert verkauft wird. Im gesamten Wirtschaftskreislauf tritt der Wert der Ware überhaupt nie in Erscheinung; in der betrieblichen Kalkulation wie

auf dem Markt erscheint nur der Preis der Ware. Warum geben wir uns dann nicht mit der Betrachtung der Preise zufrieden? Warum diese Komplizierung mit der Wertbetrachtung? Weil wir, um die Akkumulation auf Kosten des Landes zu erklären (bzw. um die Richtigkeit dieser Behauptung zu überprüfen), das Zustandekommen der Kapitalvermehrung erklären müssen und dies - wie wir sahen - nur durch die Aneignung unbezahlter Arbeit zu erklären ist. Die Preisbetrachtung gibt hierüber keinen Aufschluß; dies tut allein die Wertbetrachtung. Die W e r t e b e n e ist also die Abstraktionsebene des g e s e l l s c h a f t l i c h e n Z u s a m m e n h a n g s, dem sich die P r e i s e b e n e, die ohne die Erklärung des Ursprungs von zusätzlichem Kapital = Profit auskommt, entzieht (Medio, A. - 1 - 277 ff.).

Der Wert einer Ware unterteilt sich in den Wert der in sie eingegangenen Produktionsmittel und Löhne und den Mehrwert. Der Mehrwert erklärt sich daher, daß die Arbeitskraft, die die Ware produziert, weniger wert ist, als sie an Wert schafft; anders ausgedrückt: daß sie bezahlte und unbezahlte Arbeit leistet. Bei Betrachtung des Preises einer Ware interessiert dagegen nur noch die Veränderung seiner Kostenbestandteile, wobei es gleichgültig ist, wie ihre Herkunft zu erklären ist. Trotzdem kann auf die Preisbetrachtung nicht verzichtet werden, weil uns real in der kapitalistischen Kalkulation nur Preise begegnen. Für den Unternehmer ist eine Produktion nur lohnend, wenn der Vergleich seiner individuellen Produktionskosten mit den gesellschaftlich durchschnittlichen pro Kapitaleinheit ihm mindestens so viel Profit auf sein Kapital verspricht, wie durchschnittliche Produktionsbedingungen einbringen würden. Dies geht nur, weil er auch bei niedrigeren individuellen Produktionskosten als den gesellschaftlich durchschnittlichen seine Ware zum "Produktionspreis"* (d.h. unter Anrechnung der höhren Durchschnittskosten) verkaufen

* bzw. zum darum schwankenden Marktpreis

kann. Der Produktionspreis ist also die eigentliche Kalkulationsbasis auf der Betriebsebene. Er ist eine Transformation des Werts der Ware, transformiert unter dem Vorgang des in die verschiedenen Produktionen frei aus- und einwandernden Kapitals. Diese Bewegung geschieht gemäß den jeweils vorhandenen Profitmöglichkeiten:

Da die Herstellungsbedingungen für die verschiedenen Warensorten verschieden sind, fließt das Kapital mit Vorzug dorthin, wo durch Minderaufwand "toter" Arbeit (= konstantes Kapital = Produktionsmittel) oder "lebendiger" Arbeit (= variables Kapital = Löhne) unterdurchschnittliche Kosten entstehen und folglich ein Profit über den durchschnittlichen möglich ist.

So mag es scheinen, als ob der Unterschied zwischen Wert und Preis hauptsächlich darin zu sehen sei, daß ersterer fiktiv und letzterer real sei. In der Tat ist es so, daß man sich die Zähne daran ausbeißen muß, den tatsächlichen Wert einer Ware zu errechnen: man wird immer nur Preise aus der kapitalistischen Kostenrechnung herausfiltern können. Aber trotzdem ist der Wert nicht weniger real: die Masse des von Gesamtkapital angeeigneten Mehrwerts ist bestimmt von der Masse der unbezahlten Arbeit. Dies ist die ganz und gar nicht irreale Grundlage der Masse des Gesamtprofits, die auf die Kapitale zu verteilen ist. Keinesfalls dürfen aber Wert- und Preisbetrachtung beliebig miteinander vermischt werden, wie es gerade bei dem hier zu behandelnden Problem der Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum zwischen Stadt und Land geschehen kann. Von daher ist auch das zunächst auf das Thema bezogen wenig einsichtige Abschweifen auf den Unterschied von Wert und Preis zu verstehen.

Es gibt wohl hauptsächlich zwei Irrtümer in dieser Hinsicht:

1. könnte man sich vorstellen, daß bei der Herstellung einer Warensorte Kapitale,

die weniger Arbeit anwenden, als gesellschaftlich notwendig anerkannt ist, einen besonderen Vorteil in der Form von Extramehrwert auf sich ziehen, weil sie mit ihren spezifischen Produktionskosten unter dem gesellschaftlichen Wert liegen. Daraus wäre abzuleiten, daß die Differenz zwischen individuellen Produktionskosten und (gesellschaftlichem) Wert eine Umverteilung von Wertbestandteilen beinhaltet. Daran erscheint zweierlei bedenkenswert:

1. da nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitsmenge und -produktivität wertbildend sind, bleibt das darüber hinaus Geleistete unbewertet - es ist vergeudete Arbeit. Wo sich gesellschaftlich gesehen überhaupt kein Wert erst bildet, kann auch nicht von Umverteilung von (nicht vorhandenen) Wertbestandteilen gesprochen werden. Es liegt im System der kapitalistischen Bewertung selbst, daß die individuell verausgabte Arbeitszeit nicht identisch ist mit der Wertbildung *;

2. ist es unzulässig, aus dem Abweichen der Produktionskosten vom Wert einen Extramehrwert und seine Umverteilung erklären zu wollen, weil wie oben ausgeführt die Ebene der konkreten Kalkulation mit der Ebene des gesellschaftlichen Zusammenhangs vermischt wird. Dies ist, da methodisch nicht richtig, auch nicht von praktischem Nutzen: der Wert existiert nur qualitativ und nicht als Rechengröße.

2. könnte man sich vorstellen, daß zwischen Branchen unterschiedlicher Produktivität aus dem gleichen Grunde eine Wertübertragung stattfindet. Aber da dabei auf die Betrachtung der Durchschnittsprofitrate zurückgegriffen werden muß, also auf die Ebene der Preisbildung, gilt hier obige Kritik.

---

* siehe dazu W. Schöller "Werttransfer und Unterentwicklung" (- 1 -), der die Vorstellungen der Umverteilung von Wertbestandteilen innerhalb einer Branche widerlegt.

Wenn nun die unterschiedliche Akkumulationsfähigkeit von Kapitalen in verschiedenen Produktionsstätten und Branchen erklärt werden soll, sind wir zunächst auf die Erscheinung an der Oberfläche verwiesen: es geht um die greifbare Profitmasse, die die Kapitale auf sich ziehen. Diese Akkumulationsfähigkeit ist auch unter der Annahme gleicher Produktionsbedingungen nicht dadurch bestimmt, daß die Kapitale den selbsterzeugten Mehrwert realisieren, sondern dadurch daß sie (aufgrund ihrer Konkurrenz) den Durchschnittsprofit realisieren, ist also gleich pro Kapitaleinheit. Die Akkumulationsfähigkeit pro Kapitaleinheit ist nur dann unterschiedlich hoch, wenn die Produktionsbedingungen von den durchschnittlichen der Branche bzw. der Gesamtwirtschaft abweichen (d. h., wenn Produktivität und/oder Intensität der Arbeit abweichen). * Für die relative Akkumulationsfähigkeit einzelner Branchen ist daher das Verhältnis zur durchschnittlichen Arbeitsproduktivität von Bedeutung. Diese schnellere Akkumulationsfähigkeit einzelner Branchen ist kein Dauerzustand. (Fließt mehr Kapital als notwendig in eine Branche, wirkt dies wie eine Produktivitätssenkung: es wurde zu viel Kapital = vergegenständlichte Arbeit aufgewendet. In der gleichen Richtung wirkt die schnellere Produktivitätssteigerung in den anderen Branchen. Der Profit sinkt).

Für die volumens- und produktivitätsmäßige Entwicklung einer Branche ist zweierlei von Bedeutung:

---

* zur Bestimmung der Produktivität der Arbeit und ihres Einflusses auf die Profitrate siehe Marx (K. - 4 - 6o/1):
"In der Tat drückt die Wertzusammensetzung des in einem Industriezweig angelegten Kapitals, also ein bestimmtes Verhältnis des variablen zum konstanten Kapital, jedesmal einen bestimmten Grad der Produktivität der Arbeit aus." und:
"Sie (die Produktivität der Arbeit - IK.) kann aber auch noch einen direkten Einfluß auf die Profitrate, wenigstens eines Einzelkapitals, ausüben, wenn ..., dies Einzelkapital mit größerer als der gesellschaftlich-durchschnittlichen Produktivität arbeitet, seine Produkte zu einem niedrigeren Wert darstellt, als als den gesellschaftlichen Durchschnittswert derselben Ware, und so einen Extraprofit realisiert."

1. die Fähigkeit der Kapitalbildung in dieser Branche und
2. die Fähigkeit dieser Branche, schon gebildetes Kapital (woanders gebildetes) auf sich zu ziehen.

Auch die Herstellung der gesellschaftlich notwendigen Proportionen in der Verteilung des Gesamtkapitals auf die einzelnen Abteilungen und Branchen der Produktion ist durch die Vorgänge der Wert- und Preisbildung geregelt. Die Betrachtung der mengenmäßigen Proportionierung ist also nur ein weiterer Aspekt der Betrachtung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Durch die im folgenden zunächst vom Preisgeschehen isolierte Mengenbetrachtung soll das Zustandekommen der proportionalen Größen der einzelnen Sektoren betrachtet werden.

1.1.2 Die mengenmäßige Proportionierung der Produktion

Ausgehend vom Ist-Zustand, ist in jeder Gesellschaft zu einem angenommenen Zeitpunkt ein bestimmtes durchschnittliches Produktivitätsniveau, das durch bestimmte technische Durchschnittsbedingungen - verstanden als eine feste Menge und Qualität von Produktionsmitteln pro Arbeitskraft - festgelegt ist, zu ermitteln, wie auch ein bestimmtes durchschnittliches Reproduktionsniveau (= Konsumniveau) für die Arbeitskraft.

Es liegt nahe, das Konsumniveau aus der Abhängigkeit von diesen technischen Bedingungen zu erklären. Aber so wenig wie dies a l l g e m e i n gilt - unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen - gilt es für die kapitalistische Gesellschaft: das Konsumniveau ist hier keinesfalls allein von den technischen Möglichkeiten, sondern sogar in erster Linie vom Verhältnis von bezahlter

zu unbezahlter Arbeit bestimmt. D. h., die mengenmäßige Proportionierung darf grundsätzlich nicht als ein reiner Ausdruck des Standes der Produktivkräfte angesehen werden; sie ist zuerst ein kapitalistisch, also gesellschaftlich bestimmtes Verhältnis, bevor sie ein technisches ist. So ist auch die Zuordnung von Konsummitteln zu einer Einheit Produktionsmittel das Ergebnis der unterschiedlichen Stellung der Beteiligten, die Unterscheidung in Arbeiter und Produktionsmittelbesitzer, im Produktionsprozeß.

Die Frage ist nun, welche s t o f f l i c h e F o r m nimmt der Mehrwert an, den die unbezahlte Arbeit schafft? Die Frage ist nicht hinreichend damit beantwortet, daß aufgrund der bestehenden Produktionsstruktur ein Teil des Mehrwerts in der stofflichen Form von Produktionsmitteln, ein anderer in der von Konsummitteln entsprechend dem Gesamtverhältnis Pm : Km entsteht. Denn man sieht leicht, daß es die Ausdehnung der unbezahlten Arbeit selbst ist, die es unsinnig macht, mehr Konsummittel zu produzieren als der bezahlten Arbeit entspricht. Entsprechend dem Interesse des Kapitals an seiner eigenen höchstmöglichen Verwertung wird die bezahlte Arbeit möglichst klein gehalten. Dank der freien Beweglichkeit des Kapitals wird vorrangig die Produktionsmittelproduktion stimuliert werden. Werden aber zusätzliche Produktionsmittel produziert, so müssen sie auch in Betrieb genommen werden können. Dazu ist demnach notwendig, für die zusätzlichen Arbeitskräfte auch gleichzeitig Konsummittel herzustellen, und zwar entsprechend den Bedingungen, die nun durch das neue Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit geschaffen sind. D. h., daß unter kapitalistischen Verhältnissen die Konsummittelabteilung g r u n d s ä t z l i c h langsamer wachsen kann und muß als die Produktionsmittelabteilung bei wachsender Produktivkraft. Bei Betrachtung der Wertbildung:

"Die kapitalistische Gesellschaft verwendet mehr ihrer disponiblen Jahresarbeit in Produktion von Produktionsmitteln (ergo konstantem Kapital), die weder unter der Form von Arbeitslohn noch von Mehrwert in Revenue auflösbar sind, sondern nur als Kapital fungieren können."

mit der Folge, daß

"gerade diese Erweiterung der Produktion ohne entsprechende Erweiterung der Konsumtion ... der historischen Mission des Kapitals und seiner spezifischen gesellschaftlichen Struktur (entspricht - IK.): die erste besteht in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft; die zweite schließt die Nutzbarmachung dieser technischen Errungenschaften durch die Masse der Bevölkerung aus".

(Lenin, - 2 - 44/5)

Dieser Vorgang hebt aber keineswegs die enge Bindung des Wachstums der Produktionsmittel an das der Konsummittel auf. Denn weder kann das absolute Existenzminimum der die Produktionsmittel in Bewegung setzenden Arbeitskraft unterschritten werden, noch der technische Stand, der es notwendig macht, eine bestimmte Menge Arbeit einzusetzen, ignoriert werden.

Unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen als denen des Kapitals ist die Entwicklung der Produktivkraft der Gesellschaft durchaus auf anderen Wegen vorstellbar:
Ist die Verbesserung des Lebensniveaus Ziel der gesellschaftlichen Produktion, soll also das Konsumniveau steigen, muß das technologische Niveau so erhöht werden, daß Konsummittel- und Produktionsmittelabteilung wachsen können, - und zwar in dem Verhältnis, daß die zur absoluten wie relativen Erweiterung der Konsummittelabteilung notwendigen Produktionsmittel produziert werden können. So ist das Wachstum der Konsummittelabteilung * führende Größe und das vorrangige Wachstum der Produktionsmittelabteilung innerhalb der durch diese Strategie gesetzten

---

* Konsummittel dann allerdings auch nicht im uns geläufigen Sinne von individuell zu erwerbenden Produkten, sondern den gesamten Bereich der die Lebensbedingungen verbessernden Produktion gemeint.

Grenzen befangen. Andererseits kann auch hier nur im Rahmen des Standes der allgemeinen Produktivkraft die Produktionsstruktur beeinflußt werden.

Für uns ist die Betrachtung der Konsummittelabteilung insofern von Bedeutung, als sie den überwiegenden Teil der landwirtschaftlichen Produktion, den der Nahrungsmittel, umfaßt. Keiner der beiden o. g. Entwicklungswege wird umhin können, die Landwirtschaft so zu entwickeln, daß immer neue Überschußproduktion zur Versorgung der für die zusätzlichen Produktionsmittel notwendigen Arbeitskräfte mit Nahrungsmitteln wie zur Versorgung der Industrie mit zusätzlichen landwirtschaftlichen Rohstoffen möglich wird - wie daß Märkte für industrielle Waren entstehen. Beim kapitalistischen Weg ist die Steigerung der Erträge der Landwirtschaft an das Interesse an der Vermehrung des Profits und Senkung des Reallohnniveaus im landwirtschaftlichen Sektor gebunden; - ja sogar an der Beschneidung des produktiven Konsums, wenn dies durch stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft kompensiert werden kann. D. h., während das erste Interesse des Kapitals - die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion - durchgesetzt wird, kann das zweite Interesse, "die Ausdehnung der Märkte", nur unvollkommen erreicht werden. Die Beschneidung des produktiven Konsums in der Landwirtschaft, die erst dann aufgehoben wird, wenn das Wachstum der Pm-Abteilung bedroht ist, kann allerdings aus dem bisher Entwickelten nicht erklärt werden. Wird freie Kapitalbeweglichkeit angenommen, müssen Produktivitätsunterschiede immer wieder abgebaut werden. Die Erklärung der langfristig ungleichmäßigen Entwicklung von Sektoren muß außerhalb der freien Kapitalbewegung gesucht werden.

Bei Strategie 2 muß die Pm-Abteilung ihre Ausdehnung durch Bindung an die Entwicklung der anderen Abteilung erfahren. Damit erscheint die Unstetigkeit der Entwicklung der beiden Abteilungen, bzw. der drei genannten Sektoren, wie sie unter kapitalistischen Verhältnissen im Öffnen und Schließen der Preisschere

vor allem zwischen landwirtschaftlichem und Produktionsmittelsektor ihren Ausdruck findet, nicht mehr als Voraussetzung des industriellen Wachstums.

In unserem Zusammenhang interessiert die Festlegung der Proportionen zwischen Landwirtschaft und Industrie besonders, da sie hauptsächlich das Verhältnis zwischen Stadt und Land bestimmen. *

Unabhängig vom obersten gesellschaftlichen Interesse an der Produktion ist im Entwicklungsverlauf eine relative Abnahme der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktionsmenge unvermeidlich, sowohl was die Herstellung landwirtschaftlicher Rohstoffe für die Industrie wie die von Nahrungsmitteln angeht.

Landwirtschaftliche Rohstoffe sind zunehmend durch mit weniger Arbeitsaufwand herstellbare industrielle substituierbar; die Lebensmittelproduktion wird durch die physische Grenze des Konsums beschränkt. ** Absolut gesehen kann die Landwirtschaft dabei wachsen.

Wenn sich im gleichen Zeitraum die industrielle Produktion mehr ausdehnt als die landwirtschaftliche, heißt das nicht notwendigerweise, daß zugleich die Produktivitätssteigerung des industriellen Sektors größer ist: der landwirtschaftliche kann auch bei schneller steigender Produktivität volumensmäßig langsamer wachsen, stagnieren oder schrumpfen; entsprechend wird er mehr oder weniger Arbeitskräfte freisetzen.

---

* Daß dies so ist, wird im folgenden erst noch zu belegen sein.

** Deswegen zeigt auch die Nahrungsmittelversorgung in den entwickelten kapitalistischen Ländern kaum noch das Konsumniveau an.

Daran zeigt sich, daß die Bestimmung des relativen Entwicklungstempos von Landwirtschaft und Industrie sich auf die Verteilung der Arbeitskräfte auf beide Sektoren auswirkt. Solange die volumensmäßige Ausdehnung des landwirtschaftlichen Sektors notwendig ist, gilt:

"Es liegt in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie die ackerbauende Bevölkerung fortwährend vermindert im Verhältnis zur nicht ackerbauenden, weil in der Industrie (im engern Sinn) das Wachstum des konstanten Kapitals, im Verhältnis zum variablen, verbunden ist mit dem absoluten Wachstum, obgleich der relativen Abnahme, des variablen Kapitals; während in der Agrikultur das variable Kapital absolut abnimmt, das zur Exploitation eines bestimmten Bodenstücks erfordert ist, also nur wachsen kann, soweit neuer Boden bebaut wird, dies aber wieder voraussetzt noch größres Wachstum der nicht agrikolen Bevölkerung"

(Marx, Kap. III, S. 650).

Das relative Entwicklungsverhältnis von Landwirtschaft und Industrie muß dabei auch als abhängig von der Bevölkerungsentwicklung gesehen werden: wächst die Zahl der Erwerbsfähigen langsamer als die der industriellen Arbeitsplätze, so besteht die Tendenz, die zusätzlichen industriellen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzuziehen und letztere zur zusätzlichen Produktivitätssteigerung zu zwingen, damit die notwendige Menge landwirtschaftlicher Produkte hergestellt wird. Wächst die Zahl der Erwerbsfähigen schneller als die der industriellen Arbeitsplätze, dehnt sich der Subsistenzsektor der Landwirtschaft aus oder nimmt die versteckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande zu.*. Daß beides in historisch unterschiedlichen Phasen geschieht, hat hier noch nicht zu interessieren. Der landwirtschaftliche Sektor hat also sichtlich eine gewise Pufferfunktion bezüglich der Abgabe und dem Vorhalten von Arbeitskräften; so daß zu vermuten ist, daß die Kapitalentwicklung bestimmt, ein wie großer Teil der Bevölkerung sich in den Erlös der landwirtschaftlichen Waren zu teilen hat. Aber auch dieser Vorgang beruht nicht auf der Funktion

* hier wie im ganzen allgemeinen Teil Korrekturen über den Außenmarkt ausgeschlossen, da seine Einbeziehung am Problem nichts ändert (alle Außenmärkte zusammen sind wieder ein geschlossenes System).

des Kapitals allein, sondern auf der unterschiedlichen politischen Stärke beider Sektoren, die erst später berücksichtigt werden soll.

1.1.3 Das Preisverhältnis von landwirtschaftlichen und industriellen Waren

Wir nehmen zunächst den Modellfall der völlig freien Beweglichkeit des Kapitals zwischen beiden Sektoren an. Anhand des dem Idealfall der freien Kapitalbeweglichkeit sehr nahe kommenden Verlaufs in England und den USA hat Kondratieff (- 1 -) * in den 2oer Jahren folgenden Zusammenhang aufgezeigt:
Die relative Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Landwirtschaft und Industrie spiegelt sich in der relativen Preisbildung wider (da auch Preise Meßgrößen der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit sind, müssen sie sich mit Produktivitätsveränderungen bewegen, allerdings in verzerrter Form, entsprechend dem Mechanismus der Bildung der Durchschnittsprofitrate):
nimmt die Produktivität der Landwirtschaft schneller zu als die der Industrie, so sinken die Preise der landwirtschaftlichen Waren gegenüber den industriellen; anders ausgedrückt: die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren sinkt gegenüber den industriellen. Umgekehrt - umgekehrt. Entsprechend der Voraussetzung (freie Kapitalbeweglichkeit) kann es kein über sehr lange Perioden bestehen bleibendes unterschiedliches Niveau der Produktivitätsentwicklung beider Sektoren geben. Das trotzdem zu beobachtende Auseinanderfallen während längerer Perioden erklärt

---

* Problematisch bleibt bei dieser Arbeit Kondratieffs die konkrete Bestimmung des zeitlichen Verlaufs langer Wellen der relativen Preisentwicklung. Sie erscheint willkürlich. Der Wert von Kondratieffs Arbeit liegt in der Anschaulichkeit, mit der die Relativität der industriellen und landwirtschaftlichen Preise in Abhängigkeit von der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung in beiden Sektoren zutage tritt, auch wenn dies in der Realität wohl selten der Fall ist.

Kondratieff so:

die Landwirtschaft kann aufgrund natürlicher Bedingungen nur phasenverzögert der allgemeinen zyklenhaften Dynamik der kapitalistischen Volkswirtschaft und dem schnelleren Expandieren und Kontrahieren der industriellen Produktion folgen. So bleibt die landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung wie Produktenmenge in der ansteigenden Konjunkturphase des mehrjährigen langen Zyklus zurück; die Preise der landwirtschaftlichen Produkte steigen relativ. Die steigenden Preise wirken aber kaum korrigierend auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, da diese wenig elastisch nachgefragt werden. Bei absinkender Konjunkturphase kann die Landwirtschaft nicht schnell genug kontrahieren; die Agrarpreise sinken schneller als die industriellen. Da die individuelle Nachfrage nach Nahrungsmitteln auch bei sinkenden Preisen kaum steigt, setzt sie auch hier kein Gegengewicht. Darüber hinaus erweitert Kondratieff aber seinen Erklärungszusammenhang um ein der freien Kapitalbeweglichkeit entgegengesetztes Argument: die landwirtschaftlichen Produzenten sind auch in England und den USA der monopolisierten Industrie aufgrund ihrer Zersplittertheit im Konkurrenzkampf unterlegen. Da die Machtstellung des Monopolkapitals gegenüber den agrarischen Kleinkapitalisten zu einer Abweichung vom Produktionspreis zugunsten des Monopolkapitals führt, also aus dem Kapitalverhältnis selbst zu erklären ist, ist dies m. E. nicht gleichzusetzen mit der Herrschaft des kapitalistischen Sektors über den vorkapitalistischen mit außerökonomischen Mitteln. Kondratieff gibt leider nicht an, welchen Erklärungsanteil er dem Unterschied der ökonomischen Organisiertheit und welchem der Phasenverschiebung zuspricht. Daher ist der Vorgang, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren mit der ansteigenden Welle der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur steigt, nicht zu verallgemeinern; wenn dies auch ein grundlegender Vorgang zu sein scheint, scheint er doch von vielen anderen u. U. sehr starken weiteren Einflüssen auf die relative Preisentwicklung überlagert

zu sein. Z. B. dürfte der Einfluß der sich ändernden Preise der vorgelieferten Produktionsmittel von Ernte zu Ernte selbst bei gleichbleibenden Produktionsmethoden nicht unerheblich sein * - ebenso Schutzzölle und Kontingentierung der Im- und Exporte. D. h., es wird ständig z. T. gravierende Verzerrungen der Preise geben, die aber letztendlich doch um den vom Produktivitätsniveau bestimmten Preis schwanken.

Wichtig für unseren Zusammenhang ist an Kondratieffs Ausführungen, daß unter den Bedingungen der freien Konkurrenz und ohne Interventionen, das relative Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Produktion hinter der industriellen für erstere eine relativ günstigere Konjunkturlage bedeutet, in der die Landwirtschaft besser akkumulieren kann, bzw. weniger daran gehindert ist. Eine derartige oder entgegengesetzte Preisbewegung hat uns in Zeiträumen zu interessieren, die lang genug sind, um die räumliche Produktionsstruktur zu prägen.

Weiter ergibt sich aus dem von Kondratieff dargestellten Zusammenhang eindeutig, daß das Zurückbleiben der Landwirtschaft über lange Zeiträume nicht aus der vom Kapital verursachten Preisbewegung allein zu erklären ist.

Diese Überlegungen zu den aus der Kapitalbewegung selbst herrührenden räumlichen Strukturbedingungen sollen in ihrer Unfertigkeit für den folgenden Abriß nur eine erste grobe Leitlinie sein, die vor allem erlauben soll aufzuzeigen, wie weit die tatsächlichen Preisrelationen zwischen beiden Produktionssektoren in

---

* siehe dazu:
Zeitel, G. - Bestimmungsfaktoren der Preis- und Produktivitätsstruktur (- 1 - 675/6):
"Für die strukturellen Beziehungen zwischen Produktivitäten und Preisen kann ferner der Einfluß veränderter intersektoraler Bezugs- und Absatzströme nicht übersehen werden. So hat sich der Anteil der Vorlieferungen in der Landwirtschaft und in den Dienstleistungsbereichen beträchtlich erhöht ... "
(dies für die BRD für 195o - 6o).

den im folgenden betrachteten Perioden des deutschen Kapitalismus vom Mechanismus der freien Beweglichkeit der Kapitale entfernt sind.

2. Die räumlich-strukturellen Bedingungen in der Periode der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise

2.1 Allgemein historischer Aspekt

Wir haben die feudale Gesellschaft auf der Entwicklungsstufe zurückgelassen, wo die Landwirtschaft das Aufblühen der Gewerbe ermöglicht, aber die alten Produktionsverhältnisse dem fortgesetzten Aufschwung im Wege stehen. Die kapitalistische Warenproduktion muß mit diesen Hörigkeits- und Obrigkeitsverhältnissen aufräumen und neue gesellschaftliche Bedingungen schaffen:
Individuelle, aus den feudalen Bindungen entlassene Privateigentümer, die mit voller Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel ausgestattet sind, treten sich als Warenproduzenten gegenüber. Eine "Aufspaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses in Zentren der Aneignung der Natur" (Bettelheim, Ch. - 1 - S. 64) ist Ausdruck der gesellschaftlichen Wirkung des Kapitals.

Dieser Fortschritt in der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses ist mit endgültiger Beseitigung der autoritätsmäßigen Vorwegbestimmung, was in welchen Quantitäten produziert und wie verteilt wird, erkauft. Notwendigerweise muß der neue gesellschaftliche Zusammenhang, der im nachträglichen Austausch hergestellt wird, imperfekt sein, da sich die gesellschaftliche Nützlichkeit der Produkte erst innerhalb des Austauschs (dadurch, daß sie überhaupt getauscht werden) erweist. Es herrscht ein "naturwüchsiges System der gesellschaftlichen Teilung der

Arbeit" (Marx, K. - 1 - S. 87), wobei "Natur" hier Selbstlauf nach den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion meint.

Die kapitalistische Vergesellschaftung wird - ausgehend von der ökonomischen Wirkung des Kapitals, die immer zugleich Beziehung zwischen Menschen ist - zu einer historischen Eigentümlichkeit, hat sie einmal über die vorausgehenden historischen Gegebenheiten die Oberhand gewonnen. Zur Erklärung der Raumstruktur und der Beziehung zwischen Stadt und Land erweist sich als vordringlich, den Verlauf der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion in dieser Übergangsphase zu erfassen. Von daher bestimmt sich der logische Aufbau der Betrachtung. Soll man mit der sauberen Abtrennung der Entwicklung der kapitalistischen Industrie beginnen und daraus dann die Veränderungen in der ländlichen Produktionsstruktur beschreiben? Mir scheint dies zumindest für die erste Etappe der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in den preußischen Teilen Deutschlands (1830 - 50), die als konkretes Beispiel im folgenden herangezogen werden soll, nicht richtig zu sein.

Wenn auch die Konzentration von Handelskapital und Staatseinnahmen in den Städten zu der Kraft wird, die die Umgestaltung der Produktionsbasis einleitet, so spielt sich diese doch zu nicht geringem Teil auf dem Lande ab. Gerade die Textilindustrie, die zur ersten Grundlage der Kapitalakkumulation innerhalb des industriellen Sektors wird, bildet sich Schritt um Schritt aus dem ländlich-landwirtschaftlichen Produktionszusammenhang heraus. Und dies geschieht in enger Wechselwirkung zwischen dem Entwicklungsbedürfnis des vorhandenen Kapitals und der ländlichen Produktionsverhältnisse. So sehr auch das Kapital sich die ländlichen Produktionsbedingungen unterzuordnen beginnt, so wenig kann es dies auf einen Schlag tun. Die ländlichen Produktionsverhältnisse sind so tief verwurzelt, daß die gesellschaftliche Arbeits-

teilung davon tief geprägt ist. Erst auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des kapitalistischen Sektors wird die Konzentration des Kapitals zu jenem bestimmenden Faktor, der einerseits die Reproduktionsbedingungen des produktiven Reichtums auf dem Lande bestimmt und andererseits die Konzentration der kapitalistischen Industrie auf engem Raum erzwingt. Nun ist es unmöglich, diesen grundlegenden Wandel in den bestimmenden gesellschaftlichen Beziehungen der Gesamtproduktion auf einen Zeitpunkt festzulegen. Es ist ein schrittweiser Übergang. Es erweist sich bei der Betrachtung Preußens als äußerst schwierig zu bestimmen, wann nun tatsächlich das Kapital die räumliche Organisation der Produktion so zu bestimmen beginnt, daß es notwendig wird, von der vorrangigen Betrachtung der ländlichen Produktionsbasis Abstand zu nehmen. Dies ist im folgenden historisch-konkreten Teil von 1830 - 1870 methodisch nicht gelöst, weil die Betrachtung zu allgemein bleibt.

Zunächst erscheint es also notwendig, die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Produktionsbasis zu betrachten. Es hat sich schon im vorangehenden Kapitel gezeigt, daß sich innerhalb der Spätphase des Feudalismus neben grundlegenden Gemeinsamkeiten bedeutende Unterschiede bezüglich der räumlichen Verteilung der Produktivkraft ergeben. Die Unterschiede reduzierten sich im wesentlichen auf die Frage, ob das freie Parzelleneigentum sich voll entwickeln konnte und die Bauern zu bürgerlichen Produzenten avancierten, oder ob der Feudaladel die Oberhand behielt, weil er es verstand, sich den neuen Gegebenheiten der Produktion für den Markt anzupassen, ohne allzugroße Zugeständnisse an bestehende Hörigkeits- und Obrigkeitsverhältnisse zu machen. Diese beiden von den jeweiligen historischen Gegebenheiten bestimmten Ansätze der Entwicklung der Produktivkraft auf dem Lande müssen unter dem zunehmenden Druck der Vermarktung der Produktion noch stärker ihre Eigentümlichkeiten hervorkehren. Es entwickeln sich

daraus zwei grundsätzlich verschiedene Wege der Kapitalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft. *

Die beiden Entwicklungsmöglichkeiten schließen sich nicht unter allen Umständen gegenseitig aus - sie bezeichnen aber die vorherrschende und die weitere Entwicklung bestimmende Tendenz. Auch im westlichen Deutschland, wo das freie Parzelleneigentum rasch große Fortschritte machte, wurden nicht alle Gutsbesitzer ruiniert; auch in der Person des obersten Landesherrn gab es ein staatsbürokratisches Fortbestehen der alten Feudalherrschaft. Und selbst in Rußland, wo unter der Herrschaft der Zaren die stärkste Ausprägung von staatsbürokratischem Feudalismus bestand, nahmen freie bäuerliche Wirtschaften ständig eine kapitalistische Entwicklung. Da aber das Vorherrschen der einen oder anderen Form zu räumlich-strukturellen Unterschieden in der gesamten Industrialisierung in der Aufbauphase führt, sollen die wesentlichen Elemente beider Formen vorweg in mehr allgemeiner Form vorgestellt werden.

2.1.1 Der bürgerlich-"amerikanische Weg" der Industrialisierung der Landwirtschaft

Im Schoße des Feudalismus sind die Träger der kapitalistischen Produktionsweise, der Handel, die vorkapitalistische Manufaktur und die von beiden vorangetriebene warenproduzierende Landwirtschaft, bereits so stark geworden, daß sie alle Über-

---

* Dieser Zusammenhang ist am klarsten von Lenin herausgearbeitet worden. Siehe: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie. Werke. Bd. 13. Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jh. s. Werke. Bd. 15.

Lenin faßt zusammen: "Der Kampf zwischen den Bauern- und Gutsbesitzerinteressen ... , ist ein Kampf um den einen oder anderen Typus der bürgerlichen Agrarentwicklung" (Lenin - 4 - S. 239).

reste des feudalen Großgrundbesitzes radikal zerbrechen können. Dies ist fast uneingeschränkt in England der Fall: die Beseitigung des feudalen Großgrundbesitzes ist die Voraussetzung der raschesten und freiesten Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer Grundlage. In den USA, wo der größte Teil des Landes nie die Feudalherrschaft gekannt hat, verläuft die bürgerliche Entwicklung in der Landwirtschaft praktisch ungehindert. * "Amerikanisch" gilt daher als Synonym für schnelle ungehinderte Entwicklung - bzw. überkommene Hindernisse schnell hinwegspülende Entwicklung.

Das freie Parzelleneigentum, das sich auf wenige landwirtschaftliche Produkte spezialisiert und seine Arbeitsmittel über den Markt bezieht, das seine Produkte mit der Preiskalkulation anfängt w e r t zu schätzen und die Warenproduktion auf der ganzen Linie vorantreibt, leitet die kapitalistische Entwicklung ein. Wo kapitalistische Warenproduktion auch zur Rationalisierung der Anbaumethoden des landwirtschaftlichen Rohprodukts führt, entwickeln sich reiche, durch und durch kapitalistische, also mit Lohnarbeit wirtschaftende Höfe. Die scharfe Klassenteilung sprengt den Dorfverband: bei der Armut des größeren Teils der Dorfbevölkerung ist die Verbindung des Dorfes mit dem allgemeinen Handelsnetz Voraussetzung des Warenumsatzes, damit der Produktion. Dies um den Preis der Teilung des Profits mit dem Handelskapitalisten. Damit ist zwangsläufig die Zentralisation eines Teils der landwirtschaftlichen und in der dörflichen Industrie erzeugten Mehrwerts und sein Abwandern in die Stadt, sobald sich dort bessere Anlage-

---

* Der feudale Großgrundbesitz der Südstaaten wurde gewaltsam aufgeteilt; in den noch überwiegend freien Landstrichen der Boden fast gratis vergeben. Das Joch der Grundrente war in dieser Zeit fast unbekannt. Der "Rückschritt" über den Kleinbesitz war auch hier notwendig, um kapitalistischen auf Lohnarbeit beruhenden Großgrundbesitz herzustellen. (Lenin - 4 - 273, 291 - 5 - 445)

möglichkeiten für das akkumulierte Handelskapital erschließen, verbunden. *
Je schneller die Polarisierung der Klassen im Dorf, je reicher das Dorf, desto höher das zu teilende Mehrprodukt. Das heißt, daß die Landwirtschaft und mithin die ländlichen Gebiete nur zum Teil in der Lage sind, ihr Mehrprodukt zu akkumulieren. Durch Fortfall der feudalen Rente kann sich dennoch am Ort zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkraft und Entwicklung der ländlichen Gewerbe notwendiges Kapital bilden. Das in der örtlichen Industrie akkumulierte Kapital bleibt zunächst auch noch weitgehend der ländlichen Entwicklung erhalten. Landwirtschaft und ländliche Industrie stimulieren sich zunächst noch gegenseitig.

Unter "amerikanischen" Bedingungen vollzieht sich die Revolutionierung der Standortbedingungen in einer wahren Kettenreaktion: die verarmten Bauern werden zu Landarbeitern, gehen in die örtliche Industrie oder wandern in die Städte ab; der ökonomisch ausgehöhlte Großgrundbesitz wird aufgeteilt; Dorfverbände werden als überholte Produktionsverhältnisse aufgelöst; Gewerbe können sich ungehindert a u f d e m L a n d e entfalten; Manufakturzweige lassen sich nach s p e z i a l i s i e r t e n G e b i e t e n nieder; die e i n s e i t i g e A u s r i c h t u n g d e r l a n d w i r t s c h a f t l i c h e n P r o d u k t i o n auf ein festes industrielles Rohprodukt schreitet voran; F a b r i k s t ä d t e entstehen.

---

* Diese Interpretation der Benachteiligung des Bauern fußt auf keiner methodisch exakten Analyse der Wertbildung. Es wird angenommen, daß weitgehende Immobilität der Produktionsmittel und der Arbeitskraft in der Landwirtschaft nicht erlaubt, von einer Bildung von Produktionspreisen zu sprechen, daß aber das Gegenüberstellen von individuellen Produktionskosten und Marktpreis einen Gewinn angibt, der z. T. vom bäuerlichen Unternehmer, z. T. vom Handelskapitalisten realisiert wird.

"Nirgendwo in der Welt hat die kapitalistische Produktion ... so rücksichtslos geschaltet mit den t r a d i t i o n e l l e n Verhältnissen des Ackerbaus ... England ist in dieser Hinsicht das revolutionärste Land der Welt ... nicht nur die Lage der Dorfschaften, sondern die Dorfschaften selbst ... nicht nur die ursprünglichen Zentren der Bewirtschaftung, sondern diese Bewirtschaftung selbst, sind rücksichtslos weggefegt worden, wo sie den Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf dem Lande widersprachen ... Der Deutsche z. B. findet die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt durch traditionelle Verhältnisse von Feldmarken, Lage der Wirtschaftszentren, bestimmte Konglomerationen der Bevölkerung. Der Engländer die historischen Bedingungen der Agrikultur vom Kapital progressiv g e s c h a f f e n vor seit dem Ende des 15. Jahrhunderts ... " (Marx, K. - 2 - 236/7).

Aber selbst in diesem radikalen Umbruch bleiben bestimmte ländliche Gegebenheiten erhalten:

"In keinem anderen Land ist der gewerbliche Nebenverdienst von solcher grundlegenden Bedeutung für den Aufbau der ländlichen Verfassung gewesen, wie in England, weil in keinem Lande die Industrie in größerem Umfang auf dem platten Lande verbreitet gewesen ist als dort. Vor allem war die stolze englische Wollindustrie, bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein eine durchaus ländliche Hausindustrie ..., betrieben von Pächtern und kleinen Feldbauern" (Sombart, W. - 2 - 341 ff.).

Dieser Zustand ist allerdings nicht von Dauer. Mit der Konzentration immer größerer Kapitalbeträge in immer weniger Händen folgt die Trennung von Landwirtschaft und Industrie und fällt ein Großteil der ländlichen Industrien der vom Kapital bestimmten Industriellen Revolution zum Opfer. Insbesondere die weitverbreitete ländliche Hausindustrie kann mit den gewaltigen Produktivitätssteigerungen durch Mechanisierung in der Textilindustrie nicht mithalten. Aber auch die am örtlichen Absatz und an den Rohstoffen orientierten Produktionsmittelindustrien haben keine Zukunft mehr (zu den Ursachen siehe Abschnit 2.1.3).

Für England setzt der Zusammenbruch der ländlichen Industrien in der Mitte des 18. Jahrhunderts ein und endet in den 1830er Jahren mit dem Untergang der Pächter und Freibauern.

2.1.2 Der "preußische Weg" der Industrialisierung der Landwirtschaft

Vorbedingung ist eine Entwicklung der Produktivkraft in der Landwirtschaft innerhalb der feudalen Epoche, die nicht zur schrittweisen Stärkung der bäuerlichen Wirtschaften führt, sondern zu einer Anpassung der feudalen Ausbeutungsmethoden an die Bedingungen der massenhaften Warenproduktion ohne Aufgabe der feudalen Herrschaftsform selbst. Dieser Weg bleibt nicht ohne Folgen für die industrielle Entwicklung: die Lebenshaltung der Leibeigenen hängt noch weitgehend an der Naturalwirtschaft und das Niveau ist niedrig; für industriell gefertigte Konsummittel bleibt die Nachfrage gering; der Einsatz von industriell gefertigten Produktionsmitteln bleibt durch den erhöhten Einsatz billiger Arbeitskraft beschränkt.

Wo sich die Industrie nicht voll entfalten kann, können es auch Bürgertum und Arbeiterklasse nicht. Ihnen fehlt die organisatorische Kraft zur Umwälzung der rückständigen Agrarverhältnisse. So beruht der "preußische Weg" auf einem K o m p r o m i ß , der als "Halbfeudalismus" zu bezeichnen ist*: feudale Formen und Methoden der Aneignung von Mehrprodukt bestehen fort neben schon kapitalistischen, getragen vom politischen Bündnis zwischen dem aufkommenden Bürgertum und der alten Großgrundbesitzerklasse. Das feudale Eigentum geht in der Hand der Großgrundbesitzer in bürgerliches über: sie führen die großen Gutswirtschaften kapitalistisch fort, während der private bäuerliche Kleinbesitz zum Teil in die Hände der Großgrundbesitzer fällt und viele bäuerliche Produzenten in die neue Abhängigkeit der Eigentumslosigkeit geraten. Folge ist, daß die Entfaltung der Wirtschaftskraft sehr langsam vor sich geht. Da sich das Bürgertum durch seinen Bündnispartner behindert sieht, kann diese Herrschaftsform nur Übergangscharakter

* so Friedrich Engels über den vormärzlichen preußischen Staat in: "Revolution und Konterrevolution in Deutschland" (Engels, Fr. - 1 - 14).

haben. Der kann sich allerdings lange erhalten, wenn wie im preußischen Staat die feudal-bürgerliche Herrschaft in ihrer Bedrohung seitens der Arbeiterklasse immer neue Kompromisse eingeht.

Entscheidend in unserem Zusammenhang ist: die I n d u s t r i e l l e R e v o l u t i o n , als Durchsetzung kapitalistischer Produktionsmethoden in den hauptsächlichen Zweigen der Wirtschaft unter Einschluß der Landwirtschaft, wird durch die feudalen Relikte so sehr behindert, daß sie sich über Jahrzehnte hinschleppt. In Deutschland umfaßt sie die ganze Phase des vormonopolistischen Kapitalismus, also das 19. Jahrhundert, selbst im Stadium der imperialistischen Entwicklung wird sie hier nicht abgeschlossen (Kuczynski, J. - 1 - 21/22).

Auch der bürgerlich-feudale Staat trägt mit seinen Subventionen für die Großgrundbesitzer aus Steuergeldern zur Verzögerung des Aufbaus einer konzentrierten Großindustrie bei, während dadurch die dezentrale ländliche Industrialisierung kaum beschleunigt wird. Für die Großgrundbesitzer gibt es erst spät einen ökonomischen und politischen Zwang, den gewohnheitsmäßig hohen Luxuskonsum einzuschränken und ihre Wirtschaften zu mechanisieren. Solange aber die Grundrenten nicht zu Kapital werden, kann keine Umwälzung der Raumstruktur vonstatten gehen.

Obwohl - oberflächlich betrachtet - die Verbindung von Landwirtschaft und Industrie durch die weite Verbreitung ländlicher Hausindustrien gewahrt zu sein scheint und dies der Herausbildung eines Gegensatzes von Stadt und Land entgegenzu wirken scheint, ist es tatsächlich so, daß der Gegensatz hier am krassesten ist:
das Zurückbleiben der Produktivkraft wird durch Erhöhung der Mehrarbeit "wett" gemacht. Denn der Gutsherr kann ja das Preproduktionsniveau der für ihn Arbeitenden mit außerökonomischem Zwang bis an die physische Grenze senken, wozu er sich

gezwungen sieht, wenn die Agrarpreise sinken, weil andernorts in der Landwirtschaft bereits kapitalistisch und billiger produziert wird und nun seine Rente bedroht ist. Dies wird nur der Fall sein, wenn die alte Feudalklasse das Erscheinen massenhaft billiger Agrarprodukte auf dem Markt nicht mehr politisch verhindern kann.

Dann können die Waren der Großgrundbesitzer auf dem kapitalistischen Markt einen Wertausdruck annehmen, der der Arbeitszeit entspricht, die den Marktpreis bestimmt, obwohl unter gegebenen Umständen viel mehr Arbeitszeit aufgewendet wurde. So besteht in der Tat ein u n g l e i c h e r A u s t a u s c h von Arbeitsquanten zwischen Landwirtschaft und Industrie, der nicht auf der Produktionspreisbildung, also dem Kapitalverhältnis, beruht, sondern auf den fortbestehenden halbfeudalen Bindungen auf dem Lande, also nur unter Einbeziehung der historischen Dimension erklärt werden kann. Zu diesem ungleichen Austausch sind ebenso die kleinen Bauern gezwungen, soweit sie für den Markt produzieren, nur mit dem Unterschied, daß sie selbst mehr Arbeit leisten müssen, um die alten Erlöse zu halten. Solange aber der Bourgeoisie die Macht im Staate fehlt, die Feudalklasse zum Senken der Agrarpreise und zur landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung gemäß der industriellen Entwicklung zu zwingen, liegen die Dinge z. T. umgekehrt: die hohen Agrarpreise belasten die Produktionskosten und schmälern die Profite und die Akkumulationsfähigkeit. Aber auch unter diesen Bedingungen findet die (schon im Spätfeudalismus festgestellte) Ausbeutung der kleinen Bauern und ländlichen Tagelöhner gemeinsam von Staat und Großgrundbesitzern statt, die, soweit die Gewinne nicht wieder auf dem Lande angelegt werden, eine Plünderung des Landes darstellt. Soweit sie direkt oder indirekt der Kapitalbildung in der Stadt dient, ist sie Bestandteil der u r s p r ü n g l i c h e n A k k u m u l a t i o n.

Das heißt aber auch, daß die halbfeudalen Gutsbesitzer, solange sie im Staate mächtig genug sind, ihre Grundrente entgegen der ökonomischen Tendenz zu sichern, ein Hindernis der industriellen Entwicklung sind. Der Teufelskreis von verhinderter Kapitalakkumulation und fortbestehenden feudalen Relikten führt zur lang andauernden Verzögerung; es kann wohl angenommen werden, daß auch hier "die Rolle der Gewalt in der Geschichte" (Engels) ihre Bedeutung hat, um den Teufelskreis zu durchbrechen und das Fallen der Agrarpreise durchzusetzen. Ist dann der landwirtschaftliche Lohn nicht weiter zu senken, kann das Fallen der Grundrente nur noch durch Produktivitätssteigerung aufgehalten werden. An die Stelle des feudalen Luxuskonsums muß die Investition treten. Damit aus den Gutsherrn aber ein Agrarkapitalist werden kann, muß er den Boden von den darauf Wirtschaftenden befreien. Dies ist der Beginn des massenhaften Freisetzens landwirtschaftlicher Arbeitskräfte.

Unter diesen Bedingungen wird es für die kapitalistische Industrie interessant, ganze Fertigungszweige auf's Land zu verlegen, um die billigen Arbeitskräfte auszunutzen. Die halbfeudalen Bindungen ermöglichen dem städtischen Unternehmer, Arbeiter in entlegenen Dörfern zu suchen, denen, zur Lohnarbeit gezwungen, kein Druckmittel bleibt, das Senken ihrer Lebenshaltungskosten aufzuhalten. Daher s i n k e n d i e A r b e i t s l ö h n e i n halbfeudalen Staaten besonders stark von den I n d u s t r i e z e n t r e n z u r P e r i p h e r i e , mit der Folge, daß sich die Fabrikindustrie mit Vorrang außerhalb der Städte ausbreitet; das markanteste Beispiel ist das zaristische Rußland (Lenin - 2 - 454-538).

Die halbfeudale Abhängigkeit der kleinen Bauern und Tagelöhner, die Senkung ihrer Einkünfte tatsächlich noch unter das Existenzminimum, macht den Zuerwerb zur Existenzfrage. Daher findet die gewerbliche ländliche Hausarbeit weiteste Ver-

breitung, auch und gerade in entlegenen ländlichen Gebieten und auch wenn in demselben Produktionszweig die städtische Maschinenarbeit längst etabliert ist. Dies genau ist ein Zeichen dafür, daß die ländliche Industrialisierung dieser Art allenfalls als eine Scheinblüte angesehen werden kann: mit der zunehmenden Mechanisierung der städtischen Industrie hat das ländliche Hausgewerbe keine Existenzgrundlage mehr. Die industrielle Nutzung der ländlichen Arbeitskraft dient der beschleunigten Kapitalakkumulation in der Stadt - ein Zeichen von gleichmäßiger Entwicklung von Stadt und Land ist sie nicht.

2.2 Die Bedeutung des Inneren Markts für die räumlich-strukturelle Entwicklung

Die unterschiedliche wechselseitige Stimulierung von Landwirtschaft und Industrie im regionalen Zusammenhang soll noch einmal für beide Wege unter dem Gesichtspunkt des Inneren Markts und der Folgen für die räumliche Verteilung der Produktivkraft betrachtet werden.

Solange es nur selbstversorgende Produktionseinheiten gab, konnten die Produktivkräfte wachsen - wenn auch sehr langsam - ohne daß die zum Wachstum erforderlichen Produktions- und Konsummittel den Weg über den Markt nahmen. Daher soll der Innere Markt nur als besonderer, nämlich an die Warenproduktion gebundener Fall der inneren Entwicklung der Produktivkraft in einem Land betrachtet werden. Uns interessiert hier der Innere Markt bei kapitalistischer Warenproduktion, von dem wir wissen,

1. daß er zu einem gewissen Grad auf der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittel und deren produktiver Konsumtion beruht,

2. daß das steigende Entwicklungsniveau der Produktivkraft nicht identisch ist mit steigendem Lebensniveau.

Gesellschaftliche Produktion und private Verfügung über die Produktionsmittel vorausgesetzt, fallen dem Inneren Markt zwei Funktionen zu: er muß das Ineinandergreifen der Produktionsstruktur - als nachträgliche Bestätigung des Gebrauchswerts der Produkte - gewährleisten und muß damit stimulierendes Organ für die Entfaltung der Produktivkraft sein. Für die Beziehung von Landwirtschaft und Industrie heißt dies:
er muß eine landwirtschaftliche Überschußproduktion forcieren, die nicht mehr unproduktiv konsumiert wird, sondern der kapitalistisch betriebenen, Mehrwert erzeugenden Industrie zur Verfügung steht, um 1. die zusätzlichen Arbeitskräfte zu ernähren, die die zusätzlichen Produktionsmittel in Bewegung setzen, 2. die zusätzlichen landwirtschaftlichen Rohstoffe zur Verarbeitung liefern und 3. die Produzenten der Rohstoffe ernähren. Dieser Entwicklung stehen die "preußischen" Verhältnisse mit ihrer dreifachen Produktionsbeschränkung (siehe S. 122 oben) im Wege. Unter der Voraussetzung, daß die bäuerliche Parzellenwirtschaft sich zur kapitalistischen Produktion entfalten kann, erfährt der Binnenmarkt seine schnellste Ausweitung: je mehr die landwirtschaftliche Produktion ausgedehnt wird, desto mehr industrielle Waren können hergestellt und auch konsumiert werden. Das Wachstum der warenproduzierenden Landwirtschaft bleibt daher eine unerläßliche Kraft für den Inneren Markt, auch wenn die Produktionsmittelproduktion zur bestimmenden Kraft geworden ist. Aber er fördert nicht allein die Landwirtschaft, sondern verändert die gesamte ländliche Produktionsstruktur, da er das Medium ist, über das sich die Bildung der Durchschnittsprofitrate, d. h. die Nivellierung der Produktionsbedingungen, im nationalen Rahmen durchsetzt.

Die in der vorkapitalistischen Phase so bedeutenden k l e i n e n G r u b e n, H o c h ö f e n und H ä m m e r in bäuerlicher Hand können sich neben der kapitalkräftigen konzentrierten Schwerindustrie nicht halten - sie sind unrentabel geworden. Es wäre aber äußerst einseitig, wollte man die ländliche De-industrialisierung als alleinige Folge der rein technisch verstandenen Industriellen Revolution ansehen. Die spezifische Form der T r e n n u n g von L a n d w i r t s c h a f t und I n d u s t r i e ist das Ergebnis 1. der spezifischen Form, die die lebendige Arbeit annimmt: in bezahlte und unbezahlte Arbeit unterteilte Lohnarbeit zu sein und 2. der Tatsache, daß die unbezahlte Arbeit sich immer weniger in zusätzliche Produktionsmittel, die der Förderung und Weiterentwicklung des ländlichen Produktivvermögens zugute kommen, vergegenständlicht. Dies hat schließlich zur Folge, daß auf dem Lande die Voraussetzungen der Entwicklung der Produktivkraft aus den wechselseitigen Bedürfnissen der lokalen Produktionsstruktur vom Kapitalverhältnis selbst systematisch beseitigt werden.

Dies gilt sowohl für den "preußischen Weg", wie auch für den "amerikanischen". Im ersteren Fall bleiben produktiver wie individueller Konsum lokal besonders unentwickelt: für die Region besteht wenig Anreiz zur Investitionstätigkeit. Folglich ist die auf dem Lande angesiedelte Industrie (überwiegend nebenerwerbliche Hausindustrie, aber auch hauptberuflich in entlegenen Fabrikdörfern betriebene Industrie) nicht am örtlichen Bedarf orientiert. Daher gibt es keinen Grund, am Ort zu bleiben, wenn die billigen Arbeitskräfte durch noch billiger produzierende Maschinen zu ersetzen sind. Im letzteren Fall ist ein großer Teil der örtlichen Industrien zumindest anfangs am örtlichen Bedarf orientiert und es gibt eine örtlich bezogene wechselseitige Stimulierung von Landwirtschaft und Industrie. So ist zwar über eine u. U. lange Phase die ländliche Industrialisierung ein Mittel, daß zur erfolgreichen ursprünglichen Akkumulation entschieden

beiträgt, weil alle vorhandenen Kräfte zur Steigerung des industriellen Mehrwerts aktiviert werden; aber ist einmal das große Kapital geschaffen, wird ein ländlicher Produktionszweig nach dem anderen überflüssig. Die kleinen Gruben usw. können mit ihrem Produktionsziel "Deckung des örtlichen Bedarfs" aus ihren geringen Profiten nicht den Anschluß an die Modernisierung halten. Sie können unter dem Gesichtspunkt der Kapitalrentabilität nicht nur die dringende technische Verbesserung der Versorgung der örtlichen Landwirtschaft mit Maschinen nicht leisten, sondern müssen ganz aufgegeben werden. Ihr Verschwinden wird um die Verringerung des örtlichen Bedarfs, der an anderer Stelle konzentriert wird, beschleunigt. Der Entzug der Möglichkeit, in arbeitssparenden Größenordnungen zu produzieren, vergrößert die Unterlegenheit gegenüber den großen Produktionsanlagen.

2.3 Das Verhältnis von Stadt und Land mit der Herausbildung der beiden Typen der kapitalistischen Agrarentwicklung in den preußischen Teilen Deutschlands 183o - 187o *

Da die Landwirtschaft zu Beginn der betrachteten Periode der wichtigste Produktionszweig nicht nur der ländlichen Gebiete, sondern der ganzen Gesellschaft ist und sie diese Funktion nur langsam verliert, muß ihre Entwicklung weiterhin im Mittelpunkt der Betrachtung stehen - allerdings mit dem bedeutenden Unterschied, daß sich diese jetzt in immer stärkerer Abhängigkeit des kapitalistischen Sektors vollzieht.

Das der allgemein-historischen Ebene zugehörende Kategorienpaar "amerikanisch-preußisch" läßt sich in der konkreten historischen Betrachtung Preußens nicht anwenden, denn hier wird die Standortstruktur nirgendwo "amerikanisch"-radikal umgewälzt. Dies weil auch in den Gebieten der bürgerlichen Agrarentwicklung

1. weit über die 1848er Revolution hinaus der Feudaladel Eckpfeiler der Staatsmacht bleibt und
2. auch aus innergebietlichen historischen Ursachen dem Bauerntum Fesseln angelegt bleiben (was durch den Staatsüberbau nur noch verstärkt wird).

Es wird daher vorgezogen jetzt von "bürgerlich" und "halbfeudal" zu sprechen.

---

* Der übergeordnete Bezugsrahmen ist jetzt das Deutsche Reich als ökonomische Gesamtheit. (Statistische Angaben finden sich z. gr. T. mit dem Bezugsjahr 1913 vor). Die räumlichen Auswirkungen sind jedoch an den preußischen Gebieten, unterteilt nach ihrer Lage westlich und östlich der Elbe, aufgezeigt.

2.3.1 Die bürgerliche Agrarentwicklung *

Westlich der Elbe - ganz besonders im Rheinland und in Westfalen - haben sich neben feudalem Grundbesitz freie Bauernwirtschaften herausgebildet, die trotz Abgaben eine gewisse Prosperität erlangen. Der Kampf zwischen den westlichen Feudalherren, die nicht weniger als anderswo das Interesse haben, aus der Ablösung der Feudallasten Vorteil zu ziehen, und den Bauern, die mit Blick auf das benachbarte Frankreich und die napoleonische Verfassung des Königreichs Westfalen auf das volle Eigentum an den von ihnen bewirtschafteten Flächen hoffen, führt zu einem Kompromiß: Ablösung mit Geld und freie Verfügung über den Boden. Der Weg in die bürgerliche Freiheit bleibt daher (im Gegensatz zu "amerikanischen" Verhältnissen) von starker Verschuldung vorbelastet. Diese Belastung verstärkt aber nur die a l l g e m e i n e Entwicklungstendenz des freien Bauerntums:

die großbäuerlichen Wirtschaften stärken sich am Ruin der kleinen; sie vermehren ihren Bodenbesitz wie die Zahl der Landarbeiter. Um 1850 liegen in Westfalen bereits 56 % der landwirtschaftlichen Fläche in der Hand von Großbauern (ähnlich ist es in Hannover und Schleswig/Holstein). Der Feudaladel in Westfalen zieht es z. gr. T. vor, sich mit möglichst viel Geld aus der landwirtschaftlichen Produktion herauszuziehen, um sich anderweitig zu engagieren: er zerteilt seinen Großgrundbesitz in mittelgroße Höfe zur Pacht; damit ist der feudalen Wirtschaft der Boden entzogen und das kapitalistische Aufblühen der Pachtwirtschaften möglich; die Lohnarbeit ersetzt den schwerfälligen feudalen Arbeitszwang (Bruck, W.F. - 1 - 47); der Adel verbürgerlicht.

---

* Nottes, -. - 2 -
Engelberg, E. - 1 -

2.3.2 Die halbfeudale Agrarentwicklung *

Östlich der Elbe sieht das Kräfteverhältnis der Klassen ganz anders aus: schon in der Zeit vom 30jährigen Krieg bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts gelang es dem Adel, seinen Großgrundbesitz durch Raub an den Bauern so auszuweiten, daß gerade noch genügend spannfähig blieben und die "gelegten" in harten Frondienst gerieten. ** Auf dieser Grundlage trachten die ostelbischen Junker ihr ökonomisches Interesse zu entfalten: die Beseitigung der ihnen selbst lästig gewordenen Hemmnisse und die Überführung allen Landes, an dem sie das feudale Obereigentum haben, in ihr direktes Eigentum zur kapitalistischen Verwertung. In einer Zeit, wo sich jede Chance bietet, aus dem ständig wachsenden Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten Gewinn zu ziehen, ist die Ausdehnung der Felder genauso erstrebenswert wie die Ersetzung der schwerfälligen Fronarbeit durch nach Leistung bezahlte Lohnarbeit.

Als nun das nach freier Arbeitskraft und bürgerlichem Eigentum verlangende ökonomische Interesse in Preußen nicht mehr zu übersehen ist, als auch der preußische Staat am Ausgang der napoleonischen Kriege sieht, daß das Vaterland nur erfolgreich verteidigt, wer tatsächlich etwas zu verteidigen hat - stehen Befreiung von der Leibeigenschaft und Ablösung der feudalen Lasten vor 1848 unwiderruflich auf

---

* Wolff, W. - 1 -
Matthäi, R. - 1 -
Mottek, H. - 2 -
Engelberg, E. - 1 -
Mehring, F. - 1 -

** Engels, F. - Vorwort zu W. Wolff - 1 -

der Tagesordnung. * Aber entsprechend dem bestehenden Kräfteverhältnis östlich der Elbe, das im Staatsapparat seinen konzentrierten Ausdruck gefunden hatte, pervertiert sich die Ablösungsgesetzgebung zu einem Instrumentarium der Anpassung der Agrarentwicklung an die feudalen Interessen, das selbst dem Schein nach kaum noch auf bürgerliche Befreiung abzielt. **

Die Arbeitstage der Dienstpflichtigen werden in Geldsummen verwandelt, die auf einen Schlag oder ratenweise dem Grundherrn in Form von Boden oder Geld zu zahlen sind. Wie sehr das "Sichloskaufendürfen" dem Adel zu Buche schlägt, zeigt folgende Tabelle:

	abgelöste bäuerl. Eigentümer	kleine Stellenbesitz.	Zahl der abgelösten Spann-dienste	Hand-dienste	einmal. Kapital-zahlung Tl.	jährl. Rente Geld Tl.	Roggen	abgetretener Boden Morgen
1816-48	7o6oo	2ooooo	5.98 Mill.	16.87 Mill.	18.54 Mill.	1.6 Mill.	26oooo Scheffel	1.5 Mill.
185o-65	127oo	1.o1 Mill.	356ooo	9.6 Mill.	19.7 Mill.	3.93 Mill.	555oo Sch.	113ooo

(Engels, F. in: Vorwort zu W. Wolff - 1 - 2o,22)

---

* So verloren die bestehenden Widersprüche zwischen Junkern und Bourgeoisie an prinzipieller Schärfe. Und dennoch blieb "die bürgerliche Revolution ... - ungeachtet solcher Modifikationen des klassischen Verhältnisses zwischen oppositioneller Bourgeoisie und feudalem Staat am Vorabend der Revolution - dennoch eine Notwendigkeit auch im Interesse der Bourgeoisie" (Bleiber, H. - 1 - 7o).

** im einzelnen: das Regulierungsedikt von 1811, die Deklaration von 1816 und das Ablösungsgesetz von 185o.

Da diese Statistik selbst nach Angaben des bürgerlichen Verfassers Meitzen nur das Minimum angibt, schätzt Engels, daß die Gesamtsumme, die Bauern zu ihrer "Befreiung" zahlen, mind. 3oo Mill. Taler, vielleicht 1 Milliarde Mark betrage. Mit diesen Summen plus den zusätzlichen Krediten auf die zu erwartenden jährlichen Ablösungsrenten in Höhe von 8o Mill. Talern machen die Junker den Sprung in die moderne großbetriebliche Landwirtschaft: die Verwendung von Maschinen und Kunstdünger steigt in kürzester Zeit. Mit der ökonomischen festigt der gleiche alte Feudaladel, avanciert zu junkerlichen Agrarkapitalisten, seine politische und gesellschaftliche Macht. Die Landkonzentration, die Mechanisierung wie die Intensivierung des Landbaus verursachen nicht nur eine gewaltige Produktivitätszunahme, sondern machen auch massenhaft Arbeitskräfte überflüssig.

Von der voll entfalteten kapitalistischen Landwirtschaft unterscheidet sich diese Form jedoch noch in wesentlichen Punkten:

1. ist die volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte noch nicht hergestellt (die gutsherrliche Polizei, das entscheidende außerökonomische Machtinstrument, wird erst nach 187o endgültig aufgelöst),
2. ist der Boden als wichtigstes Produktionsmittel nur z. T. frei bewegliches Kapital,
3. schützt ein Wall staatlicher Gesetze und Verordnungen lange vor nahezu jeder Konkurrenz.

2.3.3 Charakteristika des Stadiums der ökonomischen Entwicklung und des eingeschlagenen Industrialisierungsweges

Von 18oo - 187o vollzieht sich in Preußen und Deutschland die 1. Etappe des Übergangs vom Agrar- zum Agrarindustriestadium, wobei das Agrarstadium durchaus schon

ein relativ entwickeltes Handwerks- und Manufakturwesen umfaßt - also nur sehr bedingt mit der Stadienbildung in England und Frankreich vergleichbar ist. Wenn auch Deutschland anscheinend noch innerhalb des Agrarstadiums ein höheres Entwicklungsniveau erreicht *, also die Stadieneinteilung selbst einem Bedeutungswandel unterliegt, so hat diese Einteilung doch ihre Berechtigung, weil um 18oo 1. ein Großteil der Gewerbe nicht nur auf dem Lande angesiedelt ist, sondern auch dem ländlichen Produktionsgefüge zugehört, 2. in Preußen 3/4 der Bevölkerung auf dem "platten Lande" **wohnt und sich ernährt. Sombart (W. - 3 -) fügt hinzu: in den kleineren zu den Städten gezählten Orten leben noch durchschnittlich 1o % der Bevölkerung von der Landwirtschaft (daher kann der weder direkt noch indirekt von der Landwirtschaft lebende Teil wohl mit < 2o % angenommen werden). Weil 3. sich der Kapitalbestand noch größtenteils auf die Landwirtschaft konzentriert und 4. "Bergwerke, Fabriken und Kunstindustrien" um 18oo an der Bildung des Volkseinkommens mit nur knapp 5 % beteiligt sind (Krug, L. zit. nach: Wagenführ, R. - 1 -). Trotz einer Steigerung des Produktionsvolumens auf mehr als das Fünffache trägt die Landwirtschaft dagegen 186o nur noch mit 4o % zur gesamten Sachgüterproduktion bei (Wagenführ, R. - 1 - 7). Wagenführ rechnet bei der gewerblichen Sachgüterproduktion auch alle ländlichen Hausgewerbe mit ein. *** Zahlen über den Anteil des Gewerbes an der Gesamtproduktion können daher nicht das einzige Kriterium sein, um den Emanzipationsgrad vom Agrarstadium festzustellen. Auch die Angaben von

---

* siehe dazu
Böhme, H. - 1 - :
nach Böhme waren die deutschen Territorien "anders" entwickelt: der Absolutismus war so aufgeklärt, daß er sich zu gewissen Reformen durchrang.

** damit sind die nicht industrialisierten Landstriche gemeint

*** siehe Fußnote zu Tab. 2 c

Hoffmann (Tab. 1) scheinen mir in dieser Hinsicht noch wenig Aufschluß zu geben. Nach Tab. 1 ist zwar um 185o/4 das Kapitaleinkommen in der Landwirtschaft schon bedeutend niedriger als im Gewerbe, aber dieser Zustand verschlechtert sich wieder durch steigende Profite und schnellere Ausdehnung des Produktionsvolumens in der Landwirtschaft.

Tab. 1 * Die Entwicklung des Kapitals in Landwirtschaft und Gewerbe - Deutsches Reich

	% Anteil am Kapitalstock (in Preisen von 1913)						'Rendite' in % ++		Struktur des Kapitaleinkommens in %+++				Struktur der Nettoinvestition in % (in Preisen von 1913)			
	LW			G	E	G+E										
		LW+	LW+													
									G+E +P	G+E +P			LW	G	E	G+E
185o/54	51.2	26.4	1.4	15.2	3.2	18.4	6.6	5o.7					35.3	13.5	18.7	33.2
1855/59	49.9	39.5	3.o	15.5	4.2	19.7	6.7	43.3					35.3	21.9	16.2	38.1
186o/64	48.7	47.6	.6	15.9	5.4	21.3	7.o	37.o					37.3	17.3	14.6	31.9
1865/69	46.3	45.7	2.2	15.7	6.5	22.2	7.1	3o.o					31.3	14.5	17.2	31.7

LW Landwirtschaft
LW+ " + Forstwirtschaft + Fischerei
G Gewerbe
E Eisenbahn
P Post
++ Kapitaleinkommen: Kapitalstock
+++ Kapitaleinkommen aus 1. LW, 2. G+E+P und 3. nicht landwirtschaftlichen Wohnungen = 1oo (Kategorie 3. wurde hier weggelassen)

* Hoffmann, W. G. - 1 - 44,1oo,1o2,143

Tab. 2 a

Jahr	Bevölkerung Stadt : Land (> 2000 E) (< 2000 E)	% aller Erwerbstätigen Gewerbe : LW	% NIP+ (in Preisen von 1913) Gewerbe : LW
1804	24.88 : 75.12(1)++		
1816	.....	..... 78.(2)+++	
1837	25.81 : 74.19(1)++		
1849	28(3)	..... 64(2)+++	
Preußen			
Dtschld.*1851	.....	. 25.2 : 54.6(4)	
1850 - 54	.....	.....	21.2 : 45.2(4)
1855 - 59	.....	.....	22.7 : 44.3(4)
1860 - 67	.....	.....	23.8 : 44.9(4)
1861 - 71	.....	. 27.6 : 50.9(4)	
1864	31.07 : 68.93(1)		
1865 - 69	.....	.....	26.8 : 42.4(4)
1867	.....	..... 48(2)	
1871	36.1 : 63.9(2)		

\+ NIP = Nettoinlandsprodukt
++ ≥ 6oo E
+++ % der von LW und Gewerbe lebenden Bevölkerung

(1) Schmoller, G. - 1 -
(2) Schmoller, G. - 3 -
(3) Sombart, W. - 3 -
(4) Hoffmann, W.G. - 1 -

* Der Anteil Preußens an Bevölkerung wie Volkseinkommen Deutschlands (Gebietsstand 1913) steigt von 1851 bis 1871 von ca. 5o auf 6o % an den für Deutschland ausgewiesenen Zahlen, sofern alle übrigen Teile Deutschlands in die Berechnung der angegebenen Zahlen eingingen, was nicht immer der Fall ist. So dürfte der Erklärungsanteil Preußens meistens höher liegen!

(Hoffmann, W.G., Müller, J.H. - 2 -).

Tab. 2 b

Deutschland * Jahr	Bevölkerungszahl in Mill.	Bevölkerungswachstumsrate	marg. Kapitalkoeffizient	Reallöhne	Pro-Kopf-Einkommen Mark (nominal)
1818	25.4	1.44 (4)			
1800			}		
1820 - 29	.....	.....	..... ca. 2 (6)	100 (5)	
1830	29.4	0.85 (4)	}		
1837	31.5	1.05 (4)			
1849	35.0	0.48 (4)			
1851	.....	.....	.....	.....	256 (4)
1851 - 60	.....	.....	3.6 (6)		
1852 - 59	.....	.....	.....	77 (5)	
1856 - 60	.....	.....	.....	.....	292 (7)
1860	37.6	1.13 (4)			
1869	40.5	0.87 (4)	.....	.....	335 (4)
1861/70-1871/80			4.6 (6)		

(5) Kuczynski, J. - 1 -
(6) Ciołek, R. - 1 -
(7) Hoffmann, W. G., Müller, J. H. - 2 -
(8) Wagenführ, R. - 1 -

* siehe Fußnote zu Tab. 2 a

Tab. 2 c *

	Entwicklung der Industrieproduktion (1860 = 100) Deutsches Reich					
	A + B					
	1860 = 100	1913 = 100	Bergbau	Metalle	Textilien	Genuß-mittel
ca. 1800	18 (8)	2.5 (8)	7 (8)	3 (8)	25 (8)	24 (8)
1801- 20		1 (5)				
ca. 1830	46 (8)	6.5 (8)	15 (8)	10 (8)	49 (8)	71 (8)
1821- 40		3 (5)				
ca. 1845	70 (8)	8.0 (8)	30 (8)	-	70 (8)	75 (8)
1841- 50		5 (5)				
1851- 60		11 (5)				
ca. 1860	100 (8)	13.8 (8)	100 (8)	100 (8)	100 (8)	100 (8)
1860- 67		15. (5)				

Quellenangaben: siehe Tab. 2 b

* zu Wagenführ's Angaben gibt Kuczynski (J. - 2 - 21 ff.) folgende wichtige Hinweise:
"Tatsächlich stieg die Produktion von Textilwaren und Nahrungsmitteln in Fabriken mindestens ebenso stark, wenn nicht mehr als die Produktion von Metallwaren oder im Bergbau ... Man hat den Eindruck, daß der Verfasser Berechnungen angestellt hat über den Verbrauch von Textilrohmaterialien um 1800 und um 1860, daß er vielleicht weiterhin Beschäftigungszahlen und Zahlen über die in Betrieb befindlichen Spindeln und Webstühle mit herangezogen hat, und dann aus diesen Daten die Steigerung der Textilproduktion berechnet hat. Dabei hat er außer acht gelassen, daß um 1800 ein sehr wesentlicher Teil der Produktion Heimarbeit für den eigenen, für den Familienverbrauch gewesen, ... " Kuczynski kommt daher zu ähnlich hohen Steigerungsraten für Produktions- wie Konsumgüter, wenn allein die industrielle Produktion verglichen wird. In unserem Zusammenhang dürften aber auch die obigen Angaben zur gesamten Textil- und Nahrungsmittelproduktion interessant sein.

Tab. 3 *

Nettofinanzierung der Investitionen in Mill. Mark Deutsches Reich										Investitionen in Mill. Mark zu laufenden Preisen **			
Sparkassen u. Kreditgenoss.	Hypothekenbanken	Landschaften	Kredit- u. Notenbanken	Lebensversicherungen	Ind. A.G.'s	öff. Ersparnisse	öff. Schulden	priv. Eisenbahnen	alle nachweisbaren Quellen		LW	G	E
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12	13
9o	-	42	4o1	155	444	435	538	216	2321	1852-56 [1]	14oo	8oo	13
72	-	37	176	158	135	362	2o6	231	1377	1857-59 [2]	55o	47o	36o
191	(45)	119	152	295	-29	544	84	413	1623	186o-63 [1]	139o	96o	75o
164	115	122	181	428	-36	172	491	296	1769	1864-67 [2]	1o8o	65o	65o

* Hoffmann, W. G. - 1 - 759, 247, 259, 768, 789, 812, 8o4

** Landwirtschaft, Gewerbe und Eisenbahnbau haben einen nach Jahren wechselnden Anteil von zusammen 65-7o % an den Gesamtinvestitionen.
Der Anteil Preußens an den industriellen Investitionen kann annähernd analog der Produktionsleistung mit mind. 6o % angenommen werden. (Hoffmann, W. G. - 1 -)

1) Aufschwung der Konjunktur
2) Abschwung " "

Bićanić (R. - 1 -) charakterisiert diese Phase des Übergangs zum Industriestatus folgendermaßen* :

die Landwirtschaft ist in einem Stadium, wo sich die aktive agrarische Bevölkerung absolut vermehrt, da die Hektarerträge durch Einsatz von mehr Arbeitskraft gesteigert werden können, wo die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche erforderlich wird, und wo sich die Agrarbevölkerung relativ zu verringern beginnt, weil das ländliche Mehrprodukt genügend groß ist, eine wachsende gewerblich tätige Bevölkerung zu ernähren. Die Bedingungen sind aber noch nicht reif, um die zusätzliche Bevölkerung massenhaft in den industriellen Sektor zu ziehen. Dies ist der Rahmen, in dem der Kampf zwischen kleinen Bauern und Großgrundbesitzern um das Land entbrennt und wo auch die Ausbeutung des kleinen Bauern mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln verstärkt wird - einerseits durch den Großgrundbesitzer und Wucherer, andererseits durch den Staat, die alle drei von ständig wachsenden Geldbedürfnissen geplagt sind. Der ohnmächtige kleine Bauer ist die scheint's unerschöpflich sprudelnde Quelle, die überdies am leichtesten anzuzapfen ist.

In diesem Kontext wird das Großgrundbesitzers persönliche Infamie, die so leicht als Ursache aller Bewegung erscheint, entwicklungsgeschichtlich greifbar - und es zeigt sich, daß weder diese noch die Bevölkerungsvermehrung und deren Verteilung auf Landwirtschaft und Industrie Ursache der Verelendung des kleinen Bauern sind, sondern daß die Ursache im Kampf um das Mehrprodukt zu sehen ist. Diese Charakteristik trifft auch auf Preußen zu ** - modifiziert um einen ge-

* Bićanić setzt für diese Phase in Deutschland die Zeit 1830 - 1925 an, betrachtet also die Zeit von 1830 - 70 nur als 1. Etappe dieser Phase.

** Preußen ist aber bei weitem nicht der einzige Fall, wo Bevölkerungsvermehrung und historische Bedingungen zu so starker Belastung der kleinen Bauern führen. Vor allem die südwestdeutschen Gebiete der Realteilung, wo die Bevölkerungsvermehrung und die Verhältnisse zur Aufteilung der Böden bis zur völligen Besitzlosigkeit führen, sind zu erwähnen.

wissen Fortschritt in der Landwirtschaft, der nicht nur auf der Vermehrung der Arbeitskräfte, sondern auch auf der Verwissenschaftlichung der Anbaumethoden * wie auf der Agrarreform beruht, so daß bis 1830/35, dem Beginn der schnelleren Industrialisierung, die Landwirtschaft der Produktionszweig mit der weitaus größten Produktivitätssteigerung wie auch Produktionsausdehnung ist **. Daß ein großer Teil der Agrarprodukte über den Export der englischen Industrie dient und nicht der heimischen, liegt daran, daß die junkerlichen Renten die Industrie nicht entwickeln helfen. So bleiben die Junker mit der Kontinentalsperre 1806 auf ihrem Korn sitzen. Die Preise stürzen zwar in ganz Mitteleuropa - in Preußen aber gemäß der mangelnden inneren Nachfrage abgrundtief. Das landwirtschaftliche Produktivvermögen wird zur Überproduktion, da die zu Ende des 18. Jahrhunderts emporgeschnellten Grundrenten als durchweg produktiv kaum genutztes Vermögen erhalten bleiben und nicht der Kapitalbildung dienen, während die ländlichen Gewerbe unter den Feudalverhältnissen keinen entscheidenden Aufschwung nehmen können. So wirken die feudalen Hemmnisse gegenüber der Industrie letztlich auf die Landwirtschaft selbst zurück. Durch den Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte in der Agrarkrise 1806 - 30 nimmt die Akkumulationsfähigkeit der Landwirtschaft bis 1830/5 ab. Trotz ihrer Macht im Staate können die Großgrundbesitzer das Sinken ihrer Renten nicht aufhalten; sie müssen sich gegenseitig unterbieten, wollen sie ihre Waren loswerden. Die Kaufkraft der Agrarprodukte sinkt gegenüber den gewerblichen Waren wie gegenüber den gewerblichen Löhnen. Erst als sich nicht zuletzt aufgrund des Tiefstands der Agrarpreise der Auf-

* Abel, W. - 1 - 158, 190, 250. Engelberg, E. - 1 - 52,53

** Mottek, H. - 2 - 95, Abel, W. - 1 - 190
Die gewaltige Produktivitätssteigerung bei gleichzeitig steigenden Preisen aufgrund schnell wachsender Nachfrage lassen die Grundrenten von 1790 an hochschnellen. Die Geldanlage in Gütern wird so lukrativ, daß sogar schon akkumuliertes städtisches Kapital über die Güterspekulation zurück auf's Land fließt. (Abel, W. - 1 - 196)

schwung der Industrie verspätet durchsetzt, setzt der Umschwung ein.
Von 1830/5 - 1870 kann die Landwirtschaft schließlich die Grundlagen schaffen, die sie zur bedeutenden Akkumulationsquelle für den industriellen Aufbau macht. Es sind die 'Goldenen Jahrzehnte' der kontinentalen Landwirtschaft (Abel, W. - 1 - 252 ff.) : die landwirtschaftlichen Preise steigen in Relation zu den industriellen, da die Produktivitätsentwicklung der Landwirtschaft mit der Industrie nicht mehr Schritt hält und die Landwirtschaft hinter der Bedarfssteigerung zurückbleibt. Dies obwohl die Verwendung von Kunstdünger und späterhin auch die Auswirkungen der Ablösungsgesetze durchaus die Produktion effektiver machen. Der alte Vorgang der Bindung der Geldfonds an die Landwirtschaft über die Spekulation wiederholt sich, ja die Renten steigen weit schneller als die Getreidepreise. Jedes Gut ist eine Goldgrube der Spekulation. Die Macht der Feudalklasse im Staate hilft zusätzlich ein überhöhtes Preisniveau für agrarische Produkte insbesondere Getreide zu halten.
Für die Kleinbauern sind diese Jahrzehnte allerdings ganz und gar nicht golden: zu den Lasten der Agrar"reform" kommt die starke Besteuerung durch den Staat, der sich gezielt von den kleinen Bauern holt, was ihm die großen vorenthalten: jene Mittel, die er für den ersten Schritt der industriellen Entwicklung, für die Erstellung der kapitalaufwendigen Verkehrsinfrastruktur, braucht. So ist die Steuer anscheinend in dieser Phase noch ein bedeutenderes Mittel der ursprünglichen Akkumulation auf Kosten der Bauern als in späterer Zeit. Die Landwirtschaft schlechthin ist also keineswegs als Akkumulationsquelle erschlossen. Aber es erscheint doch richtig, jetzt für Preußen/Deutschland die Phase der Herausbildung der strukturellen Disparitäten zwischen Stadt und Land anzusetzen:

1. mit der zunehmenden Warenproduktion in der Landwirtschaft ziehen die den Warenaustausch vermittelnden Handelskapitalisten einen zunehmenden Teil des Mehrprodukts in Form von Handelsprofit in die Stadt,

2. die preußische Gesetzgebung begünstigt (um die Junker vor der Konkurrenz zu schützen) die Fabrikgründung in den Städten (Kuczynski, J. - 2 - 2o),
3. die Ablösungsgesetze tragen den Städten die nötigen Arbeitskräfte zu,
4. das Abfließen von Steuern und Grundrenten in die Städte nimmt durch den Ausbau des Staatsapparats zu.

Eine Reihe von weiteren Faktoren der Ausbeutung des Landes, die im folgenden für die Zeit nach 187o zutreffen, wirken hier noch nicht.

Auch 183o - 7o ist die Entwicklung der Städte relativ langsam; aber entscheidend ist, daß diese bereits im Gegensatz zum Lande zu verstehen ist; d. h. jetzt ist die relative Unentwickeltheit der ländlichen Gebiete auf's engste der städtischen Entwicklung verbunden über die Umverteilung des Produktivvermögens. Die zweite große Welle der Übertragung von Grundrenten in den industriellen Sektor setzt 1853 ein, als ein neuer Boom der Kapitalanlage vor allem zugunsten der Schwerindustrie stattfindet. Welche Bedeutung die landwirtschaftlichen Grundrenten noch haben, zeigt Tab. 1:

obwohl das Kapital in der Landwirtschaft sich schlechter verwertet als das in Industrie und Eisenbahnbau, steigt das Kapitaleinkommen der Landwirtschaft relativ noch beträchtlich gegenüber Industrie und Eisenbahnbau, der landwirtschaftliche Kapitalstock büßt nur sehr langsam sein relatives Übergewicht ein. Leider läßt, zumindest das direkt zugängige, statistische Material nicht zu, die o. g. Übertragung von landwirtschaftlichen Grundrenten in den industriellen Sektor zu lokalisieren oder gar zu quantifizieren (Tab. 3). Bei den Angaben zur Nettofinanzierung dürften sich die Spalten 1 - 3 am stärksten aus landwirtschaftlichen Grundrenten zusammensetzen, wobei unbekannt bleibt, zu welchen Teilen die Summen Landwirtschaft und Gewerbe zufließen. Der Überblick über weiteres statistisches

Material * zeigt, daß der Verlauf der Grundrentenströme nicht zu erfassen ist. Es wäre allenfalls möglich, aus der damaligen Literatur zur Lage der Landwirtschaft ein fragmentarisches mosaikartiges Bild von Einzelinformationen zusammenzustellen. Ein großer Teil der in Tab. 3 ausgewiesenen Investitionen ist auf der Finanzierungsseite überhaupt nicht nachweisbar. Die Aufstellung kann eigentlich nur zeigen, wie stark die Investitionstätigkeit in Gewerbe und Eisenbahn von der Kapitalübertragung abhängig ist und wie kleinen Anteil die industriellen AG's noch haben. ** Auffallend ist im übrigen, wie unbedeutend der Anteil der junkerlichen Landschaften, selbst an der Investitionsquote der Landwirtschaft gemessen, ist.

Die Industrialisierung Deutschlands und mithin Preußens läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:
Wie in England ist auch in Deutschland die Textilindustrie, voran die Baumwollindustrie, das zentrale Kettenglied der Industriellen Revolution. Jedoch verläuft sie in Deutschland wesentlich langsamer und schwerfälliger. Wie aus Tab. 2 c und der zugehörigen Fußnote u entnehmen ist, ist die Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung mit Textilien noch so fest etabliert, daß auch das schnelle prozentuale Anwachsen der Textilindustrie daran lange nichts ändert. Um 1800 beträgt die Anzahl der Textilfabrikarbeiter in Preußen "wenig mehr als etwa 3000" (Kuczynski, J. - 2 - 23). Auch nachdem die Kontinentalsperre zum direkten Auslöser der Mechanisierung dieses Produktionszweigs wird, bleibt der Fortschritt in der Textilindustrie ein relativer: die "preußischen" Verhältnisse verzögern

---

* die mir bekannte früheste Landwirtschaftsstatistik Preußens ist von 1862/3 und enthält ebenso wie spätere zu Landwirtschaft und Gewerbe keine entsprechenden Angaben (Preußisches Statist. Bureau - 3 -)

** nach Nottek (H. - 2 - 129) gilt für Maschinenbau und Montanindustrie fast vollständige Selbstfinanzierung.

tiefgehende Umwälzungen: es dauert bis ins 2o. Jh. hinein, bis sich die Maschine endgültig gegenüber diesen allerniedrigsten Löhnen in den östlichen Gebieten durchsetzt.

Dennoch wird in der Textilindustrie ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kapitals akkumuliert, das in den 183o/4oer Jahren zu einem ersten Boom der Kapitalanlage führt - ein Boom gemessen an dem immer noch bescheidenen industriellen Investitionsvolumen. An der ersten Investitionswelle sind wegen der geringen Entwicklung des leichtindustriellen Kapitals neben dem Handelskapital stark die Grundrenten beteiligt; ja ohne die Grundrenten wäre dieser Boom kaum möglich gewesen. Die mit den steigenden Agrarpreisen angesammelten Renten werden nun in der Tat von den junkerlichen Agrarkapitalisten kapitalistisch angelegt. Das erste Engagement geht in der Agrarkrise von 1818/3o in die Schnapsbrennerei und Zuckerfabrikation. In den 184oer Jahren aber tut sich ein neues Feld auf: in den für die damalige Zeit gewaltigen Eisenbahnbau fließen allein von 1842 - 46 1o7 Mill. Taler, die zum großen Teil aus Grundrenten stammen (vor allem in Form von Staatsanleihen).*

2.3.4 Räumlich-strukturelle Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung

Folgenden Fragen soll nachgegangen werden:

1. Wie unterscheiden sich in dieser Periode die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land?

---

* Mottek, H. - 2 - 132
Es wäre ein Kapitel für sich, diesen Sinneswandel, der über die industrielle Akkumulation auf Kosten der Landwirtschaft (= der kleinen Bauern) entschied, nachzuvollziehen. Während die Angst der Junker vor dem Verlust der billigen Agrarkredite rückwärtsgerichtet war, war es vor allem der feudal-absolutistische Staat, der das zukünftige Glück der Junker förderte.

2. verursacht die beginnende Kapitalakkumulation auf Kosten des Landes schon in dieser Periode eine räumliche Entwicklung, die nicht wieder umkehrbar zu einer Polarisierung der räumlichen Produktionsstruktur in entwickelte und unterentwickelte Gebiete führt?
3. gibt es spezifische Unterschiede in der Entwicklung des Verhältnisses von Stadt und Land östlich und westlich der Elbe?

Statistische Angaben über Entstehung wie Verteilung des gesellschaftlichen Produkts in räumlicher Hinsicht gibt es nicht. So müssen wir uns auf das Zusammenstellen von Indizien beschränken, die eher einen allgemeinen Einblick als einen rechnerischen Nachweis dieser Entwicklungsunterschiede erlauben.

zu 1.

Das materielle und soziale Elend der ländlichen Bevölkerung, das uns aus einer Reihe von Anklageschriften bekannt ist *, darf über die a l l g e m e i n e Lage nicht hinwegtäuschen.
Die Periode des frühen Industriekapitalismus ist die der primitiven und extensiven Ausbeutung: "die Beschäftigung wird so weit und so lang wie möglich ausgedehnt, während die Lebenshaltung soweit wie möglich heruntergedrückt wird" (Kuczynski, J. - 2 - 45). Dies ist eine für alle kapitalistischen Länder nachweisbare Tatsache, die allerdings im preußischen Deutschland und hier wiederum in den Gebieten, wo die Bevölkerung in halbfeudalen Fesseln gehalten wird noch viel ausgeprägter gilt.

---

* so z.B. Wolff, W. - 1 -
Schnell, K.F. - 1 -

Das Elend der arbeitenden Bevölkerung auf dem 'platten Lande' ist als relatives zu verstehen, das das allgemeine noch übertrifft.

Kuczynski versucht aus vielen Einzelangaben einen Überblick über die Entwicklung der Lebenshaltung von 1800 - 1850 zu konstruieren (- 2 - 38 ff.). Gesichert erscheint ihm die zunehmende Verschlechterung der Lebenslage in Stadt wie Land während dieser Periode. Hinter der Erscheinung leicht steigender Bruttolöhne und Familieneinkommen verläuft eine vollkommen entgegengesetzte Bewegung: der Arbeitstag verlängert sich von 12 auf 16 - 17 Stunden, mit Geldstrafen und Trucksystem wird den Arbeitern ein Teil des Lohnes wieder abgenommen, Frauen und Kinder-letztere nicht selten vom Alter von drei Jahren an - müssen die Fabrikarbeit oder ländliche Lohnarbeit aufnehmen; die Lebenshaltungskosten steigen, die Wohnverhältnisse sind menschenunwürdig. Bei sinkenden Bruttoreallöhnen liegen die Einkommen durchweg unter und z. T. erheblich unter dem Existenzminimum.

Die ländlichen Verhältnisse unterscheiden sich dadurch, daß die Lohnverhältnisse überwiegend noch schlechter sind und daß dort, wo die industrielle Heimarbeit zum Bestandteil der Existenzsicherung wird, das Familieneinkommen bei höchstem Arbeitseinsatz am niedrigsten ausfällt. Kuczynski betont jedoch, daß die Unterordnung der ländlichen Gewerbe unter das Kapital sich erst langsam vollzieht und noch nicht überall gilt.

Weiterhin darf bei aller Betonung der Entwicklungsunterschiede nicht vergessen werden:
Die Herausbildung der Grundlagen der ungleichmäßigen räumlichen Entwicklung fällt in eine Zeit, in der mit der Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes die historische Einebnung der vielfältigen lokalen Produktionsunterschiede stattfindet. Durch das Aus- und Einwandern des Kapitals in Branchen und Regionen setzt

eine bis dahin unbekannte Egalisierung der Produktionsbedingungen ein. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt die ungleichmäßige Entwicklung ihre eigentliche Bedeutung.

Diese Egalisierung ist für Preußen sehr deutlich nachweisbar an Hand der Ausgleichung der räumlichen und zeitlichen Getreidepreisdifferenzen: *
"Die Differenz des Getreidepreises zwischen der Provinz Preußen und der Provinz Westfalen betrug im Durchschnitt der Jahre:

1816 - 1820	59 %	
1821 - 1830	23.4 %	
1896 - 1900	12.5 %	(Sombart, W. - 3 - 675)
1901 - 1905	4.7 %"	

Roggenpreisunterschiede im Jahrzehnt-Durchschnitt

		billigste Stadt Preußens	teuerste
1816 - 1820	191 %	Posen	Aachen
1831 - 1840	154 %	Königsberg, Danzig	Aachen
1851 - 1860	135 %	Danzig	Aachen

(Kuczynski, J. - 3 - 256)

---

* Die Schwankungen zwischen den einzelnen Orten desselben Landes werden umso größer, je weiter wir sie in die Vergangenheit zurückverfolgen. So ... in England ...

im 15. Jh. wie	100 : 2000
im 16. Jh. wie	100 : 800
1816-1825 wie	100 : 237" (Sombart, W. - 3 - 675).

Bei dem zu dieser Zeit noch sehr hohen Anteil der Grundnahrungsmittel an den Lebenshaltungskosten ist eine Angleichung der Löhne die Konsequenz. (Diese Angleichung muß vom Kapital durchgesetzt werden, denn es muß sich von diesen örtlichen Zufälligkeiten in seinen Verwertungsbedingungen befreien. Dem kommt die Schaffung des Binnenmarktes entgegen.) Die Herstellung der umfassenden Konkurrenz zwischen den Regionen über den von den individuellen und regionalen Produktionskosten unabhängigen Preis fördert die Verbesserung der Anbaumethoden. Aber dies geschieht nicht gleichmäßig, die Folgen der Ablösung erlauben nur einem Teil der Bauern, entsprechende Investitionen vorzunehmen, obwohl die Preisrelationen für die Landwirtschaft günstig sind. In Gegenden mit geringer Bodenfruchtbarkeit (= unterdurchschnittlicher Produktivität) führt dies zur Senkung der Lebenshaltungskosten bzw. Ruinierung und Konzentrationsbewegung in der Landwirtschaft; in Gegenden, wo die Konkurrenz auf halbfeudale Verhältnisse trifft, eher zur Steigerung der unentgeltlichen Arbeitsleistung als zur Verbesserung der Anbaumethoden. Daran zeigt sich, daß die abnehmende geographische Differenzierung der Löhne eine relative bleiben muß: w ä h r e n d e i n e r s e i t s d i e S c h w a n k u n g s t i e f e d e r L ö h n e z e i t l i c h u n d r ä u m l i c h a b n i m m t , e n t w i c k e l t s i c h a n d e r e r s e i t s e i n e w a c h s e n d e K l u f t z w i s c h e n G e b i e t e n m i t h o h e n u n d n i e d r i g e n L ö h n e n . Natürlich gilt auch für die Selbständigen in der Landwirtschaft, daß die Nivellierung der Preise die Einkommensschwankungen vergrößert.

zu 2.

Ein wichtiges Indiz ist die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung:
Nach Quante (P. - 1 - 4) verteilt sich die Bevölkerungsvermehrung in Preußen

(alten Umfangs, ohne Schleswig/Holstein, Hessen-Nassauen und Hannover) so, daß
in Städten ab 2ooo E die Einwohnerzahl von 1oo auf 2o6.59 %,
auf dem Lande " " " 168.63 %,
im ganzen Staat " " " 179.12 % (1819-67)
steigt. Es findet noch keine Entvölkerung des Landes statt, wenn auch die geringere Entwicklungsfähigkeit schon deutlich sichtbar ist.

Damit verbunden ist ein Rückgang des Bevölkerungszuwachses auf dem 'platten Lande'. So betrug der Bevölkerungszuwachs in % des Geburtenüberschusses hier:

1819 - 34	1o4.5 %	
1834 - 52	94.6 %	
1852 - 67	56.o %	(Quante, P. - 1 - 14)

Diese Zahlen sind das Ergebnis der beschriebenen Tendenz zur Verlagerung der Produktivkraft, für die sich ebenfalls ein statistischer Nachweis findet: nach der Einführung der Gewerbefreiheit, die Stadt und Land rechtliche Gleichheit in der Entfaltung der Produktivkräfte sichert, wird 1818 - 21 die Zolleinheit hergestellt. Aber es ist vor allem die seit 1815 einsetzende ökonomische Einigungsbewegung über die Grenzen Preußens hinaus, die mit der Grürdung des Deutschen Zollvereins 1834 den wirtschaftlichen Aufschwung bringt. Bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 konsolidiert sich der Zollverein ständig. Schmoller hat in seiner Handwerksstatistik gerade für diese Periode der Festigung des Binnenmarkts wertvolle Angaben zusammengetragen:
Industrien, die besonders a u f d e m L a n d e wachsen* :

---

* gemessen an den Pferdestärken der Dampfmaschinen

Wachstum	auf dem Land	in der Stadt
	1849 : 1858	1849 : 1858
1. Getreidemühlen	1 : 9.2	1 : 3.6
2. Metallfabriken	1 : 6.o	1 : 3.6
3. Bergbau	1 : 3.5	1 : 2.7

Industrien, die besonders i n d e r S t a d t wachsen * :

	in der Stadt	auf dem Land
4. Webereien	1 : 3.9	1 : 3.3
5. Spinnereien	1 : 3.o	1 : 2.3
6. Maschinenfabriken	1 : 2.3	1 : 2.o

(Schmoller, G. - 2 - 276).

Schmoller weist außerdem nach, daß durch die Industrialisierung auf dem Lande von 183o - 1855 besonders jene ländlichen Handwerke expandieren, die von den bäuerlichen Wirtschaften benötigt werden (Schmoller, G. - 2 - 274/5).

Der größere Teil der expandierenden Industrien sucht in dieser Phase noch die Verbindung mit der Landwirtschaft, insbesondere die ländlichen Arbeitskräfte. **

Aber bereits dahinterliegend zeichnet sich für die Schwerindustrie die Konzentration in ländlichen Distrikten ab, die aus dem Zusammenhang von Landwirtschaft und Industrie genauso herausgelöst ist, wie die schon bestehende städtische In-

---

* gemessen an den Pferdestärken der Dampfmaschinen

** für Rußland nennt Lenin für die etwa entsprechende Phase 188o - 189o folgende Zuwachsraten: ländl. Arbeiter + 54.7 %, städt. Arbeiter + 16.1 % (- 2 - 538). In Deutschland wächst die Bevölkerung auf dem Lande 1816 - 71 um 91 %, in den Städten um 23 % (Riesser, D. - 1 - 38).

dustrie, und die der Keim neuer städtischer Agglomerationszentren der Produktivkraft ist.

zu 3.

Exakte Angaben über die Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen östlichen und westlichen Provinzen lassen sich auch erst für spätere Zeit finden. Allerdings macht Engelberg (- 1 - 47) für die sehr großen Einkommen folgende Angabe:

"Während die Zahl der ganz großen Einkommen in den vier wichtigsten Industrieprovinzen (Berlin, Rheinland, Schlesien, Westfalen - IK.) in dem Jahrzehnt von 1853 - 1863 von 26 auf 43 anstieg und sich im Jahre 1873 auf 137 erhöhte, betrugen die entsprechenden Zahlen in den ausgesprochenen Agrarprovinzen 4.9 und 2o."

Detailliert sind Quantes Angaben zu den Unterschieden in der Bevölkerungsvermehrung von 1819 - 67 (- 1 - 4,5):

	Stadt	Land	gesamt
Ostpreußen	17o.5o	182.42	179.82
Westpreußen	179.99	211.3o	2o2.64
Schlesien	194.34	168.75	173.93
Westfalen	171.56	15o.9o	155.95
Rheinprovinz	248.64	149.72	174.64

Hier zeigt sich sehr klar, daß die Entwicklung der Städte in den 'Junkerprovinzen' hinter der auf dem Lande zurückbleibt, während in Westfalen und der Rheinprovinz das Umgekehrte der Fall ist. Schlesien mit seiner Schwerindustrie bildet eine Ausnahme. Quante führt die geringere Zunahme in den ländlichen Gebieten der westlichen Provinzen gerade auf das Aufblühen der Industrien auf dem Lande zurück. Das

mag befremdlich erscheinen, macht aber einen Sinn, wenn man sich vor Augen hält, daß das relativ starke Anwachsen der Bevölkerungszahlen auf dem 'platten Lande' im Osten ein Zeichen der Armut ist: die Überlebenschance einer ländlichen Familie beruht auf der Zahl der Arbeitskräfte, die einen Zuerwerb zum Familieneinkommen leisten können. Zur gewerblichen Heimarbeit werden vor allem die Kinder von früh auf herangezogen; so wird der Kinderreichtum Zwang zum Überleben, bis auch das ab ungefähr 1860 immer weniger hilft und der große Exodus in die Stadt beginnt.

In Westfalen und der Rheinprovinz findet dagegen eine echte bodenständige Industrialisierung auf dem Lande statt, die zwar auch Bauern in den Nebenerwerb zieht, aber ein nach den Maßstäben der Zeit gesichertes Familieneinkommen gibt.

"So lagen, um nur einige Beispiele zu nennen ... 1858 in ... Westfalen auf dem platten Lande 19 von 49 Maschinenspinnereien, 49 von 73 Dampfgetreidemühlen, 142 von 178 Eisenwerken (dabei 49 von 57 Hochöfen) ... (usw. IK.)"; ähnliche Angaben liegen für die Rheinprovinz vor. (Quante, P. - 1 - 5).

Andere Quellen des Nebenerwerbs haben nach Sombart (W. - 1 - 131, 133, 138) abnehmende Bedeutung. So beträgt die Veränderung der als Nebenbeschäftigung betriebenen Wollwebstühle

1840 : 1831 + 125 % (9 Jahre)
1846 : 1840 - 25.6 % (6 Jahre)
1861 : 1846 - 1.5 % (5 Jahre).

Gerade die Wollweberei erfährt mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 von 1834 - 40 ihre größte Produktionssteigerung, da die ausländische Konkurrenz erfolgreich zurückgedrängt werden kann. Der nächste Schritt ist die Konzentration der Wollweberei und der Rückgang des Nebenerwerbs. An der Verteilung der Leinwandstühle wird deutlich, daß die Durchsetzung der Industriellen Revolution

zu dieser Zeit sich auf die westlichen Gebiete und Schlesien beschränkt. D. h., daß in den Provinzen Preußen, Posen und Pommern die Löhne so niedrig sind, daß die Heimarbeit noch mit der Fabrikarbeit konkurrieren kann:

	1831 : 1816 (15 Jahre)	1861 : 1831 (3o Jahre)	1861 : 1837 (24 Jahre)	
Provinz Preußen	+ 41.4	+ 22.6	- 31.7	Schlesien
Posen	+145.o	+ 128.7	- 33.2	Sachsen
Brandenburg	+ 4.3	+ 2.1	- 31.7	Westfalen
Pommern	+ 29.4	+ 7o.o	- 14.o	Rheinland

Z u s a m m e n f a s s e n d und s c h l u ß f o l g e r n d läßt sich für die Zeit von 183o - 7o bezüglich der Herausbildung räumlicher Entwicklungsunterschiede folgendes sagen:

1. Es findet eine - allerdings nicht im einzelnen statistisch belegbare - Unterstützung der industriellen Akkumulation aus dem landwirtschaftlichen Sektor statt. Das politische Kräfteverhältnis und die(nicht zuletzt dadurch)für die Landwirtschaft günstigen Preisrelationen erlauben jedoch weiterhin hohe Profite in der Landwirtschaft, die aber noch unvollkommen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkraft und für die Ausdehnung der Produktion genutzt werden.

   Die Kapitalakkumulation"auf Kosten des Landes", oder anders ausgedrückt, die "Ausbeutung des Landes", zeigt sich im wesentlichen als zunehmende Ausbeutung der a r b e i t e n d e n B e v ö l k e r u n g d e s L a n d e s zugunsten der städtischen Entwicklung der Produktivkraft, d. h. des Kapitals.

Der Transfer von auf dem Lande erwirtschafteten Profiten erfolgt z. T. zwangsweise über den Staat, z. T. freiwillig durch die ländlichen Großgrundbesitzer, die der ökonomischen Vernunft zu folgen beginnen (z.T. aber auch weiterhin lediglich ihre gehobenen Konsumbedürfnisse befriedigen), z. T. über die vermittelnde Funktion des Handelskapitals.

Ein wesentliches Moment der stetigen Erhöhung der Akkumulation auf Kosten des Landes stellt die Steigerung der ländlichen Mehrarbeit dar. Hierbei ist der Übergang zur profitorientierten landwirtschaftlichen Produktion, wie die Möglichkeit, die halbfeudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zur Steigerung der extensiven Ausbeutung auszunutzen, von großer Bedeutung. Diese Umgestaltung der ländlichen Produktionsbasis erstreckt sich

a. auf das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie, und beinhaltet die Trennung beider wie den Verlust eines Teils der ländlichen Lebensbasis,
b. auf die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land. Die Entwicklung der Landwirtschaft bei gleichzeitigem Verlust der gewerblichen Basis legt den Grund für den schon jetzt einsetzenden, aber erst nach 1870 in seiner ganzen Konsequenz sichtbaren Abzug von Arbeitskräften in die großen Städte und sich industrialisierenden Regionen,
c. auf die ungleiche Entlohnung der Arbeitskraft in Stadt und Land. Die Zersplittertheit und fortbestehende Unfreiheit der kleinen Bauern und Tagelöhner, wie das von der spezifischen Entwicklung erzwungene Überangebot an ländlichen Arbeitskräften, sind die Ursachen.

2. Dieser Akkumulationsvorgang auf Kosten des Landes nimmt unter "preußischen" Verhältnissen die schärfsten Formen an, allerdings ohne daß unter diesen Bedingungen der optimale Beitrag des ländlichen Produktivvermögens zum Aufbau

der Industrie geleistet werden kann, weil

1. das Überangebot an ländlicher Arbeitskraft gleichbedeutend ist mit ihrer Überschüssigkeit, also Überarbeit bei gleichzeitigem Brachliegenlassen der Arbeitskräfte betrieben wird und
2. die Aussicht auf landwirtschaftliche Profite über die Bodenspekulation immer wieder Geldfonds der industriellen Akkumulation entzieht.

Damit können wir uns der entscheidenden letzten Frage zuwenden:
Ergeben sich aus dem untersuchten Material Indizien, die die Behauptung, die industrielle Entwicklung auf Kosten des Landes - als Abzug von Kapital wie Arbeitskräften - sei unter allen Umständen Folge des Industrialisierungsprozesses (oder anders ausgedrückt: der Industriellen Revolution), unterstützen oder widerlegen?

Wenden wir uns zunächst dem Kausalzusammenhang zu, der gleichermaßen von Wachstumstheoretikern wie Bićanić, Kuznets, Rostow, Lewis u. a. * für einen Beweis dafür gehalten wird, daß beim Übergang vom Agrar- zum Industriestadium die ursprüngliche Akkumulation auf Kosten des Landes eine a l l g e m e i n e Notwendigkeit sei (und sehen dann, wie dieser Kausalzusammenhang sich bisher darstellte):
Solange der überwiegende Teil der Bevölkerung von der Subsistenzwirtschaft lebt, stelle die Kapitalknappheit für die notwendigen Investitionen im industriellen Sektor die Hauptschwierigkeit dar. Kapital sei grundsätzlich knapp, weil

1. die der industriellen Entwicklung überhaupt vorausgesetzte Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktivkraft die Tendenz zur Konsumsteigerung und Bevölkerungsvermehrung in sich trage, was beides die Kapitalbildung behindere,
2. die auf Kohle, Eisen und Dampf basierende 1. Industrielle Revolution gewaltige Investitionen erfordere, die den Kapitalkoeffizienten (Kapital:

---

* Bićanić, R. Turning Points in Economic Development. the Hague, 1972
Kuznets, S. Underdeveloped Countries and the Pre-Industrial Phase in the Advanced Countries
Rostow, W.W. The Take-Off into Self-Sustained Growth
Lewis, W. A. Economic Development with Unlimited Supplies of Labor
alle drei in: Agarwala/Singh - 1 -

Output-Verhältnis) in die Höhe schnellen ließen, auch wenn Kapitaleinsparungen durch Technischen Fortschritt entgegen wirkten; weil also mehr Kapital für weniger Volkseinkommen aufgewendet werden müsse, weil

3. auch die notwendigen Verbesserungen in der Landwirtschaft (Meliorationen etc.) wie
4. die infrastrukturellen Vorleistungen (vor allem der Eisenbahnbau) sehr kapitalintensiv seien.

Ausgehend von der Tatsache, daß Kapitalakkumulation der zentrale Punkt der ökonomischen Entwicklung sei, folge:

1. Bevölkerungsvermehrung und Ausweitung des Konsums seien die beiden Faktoren, die möglichst unterbunden werden müssten, um alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, "über die Schwelle zu kriechen" *
2. Statt dessen sei Sparen = Senken des Konsums der Bevölkerung notwendig (die Bevölkerung, das ist in erster Linie die ländliche als demographisch überwiegende).
3. Die unerläßliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion müsse durch gleichzeitige Intensivierung der eingesetzten Arbeitskraft so kapitalsparend wie möglich erfolgen.

Dieser Kausalzusammenhang wird in Tab. 2 a - c durchaus bestätigt (wenn wir davon ausgehen, daß die wenigen gesicherten Werte tatsächlich die langfristige Tendenz angeben):

Bei sinkendem Reallohnniveau wachsen Bevölkerungszahl und Pro-Kopf-Einkommen. Anhand der Entwicklung der industriellen Produktion zeigt sich, daß die Kapi-

* "creeping over the threshold of economic development", Bićanić - 1 - 55

talakkumulation in dieser Phase nur begrenzt direkt erfolgreich ist: in der 1. Hälfte des ca. 1oojährigen Zeitabschnitts von 18o1/2o - 1913 werden nur 15 % des Produktionsniveaus von 1913 (im Produktionsmittelsektor sogar nur 11.5 %)erreicht.

Zum anderen konnte im Text gezeigt werden, daß die Agrar"reform", so wie sie durchgesetzt wurde, durchaus diesem Kausalzusammenhang entspricht, wenngleich sehr unvollkommen, weil sie mit Gewalt und Zwang letzten Endes weniger erreicht, als tatsächliche Reformen in anderen kapitalistischen Ländern.

So ergibt sich die Veränderung der ländlichen Produktionsstruktur als weitere Zwangsläufigkeit dieses Kausalzusammenhangs: die Ruinierung der kleinen Bauern durch die Ablösung, die Senkung der Massenkaufkraft, die sich anbahnende Vertreibung von Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten (zuerst und am stärksten in den Gebieten der arrondierten Großgrundbesitzer) entzieht den örtlichen Gewerben den Boden. Der 'push-out'-Effekt vom Lande beginnt durch einen 'pull-out' -Effekt der (nicht zuletzt auf Kosten des Landes) beschleunigt wachsenden Industrie verstärkt zu werden. Bereits jetzt ist ganz besonders im ostelbischen Teil der preußisch/deutschen Gebiete "die zunehmende Entblößung ... von jedem Gewerbe, die Entstädterung" * in allen Grundzügen sichtbar.

Gerade aus der Tatsache der a u f g e z w u n g e n e n Verelendung wie ihrer folgenden ' p a s s i v e n S a n i e r u n g ' in den ländlichen Gebieten, die ja nicht nur in den typischen Landstrichen halbfeudaler Entwicklung, sondern dort nur noch deutlicher, hervortritt, erklärt sich der angeführte Kausalzusammenhang als ein an die kapitalistische Produktionsweise

* Böhme, H. - 1 - 38/9

gebundener. Denn er setzt voraus, daß

1. die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktivkraft ohne Kapitalbildung im Ergebnis als Subsistenzwirtschaft erscheint, also nutzlos für das Kapital, und
2. nur Kapital als Produktivvermögen anerkannt ist.

D. h., daß alle anderen Formen von vorhandenem Produktivvermögen nicht nur nicht zählen, sondern beseitigt werden müssen. Woraus auch folgt, daß in der Phase des Übergangs vom Agrar- zum Agrarindustriestadium die Vermehrung der Arbeitskraft (= der Bevölkerung) wie der Nachfrage nach Konsumgütern die Entwicklung der Gesamtwirtschaft stört, soweit sie die Kapitalbildung stört.

Dieser Sachverhalt erlaubt m. E., folgende Hypothese zu formulieren:
So sehr der Kausalzusammenhang von Kapitalknappheit, besonders starkem Kapitalbedürfnis und im gesellschaftlichen Produktionsgefüge überschüssiger Bevölkerung unleugbar für die betrachtete Phase zu einem räumlich polaren Entwicklungsprozeß führt, nämlich zur Akkumulation auf Kosten des Landes und zugunsten konzentrierter Investition an wenigen Punkten, so wenig gelten er und seine Folgen außerhalb des Kapitalzusammenhangs.

Exkurs

Die städtische Konzentration der industriellen Produktion

1. Die Ökonomie der innerbetrieblichen * Konzentration und die Bedeutung "Interner Effekte" für das Wachstum der Städte und die Auflösung der dezentralen Produktionsstruktur

Was jetzt noch interessieren muß, um die städtische Konzentration der Produktion erklären zu können, ist die reine Wirkung des Kapitals auf die räumlichen Produktionsbedingungen, sobald es historisch zur treibenden Kraft der Produktion geworden ist. Als Voraussetzung dieser historischen Stufe wurde jenes Entwicklungsniveau der Landwirtschaft verstanden, das es möglich macht, die unmittelbaren Produzenten von ihren Arbeitsbedingungen zu trennen. Ist dies geschehen, können überhaupt nur die Arbeitsbedingungen als verselbständigte Macht (= Kapital) die Arbeit wieder in Bewegung setzen. Dies als ursprüngliche Akkumulation verstanden, wird die Reproduktion und erweiterte Reproduktion der Arbeitsbedingungen identisch mit der Kapitalakkumulation (Marx, K. - 6 - 266/7).

Die Folge ist, daß historisch erstmalig die Organisierung aller Arbeitsprozesse als gesellschaftliches Ganzes möglich wird: erst dadurch, daß die Produktionsmittel der unmittelbaren Aneignung durch die arbeitenden Produzenten entrissen sind, kann weitgehende Kooperation und Teilung der Arbeit einsetzen. Allerdings bleibt die gesellschaftliche Produktion noch historisch grundlegend beschränkt:

* "innerbetrieblich" meint die juristisch als Eigentum eines Kapitals zusammengefaßten Produktionsmittel, kann sich also auf eine Fabrik wie einen Konzern beziehen.

in der bürgerlichen Gesellschaft werden die "Potenzen der gesellschaftlichen Produktion" noch von den nicht arbeitenden Kapitalisten als deren Eigentum verwaltet (Marx, K. - 6 - 418). Dies wirkt auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses prägend zurück:

Zweck der kapitalistischen Produktion ist es, mit einem Minimum an Kapitalaufwand ein Maximum an M e h r w e r t zu erzeugen.

Die Grundvoraussetzung dazu ist die gegenüber den arbeitenden Menschen verselbständigte Macht der Arbeitsbedingungen. Sie macht die Produktion von Mehrwert durch Verlängerung des Arbeitstags über die Zeit der Reproduktion der Arbeitskraft hinaus möglich. Daraus erwächst aber auch die Möglichkeit, den Mehrwert durch die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit am Arbeitstag zu erhöhen (Produktion von 'relativem Mehrwert'). Erfordert der Mehrwert schlechthin die kapitalistische Ausbeutung, so der relative Mehrwert die wachsende Produktivität der Arbeit und das Vermögen des Kapitals, die Ausdehnung der notwendigen Arbeitszeit zu verhindern.

Kooperation und Teilung der Arbeit sind also nicht nur gesellschaftliche Organisationsformen der Arbeit, sondern gleichzeitig die technischen Bedingungen der Produktivitätssteigerung und Mehrwertproduktion für den e i n z e l n e n Kapitalisten. Das ist entscheidend: der möglichst ökonomische Einsatz der "Potenzen der gesellschaftlichen Produktion" ist Ökonomisierung des Kapitalaufwands in der Hand der einzelnen Kapitalisten und ist nicht Ökonomisierung des gesamten gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist daher überhaupt erst die negative Abbildung der einzelkapitalistischen Aktivitäten durch Konzentration bestimmter Fertigungsprozesse an einem Ort, um den individuellen Kapitalaufwand zu ökonomisieren.

Das beinhaltet 1. die Ökonomisierung des Aufwandes an Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen (konstanter Kapitalaufwand) und 2. die Ökonomisierung der angewandten Arbeitskraft (variabler Kapitalaufwand) des jeweils einzelnen Kapitals in "seinem" Produktionsprozeß. Sie wird erreicht durch gesellschaftliche Formen der Arbeit wie

1. Ökonomie der konzentrierten Anwendung der Produktionsmittel,
2. Ökonomie der innerbetrieblichen Arbeitsteilung und Kooperation,
3. Ökonomie der stetigen Durchschnittsgeschicklichkeit des einzelnen Arbeiters bei Anwendung vieler Arbeiter,
4. Ökonomie der Energieverwendung und des Aufwandes an Gebäuden,
5. Ökonomie der massenhaften Verwertung der Produktionsrückstände.

Die e i n z e l b e t r i e b l i c h e Ö k o n o m i e kommt also aus der Erhöhung der P r o d u k t i v k r a f t d e r A r b e i t, was aber als P r o d u k t i v k r a f t d e s K a p i t a l s erscheint. Die einzelbetriebliche Ökonomie ist durch die Konzentration vieler Arbeitsprozesse unter eine Leitung und an einem Ort natürlich auch eine F o r m g e s e l l s c h a f t l i c h e r Ö k o n o m i e ; sie setzt zugleich aber jene Formen gesellschaftlicher Ökonomie rigoros außer Kraft, die nicht den einzelbetrieblichen Kapitalaufwand minimieren und nicht als Produktivkraft des Kapitals erscheinen:

1. die aus den vorkapitalistischen Produktionsweisen bekannte Ökonomie der wirtschaftlichen Selbstversorgung nach Wirtschaftseinheiten bzw. - gebieten mit der ihr innewohnenden Proportionalität und Planmäßigkeit und der wechselseitigen Stimulierung von Landwirtschaft und Industrie
2. und der ihr innewohnenden Ökonomie der zweckmäßigsten Nutzung aller örtlichen Ressourcen, die außerdem noch Transport- und Handelskosten spart,

3. die Ökonomie der direkten Verteilung, die ebenfalls gesellschaftliche Arbeitszeit durch Senkung der Transport- und Handelskosten spart.

Wie man sieht, greift diese Seite der Ökonomie über die einzelbetriebliche Rechnungsweise weit hinaus. Daß diese Formen, gesellschaftliche Arbeit einzusparen, außer Funktion geraten sind, liegt nicht an der Ausnützung der Ökonomie der Konzentration, sondern an den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese angewendet wird.

Daher ist erstens die Verringerung des vom Kapital bewerteten Aufwandes nicht notwendigerweise der tatsächlichen und zweitens die Ökonomisierung des vereinzelten und für sich genommenen Produktionsvorgangs nicht notwendigerweise der Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktion gleich. Es ist nicht die industrielle Produktion schlechthin, die diese beiden Gesichtspunkte der Ökonomie miteinander in Widerstreit geraten läßt - sondern die kapitalistische erzwingt es, weil die ökonomisch einzusetzenden Produktionsmittel nur als Kapital auftreten. Daher wird möglich, daß was als E r s p a r n i s auf der einen (individuellen) Seite auftritt, V e r s c h w e n d u n g auf der anderen (gesellschaftlichen) darstellt. Dies hat Konsequenzen für die territoriale Entwicklung:
Die der vorkapitalistischen ländlichen Organisation innewohnenden Entwicklungsmöglichkeiten werden vernichtet und nur dem Kapital dienliche Elemente beibehalten. Die Rückständigkeit des Landes und der Landwirtschaft beruht so immer weniger auf der A u f r e c h t e r h a l t u n g vorkapitalistischer Produktionsweisen; sie ist Folge und fester Bestandteil kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Damit wird das Kapital selbst zum gesellschaftlichen Gemeinwesen, dem die Aufgabe zufällt, alle Teile des Wirtschaftsgebietes miteinander zu verbinden. Während es einerseits auf zunehmende räumliche Spezialisierung, auf Konzentration von Produktionsstätten an einem Ort und auf völlige Ablösung der städtischen Industrieregionen von der landwirtschaftlichen Basis drängt, also auf räumliche Zerteilung des Wirtschaftsgebiets - muß es andererseits dieses Wirtschaftsgebiet durch ein überregionales, allumfassendes Handels-, Transport- und Kommunikationsnetz zu einer Einheit zusammenschweißen.

Da die räumliche Konzentration der Produktionsmittel die allgemeine Konkurrenz der Unternehmen untereinander um den Kampf um die örtlichen Ressourcen verschärft, muß die städtische Konzentration selbst wieder konzentrationsfördernd wirken. Als Orte des konzentrierten Kapitals müssen die Städte die Tendenz haben, zu Lenkungszentralen des gesellschaftlichen Erneuerungsprozesses zu eigenem Vorteil zu werden. * Dazu gehört, daß das Kapital parallel zur r ä u m l i c h e n E i n e n g u n g d e s P r o d u k t i o n s f e l d e s s e i n e n E i n z u g s b e r e i c h , a u f d e m e s s i c h r e a l i s i e r t , ständig ausdehnt, das Umland also ökonomisch beherrscht (Marx, K. - 1 - 348).

Die genannten Formen der zur räumlichen Einengung führenden innerbetrieblichen Ökonomie sind am besten als intern ökonomische Effekte, kurz " I n t e r n e E f f e k t e " zu bezeichnen. Sie werden bewußt und planmäßig im innerbetrieblich organisierten Einsatz der Mittel ausgenutzt. Da diese Mittel mit zunehmender Arbeitsteilung aber immer mehr von anderen Produktionseinheiten also

* "Die Städte" heißt hier natürlich das städtisch organisierte Kapital, nicht die soziale Einheit, die nun vom ökonomischen Entscheidungsprozeß vollständig ausgeschlossen ist.

über außerbetriebliche gesellschaftliche Beziehungen zu beziehen sind, bringt ihre Inanspruchnahme den Betrieben externe Effekte mit sich, die sich auf die Ökonomie auswirken - kurz "E x t e r n e E f f e k t e" genannt. Die "externen Effekte" sind eine zusätzliche Quelle der Verengung des räumlichen Produktionsfeldes. Sie verursachen das enge Zusammenrücken von Produktionsprozessen bzw. Produktionseinheiten, die nicht unter einheitlicher Leitung stehen. Es ist daher zu betonen, daß sich aus den "Internen Effekten" städtische Konzentration nur zum Teil erklären läßt; nämlich soweit die räumliche Zusammenfassung vieler Produktionsprozesse in e i n e r Produktionseinheit, unter e i n e m Kapital, die Ansiedlung vieler Arbeitskräfte notwendig macht und aus der dezentralen Produktionsstruktur abzieht.

2. Die Ökonomie der überbetrieblichen Konzentration und die Bedeutung "Externer Effekte" für das Wachstum der Städte und die Auflösung der dezentralen Produktionsstruktur

2.1 Zur Definition "Externer Effekte"

Wir hatten das Auseinanderfallen von privaten und gesellschaftlichen Ergebnissen der Produktion festgestellt. Hinzuzufügen ist, daß dies auf den Widerspruch zwischen privater Aneignung und gesellschaftlichem Charakter der Produktion beruht und daß auch das gesellschaftliche Produktionsergebnis integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktion ist. Die sich auf gesellschaftlicher Ebene ergebenden Kostenvor- und nachteile dürften also streng genommen nicht als "Externe Effekte" bezeichnet werden (Altvater, E. - 1 - 9). Nur aus der bürgerlichen Sicht des Produktionsprozesses, wo die ökonomische Selbständig-

keit der Produktionseinheit gegeben ist, sind die Abhängigkeiten zwischen ihnen "extern". Wenn ich diesen Ausdrück - in Anführungsstrichen - hier übernehme, dann um der Anschaulichkeit willen, mit der er die Begrenztheit der privat betriebenen Produktion vor Augen führt.

Die "Externen Effekte" sind spontane, der besonderen gesellschaftlichen Organisationsform der kapitalistischen Produktion geschuldete Interdependenzen, die auf sie in Form von E r s p a r u n g oder V e r t e u e r u n g zurückwirken. Sie werden von den in eigenem Interesse handelnden Produktionseinheiten hervorgerufen, ohne von ihnen registriert zu werden (Altvater, E. - 1 - 11), da sie als Wirkung n a c h außen für die betriebliche Kalkulation unwichtig sind. Ihre Wirkung v o n außen kann daher nur im Nachhinein festgestellt werden. Ob dies durch direkte Einwirkung oder über den Markt geschieht, beides hat für die Standortwahl große Bedeutung, wie im folgenden zu zeigen ist.

2.2 Die über den Markt vermittelten "Externen Effekte" *

Wir sahen: Um einen Extraprofit auf sein Kapital zu erwirtschaften, muß der kapitalistische Unternehmer versuchen, seine individuellen Herstellungskosten unter den gesellschaftlichen P r o d u k t i o n s p r e i s (wie er sich bei Bildung der Durchschnittsprofitrate herausschält) zu senken. Da sich alle Kapitalisten so verhalten, verändert sich dadurch auch der Produktionspreis einer Ware selbst. D. h., jeder Kapitalist zwingt den anderen Betrieben "Exter-

* siehe auch: T. Scitovsky, Two Concepts of External Economies, in: Agarwala/ Singh - 1 - 300, der diese Marktabhängigkeiten in Rückgriff auf Jacob Viner als "pekuniäre externe Effekte" bezeichnet.

ne Effekte" auf, denen jene so ausgeliefert sind, wie er selbst den Entscheidungen anderer Betriebe.

Die Mechanik wirkt in den Standortentscheidungen, also a u f d e r r ä u m l i c h e n E b e n e : der Betrieb muß versuchen, einen Ort zu finden, der ihm nicht nur die gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionsvorteile liefert, sondern durch besonders günstige Standortfaktoren einen Extraprofit einbringt.

D. h., es ist die T e n d e n z z u r g e s e l l s c h a f t l i c h e n D u r c h s c h n i t t s p r o f i t r a t e , die den gesellschaftlichen Strukturzusammenhang herstellt, der die Standortverteilung der Produktivkraft lenkt. Alle Veränderungen dieser Struktur werden durch unendlich viele Entscheidungen hervorgerufen, die von den Einzelkapitalen autonom nach ihrem jeweiligen Verwertungsinteresse gefällt werden. Jede Neuansiedlung, jedes neue Transportmittel verändert die Lage, ohne daß an irgendeiner Stelle über den gesellschaftlichen Nutzen Buch geführt würde. So zwingen die Produktionseinheiten sich gegenseitig "Externe Effekte" auf, die jede Entscheidung wieder relativieren und daher optimale Entscheidungen nur näherungsweise oder gar nicht möglich machen. *

---

* "Mit der ... beschleunigten Konzentration von Menschen- und Kapitalmassen an gegebenen Punkten schreitet fort die Konzentration dieser Kapitalmassen in wenigen Händen. Zugleich findet wieder Verschiebung und Deplacement statt infolge der mit veränderten Kommunikationsmitteln veränderten relativen Lage von Produktions- und Marktplätzen. Ein Produktionsplatz, der durch seine Lage an Landstraße oder Kanal besonderen Positionsvorteil besaß, befindet sich jetzt an der Seite einer einzigen Zweigbahn ... während ein andrer Punkt, der ganz von den Hauptverkehrswegen ablag, nun am Kreuzpunkt mehrerer Bahnen liegt" (Marx, K. - 7 - 253).

Das Kapital sucht sich nicht nur die S e k t o r e n mit der höchsten Profitrate, sondern auch die O r t e , wo es besondere Ersparnisse = Standortvorteile finden kann; d. h., diejenigen, wo es 1. die Produktionskosten (über möglichst große "Interne Effekte", aber auch "Externe Effekte", z. B. Transportkosten) und wo es 2. auch die Zirkulationskosten (über möglichst große "Externe Effekte") minimieren kann."Die Konzentration von Menschen- und Kapitalmassen" (Marx) ist schon so sehr Standortentscheidung, daß die Zirkulationskosten meist nur noch den Ausschlag bei der Wahl zwischen Alternativen geben; oder historisch gesehen, daß die Minimierung der Zirkulationskosten von der schon gesetzten Standortverteilung der Produktivkräfte auszugehen hat. Die Minimierung der inneren und äußeren einzelbetrieblichen Kosten hat unbedingt Vorrang vor den außerbetrieblichen Einsparungen, die sich nicht in der einzelbetrieblichen Gewinnrechnung niederschlagen. Diese Prioritäten ergeben sich aus der Macht des kapitalistischen Eigentums.

Die Konzentration der Produktion und ihre Rückseite, die Aufhebung der lokalen Selbstversorgung, wie die Einbeziehung der Außenmärkte, erzwingen die Ablösung der lokalen Märkte durch immer entferntere. Dies sind die Bedingungen, unter denen die Zirkulationskosten minimiert werden können. Auch hier zeigt sich die Nichtübereinstimmung von privaten und gesellschaftlichen Vorteilen der Produktion. Die "besten Standorte" sind nicht für jeden Kapitalisten gleichermaßen nutzbar. Ihr Boden ist knapp; er muß knapp sein, denn sobald Standortvorteile (wie Eisenbahn- und Telefonanschluß) allgemeine sind, bringen sie keinen Kostenvorsprung mehr ein. Nur jenen Produzenten stehen die besten Standorte zur Verfügung, die aufgrund hoher Extraprofite zur Zahlung der Monopolrente an die Eigentümer des knappen Bodens in der Lage sind. "Räumliches Gleichgewicht" als Interessenausgleich zwischen allen Produzenten im Raume ist ein nie eintreten-

der Zustand - nicht nur weil die autonomen Standortentscheidungen die jeweils vorausgegangenen relativieren, sondern vor allem, weil die beschleunigte Konzentration zur Monopolisierung der besten Standortfaktoren führt.

Soweit die Standortvorteile auf die individuellen Produktionskosten einwirken, muß, sobald sie massenhaft zur Verfügung stehen (z. B. mit zunehmendem Ausbau der Infrastruktur), der Produktionspreis selbst beeinflußt werden. D. h., die zweite Natur, der vom Menschen selbst geschaffene Existenzrahmen, macht die gesellschaftliche Produktion leichter. Aus dem Vorgang der Produktionspreisbildung selbst erklärt sich aber auch, daß die Gebiete, die abseits von den Ausbaugebieten der als gesellschaftlich notwendig anerkannten Infrastruktur liegen, als Produktionsstandorte benachteiligt sind.

Auch die aus der Infrastruktur wirksam werdenden "Externen Effekte" gehören also zu den über den Markt vermittelten "Externen Effekten"; denn die infrastrukturellen Voraussetzungen verursachen Einsparungen, bzw. ihr Fehlen Verteuerungen, die das Abweichen der individuellen Herstellungskosten vom Produktionspreis zur Folge haben. Dahinter steht die Abhängigkeit der Produktionseinheiten von den zu Kapital verselbständigten Arbeitsbedingungen. Diese Arbeitsbedingungen umfassen alle auf vorausgegangener Arbeit beruhenden m a t e r i e l l e n, i n s t i t u t i o n e l l e n und p e r s o n e l l e n G e g e b e n h e i t e n, die auf die Produktion als Vorleistungen wirken, dem jeweiligen Betrieb extern sind und "Externe Effekte" auf ihn ausüben. Güter und Dienstleistungen, die nicht mehr in die Produktion eingehen, und gesellschaftlich unnütze Kosten darstellen, gehören nicht dazu.

Diese Vorleistungen lassen sich auch als I n f r a s t r u k t u r bezeichnen - vorausgesetzt, man rechnet auch die Produktionsanlagen dazu. Dies scheint

mir aus folgendem Grunde notwendig zu sein: mit dem Wachsen der Produktivkräfte sind die privat angeeigneten Produktionsmittel genau wie die öffentlichen immer mehr zu Verursachern "Externer Effekte" für andere Produktionseinheiten geworden. Diese Definition weicht sichtlich vom üblichen Sprachgebrauch ab, nach dem I n f r a s t r u k t u r Input für nachgelagerte Industrien ist, der als "Sozialkapital" vom "direkt produktiven Kapital" unterschieden ist (Jochimsen, R. - 1 - 103). Sobald man diese begriffliche Trennung vornimmt und mit J. Stohler zusätzlich das "non-exclusion principle" * fordert, ist der Begriff "Infrastruktur" untauglich, die gesellschaftlichen Interdependenzen hinreichend zu erfassen. Wenn allerdings in der üblichen Definition von "Infrastruktur" gerade der Widerspruch zwischen "Sozialkapital" und "Unternehmerkapital" hervorgekehrt werden soll, hätte diese Definition bestimmte Berechtigung. Da in der Literatur zumeist das Gegenteil angestrebt wird, halte ich es für notwendig, diese Definition mit gebührender Vorsicht zu behandeln und hier den umständlicheren Begriff " a l s g e s e l l s c h a f t l i c h e P r o d u k t i v k r a f t w i r k s a m e r R e i c h t u m " vorzuziehen.

Das ständige Anwachsen dieses Reichtums führt dazu, daß die juristisch abgesicherte Verfügungsgewalt der Produktionseinheiten über ihre eigene produktive Vorleistung immer kleineren Bestandteil an den gesamt wirksamen Vorleistungen ausmacht. Je weiter die Industrialisierung vorangeschritten ist, desto weniger kann eine Produktionseinheit für sich bestehen, desto stärker werden die Versuche monopolistischer Beherrschung der gesellschaftlichen Bedingungen durch Zusammenschluß oder über den Staat. Kein Unternehmen kann zur Absicherung sei-

* Stohler, J. zit. in: Altvater, E. - 1 - 114. Infrastrukturelle Leistung ist danach nur, was nicht als verkäufliche Ware in nur-private Nutzung überführt wird. Es fällt heraus, daß eine öffentliche Leistung sehr wohl durch isolierte Lage im Gebrauch monopolisiert sein kann, wie auch eine private Leistung durch Konzernverflechtung weitgehend gesellschaftlich genutzt werden kann.

ner juristisch-ökonomischen Selbständigkeit sich den gesellschaftlichen Bedingungen durch Abwandern in die Einöde entziehen: im Gegenteil es muß der Ort gesucht werden, wo die Vorleistungen am stärksten konzentriert sind, wo sich die größten "Externen Ersparnisse" ergeben. Der hinzukommende Betrieb wird mit seiner Entscheidung gesellschaftliche Wirkung in zwei Richtungen verursachen:

1. "Externe Ersparungen" für nachfolgende Betriebe schaffen,
2. durch Mitkonsum der vorhandenen "Externen Ersparungen" diese für alle, ihn selbst eingeschlossen, senken.

Die 1. Wirkung beeinflußt seine Entscheidung nicht, die 2. nur dann, wenn die am Ort vorhandenen Produktionsfaktoren, die ihm die "Internen Ersparungen" ermöglichen, dies nicht wettmachen.

Solche konzentrierten "Externen Effekte" wirken in starkem Maße zirkulationskostenmindernd; umgekehrt wirkt die Minimierung der Zirkulationskosten konzentrationsfördernd. Die Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals durch Ansiedlung in Ballungsräumen mit hoher Einkommenselastizität der Nachfrage muß ganz besonders im Interesse der kapitalintensiven Industrien liegen. Dennoch kann die Optimierung der Umschlagsgeschwindigkeit nie ganz gelingen: die Ausnützung der "Internen Effekte" führt zu Größenordnungen der Produktion, die sich nicht am örtlichen Absatz orientieren; die Verengung des Produktionsgebiets erzwingt die Ausdehnung des Absatzgebiets. D. h., die Ökonomie der städtischen Konzentration, die auf "Externen Ersparungen" von Zirkulationskosten beruht, ist untrennbar mit "Externen Verteuerungen" verbunden. Die Verlängerung der Umlaufzeit durch zunehmende räumliche Ausdehnung wirkt wie das Anwachsen der Zirkulationskosten durch die eigentumsbedingte Zersplitterung

des Produktionsprozesses verteuernd.

3. Die Bedeutung der "Externen Effekte" für Wachstum und Proportionalität

Über die marktmäßige Einbindung in die gesellschaftliche Produktionsstruktur wird dem Betrieb auch die gesellschaftlich erforderliche Qualität und Quantität seiner Produktion von außen über externe Effekte übermittelt. Das gleiche gilt für die notwendigen Größenverhältnisse der Produktion ganzer Produktionszweige zueinander und der Verteilung der Produktivkraft zwischen ihnen. *

Da Proportionalität nur durch beständiges Abweichen von den notwendigen Proportionen erreicht wird, müssen die "Externen Effekte" auch in Form "Externer Nachteile" = Verteuerungen auftreten.

Ob sie aber die Form von Verteuerungen oder von Ersparnissen annehmen, es gilt mit Dobb (- 1 - 13):

"Das Wachstumspotential des gesamten Systems ist damit nicht bloße Summe der Wachstumsmöglichkeiten der einzelnen Sektoren oder Industrien (...): es wird sich mit der Struktur verändern, zu der hin die Entwicklung des ganzen Systems verläuft".

Daher kann es zwei unterschiedliche Zielrichtungen der (bewußten) Ausnutzung "Externer Ersparungen" und Vermeidung "Externer Verteuerungen" geben:

---

* " ... erscheint hier die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in e i n e m Produktionszweig ... die z. T. wieder zusammenhängen mag mit Fortschritten im Gebiet der geistigen Produktion, namentlich der Naturwissenschaft und ihrer Anwendung, als die Bedingung der Verminderung des Werts und damit der Kosten, der Produktionsmittel in a n d e r n Industriezweigen ... Es ergibt sich dies von selbst, da die Ware, die als Produkt aus einem Industriezweig herauskommt, als Produktionsmittel in den anderen wieder eingeht ..." (Marx, K. - 3 - 91).

die "regionale (horizontale) Komplementarität"

Die Entwicklung in der Landwirtschaft wird zum Anstoß für die gewerbliche Produktion, diese fördert das Transportwesen, usw. usw. Die Produktivitätssteigerungen in dem einen Sektor werden zu Einsparungen im anderen. Auf diesem Mechanismus beruht die Ökonomie der wirtschaftlichen Selbstversorgung, wenn Bezug, Produktion und Absatz möglichst räumlich zusammengehalten werden; aber auch die Ökonomie der kapitalistischen Arbeitsteilung, wenn bestimmte Standorte auf zusätzliche Industrien agglomerierend wirken.

die "technologische (vertikale) Komplementarität"

Sie beruht darauf, daß "Betriebe verschiedener Produktionsstufen technologisch und ökonomisch als Anbieter und Nachfrager miteinander verbunden sind" (Altvater - 1 - 1o9). Auch in diesem Fall werden Produktivitätssteigerungen an einer Stelle zu Einsparungen an anderer.

Beide Formen werden über den Preismechanismus vermittelt. Es läßt sich leicht sehen, daß der Markt die Verteilung der Investitionen nicht nur auf die B r a n c h e n , sondern auch auf die R e g i o n e n beeinflußt. Wie wir aber gesehen haben, verbietet die strikte Ausnutzung der innerbetrieblichen Ökonomie weitgehend die Ausnutzung der regionalen. Dieser Vorgang wird durch die zwischenbetriebliche "technologische Komplementarität" noch verstärkt; denn auch hier ist es so, daß nicht der regionale oder nationale gesellschaftliche Gewinn interessiert, sondern der einzelbetriebliche.

2. 3 Die direkt (nicht über den Markt) vermittelten "Externen Effekte"

Wie bei den über den Markt vermittelten "Externen Effekte" übernehme ich auch die Definition der nicht über den Markt vermittelten "Externen Effekte" von Scitovsky. * Er nennt sie technologische, da ihr Auftreten direkt in Veränderungen der technischen Zusammensetzung des Kapitals eines Betriebs wirksam wird, also Veränderungen im Produktionsprozeß hervorrufen muß. Sie entstehen durch räumliche Nachbarschaft und können Ersparungen wie Verteuerungen einbringen. Scitovsky nennt die Fälle, wo ein Betrieb vom Arbeitsmarkt profitiert, den ein anderer aufgebaut hat, und wo zwei Unternehmen sich in eine knappe natürliche Ressource am Ort teilen müssen (z. B. reine Luft). Dies kann um alle infrastrukturellen Vorleistungen vermehrt werden, deren Gebrauch von verschiedenen Unternehmen zur gegenseitigen Beeinträchtigung führt. Gibt es auf einer Straße z. B. durch Verkehrszunahme häufige Stauungen, verursacht dies ökonomische Nachteile. Es zeigt sich, daß die Abgrenzung zu den über den Markt vermittelten "Externen Effekten" ungenau bleibt, denn auch im letzteren Fall wird der Marktpreis beeinflußt werden, sobald ständig verstopfte Straßen normal sind.

Überhaupt ist die Frage der direkten oder indirekten Beziehungen wie der internen oder externen Wirkungen mit diesen Ausführungen nicht erschöpft. Sie ist eine des Leistungssystems der Wirtschaft. Was gestern noch indirekte Marktbeziehungen waren, können schon heute direkte innerhalb eines einheitlichen organisierten Konzerns sein; was in der kapitalistischen Produktionsweise nicht kalkulierbare direkte Beziehungen in einem Wirtschaftsgebiet sind, können unter anderen Bedingungen Meßgrößen für optimale Standortentscheidungen sein. Man kann

---

* zit. in: Agarwala/Singh - 1 - 295 ff.

daher Scitovsky voll zustimmen, wenn er die über den Markt vermittelten "Externen Effekte" aus der Nichtübereinstimmung von privatem und gesellschaftlichem Interesse erklärt: eine Investition führt zu externen Ersparungen/Verteuerungen für andere Produktionseinheiten, wenn die privaten Profite des Investors kleiner/größer sind als der gesellschaftliche Nutzen. Die besondere Standortgunst in Form überdurchschnittlich hoher Ersparungen heißt immer zugleich anderen Produktionseinheiten aufgezwungene Standortungunst. Positive und negative "Externe Effekte" sind daher unvermeidbare Erscheinungsformen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.

2.4 Die Herausbildung des Stadt - Land - Gegensatzes mit der kapitalistischen Durchdringung des gesamten Wirtschaftsprozesses am Beispiel der preußischen Teile Deutschlands 1870 - 1914 *

Vorbemerkung

Es will müßig scheinen, diese so gründlich analysierte Phase einer weiteren Betrachtung zu unterziehen. Besonders da auch die räumlich - strukturellen Aspekte oft angerissen wurden. Wenn es doch für notwendig gehalten wird, erneut darauf einzugehen, dann in dem mehrfach angesprochenen Zusammenhang, in dem ich diese Überlegungen sehe:

Die besondere Rolle der ländlichen Gebiete im kapitalistischen Industrialisierungsprozeß ist im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion um den nichtkapitalistischen Industrialisierungsweg der gleichzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Stadt und Land wieder interessant geworden.

Ich versuchte im Vorhergehenden zu zeigen:
Stadt und Land, so wie wir das Begriffspaar gemeinhin verstehen, gehören begrifflich der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu. Selbst der Bezug auf die gesellschaftlichen Lebensbedingungen vorangegangener Epochen erschließt den Bedeutungswandel der Begriffe "Stadt", "Land" und "Stadt und Land" nur soweit, wie es gelingt, die Verallgemeinerung der aus der Betrach-

---

* Der übergeordnete Bezugsrahmen ist jetzt das Deutsche Reich in den Grenzen vor dem Ersten Weltkrieg als ökonomische Gesamtheit, die räumlichen Auswirkungen sind jedoch an den preußischen Gebieten im wesentlichen an den Provinzen Westfalen und Rheinland westlich der Elbe aufgezeigt.

tung der kapitalistischen Produktionsweise gewonnenen Kategorien gesellschaftlichen Lebens zu überwinden.

Für uns ist es nur möglich, auf dem Wege der systematischen Erschließung der der Marx'schen Theorie zugrundeliegenden Methode neue Fortschritte auch in der Analyse der räumlich - strukturellen Organisation der gesellschaftlichen Produktion zu erzielen. Diese Arbeit stellt allerdings noch keinen Schritt in dieser Richtung dar, da sie erst einmal vorhandene Ansätze der Theorie nachvollzieht. Daher bleibt der Versuch, vom Allgemeinen zum Besonderen weiterzugehen, eng begrenzt. Ich halte also eine tiefergehende Überarbeitung der Materie durchaus für möglich.

Im Übrigen ist die Frage nach der Weiterentwicklung der Theorie weiter gesteckt: ich bin der Meinung, daß es zur wahrhaft historisch - materialistischen Analyse einer (Un-)Voreingenommenheit bedarf, wie sie nur das gesellschaftliche Sein der Länder mit nichtkapitalistischem Industrialisierungsweg setzen kann. Wir werden an der geschichtlichen Bedeutung der theoretischen Grundlagen dieser Länder auch bezüglich der Raumstruktur nicht vorbeikommen.

Auch in diesem übergeordneten Zusammenhang soll der letzte Teil dieser Arbeit nur als beschränkter Schritt zur Erschließung der Materie aus neuer Aktualität verstanden werden.

1. Von der kapitalistischen Industrialisierung bestimmte Merkmale des ökonomischen Entwicklungsstadiums

In der kurzen Zeit von 1871 bis 1913 vollzieht sich im neuentstandenen Deutschen Reich mit unaufhaltsamer Gewalt die Unterordnung aller Bereiche der Ökonomie unter die Kapitalbewegung. Und noch bevor diese innere Umwandlung abgeschlossen ist, erfolgt der Übergang in das imperialistische Stadium des Kapitalismus und rückt Deutschland in die Reihe der vorangeschrittensten und mächtigsten kapitalistischen Länder auf.

Trotzdem bestreitet noch 187o/71 die Landwirtschaft einen größeren Teil am Nettosozialprodukt und an den Gesamtarbeitskräften als die Industrie (Tab. 4 d), ist der Anteil der Landwirtschaft am Kapitalstock noch fast doppelt so groß wie der von Industrie, Handwerk und Eisenbahn zusammen (Tab. 5).
Deutschland ist also keineswegs ein Industrieland, wenn auch eine bedeutende großindustrielle Entwicklung vorhanden ist.

Wie im vorangegangenen Kapitel erwähnt, erreicht Deutschland innerhalb des Agrarstadiums ein höheres Entwicklungsniveau als z. B. England, was darauf beruht, daß England die vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse viel früher abstreift (Böhme, H. über Deutschland: es ist "anders" entwickelt).

Dies gilt fort:

"Deutschland hatte in den entscheidenden Sektionen industriellen Wachstums - dem Eisenbahnbau, dem Kohleverbrauch, der Dampfmaschinenverwendung, der Eisenproduktion und des Bedarfs an Rohbaumwolle - den Anschluß an die erste Industrienation der Erde, England, gefunden, es hatte seine Tradition gesprengt, eine eigene leistungsfähige Bankenorganisation aufgebaut, am techni-

schen Fortschritt, oft führend, teilgenommen und den Ausbau und die Konzentration seiner Industrie bereits in einem Maße vorangetrieben, das über das englische Modell hinauswies, ohne daß die agrarische Grundstruktur seiner Volkswirtschaft zerstört worden wäre (Böhme, H. - 1 - S. 71)"

Aus einem anderen Blickwinkel hatte sich dies schon im vorangegangenen Teil ergeben: die Landwirtschaft konnte sich weitgehend als eigener Produktionssektor mit eigenen Gesetzen bis in die 60er Jahre hinein behaupten, er akkumulierte kräftig, erweiterte seine Produktionsbasis und ernährte immer mehr Personen, während der Abzug gesellschaftlichen Reichtums vom Lande nur in beschränktem Ausmaß stattfand. Bis in die 50er Jahre war eine Parallelentwicklung von Landwirtschaft und Industrie zu verzeichnen.

Dies hat auch 1870 noch seine Konsequenzen im gesellschaftlichen Überbau: der Feudaladel ist mit der Bauern"befreiung" über die Runden gekommen; es besteht nicht nur eine festgefügte Koalition von Feudalaristokratie und Bourgeoisie, sondern letztere ist selbst feudalisiert, der Bismarck'sche Staat ist kein bürgerlicher. Dies sind die Voraussetzungen, die zum Zurückfallen des gesellschaftlichen Überbaus hinter die Entwicklung der Produktivkraft mit dem stürmischen industriellen Aufschwung 1871/72 führen.

Trotz dieser Relikte entwickelt sich auch in Deutschland die wesentliche Bedingung, die Voraussetzung für den Übergang in das imperialistische Stadium ist:
die "friedliche" Durchdringung (so Lenin) aller ökonomischen Sektoren wie des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch das Kapital auf den Territorien, die es nun erst wirklich zum Deutschen Reich zusammenschweißt.

"Es ist außerordentlich wichtig dabei zu beachten" schreibt Lenin (- 1 - 1o2/3), "daß dieser Wechsel (vom "friedlichen" zum imperialistischen Stadium - IK.) durch nichts anderes herbeigeführt worden ist als durch die unmittelbare Entwicklung, Erweiterung und Fortsetzung der dem Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt zutiefst innewohnenden Tendenzen. Zunahme des Austauschs, Zunahme der Großproduktion - das sind die Grundtendenzen, die seit Jahrhunderten durchweg in der ganzen Welt zu beobachten sind. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe ..., führte der Austausch zu einer solchen Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und Internationalisierung des Kapitals, nahm die Großproduktion einen derartigen Umfang an, daß an die Stelle der freien Konkurrenz das Monopol zu treten begann. Typisch wurden nun nicht mehr die - innerhalb eines Landes und i n d e n B e z i e h u n g e n z w i s c h e n d e n L ä n d e r n - "frei" konkurrierenden Unternehmungen, sondern die monopolistischen Unternehmerverbände, die Trusts. Zum typischen "Herrscher" der Welt wurde nunmehr das Finanzkapital, ..., das sich besonders leicht konzentriert und bereits besonders stark konzentriert hat, so daß buchstäblich einige hundert Milliardäre und Millionäre die Geschicke der ganzen Welt in ihren Händen halten."

Diese, die Produktionsverhältnisse umwälzende kapitalistische Durchdringung aller Sektoren der gesellschaftlichen Produktion hat ihre ökonomische Basis in der stürmischen Eigendynamik des kapitalistisch - industriellen Sektors, die sich im Strukturwandel des ökonomischen Gefüges manifestiert.

Dieser Wandel zeigt sich in der Angleichung der Arbeitskräftezahl des industriellen Sektors an die des landwirtschaftlichen um 189o/95 und im deutlichen Vorsprung der Industrie, der für 19o7 statistisch konstatiert ist. Beim Nettosozialprodukt ist ein noch größerer Vorsprung für 191o/13 festgehalten (siehe Tab. 4 d). Wagenführ (R. - 1 - 7) nimmt das Gleichziehen des Produktionswertes für Industrie und Landwirtschaft für 188o/9o an. Beim Kapitalstock ist ca. 189o ein Gleichziehen, um 19oo ein deutlicher Vorsprung von Industrie + Handwerk + Eisenbahn gegenüber der Landwirtschaft abzulesen (siehe Tab. 5).
Nach wie vor aber nimmt die erwerbstätige agrarische Bevölkerung absolut zu (hier setzt der Wendepunkt erst 1925 ein), während sie relativ abnimmt und die

von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung sich auch absolut verringert:

erwerbstätige agrar. Bevölkerung							
	188o	1882	189o	1895	191o	1925	1935
% aller Erwerbstätigen	42.3	42.2	36.4	36.2	34.o	3o.5	28.9
Mill.	7.14	-	7.18	-	8.56	9.76	9.34

(Bičanić, R. - 1 - I58)

	1882	1895	19o7	Quelle
von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung in Mill.	19.2 18.7	18.5 17.8	- 16.9	Kautsky Sombart
LNF in Mill.ha	31.9	32.5	31.8	Kautsky + Sombart
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Mill.	5.27	5.55	5.73	Sombart

(Kautsky, K. - 1 - I32)
(Sombart, W. - 1 - 357)

Auch die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt bis 1895 noch zu, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sogar noch darüber hinaus.

Daraus ist zu schließen, daß die kleinmaßstäblich hauptsächlich auf Selbstversorgung angelegte Landwirtschaft nicht nur nicht überwunden, sondern neu produziert wird, während Deutschland in die vorderste Reihe der großen Industrienationen tritt, in denen die Landwirtschaft bereits kapitalistisch umgestaltet ist.

D. h., es wird besonders im Verlauf dieser Betrachtung zu klären sein, inwieweit die Beziehungen zwischen Stadt und Land, wie sie in dieser Zeit in Deutschland bestehen, von allgemein kapitalistischer Gültigkeit sind. Die besondere Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung von Stadt und Land ist bereits ersichtlich. Ergibt sich daraus nun eine g r u n d s ä t z l i c h und b l e i b e n d andere räumlich - strukturelle Entwicklung? Tritt nur eine Zeitverzögerung in der Durchsetzung gleicher räumlicher Entwicklungstendenzen ein, wie sie in England und den USA zu der Zeit schon vorhanden sind? Ist die spätere Fortentwicklung überhaupt um 1914 bereits entschieden?

Zur letzten Frage ist jetzt schon zu sagen, daß um 1914 das imperialistische Stadium mit seinen Tendenzen zur Vergesellschaftung wie zur Konkurrenz im größeren Maßstab noch in seiner Anfangsphase ist und folglich noch räumliche Verteilungsformen des gesellschaftlichen Reichtums vorherrschen müssen, die der konkurrenzkapitalistischen und vorkapitalistischen Zeit angehören - entsprechend der den materiellen Produktionsbedingungen eigenen Resistenz.
E s i s t a l s o a n z u e r k e n n e n, d a ß d i e B e z i e h u n g e n z w i s c h e n S t a d t u n d L a n d i n d i e s e r P e r i o d e n i c h t s c h e m a t i s c h f ü r d i e BRD h e u t e g e l t e n k ö n n e n.

	Bevölk.-zahl in Mill.	Bevölk.-wachstums-rate pro Jahr	marginaler Kapital-koeffizient	durchschn. Brutto-Reallöhne 1900=100	reales Pro-Kopf-Einkommen in Mark *	Entwicklung der Industrie-Produktion		
						A + B	A	B **
1861/70-1871/80	.....	.....	4.6(4)					
1868 -78	.....	.....	.....	79(5)	.....	21	16.5	34.5(5)
1871 ..	41.0(1)	0.57(3)						
1871/75	.....	.....	.....	.....	352(6)			
1875 ..	42.7(1)	1.20(3)						
1871/80-1881/90	.....	.....	5.9(4)					
1876/80	.....	.....	.....	.....	401(6)			
1879 -86	.....	.....	.....	84(5)	.....	29	25	40.5(5)
1880 ..	45.2(1)	1.02(3)						
1881/85	.....	.....	.....	.....	465(6)			
1885 ..	46.9(1)	0.80(3)						
1881/90-1891/1900 ..	.....	.....	4.7(4)					
1886/90	.....	.....	.....	.....	513(6)			

Tab. 4 b

	Bevölk.-zahl in Mill.	Bevölk.-wachstums-rate pro Jahr	marginaler Kapital-koeffizient	durchschn. Brutto-Reallöhne 1900=100	reales Pro-Kopf-Einkommen in Mark *	Entwicklung der Industrie-Produktion		
						A + B	A	B **
1887 -94	.....	.....	.....	92(5)	.....	40	34.2	55.7
1890 ..	49.4(1)	1.08(3)						
1891/95	.....	.....	.....	.....	555(6)			
1895 ..	52.3(1)	1.29(3)						
1891/1900-1901/10	.....	.....	6.0(4)					
1894-1902	.....	.....	.....	97(5)	.....	58	53.4	71.5(5)
1896/1900	.....	.....	.....	.....	626(6)			
1900	56.4(1)	1.44(3)	.....	100(5)				
1901/05	.....	.....	.....	.....	603(6)			
1905	60.6(1)	1.41(3)						
1903-09	.....	.....	.....	100(5)	.....	80	77.9	84.6(5)
1906/10	.....	.....	.....	.....	686(6)			
1909-14	.....	.....	.....	100(5)	.....	93***	90	92. (5)

Tab. 4 c

	Bevölk.-zahl in Milll.	Bevölk.-wachstums-rate pro Jahr	marginaler Kapital-koeffizient	durchschn. Brutto-Reallöhne 1900=100	reales Pro-Kopf-Einkommen in Mark *	Entwicklung der Industrie-Produktion		
						A + B	A	B**
1910	64.9(1)	1.34(3)						
1911/13	.....	.....	.....	.....	728(6)			
1913	67.0(2)	0.65(3)						

* Schätzwerte ausgehend von Großhandelspreisindices und der Bedarfsstruktur des "Durchschnitts"haushalts
** A = industriell gefertigte Produktionsmittel
B = industriell gefertigte Konsummittel
*** 1909 - 13

(1) Statistisches Bundesamt - 1 -
(2) Voigt, F. - 1 -
(3) Hoffmann, W.G. - 1 -
(4) Bićanić, R. - 1 -
(5) Kuczynski, J. - 1 -
(6) Hoffmann, W.G. - 2 -

Tab. 4 d

	landwirtsch. Erwerbstätige in Mill.	% der Erwerbstätigen * in		% des NSP ** (in Preisen von 1913 in		% der Bevölkerung in	
		Landwirtschaft	Ind. + Handw.	Landwirtschaft	Industrie	Land 2000E	Stadt 2000 E
1870							
1871	.....	.....	.....	.....	.....	63.9(7)	36.1(7)
1870 -74	.....	.....	.....	37.9(2)	31.7(2)		
1875	.....	.....	.....	.....	.....	60.9(8)	39.1(8)
1880	7.14(4)	.....	.....	.....	.....	58.6(7)	41.4(7)
1882	.....	42.2(8)	33.8(8)				
		(40.0	35.0)				
1890	7.18(4)	.....	.....	.....	.....	53.0(7)	47.0(7)
1895	.....	36.3(8)	37.8(8)				
		(33.6	38.9)				
1900	.....	.....	.....	.....	.....	45.7(7)	54.0(7)
1907	.....	34.0(8)	39.1(8)				
		(27.1	40.7)				
1910 -13	.....	.....	.....	23.4(2)	44.6(2)		

* Landwirtschaft + Industrie u. Handwerk + Tertiärsektor = 100; in Klammern: Berufszugehörige in % der Gesamtbevölkerung

** Nettosozialprodukt

(7) Schmoller, G. - 1 -
(8) Statistisches Reichsamt - 1 -

Tab. 5

	% Anteil am Kapitalstock (in Preisen von 1913)						Struktur des Kapitaleinkommens in %		Struktur der Nettoinvestitionen in % (in Preisen von 1913)			
	LW			G	E	G+E						
			"Rendite" in %				G+E+P	G+E+P				
		LW	LW						LW	G	E	G+E
1870 / 74	42.7	36.5	3.6	17.3	8.3	25.6	6.5	46.5	10.3	32.6	23.8	56.7
1875 / 79	38.8	29.3	3.1	17.1	10.4	27.5	6.5	46.1	10.8	10.6*	25.5	36.1*
1880 / 84	35.7	35.2	4.9	18.0	11.4	29.4	6.7	41.5	11.5	37.5	13.5	50.0
1885 / 89	33.1	31.8	4.7	21.1	10.9	22.0	6.9	45.3	13.8	45.3	5.7	51.0
1890 / 94	30.1	36.0	6.6	23.4	10.4	33.8	6.8	42.0	11.5	34.0*	6.7	40.7*
1895 / 99	27.1	30.5	6.3	26.9	9.8	36.7	7.2	48.1	9.0	54.5	5.9	60.4
1900 / 04	24.5	26.2	5.8	29.5	9.3	38.8	6.9	52.3	11.3	36.1*	7.8	43,9*
1905 / 09	22.4	29.4	7.3	31.4	9.1	40.5	6.9	50.7	10.0	43.2	8.4	51.6
1910/ 13	21.1	29.0	7.7	32.8	9.0	41.8	7.0	51.5	13.9	42.9	7.9	50.8

* Jahre, in denen die geringe Investitionsfähigkeit in der Industrie zu verstärkter Investition im städtischen Wohnungsbau führte.

(Hoffmann, W.G. - 1 - 44,100,102,143)

2. Hauptzüge der industriellen Entwicklung

Der Übergang zum monopolistischen und dann imperialistischen Stadium des Kapitalismus hat nach dem Lenin'schen Zitat im wesentlichen Zunahme des Austauschs und der Großproduktion zur Voraussetzung. Infolgedessen sind die drei Voraussetzungen der Produktion im großen Maßstab

a. - technische Fortschritte
b. - Wachstum der industriellen Produktion
c. - Konzentration der industriellen Produktion herauszuarbeiten

wie d. - die daraus folgende Monopolisierung

und e. - die Ausweitung des Binnenmarkts unter kapitalistischen Bedingungen

zu 2.a

Die Bedeutung der technischen Fortschritte ist vielfach behandelt worden, es genügt einiges uns Wichtige zusammenzufassen. Mandel (E. - 1 - 4o2 ff.) stellt die Bedeutung der Erschließung neuer Energiequellen voran und sieht die Basis dieser "zweiten industriellen Revolution" in der technischen Revolutionierung der Antriebsmaschinen. Engelberg (E. - 2 - 36 ff.) betont mehr die technische Revolutionierung der stofflichen Basis; die quantitative und qualitative Steigerung in der Stahlproduktion als Ausgangsbasis hochentwickelter Werkzeug- und Antriebsmaschinen ("Stahlzeitalter"). Für ihn ist es "die innere Dialektik der Technik", die ein engmaschiges System der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen der Produktion schafft. Mit beiden ist übereinzustimmen, daß die technischen Neuerungen von umwälzender Bedeutung für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung sind.

So sagt auch Engels (F. - 1 -): "Der Dampf und die neue Werkzeugmaschine ... revolutionierten... die ganze Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft." Und Marx (K. - 5 - 155): "Gerade diese industrielle Revolution aber ist es, die ... eine wirkliche Bourgeoisie und ein wirklich großindustrielles Proletariat erzeugt ... hat." Sie bezeichnen als das Revolutionäre der technischen Instrumente die ihnen innewohnende g e s e l l s c h a f t l i c h e Kraft; diese aber ist nicht die Folge einer "inneren Dialektik der Technik", sondern die der K a p i t a l e i g e n s c h a f t d e r P r o d u k t i o n s m i t t e l, die auf der Herrschaft der vergegenständlichten Arbeit über die lebendige beruht. Die Dialektik des K a p i t a l s, "die treibende Kraft der sozialen Produktionsanarchie" ist es, sagt Engels (F. - 1 - 255), "die die unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie mehr und mehr zu vervollkommnen, bei Strafe des Untergangs."

So und nicht anders setzt sich die industrielle Revolution in Deutschland durch; und wenn sie es mit außerordentlicher Ungleichmäßigkeit in den einzelnen Gebieten tut, so nicht etwa weil gebietsweise Branchen vorherrschen, für die noch keine industriellen Fertigungstechniken bestehen, sondern weil ihrer Anwendung und mithin der Durchsetzung des Zwangsgebots unterschiedlich große gesellschaftliche Widerstände entgegenstehen. In der g l e i c h e n Branche, im g l e i c h e n Fertigungsprozeß mögen in städtischen Industriebetrieben die modernsten Techniken zur Anwendung kommen, während auf dem Lande die Handarbeit vorherrscht - wie im Folgenden zu zeigen und in seinen Ursachen zu erklären sein wird. Hier interessiert zunächst, daß das wichtigste Kriterium der industriellen Revolution, die Ersetzung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit ein bedeutendes regionales Differenzierungsmerkmal ist.

Die Ungleichmäßigkeit besteht auch nach 187o fort, als sich bereits die Monopolisierung der Großindustrie durchzusetzen beginng.

zu 2.b

Auf der einen Seite steht die relative Bedeutungszunahme des Großbetriebs:

Deutsches Reich
Beschäftige Personen (in Mill.) nach Betriebsgrößenklassen

Personen/Betrieb	1882		1895		19o7	
	Zahl	% *	Zahl	% *	Zahl	% *
51 - 2oo	o.7o	11.8	1.36	17.o	2.18	2o.1
2o1 - 1ooo	o.64	1o.8	1.11	13.9	1.88	17.3
> 1ooo	o.21	3.7	o.43	5.4	o.88	8.1

* % aller gewerblich Beschäftigten

(Sombart - 1 - 5o5)

Die Bedeutungszunahme des Großbetriebs ist noch größer als diese Zahlen ausweisen. Lenin (- 1 - 2oo) errechnet für die Großbetriebe mit mehr als 5o Beschäftigten für 19o7 einen Anteil an der Gesamtbetriebszahl von o.9 % und einen Anteil an der gesamten Dampf- und Elektrizitätskraft von 75 % (nach unserer folgenden Tabelle sogar nur o.7 %).

Auf der anderen Seite steht die Resistenz des Kleinbetriebs:

Deutsches Reich
Verteilung der Betriebe und Beschäftigten (in %) auf die Betriebsgrößenklassen

Personen/Betrieb	1882		1895		19o7	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
≤ 5	95.8	55.1	94.3	39.9	92.5	29.5
6 - 5o	3.8	18.6	5.2	23.8	6.8	25.o
≥ 51	o.4	26.3	o.5	36.3	o.7	45.5
	1oo	1oo	1oo	1oo	1oo	1oo

(Sombart - 1 - 5o5
Sombart - 2 - 15
Stat.Reichsamt - 1 - 1o3)

Auf diese mehr als 99 % aller Betriebe entfällt also nur ein Viertel der Antriebsenergie. D. h., wo der Kleinbetrieb regional vorherrscht, ist aus doppeltem Grunde (fehlende innerbetriebliche Kombination der Arbeit, fehlende Anwendung von Kraftmaschinen) die Arbeit weniger produktiv.

Die industrielle Konzentration zeigt sich in diesen Statistiken als langwieriger, aber unaufhaltsamer Prozeß. Die Vielzahl der kleinen Betriebe, das ökonomische Gerippe der vorangegangenen Periode, hat keineswegs abgewirtschaftet.

zu 2.c

Der Anteil der Industrieproduktion am gesamten Nettosozialprodukt wächst von 31.7 % im Durchschnitt der Jahre 187o/74 auf 44.6 % im Durchschnitt der Jahre 191o/13 (Tab. 4 d). * Der Gesamtzuwachs der industriellen Produktion in den Jahren 187o - 1913 ist wesentlich größer als in der längeren Periode 18oo - 187o (Tab. 4a+b). Damit wird auch das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion von der industriellen bleibend überflügelt.

Engelberg (E. - 2 - 289) gibt für die Erweiterung der industriellen Produktion folgende Zahlen:

186o - 7o rd. 2.7 % jährlich,
187o - 8o rd. 4.1 % " ,
188o - 9o rd. 6.4 % "

Als erste und wichtigste Ursache dieser Dynamik ist das steigende gesellschaftliche Bedürfnis an Produktionsmitteln in Deutschland anzusehen. Es erklärt sich aus:

1. der fortschreitenden Steigerung der Mehrwertproduktion im industriellen Sektor mit der Folge zunehmender Profitmasse zur Erweiterung der Produktion,
2. dem Effekt der Verbilligung der Produkte durch Einsparung von Arbeitskraft (187o - 8o absolutes wie relatives starkes Fallen der Preise für Produktionsmittel; danach weiter relatives Fallen),
3. der notwendigen Ausweitung des Konsummittelsektors mit der laufenden Neueingliederung von Arbeitskräften in den industriellen Sektor, was einen wachsenden Bedarf an Produktionsmitteln für den Konsummittelsektor mit sich bringt,

* dabei ist das NSP von Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor gleich 1oo gesetzt

4. den besonderen Stimuli, die der Ausbau des Eisenbahnnetzes setzt.

Die zu Beginn dieser Periode aus Frankreich einströmenden Milliardenbeträge haben dabei beschleunigende Funktion.

Die qualitative Veränderung der deutschen Wirtschaft durch die relative Bedeutungszunahme der Produktionsmittelabteilung wird durch folgende Zahlen deutlich:

	Beschäft. Personen (%)			Kraftmaschinenleistung (%)		
	1875	1895	19o7	1875	1895	19o7
Pm	35	41.6	48.4	65	57.9	69.o
Kraftstoffe	4	4.2	5.7	2o	15.6	25.2
Grundstoffe	11	12.4	13.6	39	35.6	33.1
Km	65	58.4	51.6	35	42.1	31.o
Nahrung	13	12.9	11.7	12	2o.7	13.o
Bekleidung	36	29.3	23.5	19	15.8	1o.5

(Stat. Reichsamt - 1 - 111)

Noch 187o ist die Produktion der Konsummittelabteilung mehr als doppelt so hoch wie die der Produktionsmittelabteilung, 1875 noch doppelt so hoch, in den 9oer Jahren gewann letztere ein deutliches Übergewicht (Engelberg, E. - 2 - 54).

Zunehmende (branchenmäßige wie regionale) Arbeitsteilung lassen das Transportvolumen noch schneller als das Produktionsvolumen ansteigen.

Aufgrund der technischen Möglichkeiten in der produktiven Verwertung von Stahl und Kohle (Erschließung tiefliegender Kohleflöze, Ansreifen von Metallurgie und Stahlverarbeitung, Umsetzbarkeit der Erkenntnisse der Mechanik im Maschinenbau, Ausnutzung

der Dampfkraft) liegt auch weiterhin die Lösung des Transportproblems im Ausbau der Eisenbahn. Denn die Montanindustrien haben bei großen Fortschritten in der Arbeitsproduktivität, zunehmender Konzentration der Produktion und hohem Produktionsvolumen nicht nur im industriellen Sektor eine überragende Stellung in der Kapitalbildung, sondern wirken auch zunächst besonders attraktiv auf die Kapitalanlage *).

3/4 aller Transporte erfolgen mit der Eisenbahn, das Eisenbahnnetz wächst von ca. 3o ooo km in den 7oer Jahren auf fast 5o ooo km im Jahre 19oo (Engelberg, E. - 2-29o).

Daß die Herstellung von Transportmitteln eine strategisch wichtige Rolle im Wachstum des industriellen Produktionsvolumens einnimmt, erklärt sich aus den Bedingungen der räumlichen Arbeitsteilung, wie sie durch die unter den Punkten 1.1.1 und 1.1.2 in diesem Kapitel dargestellten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Industrialisierung gegeben sind: die Bindung der Wachstumsbedingungen der gesellschaftlichen Produktion an das vorrangige Wachstum der Produktionsmittelabteilung, macht schließlich auch die räumliche Abtrennung dieser Abteilung von den allgemeinen Lebensbedingungen erforderlich und macht die Standortverteilung der Industrie überhaupt erst zur Verwertungsfrage. So erklären sich Transportvolumen und Verkehrsnetz aus diesen Bedingungen der kapitalistischen Industrialisierung.

Ein weiterer Faktor, der dem steigenden gesellschaftlichen Bedürfnis an Produktionsmitteln zugrundeliegt, ist die Rüstungsproduktion. Ihr Ursprung: die Unvermeidbarkeit, mit der Herrschaft des Kapitals über die nationalen Grenzen hinauszutreten, um

*) die AG. als Hauptform der Kapitalzentralisation beschränkte sich bis 1871 im wesentlichen auf Eisenbahnen, Montanindustrie und Versicherungen

von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung im Weltmaßstab maximal zu profitieren. Wenn auch die koloniale Annexionspolitik erst in den 188oer Jahren akut wird, so geht doch das Deutsche Reich formal aus einem kapitalistischen Raubkrieg hervor und ist inhaltlich das Produkt des rasch expandierenden nationalen Kapitals.

Dieser Wandel des gesellschaftlichen Bedürfnisses an Industrieprodukten spiegelt sich statistisch 1. in den unterschiedlichen Wachstumsraten der einzelnen Branchen und 2. in der Veränderung der industriellen Produktionsstruktur wider:

Wachstumsraten der (wertmäßigen) Produktion in Industrie und Handwerk 187o - 1913

(1868 - 1913)	9.7	Gas, Wasser, Elektrizität	
	6.3	Stahlerzeugung	
(1872 - 1913)	6.2	Chemische Industrie	
	5.9	Roheisenerzeugung	
	5.3	Metallverarbeitung	
(1872 - 1913)	3.7	Steine u. Erden	
	3.7	Industrie und Handwerk insgesamt	
	3.1	Holzverarbeitung	
	2.7	Nahrungs- und Genußmittel	
	2.7	Textilindustrie	
	2.5	Lederverarbeitung u. Bekleidung	

(Hoffmann, W. G. - 1 - 63)

Veränderung der industriellen Produktionsstruktur (ohne Bergbau) - ausgewählte Branchen -							
	alle Branchen	Metall-erzeugung	Metall-verarbeitung	Chemie	Textil	Leder	Nahrungs- u. Genuß-mittel
1861	1oo	3.15	12.3	-	15.5	23.71	24.71
1882	1oo	4.22	13.21	4.o5	13.41	2o.46	2o.65
19o7	1oo	5.3o	17.87	5.77	8.58	13.16	18.21

(Hoffmann, W. G. - 1 - 39o)

Hinter diesen Zahlen verbergen sich tiefe Eingriffe in das Gefüge der Gesellschaftsstruktur:

1. Da das der Industrie zur Verfügung stehende Kapital schneller zunimmt als die Zahl der Industriebeschäftigten, gewinnen die industriellen Arbeitsplätze durch zunehmende Kapitalausstattung eine andere Qualität: Mechanisierung der Arbeit, Arbeitsteilung und Konzentration sind wesentliche materielle Grundlagen der Homogenität der Arbeiterklasse.

2, Die Proportionen in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verschieben sich.

3. Der produktive gesellschaftliche Reichtum vermehrt sich schneller als die Bevölkerung (dafür ist da Bevölkerungsvermehrung bei stetiger Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens wie in Tab. 4b ausgewiesen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der

Veränderung der Produktionsstruktur ein Anhaltspunkt).

zu 2.d

Die dem industriellen Aufschwung der Gründerjahre folgende Krise von 1873 bringt die erste Konzentrationswelle, vor allem bei Kohle und Roheisen im industriellen Sektor und bei den Banken im Finanzsektor. Die Krise ist allerdings nur der Anlaß, dahinter liegen ursächlich die Vorgänge der europäischen Industrialisierung, die von über die nationalen Grenzen hinausgreifender gesellschaftsprägender Kraft sind und auf neue gesellschaftliche Organisationsformen, zunächst auf ökonomischer Ebene, drängen. Dieser Vorgang manifestiert sich am einschneidensten auf der Ebene der internationalen Warenpreise. Die Preise für Industriewaren zeigen aufgrund der relativ ungestörten Konkurrenz der auf dem Weltmarkt vorstoßenden nationalen Produzenten eine rapid fallende Tendenz, die nicht nur der Einsparung von Produktionskosten gemäß steigender Arbeitsproduktivität entspricht. Partiell fallen die Preise sogar darunter, da sich die nationalen Produzenten durch Unterbieten einen Marktanteil zu sichern suchen, der ihnen volle Ausschöpfung der Großproduktion sichert.

Fördert dies einerseits den Übergang zu noch rationelleren Produktionsmethoden mit Hilfe von Maschineneinsatz und Konzentration und erhöht den Bedarf an Fremdkapital, so erzwingt es andererseits Preisabsprachen zur Sicherung der Profite über die nationalen Grenzen hinaus.

Mit der Aufgabe, die im Reich vorhandenen kleinen und größeren Kapitalien zu zentralisieren und nach dem veränderten gesellschaftlichen Bedürfnis den einzelnen Industriebranchen zuzuführen, erhält das F i n a n z k a p i t a l als über dem I n d u s t r i e k a p i t a l stehende neue Form des Kapitals zunehmende

Macht mit gesamtgesellschaftlicher Wirkung. Gleichzeitig leiten die ersten großmaßstäblichen Preisabsprachen die Herausbildung produktionsbezogener Monopolverbände ein.

Eine schrittweise Veränderung vollzieht sich, die in den 189oer Jahren für Deutschland den qualitativen Sprung in die Epoche des Imperialismus bringt. Die Zahl der Monopolverände steigt von 4 im Jahre 1865 über 8 im Jahre 1875 auf 9o im Jahre 1885 (Kuczynski, J. - 1 - 17). Diese Zahlen wie auch der wertmäßige Ausdruck der von den Monopolverbänden kontrollierten Produktion zeigen dabei noch nicht das ganze Ausmaß der Veränderung. Wichtig ist, daß die für das industrielle Wachstum strategisch wichtigsten Branchen (Kohle-, Eisen-, Stahlproduktion, dann Elektro- und chemische Produktion) vollständig unter deren Kontrolle geraten. Um 19oo sind fast 5o % der Industrie monopolmäßig durchorganisiert, ohne die direkt davon abhängigen Industrien einzurechnen.

Damit verändern sich die gesellschaftlichen Bedingungen der Wertbildung zwar nicht grundlegend - nach wie vor bestimmt sich die Verwertung der Kapitale in Relation zum erzielbaren Durchschnittsprofit pro Kapitaleinheit - aber das freie Aus- und Einfließen der Kapitale in die Branchen mit stetiger Konkurrenz um produktionskosteneinsparende Neuerungen wird jetzt durch die Konkurrenz im größeren Maßstab, durch die zwischen den Monopolen ersetzt. Einerseits können durch großmaßstäbliche Organisation innerhalb der monopolistischen Vereinigungen rigoros die Produktionskosten unter den allgemein gültigen Produktionspreis gesenkt werden; andererseits verleitet die Ausschaltung der Konkurrenz dazu, den Marktpreis künstlich über dem Produktionspreis zu halten und Produktivitätsfortschritte über längere Zeiträume zu verhindern. Da diese Veränderungen in der Preisbildung nichts am Wesen des Prozesses verändern, dürfte auch in Bezug auf den Wertbildungsprozeß weiterhin gelten, daß die größeren Profite der Monopolindustrien nicht auf W e r t -

t r a n s f e r (im weiter vorn beschriebenen Sinne) beruhen.

Stimmt diese Annahme (es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, hier die Analyse zu leisten), dann kann die Konzentration der profitträchtigen Monopolindustrien in den großen Zentren und die Zerstreuung der weniger einträglichen "freien" Industrien über das Land n i c h t als Bestandteil einer "A u s b e u t u n g d e s L a n d e s d u r c h d i e S t a d t" verstanden werden. Aber wenn auch kein Werttransfer nachweisbar ist, so ist immerhin noch die Tatsache, warum die einen Industrien sich überwiegend hier, die anderen überwiegend dort herausbilden, noch zu erklären (was aber an andere Stelle gehört).

zu 2.e

Die Ausweitung des Binnenmarktes geschieht unter der für den Kapitalismus typischen Bedingung der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelabteilung gegenüber der Konsummittelabteilung. Trotzdem aber wird das Übergewicht der Konsummittel nur langsam zurückgedrängt. Einen annähernden Überblick über den Anteil beider Abteilungen am Handelsvolumen vermittelt folgende Aufstellung von Hoffmann (, W.G. - 1 - 1o4/5):

Struktur der Verwendung des Nettosozialprodukts (in Preisen von 1913)					
	priv. Verbrauch	öffentl. Verbrauch	Nettoinvest.	Saldo der Leistungsbilanz	Summe (Mill.M)
187o/74	79.7	1o.9	8.3	1.1	1oo (18.7)
191o/13	74.o	15.5	9.1	1.4	1oo (5o.2)

Der einheitliche Binnenmarkt mit der Übereinstimmung von Maß und Gewicht wie auch Zollsätzen wird durch die Gründung des Norddeutschen Bundes 1866 und die Reichsgründung 1871 geschaffen. Nun könnte man auf den Gedanken verfallen, daß diese Ausdehnung des Markts Folge des Rückgangs des privaten Verbrauchs sei und damit abhängig von der besonders großen Armut - Konsumunfähigkeit der preußischen Landbevölkerung.

Daß dies nicht zutrifft, wurde im allgemeinen schon unter II. 1.1.2 erwähnt und soll noch einmal kurz zusammengefaßt werden:

1. Der Arbeitslohn in der Produktionsmittelabteilung hat zunächst die Form von Produktionsmitteln und muß in Konsummittel eingetauscht werden: ebenso ein Teil des Mehrprodukts für die Erweiterung der Produktionsmittelabteilung. Umgekehrt muß ein Teil der Konsummittel der Konsummittelabteilung in Produktionsmittel umgetauscht werden zur Erneuerung und Erweiterung der Produktionsanlagen.

2. Die unbezahlte Arbeit in der Produktionsmittelabteilung schafft einen Überschuß an Produktionsmitteln, mit dem die Arbeit in dieser Abteilung produktiv gemacht werden kann. Verändert sich nur die Leistung pro Arbeitseinheit, nicht aber der Lohnanteil, so werden relativ mehr Produktionsmittel für die Produktionsausdehnung gebraucht, weniger gegen Konsummittel eingetauscht.

D. h., der innere Markt wird zum einen vom notwendigen Austausch zwischen den beiden Abteilungen bestimmt; zum anderen von der Möglichkeit, auch den Überschuß an Produktionsmitteln zu realisieren. D. h. aber auch, daß die Ausdehnung der unbezahlten auf Kosten der bezahlten Arbeit nicht die Realisationsmöglichkeiten des in der Produktionsmittelabteilung produzierten Mehrwerts verhindert, und daß man zur Erklärung der Realisation des Mehrwerts nicht des

äußeren Markts bedarf * oder umgekehrt: die Notwendigkeit der A u s d e h n u n g des Markts (bzw. des äußeren Marktes) kann nicht aus der Überproduktion von konstantem Kapital - Überproduktion von Produktionsmitteln erklärt werden. **

Diese Realisationsmöglichkeit des Mehrwerts durch größere Verwendung konstanten Kapitals ist der Hintergrund der raschen Steigerung der Produktivkraft in dieser Epoche des Kapitalismus.

Bleibt die Frage: wodurch erklärt sich die Notwendigkeit des äußeren Markts im Kapitalismus?

Der 1. Grund liegt in der Art und Weise, wie sich die gesellschaftlich notwendigen Proportionen der Produktion herstellen. Das Einfließen von Kapital in eine Branche stoppt erst, wenn das Sinken der Profite unter den Durchschnittsprofit signalisiert, daß über den gesellschaftlichen Bedarf hinaus produziert wurde. Es bedarf also immer wieder branchenspezifischer Krisen, um die Produktion bestimmter Waren auf ihren gesellschaftlich notwendigen proportionalen Anteil zu reduzieren,

"und welche Gründe könnten wohl die Kapitalisten, denen eine solche Krise droht, davon abhalten, einen äußeren Markt zu suchen?" (Lenin - 2 - 54)

Der 2. Grund liegt in der a l l g e m e i n e n Existenz von zuviel Kapital, d.h. in der r e l a t i v e n Überproduktion von Kapital, deren letzte Ursache nach Marx in der individuellen Konsumtionsbeschränkung zu sehen ist.

---

* siehe dazu: Lenin - 2 - 39,ff.

** siehe dazu: Marx - 2 - 524, ff.

Ein 3. Grund kann in der Notwendigkeit der Erweiterung der Großproduktion zur Senkung der individuellen Produktionskosten gesehen werden. Dies bringt unvermeidlich die Überschreitung der lokalen Grenzen (Lenin - 2 - 55). Dieser letzte Grund zeigt, daß das Kapitalverhältnis in seiner vollen Wirkung nicht ohne die historische Dimension erklärt werden kann, denn das Kapital selbst ist das Ergebnis eines historischen Prozesses.

Besondere Merkmale der Industrieproduktion im imperialistischen Stadium ab ca. 189o

Es sollen nur die für die Entwicklung der Raumstruktur wesentlichen Merkmale kurz hervorgehoben werden.

Die erste zyklische Weltwirtschaftskrise von 19oo - 19o2 leitet bei starkem Preisverfall und Produktionsrückgang eine neue Phase im Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß sowohl im Bankwesen wie in der Großindustrie ein. Bei letzterer stehen Elektro- und Chemieindustrie in vorderster Reihe.

Unter der Macht des mit dem Industriekapital verschmolzenen Finanzkapitals nimmt die Lenkung der Industrieproduktion neue Züge an:
bis 1913 sind 45 % der Stahlerzeugung und jeweils mehr als 2o % der Kohle- und Roheisenerzeugung unter der Kontrolle der von wenigen Großbanken gelenkten Industrieverbände. Mit Elektro- und Chemieindustrie sind dies die strategisch wichtigsten Industrien für die Unterordnung des gesamten nationalen Wirtschaftsprozesses unter die Monopolinteressen.

Dies ist die Grundlage der imperialistischen Expansion, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gewaltsam Vorteile auf dem Weltmarkt zu suchen und auf Kosten weniger ent-

wickelter Länder wirtschaftliche Vorteile zu erpressen. Das Drängen auf die Außenmärkte ist davon bestimmt, daß 1. die Massenproduktion nach den Dimensionen des Weltmarkts wesentlich lukrativer ist, als es die im Inneren möglichen Produktionsaufgaben sind und 2. die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte den fortgeschrittensten Ländern zur weiteren Stärkung ihrer Position verhilft; es ist also nicht so, daß es im Deutschen Reich nichts mehr zu "entwickeln" gäbe.

Dieses Expansionsbestreben der imperialistischen Wirtschaft wird von den Großbanken und dem Staat in jeder Hinsicht gefördert. Unter den Forderungen des Außenmarkts wird rückwirkend unter direkter Lenkung vom Finanzkapital und unter direkter Beteiligung des Staats die weitere Konzentration und Umorganisation der Industrieproduktion durchgesetzt.

Die Kräfte des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die den Drang zum Außenmarkt produzierten, werden nun rückwirkend unter den scharfen Konkurrenzbedingungen des Weltmarkts verstärkt: der Konzentrationsprozeß in Industrie wie Finanzkapital setzt sich beschleunigt fort. Dem Staat fallen zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion neue Aufgaben zu: dem Exportvolumen von 125 Mill. Mark der Chemie - und dem von 12o Mill. Mark der Elektroindustrie im Jahre 1913 gehen aus der Position der Stärke durchgesetzte Handelsverträge voraus. Der Rüstungsproduktion kommt eine neue Qualität zu: als Rückgrat der imperialistischen Politik wird sie zur unumgänglichen Voraussetzung des Wirtschaftswachstums. Dies nicht allein aufgrund ihres Produktionsvolumens, sondern ebenso zur Absicherung des auf weitere Expansion orientierten Auslandsengagements der Wirtschaft wie zur Absicherung der Herrschaft des Kapitals im Innern.

2.4.3 Hauptzüge der Entwicklung der ländlichen Produktionen mit der endgültigen kapitalistischen Emanzipation vom Agrarstatus

Die kapitalistische Durchdringung der landwirtschaftlichen Produktion ist einer der Hebel, der die Ablösung der ländlichen Produktionsstruktur als tragender Kraft der gesellschaftlichen Produktion bewirkt.

Soll der Bedeutungswandel der ländlichen Gewerbe, die Veränderung ihrer Existenzform, herausgearbeitet werden, wird dies nicht gehen, ohne die E n t w i c k l u n g der Landwirtschaft - E n t w i c k l u n g im Sinne von unwiederbringlicher gesellschaftlicher Veränderung - aufzuzeigen. Die Landwirtschaft von 1913 ist nicht mehr die von 187o, ihre gesellschaftlichen Aufgaben sind andere geworden, ihre Beziehungen zum gesellschaftlichen Produktionsprozeß sind andere. Entsprechend unterliegt das Verhältnis von "Stadt" und "Land" einem Formenwandel.

1. Die Landwirtschaft um 1873

Bis zu diesem Jahr zeigen die Agrarprodukte im allgemeinen steigende Preise (der bleibende Umschwung wird allerdings erst mit der 1875 durch die ausländische Getreidekonkurrenz ausgelösten Agrarkrise sichtbar). Mit dem industriellen Aufschwung setzen sich in der Landwirtschaft nach 1871 beschleunigt kapitalistische Wirtschaftsmethoden durch. Der sachliche Kapitalbestand kann sich bis 1873 stark vermehren. Durch die politische und ökonomische Stellung der Großgrundbesitzer im Staat bleibt die Veränderung allerdings begrenzt. Der Übergang von 1.646.121 Morgen Land aus den Händen der Bauern in die der Großbesitzer allein im preußischen Staat im Zuge der Agrar"reform" hat nicht wenig zur Erhaltung der Macht

der Großgrundbesitzer beigetragen. Hinzu kommt die ökonomische Schwächung der spannfähigen Bauern durch die Ablösung. So verringert sich die Zahl der Mittelbauern infolge der ungünstigen Bedingungen der Ablösung noch bis in die 7oer Jahre hinein, was zur Stärkung der Großbauern wie zur Vermehrung der besitzlosen landwirtschaftlichen Bevölkerung führt.

Die Polarisierung der Klassen auf dem Lande schafft sowohl die zur kapitalistischen Produktion notwendige Konzentration an Boden und Kapital wie auch die ebenso notwendigen faktisch besitzlosen Arbeitskräfte. Gerade in diesen Jahren, wo der kapitalistische Produktionssektor, die Industrie, an Organisiertheit und Stärke gewinnt, wird es dem Kapital besonders leicht, in die Landwirtschaft einzudringen und auf ihre Reproduktionsbedingungen einzuwirken.

Aber es wäre zu simpel, die Formenänderung der landwirtschaftlichen Produktion einfach aus der einseitigen Wirkung des Kapitals auf die Landwirtschaft zu erklären. Es bliebe unverständlich, warum die Landwirtschaft in der folgenden Phase zu einem Faktor werden kann, der dem industriellen Fortschritt selbst bedrohlich wird. Es wird darauf ankommen, Landwirtschaft und Industrie als Widersacher in einem historischen Prozeß zu begreifen. Die Landwirtschaft stellt die alte etablierte Ordnung dar, die Basis jener Rückständigkeit des Überbaus, die die industrielle Entwicklung hemmt, während sie zugleich Voraussetzung der Kapitalzirkulation des kapitalistischen Sektors ist.

2. Die relative Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie

Die Landwirtschaft soll zunächst vereinfachend in ihrer Funktion als Lebensmittelproduzent betrachtet werden und nur am Rande als Produzent von Rohstoffen für die Industrie. Als Lebensmittelproduzent ist sie der Konsummittelabteilung zuzurechnen und nimmt, soweit sie auf die Reproduktionskosten der industriellen Arbeitskraft einwirkt, Einfluß auf die Verwertung des industriellen Kapitals.

Betrachtet man das Budget der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere das der Masse der Arbeiter, so ist nur ein geringer Unterschied im Vergleich zur vorkapitalistischen Zeit festzustellen: nach wie vor nehmen die Essensausgaben den größten Teil ein - und innerhalb dieser wiederum die Ausgaben für Bodenprodukte. Folgen wir dem weitgespannten historischen Bogen, den Abel (W. - 1 - 23o ff.) zieht, so ist die Ernährung der gewerblichen Arbeiter in der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schlechter als im Spätmittelalter. Der Fleischverzehr fiel in diesem Zeitraum von 1oo kg auf weniger als 2o kg/Kopf. * Entsprechend hatte Getreide um 18oo einen Anteil von 53 % an der landwirtschaftlichen Produktion. Geht man von einer leichten Verbesserung in der Lebenshaltung durch das starke Fallen der Getreidepreise im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts aus, so kann unter Berücksichtigung der von Kuczynski (J. - 2 - 43, 44, 1o3) angegebenen Entwicklung der Reallöhne (er gibt für die Jahre 182o - 187o eine fallende Tendenz an) sich der Lebensstandard der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung von 18oo bis 187o nicht wesentlich verbessert haben. Kuczynski (J. - 1 - 172) kann im Vergleich mit den in Manufakturen um 18oo beschäftigten Arbeitern sogar eine Verschlechterung in der Ernährung der arbeitenden Bevölkerung am Ende des 19. Jahrhunderts feststellen.

---

* So wurden um 18oo ca. 45 % der Gesamtausgaben eines einfachen Arbeiterhaushalts für Brot und Mehl ausgegeben.

Bei der Ermittlung des Index der Lebenshaltungskosten geht Kuczynski (J. - 2 - 266) von einem Ausgabenanteil von 54 % für Bodenprodukte an den Lebensmittelausgaben für die Zeit von 1820 - 1870 aus. Das dürfte ein nicht viel geringerer Anteil als um 1800 sein. Auch der Anteil am Gesamtbudget scheint kaum höher als vorher zu liegen. Allerdings ist ca. ein Sechstel des Konsums an Brotgetreide durch die Kartoffel ersetzt. *

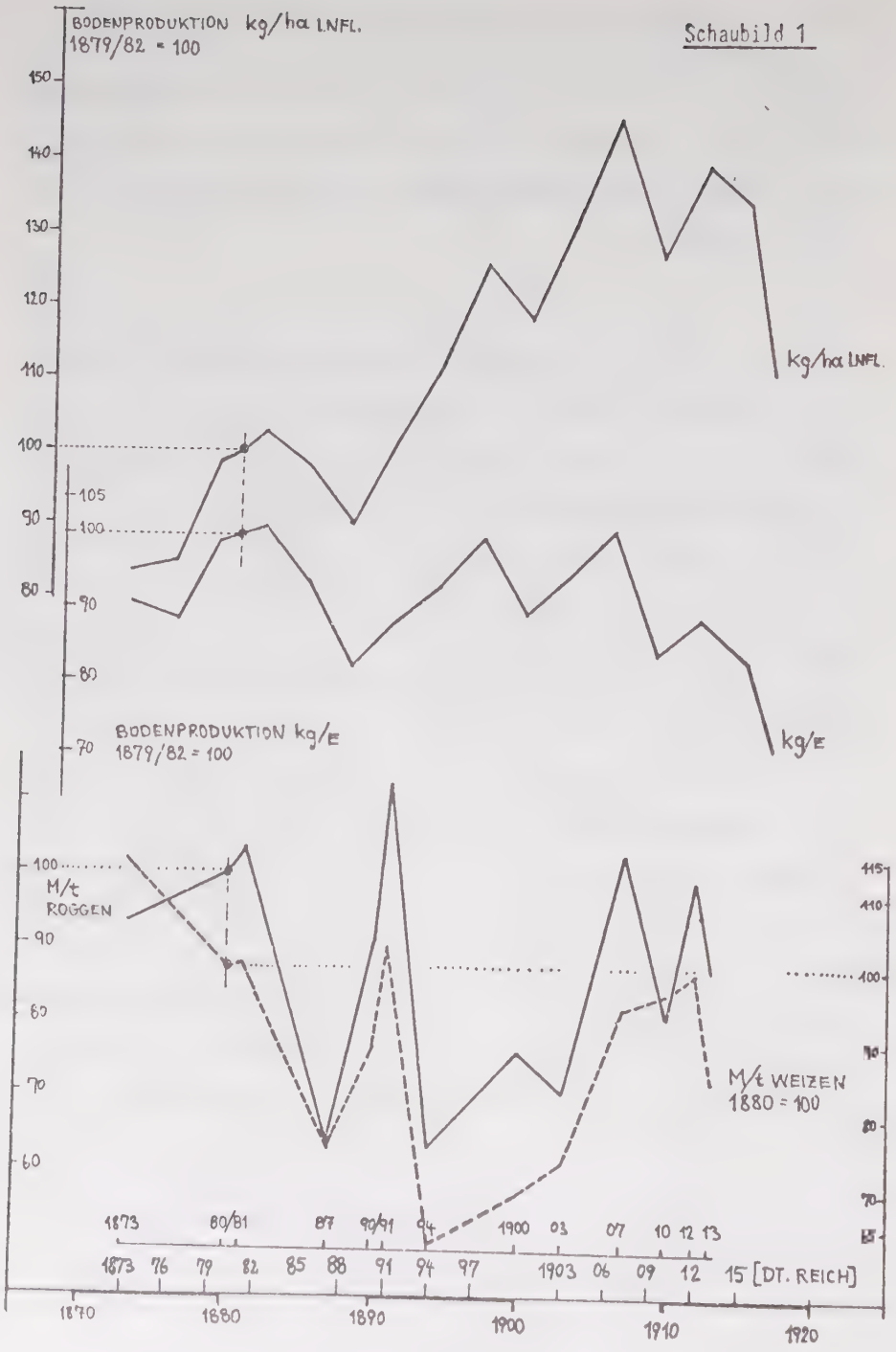
Während sich Ernährung und Lebenshaltung ab 1870 langsam bessern, bringt der Eintritt in die imperialistische Phase des Kapitalismus nach 1890 wieder ein Stagnieren der Reallöhne und ab 1900 ein Sinken (Tyszka, C.V. - 1 - 273 ff.). Kuczynski (J. - 1 - 172, 176) weist parallel einen erneuten Rückgang des Konsums von Fleisch wie Bodenprodukten nach (für die Bodenprodukte weist dies auch Schaubild -1 - nach). Allerdings steigen die Ausgaben für Putschmittel wie Kaffee, Tee, Branntwein, Bier, was allgemein als Zeichen zunehmender Verelendung anerkannt wird. Nach Finck v. Finckenstein (H. W. - 1 - Tab. 17 b, 48, 49) steht die Jahresproduktion von Vieh und Bodenprodukten 1873 (für Preußen alten Bestandes) in folgendem Verhältnis:

Großvieh (Ersatz und Verkauf)	849	Getreidewerte
Getreide (Ernte)	1143	"
Hülsenfrüchte (Ernte)	421	"

Im ganzen lässt sich sagen, daß die Bindung der Löhne an die Getreidepreise zum großen Teil fortbesteht, wie dies Schaubild - 2 - verdeutlicht, und daß die arbeitende Bevölkerung mit ihrer Lebenshaltung dem Agrarstadium weiter verhaftet bleibt.

---

* Die Kartoffel gewinnt dem Boden pro Flächeneinheit mehr Kalorien ab und verlangt weniger Arbeitsaufwand pro Kalorienmenge.


BODENPRODUKTION kg/ha LNFL.
1879/82 = 100
Schaubild 1
150
140
130
120
110
100
90
80
kg/ha LNFL.
105
100
90
80
70
BODENPRODUKTION kg/E
1879/82 = 100
kg/E
100
M/t
ROGGEN
90
80
70
60
115
110
100
90
80
M/t WEIZEN
1880 = 100
1873
80/81
87
90/91
94
1900
03
07
10
12
13
1873
76
79
82
85
88
91
94
97
1903
06
09
12
15 [DT. REICH]
1870
1880
1890
1900
1910
1920

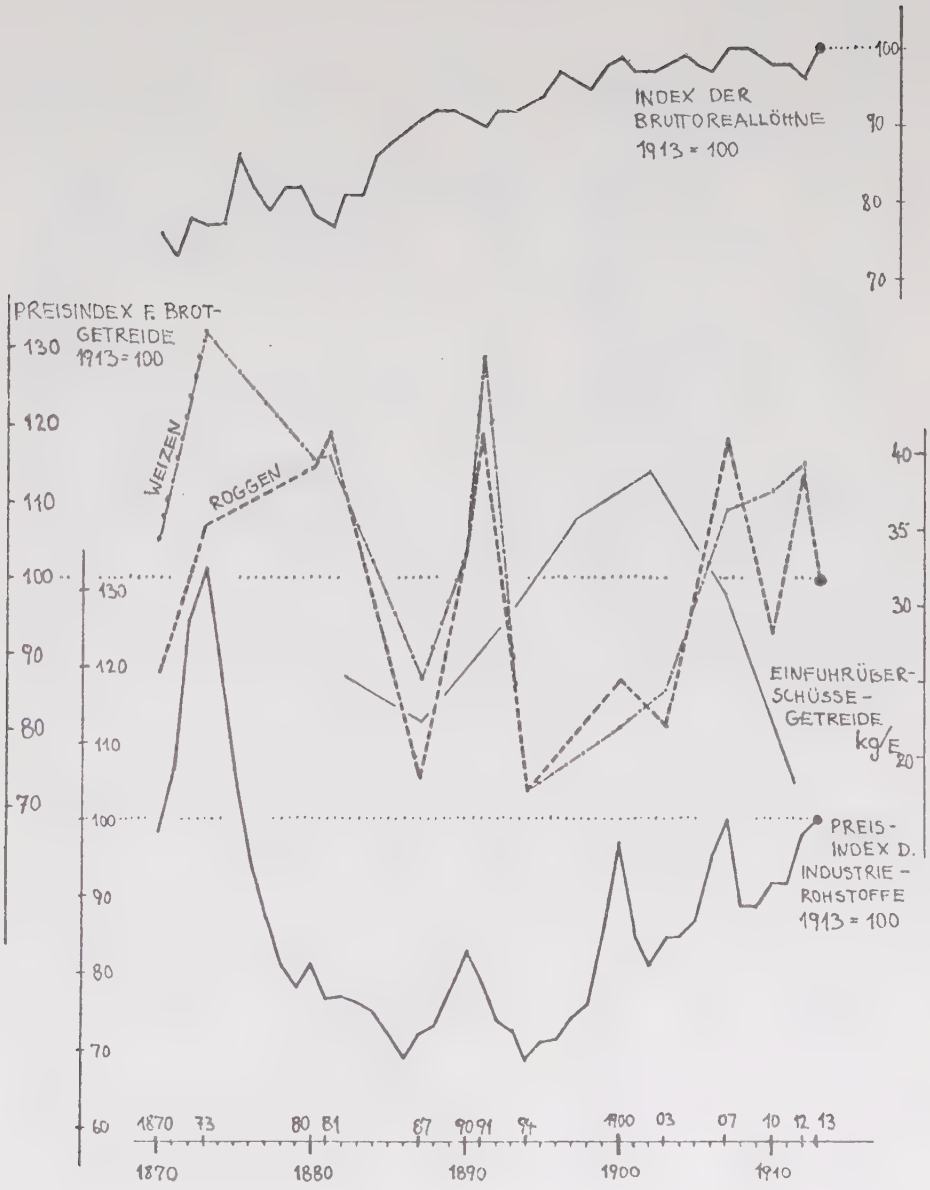
Bodenproduktion kg/ha LNFL 1879/82 = 1oo [1]	Bodenproduktion kg/E 1879/82 = 1oo [1]		Mark/t Roggen 188o = 1oo [2]	Mark/t Weizen 188o = 1oo [2]
83.3	9o.2	1873	1873 93.1	114.6
84.4	88.4	1876		
97.9	99.o	1879		
			188o 1oo	1oo
			1881 1o3.2	1oo.5
1o2.1	1o1.o	1882		
97.6	93.2	1885		
			1887 63.8	75.4
9o.1	82.2	1888		
			189o 9o.4	89.4
1o1.4	88.3	1891	1891 112.2	1o2.7
111.8	92.9	1894	1894 62.7	62.3
125.7	99.9	1897		
118.3	89.6	19oo	19oo 75.5	69.7
13o.8	94.5	19o3	19o3 7o.2	73.8
145.7	1oo.8	19o6		
			19o7 1o2.6	94.5
126.7	84.o	19o9		
			191o 8o.8	96.8
139.6	89.o	1912	1912 98.9	99.5
			1913 87.2	82.1
134.5	83.1	1915		

Quellen:

1) Finck v. Finckenstein, H. W. - 1 - Tab. 57 a

2) Indexwerte berechnet nach:
Haushofer, H. - Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter
Stuttgart 1963. S. 248
Stat. Jahrbuch f. d. Dt. Reich 1941/2. S. 36o
(Ausgangsangaben sind abgerundete Großhandelspreise; angegeben sind die Extremwerte)

Schaubild 2


INDEX DER
BRUTTOREALLÖHNE
1913 = 100
100
90
80
70
PREISINDEX F. BROT-
GETREIDE
1913 = 100
130
120
110
100
90
80
70
WEIZEN
ROGGEN
40
35
30
EINFUHRÜBER-
SCHÜSSE -
GETREIDE
kg/E
20
PREIS-
INDEX D.
INDUSTRIE -
ROHSTOFFE
1913 = 100
60
1870 73 80 81 87 90 91 94 1900 03 07 10 12 13
1870
1880
1890
1900
1910

Preisindex für Brotgetreide (1913 = 1oo) [1]			Preisindex für Industrierohstoffe (1913 = 1oo) [2]			Bruttoreallöhne [3]		
Weizen	Roggen							
1o5.3	87.2	187o	187o	98	1o6	1871	73	76	187o
132.3	1o6.7	1873	1872	126	133	1873	77	78	1872
			1874	119	1o4	1875	86	78	1874
			1876	94	87	1877	79	82	1876
			1878	81	78	1879	82	82	1878
115.3	114.6	188o	188o	81	76.6	1881	77	78	188o
115.9	118.9	1881	1882	76.8	76.1	1883	81	81	1882
			1884	75	72	1885	88	86	1884
86.6	73.8	1887	1886	69	72	1887	91	9o	1886
			1888	73	78	1889	92	92	1888
1o3.2	1o3.7	189o	189o	83	79	1891	9o	91	189o
118.5	128.7	1891	1892	74	72	1893	92	92	1892
72.o	72.o	1894	1894	69	71	1895	94	93	1694
			1896	71.5	74	1897	96	97	1896
			1898	76	86	1899	98	95	1898
8o.4	86.6	19oo	19oo	97	85	19o1	97	99	19oo
85.2	8o.5	19o3	19o2	81	84.5	19o3	98	97	19o2
			19o4	84.8	87	19o5	98	99	19o4
1o9.o	117.7	19o7	19o6	95	1oo.1	19o7	1oo	97	19o6
			19o8	88.7	88.7	19o9	99	1oo	19o8
111.6	92.7	191o	191o	91.9	91.5	1911	98	98	191o
114.8	113.4	1912	1912	98	1oo	1913	1oo	96	1912
1oo	1oo	1913							

Quellen:

1) Indexwerte berechnet nach:
Haushofer, H. - a. a. O. - S. 248
Stat. Jahrbuch - a. a. O. - S. 360

2) Stat. Jahrbuch - a. a. O. - S. 362

3) Kuczynski, J. - 2 - S. 173
(Bruttoreallöhne in Industrie und Landwirtschaft; zugrunde liegt Index der Lebenshaltungskosten zusammengesetzt aus Nahrungsmitteln und Miete)

Daher kann die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in bezug auf die industrielle m. E. durchaus an der Boden-, resp. der Getreideproduktion aufgezeigt worden (siehe Schaubild 1):

a. die Mengenebene -

Es zeigt sich, daß die einheimische Landwirtschaft ab 1879 nicht mehr in der Lage ist, den Pro-Kopf-Verbrauch an Bodenprodukten zu steigern. Da aber die Industrie weiterhin massenhaft Arbeitskräfte eingliedern muß und da die zunehmend intensive Ausbeutung der Arbeitskraft eine bessere Ernährung erfordert, heißt dies:

- entweder Nahrungsmittelimport
- oder stärkeres Durchsetzen des Kapitalismus in der Landwirtschaft.

Als Ursache des Zurückbleibens der Pro-Kopf-Bodenproduktion ergibt sich aus dem Schaubild die Stagnation in der Bodenproduktivität. Trotz Produktivitätssteigerung und trotz Verschlechterung der Ernährungslage von 1890 an, muß zunehmend Brotgetreide importiert werden: der Einfuhrüberschuß an Brotgetreide und Müllereierzeugnissen steigt von 25.1 kg/Kopf im Durchschnitt der Jahre 1880/84 kontinuierlich auf 38.8 kg/Kopf im Durchschnitt der Jahre 1900/04 (Statist. Reichsamt - 1 - 96). Obwohl 1909 - 12 der vorhergehende Produktivitätsabfall wettgemacht wird, ändert sich nichts an der schlechten Versorgungslage. Denn die Produktivitätssteigerung von 1887 liegt nur wenig über der des Jahres 1871, während die Industrieproduktion trotz Krise und abgeschwächten Wachstums nach 1873 ein deutlich höheres Niveau erreicht hat. 1875 gibt es 5.46 Mill. gewerblich beschäftigte Personen in Groß-, Mittel- und Kleinbe-

trieben ; mit Handel und Verkehr sind es 6.57 Mill. Beschäftigte (Statist. Reichsamt - 1 - 1o2, 1?1). 1895 sind es 8.o Mill., resp. 1o.26 Mill. Beschäftigte (Sombart - 2 - 14).

Das Unvermögen der Landwirtschaft, den gesellschaftlichen Bedarf zu befriedigen, muß als eine wichtige Ursache des gebremsten industriellen Wachstums bis Ende der 188oer Jahr angesehen werden. Ausgehend von der Tatsache, daß die Landwirtschaft um 186o noch einen Anteil von 6o % an der Sachgüterproduktion hat (Wagenführ, R. - 1 - 13), muß das Stagnieren der Landwirtschaft, das sich in fehlender Nachfrage nach Produktions- wie Konsummitteln ausdrückt, zu einer nicht zu unterschätzenden Beeinträchtigung des Binnenmarkts führen.

Zwei weitere Ursachen sind das Auslaufen der großen Eisenbahnbauwerke wie das Sinken der industriellen Warenpreise infolge der Produktivitätsfortschritte im Rahmen der europäischen Industrialisierung. Beides führt zum Absinken der Investitionsanreize. Als um 189o mit dem schnellen Wachstum der Zweige Chemie und Elektrotechnik wieder ähnlich steile Wachstumsraten wie bis 1872 in der Industrie zu verzeichnen sind, und als auch der Montansektor von dieser Konjunktur profitiert, kann, wie sich schon zeigte, der hemmende Einfluß der Landwirtschaft nur durch steigende Abhängigkeit von der ausländischen Agrarproduktion überwunden werden. Für Chemie und Elektroindustrie werden Export und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt so entscheidend, daß unter Caprivi eine radikale politische Wendung 189o - 4 vollzogen wird: über den Fortfall der Schutzzölle soll die Zwangsanpassung der Landwirtschaft erfolgen. Das Schaubild 1 zeigt den steilen Sturz der Getreidepreise.

Aber dies ist keine Lösung, der versäumte Fortschritt in der Landwirtschaft lässt sich mit dieser Radikalkur nicht erzwingen. Trotz der der Landwirtschaft

von außen breit zufließenden Kapitalmittel folgt phasenverzögert aber kausal abhängig wieder ein Absinken der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (siehe Schaubild 1). Dies leitet im Verein mit der Angst vor der politischen Radikalisierung den erneuten Kurs der Reaktion ein: die Hilfe für die "notleidende Landwirtschaft" zielt auf Konservierung ab. Deutschland findet nicht zum radikalen Industriekapitalismus, sondern bleibt politisch ein industrialisierter Agrarstaat. Kapitalexport und imperialistische Expansion, die sich als bequemer durchsetzbar als die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Ausweitung des Binnenmarkts erweisen, führen dennoch in die weitere wieder beschleunigte Industrialisierung.

b. die Preisebene -

Das Absinken der Erträge pro ha in der Phase 1879 - 88 beruht hauptsächlich auf dem zurückgehenden Kapitaleinsatz infolge verschlechterter Ertragslage bei sinkenden Getreidepreisen. Gleichbleibende Arbeitsintensität vorausgesetzt, muß auch die Arbeitsproduktivität sinken. Unter normalen Kapitalbedingungen müßten die Getreidepreise wieder zu steigen beginnen - und zwar auch relativ, da nun die sich weiterhin verbilligenden industriell gefertigten Produktionsmittel immer weniger Eingang in die Landwirtschaft finden und entsprechend weniger Kostenvorteile übertragen werden. Daß die Preise statt dessen absolut wie relativ zu den Industriepreisen sinken, liegt am großen Rückstand der Arbeitsproduktivität der deutschen Getreideproduktion gegenüber der Weltmarktkonkurrenz. Sie wären sicher noch stärker gesunken, wenn nicht die Schutzzollpolitik die Auswirkungen der internationalen Konkurrenz gemildert hätte, um einen radikalen Umbruch mit seinen von Bourgeoisie wie Feudaladel gefürchteten sozialen Folgen zu vermeiden. Wie sich schon zeigte, kann dieses politisch gesicherte Getreidepreisniveau, das

über dem des Weltmarkts liegt, die Industrie nicht langfristig befriedigen, da jedes Abwälzen der daraus entstehenden Kosten auf die Arbeiter die zur Intensivierung der Arbeit vorausgesetzte Ernährungsgrundlage schmälert, wie auch beim Stand der Klassenkämpfe nicht von vornherein als durchsetzbar erscheint.

Auf der anderen Seite ist das Getreidepreisniveau im Vergleich zu den Produktionskosten so niedrig, daß kein Anreiz besteht, die Anbauflächen auszudehnen und die Möglichkeiten zur Senkung der Produktionskosten kaum gegeben sind. So verhindern die Preise, das gesellschaftliche Bedürfnis an Getreide zu befriedigen.

Engelberg (E. - 2 - 289) gibt für 1879 - 1902 ein Ansteigen des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens um 30 % und ein Ansteigen des industriellen Produktionsvolumens um 95 % an. Wagenführ (R. - 1 - 13) errechnet eine durchschnittliche Zuwachsrate für die ganze Zeit von 1860 - 1913 von 2 1/2 % für die Landwirtschaft und von 3 1/2 % für die Industrie. Es kann also angenommen werden, daß zur ungehinderten Entfaltung des industriellen Potentials eine höhere Wachstumsrate der Landwirtschaft nötig gewesen wäre. Diese wird durch das vom politischen Kompromiß diktierte Preisniveau verhindert.

Da auch die Einführung der Getreidezölle 1879 nur kurzfristig den Sturz der Getreidepreise in die Tiefe - entgegen den aus der deutschen Landwirtschaft herrührenden preisbestimmenden Tendenzen - aufhält, muß es auch im I n n e r n Kräfte geben, die der Landwirtschaft ein sinkendes Preisniveau aufzwingen. Solche Kräfte sind m. E.

1. die zunehmende Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft *, wodurch das

* nach Wagenführ (R. - 1 - 12) steigt das Exportvolumen von 1872 = 100 auf 1913 = 990.

Sinken des Warenpreisniveaus auf dem Weltmarkt zum inländischen Maßstab für die Gestaltung der Produktionskosten wird,

2. die Machtfrage zwischen Bourgeoisie und Proletariat: die Kampfstärke des Proletariats führt immer wieder zur Erhöhung der Nominallöhne; die Bruttoindustrielöhne steigen nominell von 1879/81 = 75 auf 1909/11 = 121 (bei 1900 = 100); dadurch daß die Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum von 97 auf 121 (wieder 1900 = 100) steigen, erhöhen sich die Bruttoreallöhne nur wenig - wie Schaubild 2 zeigt; Kuczynski hat die Lebenshaltungskosten aus den beiden Hauptposten (Nahrungsmittel und Miete) des Budgets der durchschnittlichen Arbeiterfamilie ermittelt, wenn also das Niveau der Lebenshaltungskosten 1909/11 über dem der Brotgetreidepreise (bezogen auf den gleichen Zeitraum) liegt, so geht das auf das Konto der anderen Lebensmittel und der Miete; daß die letzteren Posten bei den Lohnkosten nicht noch stärker zu Buche schlagen, liegt folglich am relativ stärkeren Sinken bzw. relativ schwächeren Steigen der Getreidepreise.

c. die Wertebene -

In Konkurrenz mit den ausländischen Herstellungskosten wird das inländische Getreide unter seinen Herstellungskosten verkauft. Ob auch unter seinem W e r t, heißt die Frage stellen, ob es überhaupt kapitalistisch produziert wird und damit dem Wertbildungsprozeß unterliegt - und wenn nicht, wie dann der Preis zustande kommt.

Die Nichtübereinstimmung zwischen Arbeitsproduktivität und Preisentwicklung in der Landwirtschaft beruht in ihrer tiefsten Ursache darauf, daß der weitaus

überwiegende Teil der Landwirtschaft nichtkapitalistisch organisiert ist (was im folgenden Teil ausgeführt werden soll). Erst dadurch wird es möglich, die Produktion trotz Unrentabilität aus kapitalistischer Sicht fortzusetzen. Wenn daher im landwirtschaftlichen Sektor nicht ohne weiteres von "Wertbildungsprozeß" gesprochen werden darf, so treten die landwirtschaftlichen Waren, die im industriellen Sektor konsumiert werden, doch in den Wertbildungsprozeß ein.

Ich möchte die Folgen noch einmal an den Beziehungen zwischen Produktions- und Konsummittelabteilung vergegenwärtigen: wenn die landwirtschaftlichen Konsummittel (hier = Getreide) sich stärker verbilligen als die Produktionsmittel bzw. sich weniger stark verteuern und der Produktionsmittelproduzent den Arbeitslohn nicht erhöht, so verbleibt ihm ein zusätzlicher Überschuß an Produktionsmitteln. Dies ist nach Schaubild 2 in den Jahren 1881 - 87, 1891 - 1906 und nach 1910 der Fall.* Hier findet also eine zusätzliche Wertbildung im industriellen Sektor statt. Vom nichtkapitalistischen landwirtschaftlichen Sektor her gesehen ist dies k e i n e W e r t ü b e r t r a g u n g, bleibt aber ein S u b s t a n z - v e r l u s t: der Bauer erhält weniger Produktionsmittel für die alte Menge landwirtschaftlicher Produkte. Würden in der Landwirtschaft gleichfalls kapitalistische Verhältnisse herrschen, müßte dieser Zustand abgebaut werden; sie müßte ihre Preise zunächst soweit erhöhen, bis sie jene Produktionsmittel, die ihr die Produktionskosten senken helfen, kaufen könnte, um in der Folge die Preise zu senken.

Da aber ca. 3/4 der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter Millionen kleine Betriebe zersplittert ist und die Großbetriebe nur zum kleineren Teil kapitalistisch durchorganisiert sind, verläuft dieser Prozeß anders: der Zwang, die Agrarprodukte zu verkaufen, bleibt auch bei ungünstigsten Marktbedingungen aus Existenznot erhalten. Die in doppelter Hinsicht nach innen wirkende Auslands-

* unterstellt, daß Pm-Preisbewegung parallel zu der ind. Rohstoffe

konkurrenz (Getreidepreise, Exportindustrie) setzt Bedingungen, der sich die Landwirtschaft über das politische Bündnis Großgrundbesitzer - Bourgeoisie nur zum Teil entziehen kann. Die Tendenz, daß sich kleinere Arbeitsquanten des industriellen Sektors gegen größere des landwirtschaftlichen austauschen, führt schließlich zur S u b s t a n z v e r n i c h t u n g im landwirtschaftlichen und zur zusätzlichen Wertbildung im industriellen Sektor. Auf die zusätzliche Wertbildung, die der kapitalistische Sektor über das Hypothekenwesen erfährt und die letztlich der Industrie zugute kommt, kann erst im folgenden eingegangen werden. Dies gilt auch für die klassenmäßige Verteilung der Lasten des Substanzverlustes innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors.

3. Die Folgen des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie auf die innere Struktur der Landwirtschaft

die Veränderung des ländlichen Arbeitskräftepotentials

Folgende Einflüsse treffen aufeinander:

a. Die industrielle Expansion erfordert mehr zusätzliche Arbeitskräfte als durch Geburtenüberschuß der Städte und des Landes zur Verfügung stehen. Hebel des erforderlichen Abzugs von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft sind höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Industrie (p u l l - o u t - e f f e c t).

b. Die ländlichen Produzenten verlieren massenhaft ihre Existenzbasis (p u s h - o u t - e f f e c t).

c. Die Lebenshaltungskosten auf dem Lande verteuern sich relativ, da die industriellen Konsummittel weniger rasch im Preis fallen als die Agrarprodukte. Dies ist besonders durch weiteres Verdrängen des Naturallohns durch den Geldlohn wirksam.

Diese Abwanderung erfolgt mit derartiger Vehemenz, daß der Landwirtschaft nicht genügend Arbeitskräfte entsprechend dem gesunkenen Vermögen, industrielle Produktionsmittel zu erwerben, bleiben. Der Abbau der ländlichen Reservearmee bessert die Lebenslage der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter - dies allerdings nur regional, nämlich so weit wie der pull-out-effect der Industrie reicht und wie nicht in Nachbarländern eine ländliche Reservearmee zum Nachrücken bereitsteht. (Polen-Rußland, aber auch Holland, Schweiz ...).

Die prozentuale Bevölkerungsvermehrung in Preußen steigt nach Quante (P. - 1 - 5, 6, 15 - 17) in der gesamten Periode 1867 - 19oo:

in den Städten	von	1oo	auf	199.48
im Staat	"	"	"	143.81
auf dem Lande	"	"	"	118.74

Dabei ergeben sich räumlich wie zeitlich folgende Differenzierungen:

1867 - 19oo	in Ostpreußen	auf dem Lande	von	1oo	auf	1oo.47
	in Westfalen	" "	"	"	"	16o.5o
	in Ostpreußen	in den Städten	"	"	"	148.45
	in Westfalen	" "	"	"	"	257.79
188o - 191o	in Ostpreußen	auf dem Lande	"	"	"	<1oo

Mit dem Eintritt in die imperialistische Periode nach 189o setzt östlich der Elbe ein Bevölkerungsverlust ein, der die Geburtenüberschüsse übertrifft (Sering, M. - 1 -). Nach Quante nimmt der Bevölkerungsverlust der ländlichen Gebiete und Provinzen mit deren Industrialisierungsgrad ab. In den östlichen Provinzen ist dieser besonders niedrig. Zeitlich gilt: je weiter die Industrialisierung voranschreitet, desto stärker wird insgesamt der Verlust an ländlicher Bevölkerung (dies nach Quante), obwohl nach wie vor hohe Geburtenüberschüsse da sind.

Die Tabelle $\frac{4\,d}{}$ zeigt, daß 1895 die Zahl der Erwerbstätigen in Landwirtschaft und städt. Gewerbe* sich in etwa angeglichen hat. Kautsky (K. - 1 - 219) bemerkt zu diesem Tatbestand: entscheidend ist die völlig andersartige Zusammensetzung der je 8.3 Mill. Erwerbstätigen in beiden Sektoren zu sehen; die Erwerbstätigen im Alter von 14 - 4o Jahren stellen auf dem Lande die Minderheit, in der Stadt die Mehrheit dar. Die landwirtschaftliche Betätigung ist zum großen Teil Kinder- und

* Schätzung unter Einbeziehung der Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land

Altenarbeit geworden. Dies wird durch unsere statistische Übersicht (Tab. S.183) bestätigt: die Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen wächst, während die Zahl der von der Landwirtschaft ohne Arbeit Miternährten sinkt.

Daraus muß geschlossen werden, daß die größere Ausdehnung der Arbeitsspanne am Leben der ländlichen Bewohner in der Periode 1870 - 1913 eine besondere Form der höheren Ausbeutung der ländlichen Arbeitskraft ist (selbst wenn das vom städtischen Arbeiter in kürzerer Arbeitsspanne geschaffene Mehrprodukt höheren Wert besitzt). Sie kommt der Stadt, vermittelt über den Warenaustausch zu ungleichen Tauschbedingungen (bezogen auf die in den Waren enthaltenen Arbeitsquanten) zugute. Das Aufziehen städtischer Arbeitskräfte auf Kosten des Landes stellt dagegen eine direkte Substanzübertragung vom Lande zur Stadt dar.

Im folgenden geht es nun um die Hebel der ländlichen Mehrarbeit.

Ertragslage und Verschuldung

Das Thema soll hier auf einige, mir wesentlich erscheinende Punkte reduziert werden. Ihnen liegen die Arbeiten von Nathusius, Kautsky und Fabian aus den Jahren 1883, 1899 und 1930 zugrunde (siehe Literaturverzeichnis), die als Ganzes so aufschlußreich sind, daß es mir richtiger erscheint, darauf zu verweisen, als hier zu weit auszuholen.

Es wurde schon betont, daß Ertragslage und Produktivitätsfortschritte eng zusammenhängen; wenn daher die Anwendung von Maschinen sich folgendermaßen verteilt, daß 1895

die Großbetriebe	(> 100 ha)	zu ca. 95 %,
die mittleren Betriebe	(5-20 ha)	zu ca. 50 %,
und die kleinen Betriebe	(< 2 ha)	zu ca. 2 %

Maschinen irgendeiner Art benutzen, dann kann sicher auf die Ertragslage rückgeschlossen werden. Die Preisentwicklung verhindert sichtlich nicht generell die Anwendung industrieller Produktionsmittel. Bei gleichen Preisen für alle Betriebsgrößen ist auch bei geringem Profit pro Gewichtseinheit des Agrarprodukts der große Betrieb mit größerer Ernte eher in der Lage, den Preis für eine Maschine aufzubringen; zumal die landwirtschaftliche Maschine überhaupt erst bei großflächigem Einsatz eine Arbeitsersparnis verspricht, die es möglich macht, auf zukünftigen Profit hin die Kaufsumme zu leihen. Hinzu kommt, daß der Grund und Boden, der einen Teil des Profits in der Form von Grundrente auf sich zieht, in dieser Eigenschaft noch viel stärker als die zu erwartende Ernte (die ja immer eine unsichere Sache ist) beleihbar ist; je mehr Boden mit je größeren zu erwartenden Ernten vorhanden ist, desto leichter ist es, an Leihkapital zu kommen. Der Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb haben also ein unterschiedliches Vermögen in dieser Hinsicht. So ist die tatsächlich zu beobachtende höhere Verschuldung der großen Betriebe zunächst kein Zeichen größerer wirtschaftlicher Schwäche.

Wenn auch die Kredit- und Industrialisierungsfähigkeit eine große Rolle bei der Verschuldung spielt, so sind doch die Ursachen der Verschuldung nur zum geringsten in der Industrialisierung zu suchen. Fabian (F. - 1 - 2o) ermittelt für die Zeit nach 19oo für 88.2 % der Hypothekenschulden die bloße Substanzerhaltung (Kaufgeldreste, Erbabfindungen, alte Schuldzinsen ...) als Ursache, für ganze 7.6 % direkte Substanzverbesserung (Gebäudekosten, Meliorationen ...). Der Posten Substanzerhaltung unterteilt sich dabei in traditionelle Gründe und solche, die dem Zugriff des Kapitals zuzurechnen sind. Allerdings ist beides nicht klar zu trennen; z. B. wenn es die vom Kapital aufgezwungene schlechte Ertragslage nicht mehr zuläßt, die Geschwister des Hoferben mitzuernähren, so

so ist das Auszahlen der Erbabfindung ein historisches Relikt. Die Erbabfindung wandert durchweg mit den überzähligen Kindern in die Stadt ab. Dabei ist möglich, daß sofort ein Teil des Betriebskapitals abwandert, oder daß über eine Hypothek ständig ein Teil des Profits abfließt. Nach Fabian werden 41.4 % aller Hypotheken zum Zweck der Erbabfindung aufgenommen. Die Kaufgeldhypotheken rühren zum großen Teil aus der Bodenspekulation her. Die Grundrenten bleiben auch noch lange während der seit 1875 anhaltenden Agrarkrise in falscher Hoffnung auf wieder steigende Getreidepreise überhöht. Auch hier mischt sich der aus den a l l g e m e i n e n K a p i t a l b e d i n g u n g e n herrührende Erklärungszusammenhang mit dem h i s t o r i s c h e n: traditionell ist, daß besonders die kleinen Kapitale auch in der Stadt nur langsam ihren Weg in den industriellen Sektor finden; kapitalbedingt ist, daß die Grundrente mit dem Profit steigt und das Vorwegkassieren der Rente durch Spekulation möglich ist.

Zusammenfassend gilt, daß die Hypothekenverschuldung zum Abzug an landwirtschaftlichem Produktivvermögen führt, wenn - was durchgehend von 1870 - 1913 der Fall ist - die Zinsausgaben nicht durch zusätzliche Einnahmen zumindest ausgeglichen werden.

Nathusius (- 1 - 37) faßt am Beispiel Posens die wesentlichen Merkmale für die Ertragslage der mittleren Betriebsgrößen zusammen: Das Arbeitsäquivalent des selbst arbeitenden Besitzers ist um so größer im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen je kleiner der Betrieb ist. Wenn dieser Besitzer sich selbst unter dem gesellschaftlich durchschnittlichen Existenzminimum auszahlt, kann er pro ha sogar noch einen Überschuß erzielen, der unter Umständen über dem eines Großbetriebs liegt. Voraussetzung ist, daß alle Miternährten mitarbeiten und äußerst sparsam leben. Nur erlaubt die Erlössumme, die bei 2 - 20 ha zusammenkommt, kaum industrielle Produktionsmittel zu erwerben; im Gegenteil, die kleinste Verschuldung, z. B. bei

erneutem Fallen der Getreidepreise, bringt die Katastrophe. Nach v.d. Goltz (Th. - 1 - 393) ist zu ergänzen: auch die Einführung bzw. Steigerung der öffentlichen Abgaben wie der Sozialversicherungsbeiträge in dieser Periode hat viele Bauern dem Ruin nähergebracht. Dieses relative Zurückbleiben der kleineren Mittelbauern hinter den fortschrittlicheren Produktionsmethoden der Großbetriebe ist die tiefere Ursache ihrer wachsenden Ausbeutung.

Nach 1880 hat sich die mittlere Bauernschaft für eine längere Zeitspanne wieder gefangen; der Landhunger der Großbauern hat aufgehört, da sie die Landwirtschaft kapitalmäßig intensivieren (Kautsky, K. - 1 - 172). Dies gerade weil Überarbeit und Unterkonsum fortbestehen. *

Es sind also hauptsächlich die kleineren Mittelbauern und die Kleinbauern, die für den Rückstand der Produktivkraft in der Landwirtschaft zahlen und gezwungen sind, mit ihrer ganzen Existenz diese Rückständigkeit aufrechtzuerhalten.

So erlangt der bäuerliche Kleinbetrieb (2 - 20 ha) wider alle ökonomische Vernunft eine erstaunliche Resistenz, wie die Veränderung in den Betriebsgrößen zeigt:

---

* siehe die Auseinandersetzung Lenins (- 3 - 145) mit Bulgakow über das von Kautsky aufgedeckte Phänomen, wo Lenin darlegt, daß die Zunahme dieses Teils der Bauernschaft nicht ein Zeichen der Prosperität ist, sondern aus Bedrängnis und Niedergang der Landwirtschaft resultiert.

	Zu/Ab-nahme der (Deutsches Reich)			
	Betriebszahl		LNF (ha)	
	1895 : 1882	19o7 : 1895	1895 : 1882	19o7 : 1895
2 ha	+ 174.536	+ 142.142	- 17.494	- 77.133
2- 5 "	+ 34.911	+ 1o.o41	+ 95.781	+ 18.894
5- 2o "	+ 72.199	+ 66.735	+563.477	+ 699.689
2o-1oo "	+ 197	- 19.576	- 38.333	- 547.734
1oo "	+ 7o	- 1.495	+ 45.538	- 776.783

(Sombart - 1 - 517)

Zur räumlichen und zeitlichen Entwicklung der Verschuldung geben Kautsky und Fabian folgende Hinweise:

Fabian (F. - 1 - 7 - 14) spricht von zunehmender Verschuldung seit den 186oer Jahren, Kautsky von abnehmender Verschuldung 1886 - 88 (seine Statistik setzt erst 1886 ein) und von zunehmender 1888 - 1895, Fabian von einem Abnehmen 19o2 gegenüber 1896 und von einem kontinuierlichen Anwachsen 19o3 - 1913. Eine Parallelentwicklung zur Agrarpreisbewegung* ist also nicht festzustellen. Dies ist einleuchtend, da aus schon genannten Gründen die Hypotheken sich mit den Bodenpreisen bewegen und letztere eine Eigendynamik gegenüber der landwirtschaftlichen Ertragslage haben.

Die östlichen Provinzen West-, Ostpreußen, Pommern und Posen zeigen die weitaus höchste, die westlichen Provinzen, Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau die niedrigste Verschuldung (Fabian, F. - 1 - 13). Dies dürfte zum einen die Folge der unterschiedlichen Betriebsgrößen sein, zum anderen die Folge des Industrialisierungsgrades der Provinzen, denn die Nähe der Industrie erlaubt den direkten Absatz von damals noch transportempfindlichen landwirtschaftlichen Produkten wie

* siehe Schaubild 1

Gemüse, Obst, Kleinvieh, Eier, so daß diese bäuerlichen Betriebe vor der ausländischen Konkurrenz weitergehend bewahrt bleiben. Es kommen aber weitere Gründe dazu: in Westfalen ist bei den Großbetrieben das kapitalistische Pachtsystem mit ökonomischer Betriebsumgestaltung viel weiter verbreitet, und der Pächter wirtschaftet nur bei zu erwartendem durchschnittlichen Profit auf sein Betriebskapital; in Ostelbien führt die allgemeine Rückständigkeit noch sehr viel länger zum Rückwandern kleiner Kapitale über die Spekulation in die Landwirtschaft.

Um die Bewegung der mit der Verschuldung verbundenen Zinsströme zu lokalisieren und ihren Abfluß in die Stadt festzustellen, ist die Zusammensetzung der Gläubiger zu untersuchen:

1. D i e W u c h e r e r - der Wucher ist eine lokale Form der Ausbeutung. Die erpressten Wucherkapitale dienen vor allem der Fortsetzung des Wuchergeschäfts. Diese Art Schmarotzertum wird dem großen Kapital in seinem Bemühen nach Zentralisation auch der vielen kleinen Quellen hinderlich; so folgt 1873 das Antiwuchergesetz. Trotz verschärfter Bestimmungen 1881/82 wird der lokale Wucher nur langsam zurückgedrängt. Als Form der lokalen Umverteilung entwickelt er jedoch nicht das Produktivvermögen, sondern verhindert eher Modernisierungsmaßnahmen (Schriften d. V. f. Soc. pol.- 1 -).

2. L o k a l e l a n d w i r t s c h a f t l i c h e K r e d i t o r g a n i s a t i o n e n - diese sind bestrebt, "alle in der Landwirtschaft durch Minderaufwand zwangsweise ersparten Gelder an sich zu ziehen" (Fabian, F. - 1 - 76). Die Ersparnisse stecken aus Angst vor dem Fiskus überwiegend im Sparstrumpf. Die lokalen landwirtschaftlichen Kreditorganisationen (Landschaften, Darlehnskassen, Genossenschaften, aber auch

Kreis- und städtische Sparkassen) gewinnen wegen ihrer relativ niedrigen Zinsen langsam Vertrauen und können auch den Wucher erfolgreich zurückdrängen. Sie zentralisieren die örtlichen Kleinkapitale und führen diese den kreditfähigen lokalen Landwirtschaftsbetrieben zu - im Grunde also eine Form der lokalen Selbstfinanzierung, die aber am eigentlichen Dilemma, der Kapitalentblößung der ländlichen Gebiete, ihre enge Grenze findet. Als den Darlehnskassen (nach Raiffeisen und Schultze-Delitzsch) der Anschluß an die überregionale Preußenkasse und den Sparkassen der Anschluß an die Großbanken möglich wird, ist zwar der Kapitalengpaß durch Zugang zum allgemeinen Geldmarkt überwunden, gleichzeitig durch die Erhöhung des Zinsniveaus aber der kontinuierlichen Kapitalentblößung der ländlichen Gebiete über den überhöhten Zins, wie er für das Ausleihen besonders kleiner Kapitale zu zahlen ist, Tür und Tor geöffnet.

3. Regionale und überregionale Hypothekenbanken und Kreditanstalten - mit dem Kapitalreichtum nach 1871 stehen auch der Landwirtschaft reichlich Gelder zur Verfügung, was auch noch nach dem Einsetzen der Agrarkrise der Fall ist. Die großen Banken wenden sich der Landwirtschaft sogar gern zu, weil deren Unorganisiertheit ein überhöhtes Zinsniveau durchsetzbar macht. Ein typisches Beispiel ist die Preußische Boden-Credit-Aktienbank zu Berlin. Sie beleiht auch bei nachstelligen Hypotheken großzügig und sichert sich durch besonders hohe Zinsen und noch höhere Strafzahlung bei Nichteinhaltung der Termine ab. Erst mit dem Antiwuchergesetz gerät sie in eine beschränkte Konkurrenz und muß den Zinssatz senken (Nathusius - 1 - 23). Im großen und ganzen gilt, daß die rationell wirtschaftenden Großbetriebe wegen ihrer höheren Sicherheit zu günstigeren Bedingungen beliehen werden, resp. kleineren Betrieben

der Kapitalmarkt dann verschlossen bleibt, wenn sie sich vor dem Risiko der Entblößung von Betriebsmitteln über den Kapitalzins verwahren wollen.

Mit der räumlichen Zentralisation des Bankwesens (wozu noch Filialgründungen in ländlichen Gebieten hinzukommen) nimmt diese direkte Form der Wertübertragung * vom Lande in die Stadt weiter zu.

Damit kann die Gunst der Stunde, die durch die fortlaufende Industriepreissenkung bis in die 9oer Jahre gesetzt ist, von der Landwirtschaft nur zum kleinen Teil ausgenutzt werden. Das historische Versäumnis von vor 187o, die Landwirtschaft an die Bedürfnisse der industriellen Entwicklung anzupassen, kann nicht beseitigt werden. Die eingangs angesprochene unwiederbringliche gesellschaftliche Veränderung der Landwirtschaft beruht im wesentlichen nicht auf der Veränderung der Betriebsgrößenstruktur und der juristischen Besitzverhältnisse. Entscheidend ist vielmehr das System der gesellschaftlichen Abhängigkeiten der Betriebe verändert. Das Kapital hat sich 1913 gegenüber 187o Zug um Zug die Reproduktionsbedingungen der bäuerlichen Betriebe angeeignet, so daß die tatsächliche Verfügung der Bauern über "ihre" Produktionsmittel an das Kapital verlorengegangen ist, mag auch die Erscheinungsform des juristischen Eigentums fortbestehen. Dem steht ein sehr kleiner Teil kapitalistischer Landwirtschaftsbetriebe gegenüber, die sich kapitalistisch reproduzieren können, also ein ganz anderes Verfügungsrecht über ihre Produktionsmittel haben.

---

* Der Ausdruck "Wertübertragung" erscheint mir hier angemessen, da auch der nichtkapitalistische Bauer in diesem Fall in ein Kapitalgeschäft eintritt. Auf seinen Betrieb bezogen würde man besser wieder von "Substanzverlust" reden.

Für die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe geht der Weg nicht von der Freiheit in die Knechtschaft, es vollzieht sich nur ein Formenwechsel der letzteren. Denn ein Großteil der bäuerlichen Betriebe ist ja bereits durch die Ablösung und den von ihr genährten lokalen Wucher liquidiert worden, bzw. für den Zugriff des Kapitals zurechtgestutzt worden. Das Fortbestehen der zersplitterten Besitzverhältnisse ist keineswegs n u r als Relikt des Feudalismus zu werten: für das sich in der Landwirtschaft engagierende Kapital ist die organisatorische Schwäche der Landwirtschaft profitabel und erhaltenswert; und sie wird erhalten, selbst wenn dies der Entwicklung des Gesamtkapitals abträglich ist - ein Prozeß der auch heute noch nicht zu seinem vollständigen Abschluß gekommen ist.

4 Die Veränderung der ländlichen Produktionsbasis

Wie in allen Ländern, in denen die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise aus innerem Antrieb erfolgte, hatten in Deutschland die Textilgewerbe Initialzündung für den Industrialisierungsprozeß. Sie entstanden- wie wir im vorherigen Kapitel sahen - als der Landwirtschaft vollständig zugehörendes Hausgewerbe, das wie viele andere handwerkliche Tätigkeiten auf der Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte beruhte. * Auch mit der sich im Schoße des Feudalismus weiterentwickelnden Warenproduktion änderte sich an dieser engen Verbindung von Landwirtschaft und Gewerbe wenig. Erst auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung und Kapitalakkumulation wurde das Textilgewerbe auf die Basis weitgehend mechanisierter Produktionsmittel gestellt und wurde um des aus der manufakturmäßigen Arbeitsteilung resultierenden Profits willen die Ablösung von der Landwirtschaft vollzogen. So entstanden mit dem sich zur Industrie weiterentwickelnden Textilgewerbe die ersten Keime des einheimischen Maschinenbaus (Blumberg, H. - 1 - 28). Dieser Aufschwung der Textilindustrie förderte die Warenproduktion der Landwirtschaft, vergrößerte die Einkommen der Bauern und erhöhte deren Nachfrage nach Textilien in der Zeit vor 187o. Diese Entwicklung kam letztlich auch wieder dem Maschinenbau zugute. So bildeten sich über gewerblich spezialisierte Gebiete mit dezentral gestreuten Industrien Standorte industrieller Konzentration heraus (weitere Einflüsse wie den Außenhandel als beschleunigende Faktoren vernachlässigend). Wenn auch die konzentrierte Großproduktion an wenigen Standorten erst voll mit der Herausbildung eines starken Produktionsmittelsektors erfolgte, wie er erst mit dem Eisenbahnbau entstand, so ist doch die Entstehung von Zentren

---

* Landwirtschaft jetzt wieder im umfassenden Sinne, also Konsum- wie Produktionsmittel herstellen

konzentrierter kapitalistischer Großproduktionen nichts anderes als die konsequente Fortsetzung der sich aus der feudalen Agrargesellschaft herausschälenden Warenproduktion und ihrer kapitalbildenden Kraft; sie folgt als qualitativer Sprung aus der fortgesetzten quantitativen Veränderung.

Dies ist der normale ("amerikanische Weg") ausgehend von relativ wohlhabenden bäuerlichen Wirtschaften. Entsprechend sind in Preußen die Provinz Sachsen und die Rheinprovinz die bedeutendsten Gebiete der Textilindustrie, gefolgt von der Provinz Brandenburg, für die durch die Versorgung des preußischen Militärs, des Beamtenapparats und des Hofes besondere Bedingungen gelten. Wenn also die Beschreibung der preußischen Verhältnisse hier ein größeres Gewicht erhält, dann nicht um der für Deutschland spezifischen Verarmung weiter Teile der Landwirtschaft (die den Übergang in den Kapitalismus in der Landwirtschaft für lange Zeit verschiebt) die Ursache der Trennung von Landwirtschaft und Industrie zuzusprechen! Das Allgemeine wird bei Betrachtung der ländlichen Produktionsbasis vom Besonderen zu scheiden sein.

Es wäre ebenso falsch, die Entwicklung des ländlichen Textilgewerbes einfach als quantitative Zunahme der Produktivkraft auf dem Lande zu verstehen. Diese findet ohne Zweifel statt; gleichzeitig und hinter dieser Zunahme muß aber die u n w i e d e r b r i n g l i c h e V e r ä n d e r u n g der ländlichen Produktionsbasis gesehen werden. Anders als in der Stadt, wo der größte Teil der Arbeitermassen erst zusammengeführt werden muß, um neue Produktionen zu schaffen oder alte zu erweitern, sind auf dem Land viel stärker vorgegebene Bedingungen umzuwälzen, um die ländlichen Gewerbe industriell fortzuführen. Die grundlegende Veränderung ist die A b l ö s u n g d e r H a n d a r b e i t d u r c h d i e M a s c h i n e n a r b e i t, die "industrielle Revolution". Um diese aber durchzusetzen, ist ein tiefgreifender Veränderungs-

eß erforderlich. Gerade am Beispiel der Verdrängung der alten ländlichen Textilgewerbe durch die textile Fabrikindustrie ist dieser Vorgang uns vielfach sinnfällig vor Augen geführt worden. * Es genügt hier festzuhalten, daß die Maschinenarbeit auch dort, wo die unter ihrem Wert verfügbare Arbeitskraft die Kapitalkosten der maschinellen Anlagen noch lange Zeit unterbieten konnte, schließlich den Sieg davontrug; daß auch die Weberei, wenn auch sehr viel später als die Spinnerei, ein durchindustrialisierter Prozeß wurde - und daß für die ganze Zeit dieser Verzögerung der industriellen und gesellschaftlichen Umwälzung auf dem Lande die schlimmsten Formen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in Konkurrenz mit der gleichzeitig in der gleichen Produktion bestehenden Maschinenarbeit bestanden.

Hier schließe ich wieder an die Zeit um 1870 an, wo diese Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen ländlicher und städtischer Produktivkraft noch fortbesteht. Es gibt nicht nur weiterhin weniger produktive Zweige, die auf das Land verbannt bleiben oder werden, sondern es gibt auch innerhalb ein und desselben Zweiges, derselben Fertigung ein äußerst unterschiedliches Produktivitätsniveau. Wie schon erwähnt, ist diese Ungleichheit stets vorrübergehender Art; wenn der Lohn nicht weiter unter das Existenzminimum zu senken ist und die Mehrwertrate sich ohne weiteren Kapitaleinsatz nicht mehr verändern läßt, während dieser Vorgang in den Fabriken weiter vor sich geht, dann muß die Handarbeit kapitulieren. Wenn aber die Maschinenarbeit den Sieg davongetragen hat und leicht auch das Quantum der ländlichen Produktionen mitliefert, wird deren Tätigkeit überflüssig; sie können mit den niedrigen Industriepreisen nicht mehr mithalten.

---

* Blumberg, H. - 1 -
Sombart, W. - 1 -
Schmoller, G. - die Entwicklung und die Krisis der deutschen Weberei im 19. Jahrhundert. Berlin 1873. zit. in: Blumberg, H. - 1 -
u. a.

Die eigentliche Ursache in der langen Aufrechterhaltung der Konkurrenz der Handarbeit mit der Maschinenarbeit auf dem Lande ist in der für Deutschland spezifischen Entwicklung der Landwirtschaft zu sehen. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb bietet für jenes gesellschaftlich bestimmte Existenzminimum, wie es sich mit dem zahlenmäßigen Überwiegen des Industrieproletariats nach 1895 herausbildet, keine Grundlage mehr. Ja, in vielen Gegenden bietet er nicht einmal die Grundlage zur nackten Existenzsicherung ohne Nebenerwerb.

Nach Kautsky (K. - 1 - 114) sind 1895 2o % der deutschen Bauern in einem Nebenberuf tätig:

> 717ooo landwirtschaftliche Betriebe gehören landwirtschaftlichen Arbeitern,
> 791ooo landwirtschaftliche Betriebe gehören industriellen Arbeitern und
> 7o4ooo landwirtschaftliche Betriebe gehören Handwerkern.

Kautsky drückt es so aus, als sei die Landwirtschaft der Nebenerwerb; zum Teil ist dies wohl auch umgekehrt. Von den landwirtschaftlichen Betrieben, die weniger als 2 ha bewirtschaften, sind nur 13 % ohne Nebenerwerb. Diese Bindung der industriellen Betätigung an den landwirtschaftlichen Betrieb wird unter dem Begriff "Hausindustrie" gefaßt. Darunter ist reine Handarbeit (Zigarrendrehen, Näharbeiten ...) und mechanische Handarbeit (Weben) zu verstehen, die als Zuarbeit zu einem mehr oder weniger entfernt liegenden Industrieunternehmen zu verstehen ist, oder wenigstens von einem Kapitalisten in Auftrag gegeben ist.

Sombart (W. - 1 - 284,ff.) faßt aus der Gewerbestatistik folgende Angaben über die wichtigsten älteren Hausindustrien zusammen:

	1890 : 1882		1907 : 1895	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Zeugschmiede, Scherenschleifer, Feilenhauer	- 2006	- 4044	+ 46	+ 4206
Seiden- und Shoddyspinnerei	- 2037	- 2922	-	-
Seidenweberei	- 20000	- 34381	- 6938	- 5392
Baumwollspinnerei	- 4067	- 3645	-	-
Baumwollweberei	- 18859	- 19089	- 11729	- 11850
Leinenweberei	- 10660	- 14667	- 11387	- 12075
Korbmacher und -flechter	-	-	+ 1182	+ 2285
Bürstenmacher	-	-	+ 581	+ 208
Glasverarbeitung	-	-	+ 777	+ 2014
musikal. Instrumente	-	-	+ 604	+ 1151

Es gibt also niedergehende und sich noch langsam entwickelnde Bereiche; letztere beschränken sich auf Fertigungen, wo die Maschine kaum konkurrieren kann. Nach 1900 ist ein großer Teil des Verdrängungsprozesses der ländlichen Gewerbe bereits vollzogen. Wir sollten aber diese und die folgenden Zahlen nicht lesen, ohne den warnenden Hinweis Sombarts zur Gewerbestatistik: der tatsächliche Rückgang der Gewerbe ist umfassender, als die Zahlen angeben. Dies liegt an den Erhebungsmethoden. Viele noch gezählte Betriebe stehen nur noch auf dem Papier, die Mühle ist unter Umständen ein kapitalistisches Vertragsgeschäft, das Fabrikmehl verkauft, der gelernte Leinenweber tut vielleicht längst etwas anderes, der Webstuhl ist möglicherweise außer Betrieb, usw. Die folgenden Angaben über die s e l b s t ä n d i g e n Handwerksbetriebe sind garantiert falsch: die Abhängigkeit

vom kapitalistischen Auftraggeber ist so groß beim überwiegenden Teil der ländlichen Handwerke, daß sie nur als besonders üble Form der Lohnarbeit (ohne organisierten Schutz!) anzusehen sind.

Deutsches Reich *

Abnahme (Zunahme) einiger wichtiger überwiegend ländlicher Handwerke

	1895 : 1882		1907 : 1895		1907 (absolute Zahlen)	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
1. Grob- und Hufschmiede	- 3996	+ 4087	- 8897	+ 9475	-	-
2. Getreide-, Mahl- und Schälmühlen	- 8391	- 8246	- 6196	- 9276	37905	100991
3. Korbmacher und -flechter	+ 754	+ 5458	- 2002	+ 3666	-	-
4. Töpfer	-	-	- 2423	- 1582	3928	27730
5. Gerber	-	-	- 2760	- 1816	4104	42153
6. Brunnenmacher	+ 241	+ 1888	- 80	+ 658	1899	5421
7. alle ländlichen und städtischen Handwerke	+234121	+1418612	+ 14413	+ 601460	1447309	4011189

(Sombart, W. - 1 - 287,ff.)

* In der Veröffentlichung vom Statist. Reichsamt (- 1 - 177) sind zm Teil stark abweichende Angaben enthalten; vermutlich wegen unterschiedlicher Unterteilung der Berufe und/oder Betriebsgrößen; in beiden Fällen fehlen die Bezugsangaben.

Die Tendenz einiger ländlicher Handwerke anzuwachsen, beruht einerseits auf wachsendem Bedarf an ihren Produkten, bzw. Dienstleistungen, mit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wie auf dem Desinteresse des Kapitals, diese Arbeiten für den Industrialisierungsprozeß zu erobern, andererseits auf der Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, die auf Nebenbeschäftigung angewiesen sind.

So sehr auch jeder einzelne Zweig der Hausindustrie und viele ländliche Handwerke nur eine befristete Existenz haben, in ihrer Gesamtheit bleiben sie bestehen; denn es bilden sich immer wieder neue Betätigungen am Rande der fortschreitenden Industrialisierung heraus, die das Arbeitspotential der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten mit geringerem Kostenaufwand (für das Kapital) erledigt, als es die Maschine täte. Wenn auch die Zuarbeit der ländlichen Arbeitskräfte für das städtische Kapital h e u t e mehr auf Montagetätigkeit in ländlichen Filialfabriken als auf Hausarbeit beruht, so hat sich im Prinzip nichts geändert: die unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt bezahlte ländliche Lohnarbeit erlaubt einen Extraprofit - sonst würde das Kapital diese Quellen nicht erschließen. Allerdings ist das Gewicht der ländlichen Zuarbeit im volkswirtschaftlichen Rahmen ein verschiedenes *; was heute mehr eine Begleiterscheinung des übermächtigen industriellen Sektors ist, ist bis 1914 noch von fundamentaler Bedeutung: der kleine Bauer sorgt für Kapitalersparnis sowohl in der Landwirtschaft wie in jenen Industrien, die auf's Land gehen.

---

* So sind die rein ländlichen Gebiete, d. h. alle die, deren Wirtschaft und Bevölkerungsstruktur nicht unter dem direkten Einfluß industrieller Ballungsgebieteumgeformt worden sind, sehr dezimiert worden. Des weiteren ist auch in einer Reihe der noch ländlichen Gebiete das Abziehen überflüssiger Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft so weit abgeschlossen, daß nicht genug überzählige Arbeitskräfte verblieben sind, um neue industrielle Produktionen aufzunehmen. Das Lohngefälle zur Stadt hat sich heute auch vermindert.

Die regionale Verteilung

Unter dem Gesichtspunkt der Land-Stadt-Wanderung ergab sich für den Zeitraum 1867 - 1900 ein wesentlich höheres Bevölkerungswachstum in den stark industrialisierten ländlichen Gebieten als in den schwach industrialisierten; in den gar nich industrialisierten sogar ein Bevölkerungsverlust. Dieser Sachverhalt läßt sich recht gut aus den Unterlagen der Gewerbestatistik ableiten. Für die Situation zu Anfang dieser Periode (Ende 1875) sind die wichtigsten Meßgrößen der Produktivkraft in der Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus regional zusammengestellt. Für die Landkreise einiger Regierungsbezirke sind daraus in Tab. 6 Vergleichswerte ermittelt. Folgende Kriterien liegen der Auswahl zugrunde: Gumbinnen (Ostpreußen) nimmt unter den ostelbischen halbfeudalen Gebieten eine etwas günstigere Stellung ein; der Großgrundbesitz ist weniger stark, der Kleinbesitz etwas häufiger als im Regierungsbezirk Posen vertreten, wo die Proletarisierung der Bauern noch einschneidender verlief. Diesen beiden Bezirken mit großer Abhängigkeit der verbliebenen Bauern vom Großgrundbesitz sind die Bezirke Münster und Düsseldorf mit einer höheren Zahl kleiner Bauernwirtschaften, die im übrigen bis auf Geldabgaben frei sind, gegenübergestellt. * Düsseldorf hat dabei einen wesentlich höheren Anteil sehr kleiner Bauern und einen geringeren an Großbauern. In den beiden letzteren Bezirken

---

* Die folgenden Angaben von Meitzen (- 1 - 514/5), die leider aus früherer Periode sind und die bis 1875 fortlaufende Ruinierung eines Teils der mittleren Bauern nicht wiedergeben, erlauben immerhin einen relativen Vergleich zwischen den Bezirken:

Regierungsbezirke	Besitzgrößen in Morgen (1858/59) in %				
	< 5	5 - 3o	3o - 3oo	3oo - 6oo	> 6oo
Gumbinnen	21.1	28.o	48.5	1.4	1.o
Posen	15.o	3o.5	5o.6	o.9	3.o
Münster	38.2	33.5	27.1	1.o	o.2
Düsseldorf	57.9	29.2	12.5	o.3	o.1

Tab. 6

Regierungsbezirk	Industrialisierung der Kreise mit mindestens 2o.ooo Einwohner (ohne Stadtkreise) 1.12.1875								
	Durchschnittswerte pro Kreis						Summenwerte		
	Anzahl der Motoren	vorhand. PS	PS/Motor	Beschäftigte in Gewerbebetrieben	Beschäftigte in Großbetr.	PS/Beschäft.	Beschäftige in Gew.betr.	Beschäftige in Großbetr.	PS
Gumbinnen	81.3	83.8	1.o3	271o	36o	o.o2	43.37o	5.81o	1.34o
Posen	164.2	228.1	1.39	319o	38o	o.o7	54.17o	6.516	3.88o
Münster 1*	95.8	636.2	6.64	519o	115o	o.12	46.7oo	1o.37o	5.73o
2	1o3.o	953.9	9.26	542o	126o	o.18	54.2oo	12.59o	9.54o
Düsseldorf **	132.7	1194.8	9.oo	12o3o	266o	o.1	132.34o	29.28o	13.14o

(Preuss.Statistisches Bureau - 1 -)

* 1 - ohne Kreis Recklinghausen
2 - mit Kreis Recklinghausen

** ohne Landkreise Essen und Düsseldorf und
ohne Kreise Solingen und Mülheim a. d. Ruhr

Tab. 7

Regierungsbezirk	Rangfolge der Produktionen nach			
	Beschäftigten		FS	
	1	2	1	2
Gumbinnen	Bekleidungsgewerbe	Ind.Nahrungs- und Genußmittel	Ind. Nahrungs- und Genußmittel	Ind. Holz- und schnitzstoffe
Posen	"	"	"	"
Münster (1+2)	"	Textilindustrie	Textilindustrie	Ind.Nahrungs-und Genußmittel
Düsseldorf	Textilindustrie	Bekleidungsgew.	"	"

(Preuss. Statistisches Bureau - 1 -)

Tab. 8

	Bevölkerungsentwicklung (Stadt- und Landkreise)					
	1.12.1875			1.12.1900		
Regierungs-bezirk	Bevölk.--zahl (in Mill)	Stadt : Land	Abstand v. Ø d.städt.Bevölk. (34.2)	Bevölk.-zahl (in Mill)	Stadt : Land	Abstand v. Ø d.städt.Bevölk. (34.47)
Gumbinnen	0.75	12.8 : 87.2	- 21.4	0.79	18.4 : 81.6	- 24.7
Posen	1.03	28.3 : 71.7	- 5.9	1.20	32.1 : 67.9	- 11.0
Münster	0.44	25.7 : 74.3	- 8.5	0.70	32.0 : 68.0	- 11.1
Düsseldorf	1.46	58.6 : 41.4	+ 24.4	2.60	62.3 : 37.7	+ 19.2
Preuß. Staat	25.74	34.2 : 65.8		34.47	43.1 : 56.9	

(Preuss. Statistisches Bureau - 2 -)

wurden die direkt an die Standorte der eisenschaffenden Großindustrie und an die Landeshauptstadt angrenzenden Landkreise aus der Betrachtung ausgeklammert, da sie wesentlich vom Durchschnitt der Landkreise abweichen.

Auffallend ist, daß der Regierungsbezirk Münster nur ca. die Hälfte der Bevölkerungszahlen von Posen und Gumbinnen hat (was auch beim Vergleich der Landkreise ungefähr zutrifft), aber in der Zahl der gewerblich Beschäftigten etwa gleichliegt. Ursache ist sowohl der größere Anteil der Klein- und unteren Mittelbauern im Bezirk Münster wie die regionale Nachfrage nach nebengewerblichen Arbeitskräften. Die dicht besiedelten Landkreise im Bezirk Düsseldorf haben schon einen relativ hohen Anteil nur gewerblich Beschäftigter.

In der Entwicklung der Produktivkraft sind deutliche Unterschiede für die östlichen und westlichen Bezirke festzustellen. Im Westen ist sowohl der Anteil der "Großbetriebe" (mehr als 5 Beschäftigte!) als auch die PS-Zahl pro Motor und Beschäftigten höher. Darin zeigt sich bereits der Keim der ungleichen Weiterentwicklung der gewerblichen Basis bis 1914. Die in den ostelbischen Bezirken mit Beschäftigten wie PS-Zahl an 1. und 2. Stelle stehenden Produktionen (siehe Tab. 7) haben gemeinsam, daß noch über längere Zeit geringere Konkurrenz mit der Maschinenarbeit besteht bzw. diese Konkurrenz durchgehalten wird, wie daß sie arbeitsintensiv sind und eine niedrige Qualifikationsstufe haben. D. h. es gibt kaum Impulse für eine lokale Maschinenindustrie. Der einzige Standortvorteil ist die billige Arbeitskraft. Bei geringer Konsumkraft dieser Gebiete führt die Ersetzung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit zur Standortverlagerung.

In den westlichen Gebieten dagegen bildet sich besonders in den spezialisierten, auf städtische Konsumbedürfnisse abgestellten Industrien eine über lange Zeit

fortbestehende ländliche Industrialisierung heraus. Trotz und zugleich wegen der starken Einwirkung der Montangroßindustrien können die ländlichen Gebiete eine gewisse Bevölkerungsvermehrung fortsetzen: auf der einen Seite erhält die rechtlich bessere Lage der Bauernwirtschaften eine breitere ländliche Existenzbasis - auf der anderen Seite verursacht die Großindustrie eine ständige Ausweitung der Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Konsummitteln des Umlandes. Die Entwicklung des Verhältnisses von Stadt : Land-Bevölkerung ist ein sichtbarer Beweis dafür, Im industrienahen Münsterland wird die Bevölkerung zum Verweilen auf dem Lande angeregt, das Bevölkerungswachstum ist höher als in Posen - wohl gerade weil die ländliche Produktivkraft weiter entwickelt ist (siehe Tab. 8).

Es ist also keineswegs so, daß die ländlichen Industrien sich nur aus der Kraft der ländlichen Bevölkerung zu produktivem und individuellem Konsum erklären. Bei allen bisher herausgestellten Unterschieden zwischen westlichen und östlichen ländlichen Gebieten bleibt letztlich ein Gemeinsames bestehen: die besondere Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland - nämlich der hinausgezögerte Übergang zur kapitalistischen Landwirtschaft - der jenes Reservoir an Kleinproduzenten schafft, die durch ihre Bindung an den Boden ihre Arbeitskraft zu Bedingungen unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt anbieten müssen.

Der Stand der ländlichen Gewerbe in der Rheinprovinz 1892 spiegelt sowohl das Gemeinsame wie das Besondere dieser Entwicklung wider (Auhagen, O. - 1 -). Die Verflechtungsbeziehungen zwischen traditionell aus den ländlichen Gewerben entstandenen Industrien und der auf die Entwicklung der Produktionsmittelabteilung abgestellten Montanindustrien sind über den Austausch zwischen den beiden großen Abteilungen der Produktion so eng, daß keine unterschiedlichen Impulse mehr existieren. Die Entwicklung der Produktionsmittelabteilung ist der Motor

bis in die entlegeneren Gebiete der Rheinprovinz. Die steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten erhält zunächst deren Pruduzenten und mithin den bäuerlichen Nebenerwerb in der naturbedingten Freizeit. Allerdings geht die Hausindustrie weiter zurück *: die Samt- und Seidenweberei (Bezirk Düsseldorf) wie die Tuchwirkerei (Bezirk Aachen) sind in dieser Form fast vollständig verschwunden. An die Stelle der Hausarbeit tritt immer mehr die Pendelwanderung in die mittelgroßen Städte mit ihren Industrien. Die nahe Industrie drückt den Arbeitsaufwand in der Landwirtschaft auf ein Minimum zusammen, fördert deren Rationalisierung und setzt höhere Löhne durch. In den industriefernen Kreisen der Rheinprovinz erhält sich die Hausindustrie. Besonders lohnintensive Fertigungen verlagern sich hierher. In den kleinen Landstädten dieser Gebiete entstehen kleinere lohnintensive Industrien. Die von örtlichen Rohstoffen abhängigen Gewerbe wachsen in die neuen Produktionsbeziehungen hinüber: so Stein- und Basaltbrüche, Braunkohlebetriebe. Ausgenommen von dieser Veränderung bleiben entlegene Gebiete der Hocheifel, wo der Überfluß an Arbeitskräften nicht abgebaut wird, sondern auf immer kleineren Parzellen das Leben immer kümmerlicher wird. Eine hausindustrielle Betätigung ist kaum noch gefragt.

Trotz Bevölkerungszunahme vergrößert sich die Knappheit an Arbeitskräften in den ländlichen industrienahen Gebieten. Das hat den Vorteil, daß die Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt sich mit 8 - 9 Stunden/Tag den industriellen Bedingungen annähert und Kinderarbeit seltener wird. Die industrienahe Landwirtschaft wird, wo keine konsequente Rationalisierung erfolgt, durch Mangel an Arbeitskräften zum Teil zersetzt: an die Stelle intensiver Stallfütterung tritt wieder extensive

---

* Immerhin steht die Provinz Rheinland mit 296 Haudindustriellen/1o ooo Einwohner nach Berlin an 2. Stelle im Reich. Daran haben aber die Städte großen Anteil.

Weidewirtschaft, die Brache nimmt zu. Die Abhängigkeit von der Nahrungsmittelfernversorgung der Industriegebiete wird dadurch beschleunigt.

Ja nach Industrialisierungsgrad und Nähe zu Industriezentren bilden sich sehr differierende landwirtschaftliche Tagelohnsätze heraus:

Sommer-Tagelohnsätze für männliche Dauerarbeiter			
	Hochlohnkreise	Niedriglohnkreise	
Ruhrort	260 Pfg.	Rees	140 - 150 Pfg.
Düsseldorf	250	Moers (Nord)	150 - 250
Lennep	250 - 300	Ahrweiler	140
Mettmann	250 - 300	Adenau	150
Solingen	200 - 250		

(Auhagen, O. - 1 -)

Der Stand der ländlichen Gewerbe in den ostelbischen Gebieten um 1888

Im Gegensatz ist hier die Textilindustrie, insbesondere Weberei, in der Form der Hausindustrie noch erhalten. Verzweifelt versuchen die Kleinproduzenten mit der Maschinenarbeit zu konkurrieren: der 14 - 16 Stunden - Tag sichert nicht einmal das Existenzminimum. Für die Landwirtschaft bleibt kaum Zeit, Kartoffeln sind das Hauptnahrungsmittel. Der Durchschnittsarbeitslohn beträgt ca. 5,-- DM/Woche (siehe Vergleich zu Tagelohnsätzen oben). Die Kinderarbeit ist normal. In den Landstädten dringt lohnintensive Fabrikarbeit vor. Hier ist die Bezahlung mit

1o,-- - 3o,-- Mark/Woche zwar höher als in den ländlichen Filialfabriken mit 6,-- - 7,-- Mark Wochenlohn, aber dennoch die niedrigste im Vergleich zur gesamten Textilfabrikation im Reich (Schriften des Vereins für Sozialpolitik - 2 -).

Zusammenfassende Beurteilung der Veränderungen im ländlichen Gewerbe

1. Die vor Gründung des Zollvereins herausgebildete Ungleichheit in der Entwicklung der ländlichen Produktionsbasis wird nach 1870 nicht sukzessive vom Kapital aufgehoben, sondern für sehr lange Zeit ausgenützt und dadurch verschärft.

   Die massenhafte Eingliederung auf dem Lande verbleibender und selbstversorgender Arbeitskräfte in den industriellen Produktionsprozeß stellt in mehrfacher Hinsicht eine Kapitalersparnis dar: es werden weniger Produktionsmittel, weniger Konsummittel, weniger städtische Wohnungen gebraucht. Geht man davon aus, daß der Kapitalist sich der ländlichen Arbeitskraft nur so lange bedient, wie ihm das größeren Profit als die Verwendung von konstantem Kapital einbringt und daß die auf dem Lande hergestellten Produkte ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, so ist das eingesparte Kapital auch im gesellschaftlichen Rahmen zur anderweitigen Verfügung. Oder anders ausgedrückt: die weitgehende Selbstversorgung der ländlichen Gewerbetreibenden mit Nahrungsmitteln, wie ihre geringe Nachfrage nach industriellen Konsumgütern hilft Überschüsse an Konsumgütern herzustellen, die der erweiterten Reproduktion der städtischen Industrien zur Verfügung stehen.

   Daraus eine generelle Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses abzuleiten, erscheint jedoch fragwürdig, da die Voraussetzung der niedrigen Kosten der ländlichen Arbeitskraft die Bindung an die zersplitterte Landwirtschaft ist - und diese wurde weiter oben als eine der Ursachen des gehemmten industriellen Wachstums herausgestellt - (wegen des Zurückbleibens der Agrarproduktion, aber auch wegen der Beschränkung des Binnenmarkts).

2. Ursache der zunehmenden Ungleichheit in der Entwicklung der ländlichen Produktionsbasis sind einmal die regionalen Unterschiede in den bäuerlichen Existenzbedingungen, zum anderen ist es das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen von Hand- und Maschinenarbeit in ein und demselben Zweig. Erst beides zusammen erlaubt, die Lebensbedingungen der auf Handarbeit verwiesenen Produzenten weit unter das gesellschaftliche Existenzminimum zu drücken.

3. Der Unterschied in der Umformung der ländlichen Produktionsbasis in den ostelbischen Gebieten und in der Rheinprovinz (und hier wiederum zwischen industrienahen und -fernen Gebieten) gibt die Entwicklungsrichtung über 1914 hinaus an: die Hausindustrie wird schließlich vollständig verdrängt. Die an ihre Stelle tretende Fabrikindustrie konzentriert sich in den Städten, die mit der Mechanisierung der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte werden vom Lande abgezogen.

4. Der zeitliche Vorsprung in der Durchsetzung dieses Vorgangs in der Rheinprovinz schafft jedoch einen wesentlichen Unterschied: die Verteilung von Konsumgüterindustrien über die ländlichen Gebiete kann von den zurückbleibenden Gebieten in der gleichen Form nicht mehr nachvollzogen werden. Denn einmal ist der Abzug des ländlichen Arbeitskräftepotentials gerade aus den zurückgebliebenen Gebieten unter dem "push"-und "pull"-Effekt unwiederbringlich; zum anderen ist zu späterem Zeitpunkt der Konzentrations- und Monopolisierungsgrad der Industrie schon soweit vorangeschritten, daß auch unter "sanierten" Bedingungen (Beseitigung der ländlichen Reservearmee vor allem) die dezentralisierte Industrialisierung nicht nachzuholen ist.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Funktion der ländlichen Gebiete bei der Kapitalakkumulation

Es wurde davon ausgegangen, daß - hat sich einmal das Kapital als die die gesellschaftliche Produktion bestimmende Kraft herausgebildet - der kapitalistische Produktionssektor die Hauptquelle der Mehrwertschöpfung , d.h. der Kapitalvermehrung ist. An verschiedenen Phänomenen konnte aber auch gezeigt werden, daß eine Vermehrung des Kapitalbestandes zusätzlich aus den nichtkapitalistischen Produktionen weiterhin erfolgt. Die tatsächliche oder scheinbare Übertragung von gesellschaftlich produktivem Reichtum in den kapitalistischen Sektor soll in ihren einzelnen Formen noch einmal zusammengestellt werden *:

1. die Preisrelationen zwischen kapitalistischem und nichtkapitalistischem Sektor

das Durchsetzen von Preisen, die dem Produktivitätsniveau der einheimischen Landwirtschaft nicht entsprechen, bedeutet ungleicher Austausch von Arbeitsquanten zwischen Landwirtschaft und Industrie. Dies ist nur möglich, weil die Landwirtschaft k e i n kapitalistischer Sektor ist und weil der kapitalistische Sektor der die gesamte gesellschaftliche Produktion bestimmende ist. Dem in der Landwirtschaft durchgesetzten Preisniveau liegt eine bestimmte w e r t m ä ß i g e Bemessung der in der Landwirtschaft aufgewendeten Arbeitszeit auf gesellschaftlicher

---

* Es wird hier darauf verzichtet, ein zweites Mal die Unergiebigkeit der Gegenüberstellung der Quellen der Nettofinanzierung und der Investitionstätigkeit in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft etc. zu demonstrieren, da die Anhaltspunkte der räumlichen Zuordnung zu gering sind, um Rückschlüsse auf eine Kapitalübertragung vom Land zur Stadt zu erlauben.

Ebene zugrunde, die nicht identisch ist mit der tatsächlich aufgewendeten, letztere ist viel größer. Arbeit, die im gesellschaftlichen Rahmen nicht Wert bildet, überträgt auch keinen. Im nichtkapitalistischen Sektor existiert keine Wertrechnung. Der kleine Bauer hält sich an keinen gesellschaftlich gesetzten Maßstab, solange er sein Produktivvermögen durch Arbeit reproduziert. Das nackte Existenzminimum bestimmt die untere Grenze.

2. der Hypothekarkredit

Der Hypothekarkredit setzt ein, wenn der Bauer nicht mehr in der Lage ist, aus eigener Kraft sein Produktivvermögen zu reproduzieren. Sieht man von der geringen lokalen Kreditmobilisierung ab, die nur eine lokale Umverteilung bewirkt, so wird der Kredit von den großen, dem allgemeinen Kapitalmarkt zugehörigen Kreditinstituten gewährt, weil sie Interesse am Fortbestehen der Bauernwirtschaften haben. Dieses Interesse besteht solange, wie die Bauernwirtschaft Kreditzinsen tragen kann, die einen überdurchschnittlichen Profit auf das ausgeliehene Kapital garantieren. Wird die Verschuldung so hoch, daß die Kreditzinsen nicht mehr aufzubringen sind, bleibt die volle Rückkehr des Kapitals (und mehr) im allgemeinen durch die Kapitalisierung der Grundrente bei Zwangsvollstreckung gesichert. Diesem, den städtischen Kreditinstituten zufließenden Profit liegt eine Wertübertragung zugrunde, auch wenn der Substanzverlust im bäuerlichen Betrieb nicht in diesem Sinne "bewertet" wird.

Zur Frage, warum der Landwirtschaft ein überdurchschnittlich hohes Zinsniveau aufgezwungen werden kann, wurden zwei Erklärungsmomente gefunden: 1. die Organisationsschwäche der zersplitterten Landwirtschaft, 2. die Existenz der Grundrente (, deren Funktion allerdings hier nicht

geklärt werden konnte. Es bedürfte einer sehr umfassenden Arbeit, die Form der Grundrente in der Wechselbeziehung zwischen kapitalistischem und nichtkapitalistischem Sektor herauszuarbeiten und ihre Bedeutung für die Kapitalakkumulation zu erfassen).

Ebenso bleibt unklar, ob auch von Wertübertragung von den kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben in die kapitalistische Industrie aufgrund des überhöhten Zinsniveaus für die Landwirtschaft gesprochen werden darf.

3. der Wucher

Ein wie großer Teil des Wucherkapitals noch über das des Handelswuchers hinaus in die Stadt gelangt, wurde nicht und ist wohl kaum zu ermitteln. Es wird vermutet, daß es im wesentlichen zur Ausweitung des lokalen Wuchergeschäfts dient.

4. Vertragslandwirtschaft und gewerbliches Verlagswesen

Die erstere wurde nicht behandelt im Vorhergehenden, existiert aber bereits (siehe z. B. Kautsky's Hinweise auf den Nestlé-Konzern). Es wird unterstellt, daß sie im Grunde genauso funktioniert wie das gewerbliche Verlagswesen: der Gewerbetreibende oder Bauer führt Arbeit für einen Kapitalisten aus, wobei ihm nur in geringem Maß Produktionsmittel zusätzlich zu seinen eigenen zur Verfügung gestellt werden. Der gesellschaftlich überdurchschnittliche Arbeitsaufwand wirkt nur insoweit wertbildend, wie die niedrigen Lohnkosten dem Kapitalisten einen Extraprofit einbringen, soweit also der Gewerbetreibende oder Bauer die Produktionskosten bei Maschinenarbeit noch unterbietet (und die Maschinenarbeit wertbestimmend ist). Sind keine Voraussetzungen zur

Reinvestiton von Profit und Extraprofit im ländlichen Gebiet gegeben (etwa in der Form ländlicher Industrien), so fließt er in die Stadt ab.

5. Abgaben an den Staat

Während die Staatsabgaben in der betrachteten Periode ständig anwachsen, sind wachsende staatliche Ausgaben in den ländlichen Gebieten kaum nachweisbar. Die Kosten für Schulen, Straßen, Polizei, örtliche Verwaltung werden durch Abgaben an Gemeinde, Kreis und Bezirk aufgebracht. Hier findet eine Umverteilung statt. Die Staatsausgaben müssen jedoch getrennt von der Kapitalakkumulation gesehen werden.

6. Heranbilden von Arbeitskräften für die städtische Industrie

7. produktive Anlage bzw. Konsum des ausgezahlten Erbteils in der Stadt

8. Grundrente, die in der Stadt verzehrt bzw. produktiv angelegt wird.

Diesen vielfältigen Wegen der Akkumulation auf Kosten des Landes steht die hemmende Wirkung gegenüber, die die Rückständigkeit der ländlichen Produktionsbasis auf die Entwicklung der Industrie ausübt und die durch die Wertübertragung für lange Zeit aufrechterhalten wird. Daher kann die Tatsache der umfassenden Akkumulation auf Kosten des Landes nicht als unabdingbare Voraussetzung der schnellen Weiterentwicklung der Produktivkraft der kapitalistischen Wirtschaft gesehen werden.

Von besonderer Bedeutung scheint mir zu sein, daß die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie die eigentliche Grundlage ist, die dem Kapital auf einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung die hemmunglose Ausnützung der ländlichen Produktionsbasis gestattet. Das manifestiert sich deutlich im Abstand der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zwischen Stadt und Land - ein Abstand, der (besonders bei Betrachtung des ostelbischen Extrems) zwar vom Feudalismus vorbereitet wurde, der aber nach den vorliegenden Indizien ein Produkt der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise ist (und sich erst in der heutigen Phase des Kapitalismus einebnet). Gleichzeitig bildet sich aber von Anbeginn der (typisch kapitalistische) Weg der "p a s s i v e n S a n i e r u n g" der ländlichen Lebensbedingungen heraus. * Dieser Weg ist allerdings so langwierig (und bis heute nicht abgeschlossen), daß die lange Periode des Gegensatzes zwischen Stadt und Land in den Lebensbedingungen als konstitutiv für den Kapitalismus angesehen werden muß. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der Kapitalismus, während er in den am weitest entwickelten Ländern die passive Sanierung immer weiter vorantreibt, im Weltmaßstab gleichzeitig jene Konkurrenzbedingungen zwischen Handarbeit und Maschinenarbeit schafft, die erst jene Verelendung ländlicher Gebiete bringt, auf der er seine zivilisierende Funktion der passiven Sanierung vollzieht, und das gilt ununterbrochen bis heute.

---

* Lenin (-3- 137): "Es gibt 'Schwierigkeiten', die für die volle Entwicklung einer rationellen Landwirtschaft 'Hindernisse' darstellen und dennoch e i n e n A n s t o ß g e b e n z u r E n t w i c k l u n g der kapitalistischen Landwirtschaft. Beispielsweise ... die Entvölkerung des flachen Landes. Zweifellos ist die Abwanderung ... ein 'Hindernis' ... ebenso zweifellos ist jedoch, daß die Landwirte gegen dieses Hindernis d u r c h E n t w i c k l u n g d e r T e c h n i k ... kämpfen."

Wie sieht es nun zusammenfassend für diese Phase mit der übergeordneten Frage aus? Ergeben sich Indizien, daß die Schaffung zurückgebliebener Verhältnisse auf dem Lande, wie deren p a s s i v e S a n i e r u n g, eine Z w a n g s f o l g e d e r I n d u s t r i a l i s i e r u n g sind?

Abgesehen von den für die preußischen Verhältnisse typischen Besonderheiten haben sich zwei Wurzeln dieses Vorgangs herausgeschält:

1. die Vorteile, die die vorkapitalistische-vorindustrielle Produktionsbasis während der ganzen Periode ihrer Umformung zum kapitalistisch-industriellen Produktionssektor für die Kapitalverwertung bietet,
2. die Vorteile, die die industrielle Konzentration in der Kapitalverwertung darstellt.

Beide wirken letztlich in die gleiche Richtung.

Diese Vorteile wirken allerdings nur solange bestimmend für das Verhältnis von Stadt und Land, wie die kapitalistische Kalkulation in der Produktion gilt; wie "der Überschuß des Werts des Gesamtprodukts über den Wert des vorgeschossenen Kapitals" interessiert und nicht der "Wert des Gesamtprodukts" selbst (Marx, K. - 2 - 549), also solange, wie das Kapital als bestimmendes gesellschaftliches Verhältnis wirkt.

Gerade an Hand des letzten Teils zeigt sich besonders klar, daß entscheidend für die Bewertung des gesellschaftlichen Produktivvermögens die gesellschaftlichen Verhältnisse sind:

wenn das Produktivvermögen nur noch an der toten, vergegenständlichten Arbeit (= Kapital) gemessen wird, dann können die Gebiete, die massenhaft über lebendige Arbeit verfügen, aber nicht mehr über vergegenständlichte, nur noch nach

übergeordneten, außerhalb ihrer selbst liegenden, Gesichtspunkten entwickelt, eben "passiv saniert" werden. Wenn allerdings der Mensch, das lebendige Arbeitsvermögen, das Maß des gesellschaftlichen Produktivvermögens ist, muß auch die räumliche Organisation der gesellschaftlichen Produktion eine andere sein.

Literaturverzeichnis

Teil I

Abel, W. - 1 - Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1964 (Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen)

- 2 - Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Hamburg, Berlin 1966

Bücher, K. - 1 - Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1893

Büttner, Th. - 1 - Das präkoloniale Afrika und die Diskussion zur asiatischen Produktionsweise. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1967, Teil IV, S. 287

Chesneaux, J. - 1 - Où en est la discussion sur le mode de production asiatique? in: La Pensée Nr. 122/1965, S. 4o - 59
Nr. 129/1966, S. 33 - 46

Christaller, W. - 1 - Rapports fonctionnels entre les agglomérations urbaines et les campagnes. in: Comptes Rendus du Congrès international de Géographie, Amstérdam 1938

Engels, Fr. - 1 - "Anti-Dühring", Berlin 1969

- 2 - Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, Berlin 1964

- 3 - Der deutsche Bauernkrieg, Berlin 192o

Goltz, Th.v.d. - 1 - Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd. 1, Aalen 1963

Hüllmann, K.D. - 1 - Städtewesen in älterer Zeit. 1. Teil, Bonn 1826

Kreißig, H. - 1 - Hellenistische Grundbesitzverhältnisse im oströmischen Kleinasien. in: Jahrbuch für Geschichtswissenschaft, a.a.O., S. 2oo - 2o6

Leibniz, - 1 - Bedencken von der Securität des deutschen Reiches, 167o

Lewin, G. - 1 - Von der "asiatischen Produktionsweise" zur "hydraulic society". Der Werdegang eine Renegaten. in: Jahrbuch für Geschichtswissenschaft, a. a. O., S. 2o5

Mecking, L. - 1 - Die Entwicklung der Großstädte in den Hauptländern der Industrie, 1949

Marx, K. - 1 - Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Moskau 1939 und 1941 (eva Wien)

- 2 - Kapital, Bd. 1, Berlin 1968

- 3 - Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, Berlin 1968

- 4 - Theorien über den Mehrwert. MEW 26.3, Berlin 1968

- 5 - Kapital, Bd. 3, Berlin 1968

Mielcke, K. - 1 - Städtewesen und Frühkapitalismus, Braunschweig 1948

Mottek, H. - 1 - Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - ein Grundriß, Bd. 1, Berlin 1972

Nabholz, H. - 1 - Ausgewählte Aufsätze zur Wirtschaftsgeschichte, Zürich 1954

Otto, K.H. - 1 - Deutschland in der Epoche der Urgesellschaft, Berlin 1961

Rath, K.W. - 1 - Der europäische Merkantilismus

Rörig, F. - 1 - Die europäische Stadt im Mittelalter, Göttingen 1943

Schmollers Jahrbuch - 1 - 1894

Schmoller, G. - 1 - Deutsches Städtewesen in älterer Zeit, Bonn, Leipzig 1922

- 2 - Grundriß der allgemeinen Volkswirtschafts-Lehre, München 1919

Schtajerman, E.M. - 1 - Die Krise der Sklavenhalterordnung im Westen des römischen Reiches, Berlin 1964

Sofri, Gianni - 1 - über asiatische Produktionsweise, Frankfurt/Main 1972

Sombart, W. - 1 - Der moderne Kapitalismus, Bd. 1.1, München/Leipzig

- 2 - Der moderne Kapitalismus, Bd. 2.2, München/Leipzig 1927

Suret-Canale, J. - 1 - Schwarzafrika. Geographie, Bevölkerung, Geschichte West- und Zentralafrikas, Bd. 1, Berlin 1960

Tökei, F. - 1 - Zur Frage der asiatischen Produktionsweise, Neuwied, Berlin 1969

Töpfer, B. - 1 - Zur Problematik der vorkapitalistischen Klassengesellschaften. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, a.a.O.

- 2 - Zu einigen Grundfragen des Feudalismus. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1965, Teil II, S. 785 ff.

Varga, E. - 1 - Über die asiatische Produktionsweise. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, a.a.O.,

Teil II

Abel, W. - 1 - Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Hamburg, Berlin. 1966

Agarwala/Singh - 1 - The Economics of Underdevelopment. New York. 1963

Altvater, E. - 1 - Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. FfM/Wien. 1969

Auhagen, O. - 1 - Die ländlichen Arbeitsverhältnisse in der Rheinprovinz. in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. LIV. Leipzig. 1892

Bettelheim, Ch. - 1 - Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Berlin. 1972

Bićanić, R. - 1 - Turning Points in Economic Development. The Hague. 1972

Bleiber, H. - 1 - Zum Preußischen Weg des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Berlin. 1965

Blumberg, H. - 1 - Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution. Berlin. 1965

Böhme, H. - 1 - Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 2o. Jahrhundert. Frankfurt/Main. 1968

Bruck, W.F. - 1 - Hrsg. Kolonialgebiete des rheinisch-westfälischen Industriereviers. Münster. 1933

Dobb, M. - 1 - Ökonomisches Wachstum und Planung. Frankfurt/Main / Wien. 1968

Eberle, F. - 1 - Bemerkungen zum Erklärungsanspruch der Marxschen Theorie. in: Marxsche Theorie I. FfM. 1973. S. 378 ff.

Engelberg, E. - 1 - Deutschland 1849 - 71. Berlin.1972

Engelberg, E. - 2 - Deutschland 1871 - 97. Berlin.1967

Engels, F. - 1 - Anti-Dühring. Berlin.1969

- 2 - MEW. Bd. 8. Berlin.1960

Fabian, F. - 1 - Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor und nach dem Kriege. Barby.1930

Finck v. Finckenstein, H. W. - 1 - Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 - 1930. Würzburg.1960

Hoffmann, W.G. - 1 - Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin.1965

Hoffmann, W.G. Müller, J.H. - 2 - Das deutsche Volkseinkommen 1851 - 1957. Tübingen.1959

Jochimsen, R. - 1 - Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen.1966

Kautsky, J. - 1 - Die Agrarfrage. Stuttgart.1899

Kondratieff, N.D. - 1 - Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren. in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen.1928. 60.Bd. S. 1 - 85

Kuczynski, J. - 1 - Studien zur Geschichte des Kapitalismus. Berlin.1957

- 2 - Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Berlin.1947

- 3 - Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1. Berlin.1951

Lenin - 1 - Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. in: Werke. Band 22. Berlin.1960

- 2 - Werke. Band 3. Berlin.1968

- 3 - Werke. Band 4. Berlin.1960

- 4 - Werke. Band 13. Berlin.1970

Mandel, E. - 1 - Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt/M.1968

Marx, K. - 1 - Das Kapital. Band 1. MEW 23. Berlin.1968

- 2 - Theorien über den Mehrwert. MEW 26.2. Berlin.1972

- 3 - Das Kapital. Band 3. MEW 25. Berlin.1969.

- 4 - Marx/Engels. Ausgewählte Schriften. Band 1 Berlin.1968

- 5 - Klassenkämpfe in Frankreich. MEAS I. Berlin.1968

- 6 - Theorien über den Mehrwert. MEW 26.3. Berlin.1968

- 7 - Das Kapital. Band 2. MEW 24. Berlin.1969

Matthäi, R. - 1 - Die ackerbautreibende Bevölkerung in Schlesien. Gesellschaftsspiegel Band 1. 1845. S. 216

Medio, A. - 1 - Profit und Mehrwert: Schein und Wirklichkeit in der kapitalistischen Produktion. in: Aspekte der Marxschen Theorie I. FfM.1973

Mehring, F. - 1 - Historische Aufsätze zur preußisch-deutschen Geschichte. Berlin.1946

Meitzen, A. - 1 - Der Boden des preußischen Staates. Berlin.1868 ff.

Mottek, H. - 1 - Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Band 1. Berlin.1972

Mottek, H. - 2 - Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Band 2. Berlin. 1972

Nathusius - 1 - Die bäuerlichen Verhältnisse in Posen. in: Schriften des Vereins für Socialpolitik. Band 23. Leipzig.1883

Preobrashenski - 1 - The New Economics. 1926

Preuß. Statist. Bureau - 1 - Zeitschrift des königlichen ... Jahrgang 1877. Berlin. Anhang 1 - 76

- 2 - Preuß. Statistik. Band 188. Berlin.1904

- 3 - Vergleichende Übersicht des Standes und Ganges der preußischen Landwirtschaft 1862/3. Heft Nr. 7. Berlin.1864

Quanie, P. - 1 - Die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Kieler Studien. Inst. für Weltwirtschaft. Kiel.1958

Riesser, J. - 1 - Die deutschen Großbanken. Berlin.1906

Schmoller, G. - 1 - Deutsches Städtewesen in älterer Zeit

- 2 - Die Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert. Halle.1870

- 3 - Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. München.1919 (1923). Band I

Schnell, K.F. - 1 - Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, namentlich auf dem Lande. Berlin.1849

Schöller, W. - 1 - "Werttransfer und Unterentwicklung". Probleme des Klassenkampfs 6/73.

Schriften des Vereins für Socialpolitik - 1 - Der Wucher auf dem Lande. Leipzig.1887

- 2 - Die deutsche Hausindustrie. XLII. Leipzig.1890

Sering, M. - 1 - Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. in: Schriften d. Vereins f. Socialpolitik. Band 56. Leipzig.1893

Sombart, W. - 1 - Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 2o. Jahrhunderts. Berlin.1923

- 2 - Gewerbewesen. 2.Teil. Leipzig.19o4

- 3 - Der moderne Kapitalismus. Band 2.2. München/Leipzig. 1927

- 4 - Der moderne Kapitalismus. Band 3. München/Leipzig, 1927

Statistisches Bundesamt - 1 - Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972. Stuttgart. 1972

Statistisches Reichsamt - 1 - Deutsche Wirtschaftskunde. Berlin.193o

Tyszka, C.v. - 1 - Löhne und Lebenshaltungskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert. in: Schriften des Vereins für Socialpolitik. Band 145 III. Leipzig 1914.

Voigt, F. - 1 - u. a. Wirtschaftliche Entleerungsgebiete in Industrieländern. Köln/Opladen.1969

Forschungsbericht des Landes NRW. Nr. 2o61

Wagenführ, R. - 1 - Vierteljahresheft zur Konjunkturforschung. Berlin 1933. Sonderheft 31

Wolff, W. - 1 - Die Schlesische Milliarde. Sozialdemokr. Bibliothek Zürich. 1886. Heft VI.

Zeitel, G. - 1 - Bestimmungsfaktoren der Preis- und Produktivitätsstruktur. in: Schriften des Vereins für Socialpolitik. NF 3o/II.

Lebenslauf

Ich wurde am 9.2.1942 in Berlin als Tochter des Dipl.Ing. Paul und der Susanne Krau geboren. Das Abitur legte ich am 2.3.1961 am Neusprachlichen Mädchengymnasium in Gelsenkirchen - Buer ab. Im Wintersemester 1961/62 nahm ich das Studium der Architektur an der Technischen Hochschule Braunschweig auf.. Nach dem Vordiplom am 21.4.1964 ging ich an die Technische Universität Berlin, wo ich am 28.10. 1967 das Hauptdiplom erwarb. Nach einer einjährigen Praxis im Architekturbüro wurde ich Wissenschaftliche Assistentin an der TU Berlin am Fachbereich 8 (Architektur). Diese Tätigkeit übe ich bis heute aus. In den Jahren 1966-69 nahm ich an Seminaren und Vorlesungen aus dem Bereich der Stadtsoziologie, der Regional- und Raumökonomie wie der politischen Ökonomie an den Berliner Hochschulen teil. In den folgenden Jahren setzte ich diese Arbeit im Selbststudium fort. An der TU Berlin führte ich eigene Lehrveranstaltungen (z.T. in Kooperation insbesondre mit Vertretern der Gesellschaftswissenschaften)durch, die zum Ziel hatten, projektbezogenes sozioökonomisches Grundlagenwissen zu vermitteln. Beachtung über den Fachbereich 8 hinaus erlangte das Seminar "Berliner Arbeiterviertel". Teil 1 über den Zeitraum 1600 - 1914 lief von 1969 bis 1970. Es war der Versuch, die Haupteinflußfaktoren Berlins als wirtschaftlichem und politischem Zentrum des Deutschen Reiches wie als wirtschaftlichem Konzentrationsraum auf die Bildung der Siedlungsstruktur insbesondere des Massenwohnungsbaus für industrielle Arbeitskräfte zu erfassen. Diese Arbeit wurde von 1970 bis 1972 für den Zeitraum 1914-33 fortgesetzt. Beide Arbeiten sind veröffentlicht worden. Weitere Seminare beschäftigten sich mit der heutigen Sanierungsplanung der Berliner Arbeiterviertel, mit einer Infrastrukturanalyse des Ruhrgebiets, wie zuletzt mit der Frage der Ansiedlung von Arbeitskräften in den Wachstumsindustrien der DDR am Beispiel der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt. Fast zwangsläufig entwickelte sich bei mir im Verlaufe dieser Arbeiten das Interesse an den territorialen Disproportionalitäten,als Rückseite der industriellen Konzentrationsräume. Von 1970 an begann ich die Versuche der staatlichen Planungsorgane in der DDR, bewußte räumliche Verteilung der Produktivkräfte zu betreiben,zu studieren.Dabei stieß ich schnell auf die Frage nach den Ursachen für die Kriterien der Umverteilung. Ich schrieb zwei Aufsätze zur territorialen Entwicklung in der DDR und entschloß mich, vor weiterer Vertiefung dieser Arbeiten, die Ursachen räumlicher Disproportionen - ganz besonders ihre Abhängigkeit vom Charakter der gesellschaftlichen Organiation der Produktion - als Dissertation zu untersuchen.

25. 1. 1973